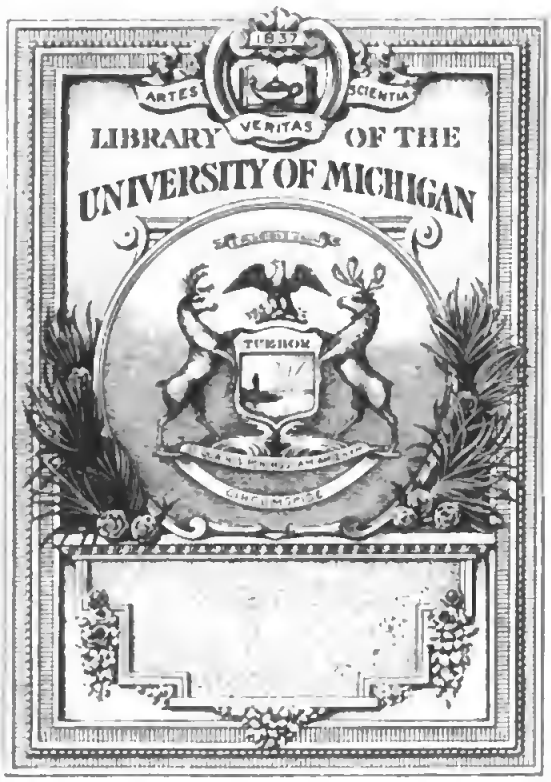
Brisberg/
Heer und Heimat
1914-1918


1837
ARTES
SCIENTIA
VERITAS
LIBRARY OF THE
UNIVERSITY OF MICHIGAN
TUEBOR

D
515
.W96
v.2

Heer und Heimat

Erinnerungen
an die Kriegsjahre im
Königlich Preußischen Kriegsministerium

von

Ernst von Wrisberg
Generalmajor a. D.
während des Krieges Direktor des
Allgemeinen Kriegsdepartements

* *

Heer und Heimat
1914–1918

Heer und Heimat
1914–1918

Von

Ernst von Wrisberg

Generalmajor a. D.

während des Krieges Direktor des
Allgemeinen Kriegsdepartements

Leipzig

Verlag von K. F. Koehler
1921

Copyright 1921 by K. F. Koehler, Leipzig.

Druck von Oscar Brandstetter, Leipzig

Lib. Com.
Harrass.
9-14-28
17597

O 12-6-29 J.K.

Vorwort

Ich habe in meinem Leben niemand betrogen,
viel weniger werde ich die Nachwelt betrügen.
Friedrich der Große.

Auf Drängen meiner früheren Mitarbeiter habe ich mich entschlossen, meine Erinnerungen der Öffentlichkeit zu übergeben.

Ich stellte hierbei meine persönlichen Bedenken zurück; ich hatte nur das eine Ziel vor Augen: der Sache zu dienen.

Der dringende Wunsch meiner treuen Mitarbeiter war zu verstehen.

Bücher und Schriften erschienen, die in mehr oder weniger versteckter Form Angriffe gegen die Heeresverwaltung erhoben. Schilderungen über Zustände und Verhältnisse in der Heimat während der Kriegszeit wurden veröffentlicht, die vor dem uneingeweihten Leser leicht ein falsches Bild entstehen lassen konnten.

Es war meine Pflicht, hier einzutreten.

Das Werk soll einen allgemeinen Überblick über die Taten des Teils der Heeresverwaltung geben, der mir unterstellt war. Dabei sollen die Schwierigkeiten hervorgehoben werden, die zu überwinden waren. Die Kenntnis von diesen wird vielfach Anordnungen oder das Unterlassen von solchen in einem anderen Lichte erscheinen lassen. Eine Kritik, auch an eigenen Maßnahmen, durfte hierbei nicht fehlen.

Von Bedeutung war eine Schilderung der inneren Verhältnisse, da gerade diese auf den Verlauf des Krieges einen so verhängnisvollen Einfluß ausgeübt haben.

Gerechtigkeitsdrang, Wahrheitsliebe und Hingebung an die Sache haben mich bei meinen Ausführungen geleitet.

Ein solches Werk konnte ich nicht allein schreiben, ich bedurfte der Mitarbeit der auf den einzelnen Gebieten besonders erfahrenen Herren. Sie ist mir in reichstem Maße zuteil geworden. Alle Abteilungen des alten Departements haben sich in den Dienst der Sache

Digitized by Google

geſtellt. Die Erlaubnis zur Benutzung amtlichen Materials wurde mir bereitwilligſt gegeben.

Allen Mithelfern danke ich an dieſer Stelle für die treue, mir bis zuletzt gewährte Unterſtützung. Vornehmlich tue ich dies meinem ehemaligen Adjutanten, Major Mertens, gegenüber, der viel zum Gelingen des ganzen Werkes beigetragen hat.

Dem Verlage gebührt beſonderer Dank für das Intereſſe und Entgegenkommen, das er dem Buche gewidmet hat.

So gehe es denn hinaus:

den Toten zur Erinnerung,
den Lebenden zum Ruhme,
den Zukünftigen zur Nacheiferung.

Berlin, im Juli 1921.

v. Wrisberg.

*

Vorwort zum 2. Bande

Der vorliegende Teil meiner „Erinnerungen" ſoll im einzelnen die Aufgaben ſchildern, vor die der Krieg das Allgemeine Kriegsdepartement ſtellte und zeigen, wie meine treuen Mitarbeiter und ich verſucht haben, ſie zu löſen. Gab auch die erprobte Friedensorganiſation des Heeres vielfach den feſten Kern, ſo galt es doch in nicht wenigen Fällen, neue Wege zu finden. Eine der ſchwierigſten und am meiſten umſtrittenen Fragen, der Erſatz an Waffen und Munition, wird im 3. Bande eingehend erörtert werden.

Berlin, im Oktober 1921. v. Wrisberg.

Inhaltsverzeichnis

Seite

Vorwort V

Erstes Kapitel

Mobilmachung 1

Zweites Kapitel

Aus- und Umbau des Heeres 15

A. Die Neuorganisationen im allgemeinen 15

B. Die Neuformationen im einzelnen 30

Infanterie- und Maschinengewehrwaffe 30

Die Kavallerie 36

Die Feldartillerie 36

Die Gebirgsartillerie 44

Die Flugabwehr 48

Die schwere Artillerie 58

Die Pioniere 65

Der Train 69

Die Luftwaffe 71

Das Nachrichten- und Kraftfahrwesen 74

Die Ausbildung des Ersatzes 76

Ersatzwesen und Arbeiterbeschaffung 80

Arbeiterbeschaffung 101

Drittes Kapitel

Draußen und drinnen 127

Viertes Kapitel

Aus Deutschlands dunkelsten Tagen 203

Anhang 211

Abkürzungen

A.A. = Auswärtiges Amt
A.D. = Allgemeines Kriegsdepartement
A. 1 = Armee-Abteilung
K.M. = Kriegsministerium
Ob.Ost. = Oberbefehlshaber im Osten
O.H.L. = Oberste Heeresleitung

1.

Mobilmachung

Die Welt ruht nicht sicherer auf den Schultern des Atlas, als Preußen auf einer solchen Armee.

Friedrich der Große.

Im Juli 1914 hatte ich meinen Urlaub mit meiner Familie nach der Nordsee angetreten. Daß ich als Chef der Armeeabteilung des Kriegsministeriums (A 1.) auf längere Zeit beurlaubt wurde, kann als Zeichen für die Beurteilung der politischen Lage durch meine Behörde gelten. Fern von allen Geschäften genoß ich die Ruhe, die der kleine Badeort Sankt Peter in hohem Maße gewährte. Eines Tages erhielt ich vom Oberst Scheüch, Direktor des Zentraldepartements im Kriegsministerium, die Mitteilung, daß meine Anwesenheit in Berlin notwendig werden könne. Ein Telegramm mit einem bestimmten Stichwort sollte das Zeichen für meine sofortige Abreise sein.

Das Schreiben erwähnte nicht, um was es sich handelte. Gewiß lag der Gedanke an Krieg nahe. Der Mord in Serajewo konnte eine Krise heraufbeschwören. In den Jahren vorher waren aber schon so oft dunkle Wolken am politischen Horizont aufgezogen und wieder vergangen, daß der Gedanke, es gäbe wirklich Krieg, nicht ernstlich bei mir aufkam. Diesem Gefühl gab ich bei meiner einige Tage später stattfindenden Abreise meiner Frau gegenüber dadurch Ausdruck, daß ich offen von einer baldigen Rückkehr sprach.

In Berlin merkte ich bald, daß die Lage ernst war. Voll Zuversicht konnte ich der weiteren Entwickelung entgegensehen. Sollte es wirklich zum Kriege kommen, so war die Mobilmachung, deren Bearbeitung zu meinem Ressort gehörte, so vorbereitet, daß sie nach menschlichem Ermessen klappen mußte.

Am 31. Juli mittags stürzte mein Referent für Mobilmachungsangelegenheiten, Major van den Bergh, mit den Worten: „drohende Kriegsgefahr" in mein Zimmer. Dies war ein entscheidender Schritt. Mit dem Zustand drohender Kriegsgefahr waren Maßnahmen für die ge-

sicherte Durchführung der Mobilmachung verbunden, die höchstens 48 Stunden bestehen bleiben konnten, um dann entweder zur Mobilmachung selbst oder zur Aufhebung des Zustandes zu führen. Die terminmäßige Erledigung der für die „drohende Kriegsgefahr" vorgesehenen Maßnahmen ging glatt von statten.

Ich rechnete mit der demnächstigen Mobilmachung und legte, um eintretenden Falles Zeit zu sparen, dem Kriegsminister, Generalleutnant von Falkenhayn, einige der wichtigsten für diesen Fall vorgesehenen Entwürfe zur Unterschrift vor. Als ich sie zurückholen wollte, weigerte sich der Minister, sie mir zu geben, schloß sie vielmehr in seinem eisernen Schrank ein. Wenn ich auch meinen großen eisernen Schrank, in dem die anderen Mobilmachungssachen aufbewahrt waren, für sicherer ansah als den kleinen Schrank im Ministerzimmer, so konnte ich doch den Standpunkt des Kriegsministers, so wichtige Sachen, die schon seine Unterschrift trugen, nicht herausgeben zu wollen, wohl verstehen. Nach einiger Zeit kam mir auf dem Korridor des Ministeriums ein Referent mit den Worten entgegen: „Mobilmachung ist befohlen, Extrablätter des Lokal-Anzeigers werden verteilt". Ich konnte es nicht glauben, ein gleich darauf einlaufendes Exemplar bestätigte indes die Mitteilung. Mein erster Gedanke war: Die beim Kriegsminister liegenden Schriftstücke sind gestohlen! Ich eilte sofort zu ihm: Zum Glück bestätigte sich der Verdacht nicht. Es stellte sich heraus, daß die Zeitung voreilig die Extrablätter hatte verteilen lassen. Gott sei Dank hatte ein Schutzmann, dem die Sache doch bedenklich vorkam, eingegriffen, so daß nur wenige Stücke verausgabt wurden. Immerhin hatte die Sache sich herumgesprochen und nicht lange dauerte es, als aus einem Orte der Rheinprovinz die Anfrage kam, ob die Mobilmachung befohlen sei. Um Verwirrungen vorzubeugen, erging an alle Generalkommandos ein entsprechendes Telegramm. Ich muß dies Vorkommnis anführen, da es den Reichskanzler zu Ausführungen in der Reichshaushaltskommission veranlaßte.

Am 1. August etwa 5.20 Uhr nachmittags wurde ich mit den Herren der Abteilung zum Kriegsminister befohlen. Der Minister übergab mir im Beisein des Generalmajors Wild von Hohenborn, Direktor des Allgemeinen Kriegsdepartements, den von Sr. Majestät unterschriebenen Mobilmachungsbefehl mit den Worten: „Seine Majestät der Kaiser hat die Mobilmachung für das deutsche Heer heute befohlen.

Ich übergebe hiermit den Mobilmachungsbefehl dem Chef der Armeeabteilung. „Gott schütze das deutsche Heer". Ich übernahm das Schreiben. Wir waren alle sehr bewegt. Es war ein historischer Augenblick!

Der Mobilmachungsbefehl lautete:

Ich bestimme hiermit: Das Deutsche Heer und die Kaiserliche Marine sind nach Maßgabe des Mobilmachungsplans für das Deutsche Heer und die Kaiserliche Marine kriegsbereit aufzustellen.

Der 2. August 1914 wird als erster Mobilmachungstag festgesetzt. Berlin, den 1. August 1914

Wilhelm
p. Bethmann Hollweg

An den Reichskanzler (Reichsmarineamt) und den Kriegsminister.

Als ich die kleine vom Ministerzimmer in den Gang des ersten Stockwerkes führende Treppe hinaufkam, fand ich in dem Korridor eine Anzahl erwartungsvoll harrender Offiziere und Beamten, die beim Bekanntwerden der Nachricht begeistert Hurra riefen.

Nun ging es an die Arbeit. Endlich war der Augenblick gekommen, an dem sich zeigen sollte, ob jahrzehntelange Vorbereitung die Probe bestand. Sie hat sie glänzend bestanden. Die planmäßige Mobilmachung vollzog sich in einer geradezu bewunderungswürdigen Weise. Keine Rückfrage erheblichen Inhalts erfolgte. Wie einst 1870 Roon, so konnte 1914 Exzellenz von Falkenhayn ungestört schlafen. Auch ich wurde in der Nacht nicht gestört. Die Mobilmachung ist das Werk des Kriegsministeriums gewesen. Dies sei gegenüber anderen Darstellungen festgestellt. Selbstverständlich arbeitete der Generalstab dabei mit.

Um 5.25 nachm. begann die Abfertigung der 53 Telegramme, 5.38 nachm. war sie beendet, und schon um 7.30 nachm., hier an 9.20 nachm., drahtete das Bayerische Kriegsministerium, daß es die Mobilmachung befohlen habe. [1])

Der erste Mobilmachungstag war der 2. August, mein Geburtstag.

Die Tage verliefen mit Erledigung der für jeden planmäßig vorgesehenen Arbeiten.

Über das voraussichtliche Verhalten der Sozialdemokraten hatten in einzelnen maßgebenden Kreisen Zweifel bestanden. Um so herrlicher war der Augenblick, als mich der Kriegsminister kommen ließ und mir folgendes Telegramm an die Generalkommandos diktierte: „Sozialdemokraten haben beschlossen, sich so zu benehmen, wie es sich für jeden Deutschen in der jetzigen Zeit geziemt."

Hierdurch war die Einigkeit innerhalb des deutschen Volkes erreicht. Der Eindruck nach innen und außen war überwältigend. Die Begeisterung war groß. Jung und Alt zog in gewaltigen Zügen durch die Straßen, vaterländische Lieder singend. Der Deutsche wurde sich bewußt, um was es sich handelte. Er zog in den Kampf zur Verteidigung seines geliebten Vaterlandes. Diese Begeisterung sagte genug. Nur ein Volk, das überzeugt ist von seiner Unschuld und seinem Recht, kann sich zu einer solchen Höhe erheben, wie es das deutsche Volk 1914 getan hat.

Unsere Mobilmachung sollte im großen ganzen in 6 Tagen abgeschlossen sein. Die Gefahr ihrer Störung lag sehr nahe, besonders

[1]) Dies war für den Gang der Mobilmachung von großer Wichtigkeit, da Bayern den ersten Mobilmachungstag für sich bestimmte, und es daher darauf ankam, daß dieser mit dem von Preußen befohlenen übereinstimmte.

im Osten. Aus Nachrichten und schon im Frieden vom Feinde vorbereiteten Maßnahmen konnte hier mit dem Einbruch starker russischer Kavalleriemassen gerechnet werden. Um so größer war die Überraschung und Freude, als diese Einfälle, die trotz aller Gegenmaßnahmen doch einigen Schaden hätten anrichten können, unterblieben. Als sie erfolgten, war es für die Feinde zu spät. Der frühere Kriegsminister General von Einem hatte an einem Einbruch russischer Kavalleriemassen stets gezweifelt. Er kannte die russischen Generale, die zur Führung solcher Unternehmungen in Frage kamen und hielt sie nach ihrer körperlichen und geistigen Beschaffenheit dazu für unfähig. Er sollte recht behalten.

Der Kriegsminister ließ sich in den nächsten Tagen von den einzelnen Abteilungen in Gegenwart der A 1. (Armeeabteilung) Vortrag über die „Kriegsvorbereitungen" halten. Er gab seiner Zufriedenheit über die beabsichtigten Maßnahmen Ausdruck. Nach aller Ansicht war für Ersatz und dergleichen gut gesorgt. Dies muß ich ganz besonders betonen, da im weiteren Verlauf des Krieges und auch jetzt noch Angriffe erhoben worden sind, die auf das Gegenteil hinaus wollen. Kein Mensch konnte damals voraussehen, wie hoch der Bedarf an Kriegsgerät aller Art sein würde. Dem Kriegsminister mußten als Grundlage für seine Berechnungen die Erfahrungen der letzten Kriege, besonders des russisch-japanischen dienen. Ich komme später darauf zurück.

Allgemein rechnete man mit einer kurzen Dauer des Krieges, besonders aus finanziellen Gründen.[1]) Auch Graf Schlieffen hielt eine lange Dauer des Krieges aus wirtschaftlichen Erwägungen nicht für möglich, wenn er auch die rein militärische Möglichkeit zugab. Dies war ein Irrtum, der sich später rächte. Er war auch die Veranlassung, daß manche Maßnahmen unterblieben, die bei einer anderen Anschauung sicherlich getroffen wären. Nur hierdurch ist es zu erklären, daß der oft aufgetauchte Gedanke an einen wirtschaftlichen Generalstab nicht weiter verfolgt wurde. Ich entsinne mich, daß etwa 1908 vom Generalstabe die Frage angeschnitten wurde, wielange sich Deutschland, auf sich allein angewiesen, ernähren könnte. Das Ergebnis einer vom Reichsamt des Innern über diese Frage angeordneten Untersuchung war: Ein Jahr.

Generalstab, Kriegsministerium und Landwirtschaftsministerium

---

[1]) Natürlich gibt es jetzt eine Menge „kluger" Leute, die behaupten, schon damals eine jahrelange Kriegsdauer vorhergesagt zu haben.

griffen dieses Ergebnis als oberflächlich und jeder sicheren Grundlage ermangelnd an und verlangten eine neue Untersuchung. Diese Forderung hatte wohl verschnupft. Die Sache wurde nun vom Reichsamt des Innern in einer kaum zu rechtfertigenden Weise behandelt. Mehrere Jahre hindurch wurde vom K. M. terminmäßig an die Erledigung erinnert. Stets wurde ein anderer Grund der Verzögerung angegeben, veranlaßt wurde aber nichts. Erst nach Jahren fing eine hierfür eingesetzte Kommission an zu arbeiten und erreichte, daß ein Gesetz über die Verpflichtung zur Angabe der Getreidebestände vom Reichstag angenommen wurde. Dann brach der Krieg aus. Letzten Endes war der Verlauf der Angelegenheit auf die Beurteilung der Lage durch den Reichskanzler zurückzuführen, der in unverzeihlichem Optimismus an keinen Krieg glaubte.

Auf dem Gebiete des Geldmarktes war das Kriegsministerium an die Reichsbank herangetreten, was eingehende Mobilmachungsvorarbeiten zur Folge hatte.

Viele von den Herren des Kriegsministeriums verließen in den ersten Tagen ihre Stellung, um beim Feldheere Verwendung zu finden. Voll Neid sahen die Zurückbleibenden sie ziehen. Es ist ein hartes Los für einen jeden Offizier, in dem Augenblick, wo es gilt, in seinem eigentlichen Beruf zu zeigen, was er kann, zu Hause bleiben zu müssen. Dies mögen die Kameraden, die draußen waren, berücksichtigen; sie müssen anerkennen und haben es zum größten Teil anerkannt, welche entsagungsvolle Arbeit die Herren der Heimat geleistet haben, jahrelang, vom Morgen bis in die späte Nacht hinein und dabei noch unter mangelhaften Ernährungsverhältnissen. Manch einer ist stillem Siechtum verfallen und hat seinem Vaterland das Leben geopfert, ohne seinen Wunsch erfüllt zu sehen, „draußen gewesen zu sein."

Die frühzeitige Freilassung von Offizieren der Behörden für das Heer hat sich später als Fehler erwiesen, besonders beim Kriegsministerium. Die Flut der zu bewältigenden Aufgaben setzte gleich so mächtig ein und erforderte soviel Sachkenntnis, daß sie nur von eingearbeiteten Herren bewältigt werden konnte. Sehr störend erwies sich, daß die aktiven Generalkommandos vollzählig ins Feld gezogen waren. Die Stellvertretung versagte oft trotz besten Willens aus Mangel an Sachkenntnis. Besonders fehlte den Herren vielfach die Kenntnis der heimatlichen, sozialpolitischen Verhältnisse.

Viele der Glücklichen wurden daher in die Heimat zurückberufen. Traurigen Herzens kehrten sie heim, meist mit dem E. K. II geschmückt, um nun in der Stille ihre Pflicht zu erfüllen. Der Satz: „Wo Sr. Majestät der Kaiser den Offizier hinstellt, hat er seine Schuldigkeit zu tun", half über alles hinweg.

Auch bei der Truppe selbst hatte man zuviel aktive Offiziere beim Beginn des Krieges hinausgehen lassen. Die Frage der Offiziersstellenbesetzung war im Frieden wiederholt Gegenstand der Erörterungen gewesen. Jedesmal war aber die Ansicht durchgedrungen, daß eine reichliche Besetzung notwendig sei. Hätte man die Dauer des Krieges vorhersehen können, wäre man wohl zu einem anderen Ergebnis gekommen.

Das Leben gestaltete sich für mich ziemlich gleichmäßig. Um 9½ Uhr fuhr ich zum Kriegsministerium und arbeitete bis 6 Uhr nachmittags. Dann war Pause bis 8 Uhr und von da ging es weiter bis gegen 11 Uhr abends. Am frühen Morgen galt es dann noch in mehrstündiger Arbeit die Hausmappen zu erledigen, bis der Kraftwagen zur Fahrt nach dem Kriegsministerium erschien. Die etwa 14-stündige Arbeitszeit blieb sich in den ersten Kriegsjahren gleich; sie genügte nicht, wenn der Reichstag tagte, oder wichtige Kommissionsberatungen stattfanden und steigerte sich auf 16 Stunden und mehr. Von der gewaltigen Arbeitslast haben sich von Außenstehenden die Wenigsten ein Bild gemacht, am allerwenigsten der Reichstag, er hätte sonst wohl mehr Rücksicht darauf genommen. Trotz wiederholter Bitten des stellvertretenden Kriegsministers wurden ohne Rücksicht auf die Tätigkeit der einzelnen Behörden Sitzungen angesetzt, und die Anwesenheit der Regierungsvertreter gefordert. In vollständiger Verkennung der Verhältnisse entgegnete man dem stellvertretenden Kriegsminister: Wenn der betreffende Herr dienstlich nicht abkömmlich wäre, könne ja ein Stellvertreter (!!!) kommen.

Treu haben meine Chefs, Referenten[1]) und Beamten diese Zeit durchgehalten, bis schließlich ein Teil zusammenbrach. Diese treue Pflichterfüllung wird ein unverwelkliches Ruhmesblatt in der Geschichte des Kriegsministeriums bilden.

---

[1]) Meine Adjutanten (anfangs nur einer, Hauptmann Mertens, später zwei) hatten natürlich die gleiche Arbeit zu erledigen.

Von dem Abmarſch der Truppen ſah ich wenig. Nur ab und zu drangen Muſik und Hurrarufe aus der Richtung des Anhalter- und Potsdamer Bahnhofes in mein Arbeitszimmer und erweckten Sehnſuchtsgefühle — — — mitzufahren. Nur einmal mußte ich mich auf einige wenige Stunden von meiner Arbeit trennen. Es galt, mit meinen alten Kameraden vom Königin Auguſta-Regiment zuſammen zu ſein. Kurz bevor ich dahinfuhr, kam die Nachricht von dem Fall Lüttichs. Der Kriegsminiſter beauftragte mich, dies dem Regiment mitzuteilen. Unvergeßlich wird mir der Eindruck ſein, den dieſe Nachricht im Kreiſe der Offiziere hervorrief. Im Offizierkorps herrſchte eine begeiſterte, würdige Stimmung. Voll Vertrauen ging das ſchöne Regiment in den Krieg und wahrlich, die Taten des Regiments haben bezeugt, daß dies Vertrauen gerechtfertigt war. Ich mußte mich nach kurzer Zeit entfernen, die Arbeit rief. So war es mir nicht vergönnt, jedem der braven Kameraden die Hand zu drücken. Still mußte ich mich von ihnen allen trennen, von ſo vielen für immer auf dieſer Welt.

Die Mobilmachung hatte ſich, wie geſagt, glatt abgewickelt, eine der großartigſten Leiſtungen aller beteiligten Stellen. Reibungen ſetzten erſt ein, als überplanmäßig Formationen geſchaffen wurden, und der gute Wille der ſtellvertretenden Behörden, möglichſt viel zu leiſten, manche Unannehmlichkeiten hervorrief. Die Geſamtintereſſen wurden oft zu wenig von dieſen Stellen berückſichtigt. So ſtellte zum Beiſpiel ein ſtellvertretendes Generalkommando ſehr viel mehr Landſturmformationen auf als vorgeſehen waren. Als aber nach kurzer Zeit Erſatz an Mannſchaften nötig wurde, fehlte es dem Generalkommando an Leuten; ſie waren alle in den neuen Formationen.

Bei einem anderen Generalkommando wurden die Landſturmformationen ſtatt wie vorgeſehen mit älteren, mit den neueſten Gewehren ausgerüſtet. Natürlich waren dieſe bei nächſter Gelegenheit nicht vorhanden. Aber alle dieſe Schäden konnten wieder gut gemacht werden. Wenn ich auch äußerlich gegen dieſe Eigenmächtigkeiten eingreifen mußte, da ſie u. U. die Geſamtheit ſchädigen konnten, ſo freute ich mich doch über die Tatkraft und über den guten Willen der betreffenden Stellen, der Sache zu dienen.

Der 16. Auguſt war als Abreiſetag für das Große Hauptquartier beſtimmt. Kurz vorher, an einem Nachmittag, ließ mich der Kriegsminiſter kommen. Ich fand ihn im Garten mit Generalmajor Wild

v. Hohenborn. Er entwickelte mir ſeine Forderungen betreffend Neuformationen. In der Hauptſache handelte es ſich um Aufſtellung von fünf neuen Korps, die am 10. Oktober aufgeſtellt ſein ſollten. Ich ſuchte den Zeitpunkt hinauszuſchieben, hatte aber keinen Erfolg. Es war eine wunderbare Vorausſicht des Kriegsminiſters. Der Zeitpunkt hat ſich nachher als der äußerſte gezeigt.

Einen Tag vor der Abreiſe verſammelte General v. Falkenhayn die Offiziere und Beamten und verabſchiedete ſich von ihnen. Er ſprach ſeinen Dank aus für das, was bisher geleiſtet war.

Die erſte Phaſe des Krieges, die Mobilmachung, in erſter Linie das Werk des Kriegsminiſteriums, insbeſondere des Allgemeinen Kriegsdepartements, war erledigt. Der Aufmarſch, das Werk des Generalſtabes, insbeſondere der Operations- und Eiſenbahnabteilung, war im Gange.

Was der Aufmarſch eines Millionenheeres bedeutete, ahnten die meiſten nicht. Voll Ungeduld erwartete man den Vormarſch des geſamten Heeres auf der Weſtfront. In dieſer Zeit wurde ich viel durch Beſuche von Leuten geſtört, die unter irgendeinem Grund mich aufſuchten, in Wirklichkeit aber nur Neuigkeiten erfahren wollten. Sie kamen ſelten auf ihre Koſten.

Im allgemeinen hatte ich mir vorgenommen, jeden, der mich ſprechen wollte, zu empfangen. Ich habe dies auch, ſoweit es die Geſchäfte während des Krieges zuließen, durchgeführt. Es hatte den großen Vorteil, daß ich auf dieſe Weiſe vieles erfuhr, was für mich zu wiſſen notwendig war. So waren die Beſprechungen mit Offizieren, die von der Front kamen, von unſchätzbarem Wert für mich. Ich lernte die kleinen Klagen der Truppen kennen und merkte, wo der Schuh drückte. Wußte man dies, ſo war die Abhilfe leicht.

Um ſtets über die inneren Zuſtände des Feldheeres, über die Wünſche und Klagen der Truppe unterrichtet zu ſein, hatte ich außerdem bei Truppenteilen und Behörden der einzelnen Armeen gute Freunde, die mich durch Briefe und Beſuche auf dem Laufenden erhielten.

Ferner pflegte ich während meiner Anweſenheit bei den Armee-Oberkommandos im Felde ſtets zu einer Truppe in vorderſter Linie zu gehen, um mich perſönlich zu orientieren. Gewöhnlich ſpielte ſich dann die Sache ſo ab, daß ich einen tüchtigen Kompagnieführer abſeits nahm und mich nun mit ihm unterhielt. Meiſt wollte er mit der Sprache

zuerst nicht heraus. Oft kam die Unterredung erst in Gang, wenn wir beide uns eine Zigarre anſteckten und vielleicht dazu einen Trunk taten. Auf meine Frage, „warum haben Sie das nicht beantragt?“ erhielt ich ſtets die Antwort: „Beantragt habe ich es ſchon x-mal, die Anträge gehen aber nicht durch.“

Ich danke an dieſer Stelle dieſen Offizieren, ſie ſind ſich damals wahrſcheinlich nicht bewußt geweſen, wie ſie mir meine Aufgabe erleichtert und der Truppe genützt haben.

Ich habe ſolche Reiſen häufiger gemacht, ſie waren für mich unſchätzbar und von dem Heere gern geſehen. Schon der Eindruck, daß jemand an maßgebender Stelle in der Heimat perſönlich bei der Truppe vorſprach, war groß und zeitigte Gutes. Leider geſtattete mir der gewaltige Dienſtbetrieb im K.M. nicht, ſolche Reiſen ſo häufig zu machen, wie ich gewünſcht hätte.

Mit gefülltem Notizbuch kehrte ich dann in die Heimat zurück. Die Bearbeitung begann ſofort; Klagen wurden, ſoweit die Verhältniſſe es zuließen, abgeſtellt, Wünſche nach Möglichkeit erfüllt, und manche Karte von der Truppe dankte mir dafür.

Einen typiſchen Fall muß ich anführen. Es war Oktober 1914. Bei einer in vorderſter Linie befindlichen Truppe klagten die Leute über Mangel an Beleuchtung in den Unterſtänden. Als ich bei der Etappe anfragen ließ, warum keine Lichte ausgegeben würden, erhielt ich die Antwort: „ſie hätte nicht gewußt, daß ſie ſolche kaufen dürfte.“ Gleiche Erſcheinungen fand ich anderswo auch. Es fehlte die Verantwortungsfreudigkeit und das Verſtändnis zwiſchen Etappe und Truppe. Jene war meiſt eine Folge allzu großer Gewiſſenhaftigkeit. Man fürchtete die Monita des Rechnungshofes. Immer wieder trat dies in den beiden erſten Kriegsjahren in die Erſcheinung.

Das Zuſammenarbeiten zwiſchen Truppe und Etappe beſtand noch nicht in dem Maße, wie es ſein mußte, weil die Etappe meiſt wartete, bis die Truppe forderte. Dann war es aber zu ſpät. Immer wieder mußte ich betonen, daß die Etappe ſolchen Anträgen zuvorkommen, daß ſie ſich „*anbieten*“ müſſe.

Im ſpäteren Verlauf des Krieges iſt das Zuſammenarbeiten gut geweſen. Die Truppe hat es der Etappe gedankt, und ich tue es an dieſer Stelle gleichfalls.

Auf gute Beleuchtung der Unterſtände legte ich von Anfang an

Wert. Man verſetze ſich einmal in die Lage der Leute, beſonders der Gebildeten, wenn ſie in der Winterzeit von 4 Uhr ab im Dunkeln ſitzen mußten, und die Beleuchtung nur für die Zeit des Aufſtehens reichte. Immer wieder habe ich auf die Wichtigkeit dieſer Sache hingewieſen. Zu meinem Ärger erhielt ich ſtellenweiſe auf meine Frage, warum bei den vorliegenden günſtigen Verhältniſſen keine elektriſche Anlage geſchaffen wäre, die Antwort: man hätte gedacht, ſie würde bei den hohen Koſten vom K.M. nicht bewilligt werden. Eine Unterſchrift von mir an Ort und Stelle beſeitigte dann dieſe falſche Anſicht. Mein Kollege vom Unterkunftsdepartement, zu deſſen Reſſort dieſe Sache gehörte, hat mich hierbei niemals im Stich gelaſſen. Später habe ich mit Freude feſtſtellen können, daß die Etappen im Laufe des Krieges dieſem Punkt die höchſte Bedeutung beigemeſſen haben. Die elektriſchen Anlagen bei der 2. Armee waren eine Glanzleiſtung, die viel zur Erhaltung der Stimmung beigetragen hat.

Als der Plan des Aufmarſches vom Chef des Generalſtabes eintraf, hat wohl alle Beteiligten das Gefühl einer gewiſſen Überraſchung ergriffen. Wohl war uns der Aufmarſch und die Umgehung durch Belgien nichts Neues, daß dieſe umgehende Bewegung aber ſo weit ausholte, war für die meiſten von uns überraſchend. Das war ſo recht Schlieffen.

Alle, die unter dieſem großen Manne gearbeitet und ſeine gewaltigen Lehren und Anſchauungen in ſich aufgenommen haben, werden bedauert haben, daß es dieſem Feldherrn nicht vergönnt geweſen war, ſeine in jahrelanger Arbeit geſchmiedeten Pläne perſönlich in die Tat umſetzen und durchführen zu können. Es wäre um uns beſſer beſtellt geweſen.

Der Kriegsminiſter ſandte mich an einem der erſten Mobilmachungstage zum damaligen Chef des Generalſtabes, Graf Moltke. Der General war eben von Karlsbad zurückgekehrt. Ich war ganz niedergedrückt über ſein ſchlechtes Ausſehen. Vor mir ſtand ein ſchwerkranker Mann. Das war nicht der geſunde, tatkräftige höchſte Berater Sr. Majeſtät des Kaiſers, wie ihn die Lage und die Führung der Operationen erforderten.

Ich machte von meinem Eindruck dem General von Falkenhayn Mitteilung.

Die erſten Nachrichten von dem überall ſiegreichen Vorgehen

unserer Truppen erweckten große Begeisterung in Berlin. Der Sieg der Armee des General-Obersten v. Heeringen, des früheren, bei allen Stellen des K. M. hochverehrten Kriegsministers, bei Mühlhausen rief im Hause großen Jubel hervor.

Ich hatte tägliche Besprechungen für die Herren des Kriegsministeriums eingerichtet, bei denen ich die Lage erörterte. Sie fanden Anklang und waren sehr besucht. Ich mußte sie später einstellen, da mir die nötige Zeit fehlte, und ein der großen Zahl der Zuhörer entsprechender Raum im Gebäude des Ministeriums nicht zur Verfügung stand.

Leider wurden wir von der O.H.L. sehr schlecht mit Nachrichten versorgt. Die Zeitungen brachten das Neueste oft besser und schneller, als es das Kriegsministerium erfuhr. Erst auf wiederholte Vorstellungen erhielten wir tägliche Berichte.

Voll Bewunderung verfolgten wir auf der Karte den Siegeslauf unseres Heeres. Die Marschleistungen besonders der Armee Kluck legten Zeugnis ab von dem Wert der Truppe und dem Willen eines Jeden. Hatten über die hervorragende Kriegsbrauchbarkeit der aktiven Armee nirgends Zweifel bestanden, so waren die Ansichten über die Reservekorps doch sehr geteilt gewesen. Um einen Maßstab für die an solche Formationen im Kriege zu stellenden Anforderungen zu erhalten, waren im Frieden wiederholt größere Übungen gemacht worden, die letzte große 1913 im Thüringer Wald. Das Gesamtergebnis war im großen und ganzen günstig. Der Chef des preußischen Generalstabes hatte für den Kriegsfall im allgemeinen keinen Unterschied zwischen der Verwendung von Reservekorps und von aktiven Korps vorgesehen — trotz vielfacher Warnungen hoher Militärs. Besonders war es der Chef des bayerischen Generalstabes, der mir gegenüber seine ernstesten Bedenken geltend machte. Der Große Generalstab sollte Recht bekommen. Die im Anfang des Krieges fast ganz aus Reservisten bestehenden Reserveformationen haben sich vorzüglich bewährt. Es war eben der ernste, heilige Wille, der jeden Deutschen beherrschte, sein Haus und seinen Herd gegen den Feind zu verteidigen, und der über alle Schwierigkeiten hinweghalf. Es waren die vorzügliche Friedensausbildung und Disziplin, die der Truppe den militärischen Wert verliehen. Und wie oft hatte man im Frieden die strenge Handhabung der Disziplin angegriffen, den Drill verspottet! Wie glänzend hatte sich auch in diesem Kriege das Wort

Kaiser Wilhelms I. von „Drill und Erziehung" bewährt! Die Erkenntnis dieser Tatsache ging allmählich auch bei Stellen auf, die bisher einen anderen Standpunkt vertreten hatten. So gaben Ende 1916 dem „Vorwärts" die rumänischen Erfolge zu der Frage Anlaß, ob wirklich „Maschinen eines militaristischen Kadavergehorsams, die nur noch widerwillig und murrend ihre Pflicht erfüllen, im 29. Kriegsmonat solche Taten vollbringen könnten?"

Im späteren Verlauf des Krieges wurde die Zusammensetzung aller Reserve- und aktiven Korps immer gleichmäßiger. Außer den aktiven und Reserve-Formationen gab es noch Landwehrdivisionen, die stellenweise zu Korps zusammengestellt, und Ersatzdivisionen, die als Improvisationen vom Generalstab gebildet waren. Ich fand diese letzten in den Kriegsgliederungen des Generalstabes, doch hatte man ihnen leider keine Kolonnen zugeteilt. Dies mußte schleunigst nachgeholt werden.

Auch diese Divisionen haben Vortreffliches geleistet. Besonders muß ich das Landwehrkorps Woyrsch erwähnen, daß gegen aller Erwarten dazu berufen war, im engsten Anschluß an unsere Verbündeten im Osten die schwersten Aufgaben zu erfüllen. Der ihm ursprünglich zugedachten Aufgabe entsprechend war seine Kriegsgliederung gewesen. Es war kein regelrecht zusammengesetztes Korps, ihm fehlte vieles, besonders Artillerie und Kolonnen. Dies machte sich bemerkbar, als die Verwendung des Korps sich änderte. Mit Hilfe des rastlos arbeitenden Generalkommandos gelang es, die fehlenden Formationen allmählich zu schaffen und ein vollzähliges Korps zu bilden, das auch über die nötigen Trains verfügte.

Bei den täglichen Besprechungen wie auch bei Vorträgen und Gesprächen machte sich bei manchen Herren der Heimat ein Pessimismus geltend, den ich im Interesse der Sache nicht dulden durfte und bis zum letzten Augenblick bekämpfte. Pessimismus ist im Kriege nicht gut, besonders nicht für den Soldaten. In den Fehler des übertriebenen Optimismus zu fallen, muß natürlich vermieden werden. Leider wurde die Schar der Schwarzseher mit der Dauer des Krieges recht groß. Es war unverantwortlich, wie diese Leute alles Schlechte, alles sich vielleicht Ereignende herumtrugen. Sie vergaßen ganz, daß durch ein solches Handeln die Stimmung verdorben wurde, und daß es doch darauf ankam, sie zu heben, mindestens sie zu erhalten.

Tief bedauerlich war auch die Tatsache, daß sowohl beim Feldheer wie in der Heimat nicht die notwendige Verschwiegenheit über militärische Angelegenheiten beobachtet wurde. Große Unternehmungen der O.H.L. wurden in der Heimat oft bekannt, bevor das K.M. davon Kenntnis hatte. In erster Linie waren es Ehemänner, die an ihre Frauen über beabsichtigte Operationen berichteten. Diese wiederum hatten aus Wichtigtuerei nichts Eiligeres zu tun, als für Verbreitung zu sorgen; schließlich sprach Jeder davon. Besonders Offiziere bei den höheren und höchsten Stellen sind in dieser Hinsicht nicht frei zu sprechen. Gewiß war ein Geheimhalten innerhalb des Feldheeres schwierig. Ich hätte es aber mit Freude begrüßt, wenn in diesem Punkte scharf durchgegriffen und ein Beispiel festgestellt worden wäre. Verfügungen hatten nicht die beabsichtigte Wirkung, strenge Strafen, in sehr schweren Fällen die schärfste, hätten zur Anwendung kommen müssen. Nur so war dem Übel einigermaßen zu steuern.

Es war ein öffentliches Geheimnis, daß zumal Reichstagsabgeordnete es vielfach nicht über sich gewinnen konnten, das, was sie in vertraulichen Kommissionsverhandlungen erfuhren, für sich zu behalten.

Auch kam es einem Teil dieser Herren nicht darauf an, sich Angaben über geheim zu behandelnde militärische Angelegenheiten zutragen zu lassen, um sie später zu Angriffen gegen die Militärverwaltung zu benutzen. Anstatt diese „Gewährsmänner" darauf aufmerksam zu machen, daß sie mit Auslieferung derartiger Mitteilungen Kriegsverrat begingen, nahmen sie dies Material begierig entgegen. Konnte man doch hoffen, sogar unter dem Schein der Sorge um das Wohl des Vaterlandes, der von diesen Herren und ihren Parteifreunden innerlich stets gehaßten Militärverwaltung ein Bein zu stellen.

Als eines der Mittel zur Wahrung militärischer Geheimnisse und um zu verhindern, daß falsche Tatsachen hinausgingen, die die Meinung im Lande verderben konnten, war die vielfach angegriffene Briefzensur, wie im Reichstage auch von Rednern der Sozialdemokratie zugegeben wurde, notwendig. Von der Obersten Heeresleitung waren Richtlinien für ihre Handhabung erlassen worden.

2.

Aus- und Umbau des Heeres

A. Die Neuorganisationen im allgemeinen

„Ich habe" ist mehr wert als zehn: „Ich werde haben". Friedrich der Große.

Unser Departementsdirektor Generalmajor Wild von Hohenborn bekam gleich Anfangs August 1914 die 30. Division, er war sehr glücklich, ins Feld zu kommen. Generalleutnant von Wandel, Gouverneur von Köln, wurde stellvertretender Kriegsminister. Er war kein Neuling im Kriegsministerium. Hatte er doch vor dem Kriege die Armee-Abteilung und das Allgemeine Kriegsdepartement geleitet. Mit seinem phänomenalen Gedächtnis, seinem großen Wissen und seiner unermüdlichen Arbeitskraft beherrschte er von vornherein den gewaltigen Mechanismus. Ihm verdankt das Kriegsministerium, das Heer und das Vaterland Unendliches.

Um ein Bild von dem ihm unterstellten Apparat zu geben, möchte ich nur zwei Zahlen nennen. Beim Beginn des Krieges zählte das Kriegsministerium 6—700 Beamte und Offiziere, am 15. 4. 1917 ohne Kriegsamt 6632.

Von den Offizieren meiner Abteilungen kamen im Laufe des Jahres die Majore v. Heydekampff und Lueder zur Front. Sie wurden dem XXI. A. K. zur Verfügung gestellt. Erstgenannter kehrte bald wegen Krankheit zurück, Major Lueder fiel nach einigen Tagen. Ich, wie alle, die ihn kannten, haben den Tod dieses vortrefflichen Mannes aufrichtig beklagt. Zu den betreffenden Abteilungen kamen Hauptmann z. D. Freiherr v. Schleinitz, Rittmeister v. Seydlitz und Hauptmann v. Patow, dieser verwundet und alle nicht felddienstfähig.

Eine der Hauptaufgaben der Armeeabteilung für die nächste Zeit bildete die Aufstellung der 5 neuen Korps, die am 10. 10. fertig sein mußten. Damit komme ich zu den Neuorganisationen im Kriege.

Die Mobilmachungsvorarbeiten sahen die Bildung von $6^1/_3$ Ersatz-Divisionen vor. Sie sollten aus den zugleich planmäßig aufzustellenden Ersatzformationen aufgestellt werden. Eine sofortige Verwendung im Feldkriege war vom K.M. nicht in Aussicht genommen. Vielmehr hatte sich der Kriegsminister, da es sich um Ersatzformationen han-

delte, das Recht vorbehalten, über ihre etwaige Verwendung befragt zu werden. Die Formationen waren deshalb auch nicht mit Feldverwaltungsbehörden, Kolonnen, Trains und Etappenformationen ausgestattet.

Als sie nun überraschenderweise vom Generalstab von vornherein in die Kriegsgliederung des Feldheeres aufgenommen waren, mußten sofort 254 Munitionskolonnen, 4 Sanitätskompagnien und 8 Feldlazarette aufgestellt und den Divisionen nachgeführt werden.

Die erste große Rate der Neuaufstellungen bildeten die erwähnten 5 neuen preußischen Reservekorps XXII—XXVI, das von je einer sächsischen und württembergischen Division gebildete XXVII. R.K. und die 6. Bayerische Res. Division. Sie waren am 10. Oktober 1914 marschbereit.

Über diese Korps ist schon manches geschrieben und gesprochen worden. Tadel wurden erhoben, daß die Leute nicht hinreichend ausgebildet, und die Korps daher nicht kriegstüchtig gewesen wären, und daß ihre Verwendung zu früh und nicht sachgemäß erfolgt wäre. Ich muß auf diese Punkte näher eingehen.

Wie bereits erwähnt, hatte der General von Falkenhayn zum 10. Oktober die Aufstellung dieser Korps gefordert. In dem hierzu unterm 16. 8. 1914 gegebenen Befehl hieß es:

„Die Truppenteile sind sofort aufzustellen. Es werden hierzu Offiziere, Unteroffiziere und Mannschaften der Ersatzformationen heranzuziehen sein, wie es ohne Beeinträchtigung der eigentlichen Ersatz-Gestellung irgend möglich erscheint. Ferner sind Kriegsfreiwillige und, wenn nötig, Rekruten aus den Depots, Offiziere und Unteroffiziere des Landsturms, sowie des Ruhestandes zu verwenden.

Der größte Wert wird auf die Gewinnung eines brauchbaren, möglichst zahlreichen Ausbildungspersonals zu legen sein. Die Generalkommandos müssen deshalb bestrebt sein, dieses aus Offizieren und Unteroffizieren der Inaktivität, auch des Landsturms zu schaffen. Es ist sehr wohl zulässig, tüchtige Lehrkräfte für die formale Schulung heranzuziehen, auch wenn sie nicht felddienstfähig sind. Auch Zivilkräfte, wie z. B. Reitlehrer von Zivilanstalten für die Reitausbildung, Postbeamte für die Unterweisung im Fernsprechwesen kommen in Betracht.

Die Ausbildung muß kriegsmäßig und, was die Einzelausbildung anlangt, nach 3 bis 4 Wochen beendet sein. Die weitere Ausbildung, namentlich im Marschieren, im Gefecht des Bataillons (Abt.) und

im Gefechtsschießen hat auf den Truppenübungsplätzen zu erfolgen. Wie dies beabsichtigt wird, ist zum 1. September hierher mitzuteilen.

Bis zum 1. September wird einer Meldung entgegengesehen, daß die Formationen aufgestellt sind."

Der Andrang zu den Truppenteilen war gewaltig, die Begeisterung trieb die waffenfähige Jugend zu den Waffen, die Stärken wurden bald erreicht.

Am schwierigsten gestaltete sich die Bekleidung und Ausrüstung. Für die in so früher Periode des Krieges neu geforderten Formationen fehlte es besonders an Mänteln, Helmen, Tornistern und anderen Ausrüstungsstücken, sowie an Waffen. Was die Bekleidungsabteilung unter ihrem Chef, Oberstleutnant von Flotow, damals geleistet hat, ist über alles Lob erhaben. Die Tage gemeinsamer Arbeit Anfang Oktober werden wir beide wohl nicht vergessen. Überallher wurden vorhandene Bestände herangezogen, die Ersatzformationen mußten vieles hergeben und manches Notwendige entbehren. Die Polizei in Berlin gab Helme, die unter dem Überzug ihren Ursprung nicht verrieten. Die Industrie arbeitete nach Kräften. Leider machte sich schon zu dieser Zeit ein schädlicher Zwischenhandel bemerkbar. Die Waffen wurden auf Kosten der Ersatzformationen zusammengebracht, wobei in großer Anzahl erbeutete russische und auch belgische Gewehre und Seitengewehre aushelfen mußten.

Bei dieser Gelegenheit muß ich besonders das stellvertretende Generalkommando VII. A.K. in Münster erwähnen, das unter seinen Kommandierenden General Exzellenz Freiherr v. Bissing und mit seinem unermüdlichen Adjutanten Hauptmann Himstedt hier, wie bei anderen Gelegenheiten das Kriegsministerium in hervorragender Weise unterstützt hat.

Ich kann nicht leugnen, daß mich ein Gefühl der Befriedigung erfüllte, als am 9. Oktober abends die Meldung der Korps von ihrer Marschbereitschaft eintraf. Noch an diesem Tage gab ich sie an den Kriegsminister im Großen Hauptquartier weiter. Das Wort war eingelöst.

Dem K.M. hatte nur die Aufstellung der neuen Formationen obgelegen. Über die Frage, ob sie kriegsfähig wären, sollten zwei von Sr. Majestät bestimmte hohe Offiziere ihr Urteil abgeben. Während der eine von diesen ihnen unter Anrechnung der Kriegsbegeisterung volle Gefechtsfähigkeit zusprach, war das Urteil des anderen zurückhaltender.

Das K.M. vertrat gegenüber der O.H.L. den Standpunkt, daß jeder weitere Tag der Ausbildung nur dringend erwünscht sein konnte, besonders für das Einmarschieren. Die O.H.L. erwiderte, daß hierfür nach der Ausladung der Divisionen Zeit zur Verfügung gestellt würde. Es kam aber anders. Die Korps mußten leider sofort in den Kampf und haben, wie mir der Herzog v. Württemberg, Führer der 4. Armee, mitteilte, im allgemeinen ihre Aufgabe voll erfüllt. „Wären sie nicht dagewesen, sagte mir der General v. Falkenhayn, so hätte sich unser rechter Flügel nicht halten können."

Ich konnte von meiner Seite diesen frühen Einsatz nur bedauern, da mir diese Korps mit ihrem prächtigen Ersatz sehr am Herzen lagen. Ich hätte es lieber gesehen, wenn sie nach weiterer Ausbildung im Kriegsgebiet erst an ruhigeren Fronten eingesetzt worden wären.

Neuformationen im Kriege sind möglichst zu vermeiden. Hier und später zwang die Lage, sie zu bilden. Sie können nicht das sein, was die planmäßig aufgestellte Truppe ist. Sie kranken stets an irgend etwas. Hier soll in erster Linie die Besetzung der höheren Dienststellen sich als fehlerhaft herausgestellt haben. Erst als besonders tüchtige Regiments- und Batls.-Führer an die Spitze traten, änderten sich die Verhältnisse. Die Korps wurden zusehends besser und haben später ihren Mann gestanden wie jedes andere. Zu bedauern ist, daß diese aus so herrlichem Ersatz zusammengesetzte Truppe bei ihrem Einsatz nicht die nötige Kriegserfahrung hatte und dafür büßen mußte.

Über die Klage, daß die Korps bei ihrem Einsatz unsachgemäß verwendet worden seien, vermag ich kein Urteil zu fällen.

Dem von 1909 bis 1913 an der Spitze des Kriegsministeriums stehenden Generaloberſten v. Heeringen ist von manchen Seiten der Vorwurf gemacht worden, daß er nicht alles militärisch Notwendige, insbesondere die vom Generalstab geforderten 3 Armeekorps durchgesetzt oder, wenn dies nicht zu erreichen gewesen wäre, nicht seinen Abschied erbeten hätte. Der General hat in der Kreuzzeitung vom 13. 11. 19 eingehend und überzeugend darauf geantwortet. Ich kann mich seinen Ausführungen nur anschließen, möchte aber zwei Tatsachen hervorheben. General von Heeringen weist darauf hin, daß die drei neuen Korps bis 1914 gar nicht hätten aufgestellt werden können, ohne das Gefüge des Heeres zu lockern und dadurch seine Beschaffenheit erheblich zu verschlechtern. Bisher hatte man aber auf dem Standpunkt gestanden,

daß die Beschaffenheit der Zahl voranzustellen sei. Aus diesem Grunde hatte dann auch S. Maj. der Kaiser sie abgelehnt und dem Chef des Gen. Stabes persönlich davon Kenntnis gegeben. General v. Heeringen hätte geradezu frivol gehandelt, wenn er damals beim Thronvertrag diese seine schwerwiegenden Bedenken nicht zur Geltung gebracht hätte.

Nun aber weiter: Haben diese 3 Korps gefehlt? Zahlenmäßig haben sie überhaupt nicht gefehlt, da statt ihrer vom Generalstab am ersten Mobilmachungstage Ersatz-Divisionen aufgestellt wurden, die sich ebenso wie die Reservekorps bewährt haben. Der Graf Schlieffen hat in seinem Feldzugsplan, der doch unseren Operationen zugrunde lag, nicht mit diesen 3 Korps gerechnet. Er hatte einer geringeren Truppenmacht die Sicherheit des Ostens anvertraut und sich mit dem Gedanken vertraut gemacht, u. U. das Land östlich der Weichsel räumen zu müssen, daher die Weichsellinie befestigt, getreu dem alten friderizianischen Grundsatz: Wer alles decken will, deckt nichts. Daher müsse man verstehen, eine Provinz zeitweilig aufzugeben. Er hätte, als der Notschrei aus Ostpreußen ertönte, die drei tatsächlich abgegebenen Korps nicht aus der Hand gelassen. Sie wären bei der Entscheidung an der Marne zur Stelle gewesen, und nicht sie allein, sondern noch große Teile der 7. Armee. Warum sind diese nicht herangezogen worden? Daß es auch ohne die 3 Korps im Osten gegangen ist, hat die Schlacht von Tannenberg gezeigt, an der diese 3 Korps bekanntlich nicht teilgenommen haben. Nicht drei Korps haben bei der entscheidenden Stelle im schwerwiegendsten Augenblick gefehlt, sondern die Nerven der Heeresleitung.

Und noch eins: Aus den Ausführungen des Generals von Heeringen ergibt sich, daß der Generalstab 1911 gleichzeitig mit der Forderung einer Heeresverstärkung für den Weiterbau der Flotte eingetreten ist, und daß dadurch die zu treffende Entscheidung gegen den Willen des Kriegsministers zugunsten des gleichzeitigen Einbringens einer Heeres- und Marine-Vorlage fiel. Dies ging auf Kosten des Heeres, auf dessen Sieg das Schicksal unseres Vaterlandes ruhte. Dies Verhalten des Chefs des Generalstabes ist mir unerklärlich. Auf der einen Seite verlangte er höchstmögliche Steigerung der Heereskraft, auf der anderen entzog er durch seine Zustimmung zur Marinevorlage diesem selben Heere einen Teil der Unterstützung. Hierbei darf man nicht vergessen, daß von einem U-Bootkrieg noch nicht die Rede war. Daß aber unsere Schlachtflotte keine den Krieg entscheidende Rolle spielen konnte, war

jedermann klar. Wer weiß, wie die Allerhöchste Entscheidung gefallen wäre, wenn sich der Generalstab voll und ganz dem Standpunkt des Kriegsministers angeschlossen hätte! Millionen wären vielleicht zur Vervollkommnung des Heeres frei gemacht worden.

Ende Oktober fuhr ich ins Große Hauptquartier nach Charleville. Von Köln ging es mit dem Personenkraftwagenrelais des Freiwilligen Automobilkorps.[1]) Auf einem durch versprengte Belgier veranlaßten Umweg trafen wir glücklich ein. Der Kriegsminister war an der Front, er wollte mich am nächsten Tage sprechen.

Ich verbrachte einen interessanten Abend im Kreise der Herren des Stabes des Kriegsministers und des Militärkabinetts. Da gab es viel zu erzählen, und ich bedauerte, als die Zeit zum Schlafen eintrat.

Am nächsten Tage fuhr ich zum Hauptquartier S.K.H. des Kronprinzen nach Stenay. Der hohe Herr wie sein Chef klagten sehr über die Munitionslage. Diese Klagen waren nicht unberechtigt. Tatsächlich war ein Munitionsmangel eingetreten. Der Verbrauch war in den ersten Wochen des Krieges so, wie kein Staat ihn vorausgesehen hatte und voraussehen konnte. Dies geht schon daraus hervor, daß bei Franzosen und Engländern der gleiche Zustand eintrat.[2])

Im Osten hat kein Munitionsmangel bestanden.[3])

Wie die Verhältnisse lagen, mußte vom K.M. mit allen Kräften gearbeitet werden, um den Zustand zu bessern. Ich hielt nach meiner Rückkehr dem stellvertretenden Kriegsminister Vortrag, der das Weitere bei der bearbeitenden Stelle veranlaßt hat.

Am Nachmittag empfing mich Exzellenz von Falkenhayn, nunmehr auch Chef des Generalstabes des Feldheeres. Der General drückte mir mit warmen Worten seine Anerkennung für das in meiner Abteilung Geleistete aus. Er orientierte mich über die militärische Lage, insbesondere über die Niederlage der Verbündeten im Osten und den dadurch hervorgerufenen verlustreichen Rückzug der deutschen Truppen (9. Armee)

---

[1]) Das Kaiserliche Freiwillige Automobilkorps, an dessen Spitze Prinz Waldemar von Preußen trat, hat dem Heere große Dienste geleistet. Die ungewohnten Verhältnisse des Krieges machten später bei dem neuen Korps mannigfaltige Organisationsänderungen notwendig.

[2]) Vgl. Ludendorff „Kriegserinnerungen", S. 94: Alle kriegführenden Nationen hatten ebensowenig die Wirkung des stark zusammengefaßten Artilleriefeuers wie den Munitionsverbrauch richtig eingeschätzt. S. auch die Memoiren des Generals French.

[3]) Vgl. Ludendorff a. a. O. S. 94.

von der Weichsel zur Grenze. Er fragte mich, auf welche Weise das Kriegsministerium helfen könnte. Ich bot ihm an, dem Ostheer sofort 30 000 Mann Verstärkung zu senden. Nach kurzer Überlegung ließ er den Oberst Tappen, Chef der Operationsabteilung, kommen und befahl ihm, ein Telegramm an Oboſt zu entwerfen, in dem diesem die Zusage gemacht werden sollte, daß sofort 40 000 Mann Verstärkung in Marsch gesetzt würden. Ich willigte in die Erhöhung von 30 000 auf 40 000 Mann ein und fertigte die nötigen Befehle an meine Abteilung in Berlin aus. In 8 Tagen war die 9. Armee um die Infanteriegefechtsstärke von etwa 2 Armeekorps wieder aufgefüllt.

Am Abend folgte ich einer Einladung des Generals von Falkenhayn zum Essen im Kasino. Ich traf dort viele alte Bekannte, so meinen früheren hochverehrten Chef, Oberst v. Voigts Rhetz, den ich leider zum letztenmal sehen sollte. Er starb bald hernach. Nach Tisch fand ein Plauderstündchen statt, in dem bei einer Tasse Kaffee manches Interessante besprochen wurde. Hierbei äußerte Exzellenz v. Falkenhayn: „Dreierlei haben wir aus dem Kriege bisher gelernt:

1. Die Militär-Attachés haben vielfach versagt;
2. Wenn man einen Bundesgenossen hat, muß man sich mehr um ihn kümmern. Eine enge Verbindung zwischen beiden Verbündeten muß bestehen, damit der eine die Eigenarten des anderen, seine Stärken und Schwächen kennen lernt;
3. Das militärische Haupt muß im Frieden der Kriegsminister sein, dem der Generalstab untersteht."

Namentlich über den dritten Punkt entspann sich eine lebhafte Besprechung. Alle Einwendungen, die von seiten der Vertreter des Generalstabes gemacht wurden, wies der General zurück; ich mußte seiner Ansicht beitreten. Die im Kriegsministerium gemachten Erfahrungen konnten sie nur bestätigen. Im übrigen war diese Unterstellung des Generalstabes unter den Kriegsminister eigentlich schon vorhanden gewesen, da dieser allein der verfassungsmäßige Vertreter der militärischen Interessen war. Der Chef des Generalstabes hatte lediglich das Recht, ohne weitere Aufforderung regelmäßig Sr. Majestät unmittelbar Vortrag über Angelegenheiten seines Dienstbereichs zu halten. Die zwischen dem K.M. und dem Gen.Stab bestehenden Ressortverhältnisse sollten hierdurch aber unberührt bleiben. (A.K.O. v. 24. 5. 1883.) Dieser eigenartige Zustand hatte, besonders in der letzten Zeit vor dem Kriege,

des öfteren zu Differenzen zwischen beiden Behörden geführt, die unter allen Umständen künftig vermieden werden mußten.

Was die geforderte enge Verbindung zwischen Verbündeten anlangt, so war auch diesem Punkte rückhaltslos zuzustimmen. Vieles wäre sicherlich anders gekommen, wenn man die österreichisch-ungarischen Verhältnisse näher gekannt und die Bestrebungen Konrad von Hötzendorffs, die Wehrmacht der Monarchie zu verstärken, verständnisvoll durch den Reichskanzler unterstützt hätte. Meiner Überzeugung nach hatte der Generalstab den österreichischen Verbündeten überschätzt. Hierauf bezog sich auch wohl die Äußerung Falkenhayns.

Am anderen Morgen trug ich dem General meine künftigen Organisationspläne vor. Sie gingen dahin, keine neuen großen Verbände aufzustellen, dagegen die Etats der im Felde stehenden Truppen so stark wie möglich zu erhalten und allmählich ein 9tes Infanterie-Regiment für jedes Korps (die Korps hatten damals noch 8 Regimenter) zu schaffen. Der Chef stimmte meinen Ausführungen zu, nur wollte er statt der Regimenter IV. Bataillone.

Als ich aus dem Vortragszimmer herauskam, begegnete ich dem bisherigen Chef des Generalstabes, Exzellenz v. Moltke. Er begrüßte mich in seiner bekannten ruhigen, freundlichen Art und fragte nach meinen weiteren Organisationsplänen. Er machte den Eindruck eines schwerkranken Mannes.

Abends war ich zur Tafel bei Seiner Majestät befohlen. Außer mir waren noch anwesend der Reichskanzler v. Bethmann Hollweg, der Fürst Solms Baruth, erster Delegierter der freiwilligen Krankenpflege, General v. Unger, im Frieden Kommandeur der 35. Kav.-Brigade, auf dem Wege nach dem Osten, um dort das Kommando über eine Kavallerie-Division zu übernehmen, und einige Herren des Gefolges. Ich war erstaunt über die Einfachheit, die in allem herrschte. Suppe, ein Fleischgang und eine süße Speise bildeten die Speisenfolge. So war es eigentlich immer, wenn ich die Ehre hatte, geladen zu werden. Nur wenn sehr hohe auswärtige Herren da waren, wurde ein Gang eingeschoben. Nach Tisch ging es in die kleine Veranda, wo manches besprochen wurde. S. M. machte u. a. den Reichskanzler auf die vortrefflichen Straßen und auf die sehr praktischen Orts- und Wegebezeichnungen Frankreichs und Belgiens aufmerksam und empfahl sie zur Nachahmung.

Nach Berlin zurückgekehrt traf ich General Ludendorff, der zu einer

Besprechung mit dem Chef des deutschen und österreichisch-ungarischen Generalstabes gekommen war. Er sah sehr überarbeitet aus. Die unglücklichen Operationen gegen die Weichsel hatten ihn sehr mitgenommen, was er selbst zugab, und was zu verstehen war.

Zu dieser Zeit teilte mir Oberst v. Witzendorff, Chef des Stabes des stellv. Gen.-Kdos. VI mit, daß von der deutschen Führung im Osten die Vorbereitungen zur Zerstörung der oberschlesischen Gruben verlangt worden seien. Er wies auf die Folgen eines solchen Befehls hin und weigerte sich, ihm nachzukommen. Über die Bedeutung der Maßnahme war auch bei mir kein Zweifel. Es wurden daher von ihm und mir im Verein mit den in Betracht kommenden militärischen und zivilen Stellen Schritte unternommen, um den Befehl rückgängig zu machen, was auch glückte. Später erzählte mir der General-Feldmarschall von Woyrsch, daß auch er gegen die Schlesien so schwer bedrohende Anordnung energisch vorgegangen sei.

Die Arbeit ging ihren gewohnten Gang weiter, sie hatte an Umfang bedeutend zugenommen. Eine große Belastung für mich waren die vielen persönlichen Anfragen. Es war oft schwer, den verschiedenen Wünschen, namentlich auf persönlichem Gebiet, gerecht zu werden. Ich hielt es aber — wie bereits erwähnt — für meine Pflicht, jeden zu empfangen. Die Herren sollten sehen, daß man sich ihrer und der Truppe berechtigten Wünsche annahm, und Vertrauen zu mir und der Behörde gewinnen. Für die Truppe zu sorgen, blieb immer meine Hauptaufgabe.

Die unsicheren Verhältnisse in Belgien bedingten, nachdem durch A.K.O. vom 23. 8. 14 das Kaiserliche Generalgouvernement Belgien errichtet worden war, eine Verstärkung der Etappentruppen. Es wurden daher 12 mobile Reserve- und 21 Landwehr-Brigade-Ersatz-Bataillone aus den Reserve- und Landwehr-Ersatz-Bataillonen mobil gemacht und der O.H.L. zur Verfügung gestellt. Im Oktober 1914 wurden die 1. Res.-Ers.-Div. (Juni 1915 aufgelöst) und Dezember die Armee-Kavallerie (auch Kav.-Div.) Graf Lippe (Januar 16 aufgelöst) gebildet. Die Kriegsbesatzung Germersheim formierte die 1. Bayr. Landw.-Division.

Durch die Bildung der Armee-Abteilungen Falkenhausen, Strantz und Gaede wurde die Aufstellung der nötigen Oberkommandos, Feldverwaltungsbehörden und Etappenformationen nötig.

Gerade die Aufstellung von höheren Stäben beanspruchte viel Personal und Material. Zur Bildung des Marinekorps stellte das K.M. eine Anzahl von Verpflegungs- und Etappenformationen. Ende November kam General v. Falkenhayn mit der Operationsabteilung nach Berlin, da Seine Majestät beabsichtigte, nach Pleß zu gehen. Es wurde mir eröffnet, daß die O.H.L. neue Korps brauche.

Die zweite große Rate der Neuaufstellungen setzte sich aus den Ref. Korps XXXVIII bis XXXXI zusammen, die am 20. Januar 1915 fertig sein sollten und es waren. Diesen ging die vom K.M. am 13. 11. 1914 angeordnete Aufstellung von 72 Feld-Inf.-Bataillonen voraus. Bayern schuf die 8. Bayer. Ref. Division, die mit der im September formierten 6. Bayer. Ref. Division zum II. bayerischen Ref. Korps vereinigt werden sollte.

Die Feldartillerie dieser Korps wurde durch Zurückziehen von Batterien aus der Front gewonnen und dort verfügbar gemacht durch Umwandlung der Feldbatterien zu 6 Geschützen in solche zu 4. Die Generale von Loewenfeld, Graf Kirchbach, v. Marwitz und Staabs wurden von S. M. bestimmt, die Feldbataillone zu besichtigen und zu berichten. Auf Grund dieser Berichte wurden verschiedene Verbesserungen vorgenommen. Am 20. Januar meldeten die Korps ihre Marschbereitschaft. Es war die zweite große Heeresformation, die der O.H.L. zur Verfügung gestellt wurde.

Die bei der Aufstellung der ersten Korps gemachten Erfahrungen waren verwertet worden. Offiziere und Mannschaften aus der Front, die schon wiederholt Kämpfe mitgemacht hatten und Kriegserfahrungen besaßen, waren hinzugezogen und bildeten mit den ausgebildeten Rekruten eine brauchbare Truppe. Diese Korps haben sich trefflich bewährt.

S. Majestät besichtigte einzelne Truppenteile, so je eine Division in Ohrdruff, Alten Grabow und Döberitz. Ich wurde nach Ohrdruff und Döberitz befohlen.

Die Besichtigung bei erstgenanntem Ort fand an einem herrlichen Wintertag bei 6 Grad Kälte und hohem Schnee statt. Der Befehlshaber des neuen Korps, General der Kav. v. Marwitz, hielt eine Ansprache, die in ein Hurra auf Deutschlands Kaiser ausklang. Die Truppe machte einen sehr guten Eindruck, was mir die einzelnen Kommandeure bestätigten.

Wie in Ohrdruff, verlief die Besichtigung in Döberitz. An dem Obe-

lisk Friedrichs des Großen war die Division in einem nach einer Seite offenen Viereck aufgestellt. S. Majestät, den Ihre Majestät begleitet hatte, schritt die Front ab, viele Leute, besonders die mit dem Eisernen Kreuz geschmückten, ansprechend. Dann sprach General Litzmann, Führer des Korps, herrliche Worte und schloß mit einem Hoch auf Seine Majestät.

Nach Schluß übergab mir der Allerhöchste Herr das E. K. I.

Ich erhielt es als erster Angehöriger des Kriegsministeriums. Die Auszeichnung erfreute mich sehr. War sie doch eine Anerkennung der Leistungen des Kriegsministeriums. —

Ende Dezember 1914 bat der Chef des Generalstabes des Feldheeres das Kriegsministerium, der Ausbildung jüngerer Finnen besserer Stände in Deutschland näher zu treten, damit sie gegebenenfalls in Finnland als Führer dienen könnten.

Die Heeresverwaltung kam dem Wunsche nach und ließ unter Major Beyer eine Truppe im Lockstedter Lager aufstellen, die sich aus jungen Finnen zusammensetzte und deren Stärke sich allmählich bis auf 1500 Mann hob.

Am 1. 5. 16 wurde die Trupppe als Jäger-Bataillon 27 mit M.-G.K., Pionierkompagnie und leichtem Feldhaubitz-Zug mobil und dem Oberst. zur Verfügung gestellt.

Das Jäger-Batl. 27 tat bis Anfang 1918 an und hinter der Ostfront im Bereich des Armee-Oberkommandos 8 Dienst. Am 5. 2. 1918 wurde es aufgelöst. Die Entlassung der Leute in die Heimat geschah im Einvernehmen mit dem finnischen Zentralkomitee, als der einsetzende Freiheitskampf ihre Anwesenheit in der Heimat dringend erforderte. —

Umfangreiche Neuorganisationen an Kommando- und Verwaltungsbehörden, sowie an Etappenformationen wurden erforderlich durch Bildung der 9. und 10. Armee, der hauptsächlich aus Festungsbesatzungen bestehenden Korps Breslau, Posen und Graudenz, der Landwehr-Divisionen 1 bis 10 (aus den mobilen Landwehr-Brigaden bestehend). Diese letzten verlangten auch zahlreiche M.G.-Züge, Kolonnen, Trains und Sanitätsformationen.

Ferner mußte eine große Zahl Eisenbahn-, Telegraphen-, Funker-, Kraftwagen- und Fliegerformationen neu aufgestellt werden, Straßenbau- und Arbeiterformationen, ebenso wie Etappen-Sammelkompagnien völlig neu gebildet werden.

Im ganzen sind hierfür 150 000 Mann erforderlich gewesen.

Der Zeitraum vom 1. Februar bis 31. Dezember 1915 umfaßt die dritte große Neuorganisation: Die Umbildung der Infanterie-Divisionen von 4 Infanterie-Regimentern zu solchen mit 3 Inf. Regimentern und die Zusammenfassung der zahlreichen Festungs- und überplanmäßigen Verbände.

Es erfolgte die Aufstellung der Inf.-Divisionen 50, 52, 54, 56, 58, 111, 113, 115, 117, 119, 121, 123, 101, 103, 105, 107, 4. G., Alpenkorps, 10. und 11. bayr. Infanterie-Div. Fußartillerie- und Trainformationen kamen von den Feldtruppen, die Feldartillerie wurde wieder durch Umbildung von Batterien zu 6 Geschützen in solche zu 4 gewonnen. Pionier-, Verkehrs- und Sanitäts-Formationen mußten neu aufgestellt werden. Die Umbildung des Ostheeres begann am 2. 6. 15 durch Formierung der Inf.-Divisionen 83, 84, 86—89, 108, 109 und der 85. Landw.-Div. Die Landw.-Divisionen 1—18, die 2. württ. und 6. bayr., die 39. Res.-Div. wurden ausgebaut bezw. gebildet.

Die Aufstellung des Armee-Oberkommandos 11 am 3. 3. brachte wieder die Bildung der erforderlichen Feldverwaltungs- und Etappen-Behörden mit sich. Es wurde im Laufe der Operationen in Galizien 1915 zur Aufstellung des Heeres-Gruppen-Kommandos Mackensen verwendet.

Von Mitte Januar bis Juli 1915 war das General-Kommando II zugleich Armee-Oberkommando der Südarmee, vom 6. 7. ab Armee-Oberkommando der Bug-Armee; als Armee-Oberkommando der Südarmee wurde das General-Kommando des Korps Bothmer (II. Bayer. Res.-Korps) eingesetzt. Diese doppelte Aufgabe der Kommandostellen machte ihren Ausbau in personeller und materieller Hinsicht nötig. Am 20. 9. 15 erfolgte die Umwandlung des Armee-Oberkommandos der Bug-Armee in das A.O.K. Linsingen.

Am 25. 8. 15 wurde das General-Gouvernement Warschau eingerichtet.

Da eine große Anzahl Ersatz-Bataillone im Ostheer aufgegangen, und der Ersatzbedarf des Feldheeres aus den bisherigen Ersatztruppenteilen nicht mehr zu befriedigen war, so mußten auch in der Heimat neue Ersatzformationen geschaffen werden. Im Februar 1915 wurden die Ersatz-Bataillone verdoppelt und jedem Ersatz-Bataillon 2 Rekruten-Depots angegliedert.

Auch im Jahre 1916 machten die kriegerischen Ereignisse die Neu-

aufstellung einer Anzahl höherer Stäbe mit Feldverwaltungsbehörden sowie zahlreicher Divisionen und technischer Truppen erforderlich. Die ständig zunehmende Zahl der Armeeverbände, die ihre Befehle und Meldungen in unmittelbarem Verkehr zwischen O.H.L. und Oberkommando erhielten bezw. erstatteten, bildete mit der Zeit für die Heeresleitung eine große Belastung, die für die Führung Hemmnisse mit sich brachte.

Es wurden daher Heeresgruppenkommandos eingeschoben und in der zweiten Hälfte des Jahres 1916 die Heeresgruppen Prinz Leopold von Bayern (aus dem A.O.K. 9), Kronprinz von Bayern, Woyrsch, Kronprinz des Deutschen Reiches (aus A.O.K. 5) und Below (11. deutsche und 1. bayerische Armee) gebildet.

Am 22. 7. 16 erfolgte im Felde die Aufstellung des A.O.K. 1, das früher im A.O.K. 12 aufgegangen war.

Im Verhältnis zu den zahlreichen, neugebildeten Inf.-Div. war die Zahl der Gen.-Kdos. nicht gestiegen. Es stellte sich daher im Felde ein Mangel an höheren Kommandobehörden heraus. Dieser Mangel führte zur Schaffung der Gen.-Kdos. zur besonderen Verwendung (z. b. V.). Sie waren zunächst nur als taktische Befehlsstellen gedacht und verfügten nicht über Feldverwaltungsbehörden. Doch erwies sich diese, dem Gedanken der Sparsamkeit entsprungene Maßnahme auf die Dauer nicht durchführbar. Es wurden die Gen.-Kdos. z. b. V. Nr. 51—64 aufgestellt und für den siebenbürgischen Kriegsschauplatz das Divisions-Kommando z. b. V. Nr. 301.

Weiterhin hielt die O.H.L. eine einheitliche Regelung und Durchführung des Küstenschutzes für erforderlich. Am 18. 5. 16 wurde daher das Oberkommando der Küstenverteidigung gebildet und ihm neben den schon bestehenden Inselbesatzungen, Kriegsbesatzungen der Küstenbefestigungen und im Küsten-, Kanal- und Grenzschutz verwendeten Landsturmformationen 3 neuaufzustellende Divisionen: Danzig Nr. 201, Stettin Nr. 202 und Altona Nr. 203 unterstellt.

Dem Wunsche der O.H.L. entsprechend folgten weitere Neubildungen von Divisionen zu 3 Infanterie-Regimentern unter Herabsetzung der Zahl der Inf.-Regimenter der bestehenden Divisionen und Verminderung ihrer Geschützzahl.

So entstanden die Inf.-Div. 183, 185, 187, 195, 197, 200, 302, 192, 12. bayr. 204, 199, 206—208, 211—218, 221—224, 225, 226, 91—93, 205, 14. bayr. 219, 241, 242, 251, 252, 253,

die 30. bayr. und 9. bayr. Ref.-Div. die Landw.-Div. 19, 20, 25, 47, 2. bayr., die 5. Erſ. und die 8. (ſpäter 227. Inf.-Div.) Erſ.-Div. Bei den meiſten Diviſionen wurden die Inf.-, Art.- und Pionier-Formationen ſowie eine Zahl von Kolonnen beſtehenden Feldformationen entnommen, als Erſatz im Felde neue Bataillone uſw. aufgeſtellt.

Die neue O.H.L. forderte für 1917 die Aufſtellung weiterer Diviſionen. Ihrer Forderung wurde ſelbſtverſtändlich nachgekommen, wobei ſie aber darauf aufmerkſam gemacht wurde, daß dies nur auf Koſten der geregelten Erſatzgeſtellung geſchehen könnte. Die O.H.L. antwortete, daß ſie ſich deſſen voll bewußt ſei. Am 6. 11. 16 erging der Befehl zur Bildung von 10 preußiſchen Infanterie-Diviſionen (231 bis 240), es war die 4. große Rate der Neuorganiſationen. Zu ihrer Aufſtellung mußte der Jahrgang 98 in Verbindung mit kriegserprobtem Perſonal aus dem Felde vorgeſehen werden. Sie ſollten März 1917 verwendungsbereit ſein. Ihnen folgten die Diviſionen 5. Garde, 220, 254 (ſpäter 21. Landw.-Div.), 255, 243, 227, 228, 94—96 ſowie 15. und 16. bayr. und im Dezember das Kommando der deutſchen Jäger-Div. Im März wurden die in den Reichslanden ſtehenden Armee-Abteilungen einem neu aufgeſtellten Heeresgruppen-Kommando Herzog Albrecht von Württemberg unterſtellt.

Den Oberbefehl über die deutſchen Truppen in der Türkei übernahm das am 2. 7. gebildete Heeresgruppen-Kommando F.

Der Einſatz ſtärkerer deutſcher Truppen auf dem italieniſchen Kriegsſchauplatz bedingte die Aufſtellung des A.O.K. 14 (9. 9. 17) unter Verwendung der Oberkommandos der Armee-Abteilung Scheffer. Die Gen.Kdos. z. b. V. Nr. 65 (aus der 3. Kav.-Div.), 66 und 67 und das Div.-Kommando z. b. V. Nr. 303 traten in Erſcheinung.

An Landwehr-Diviſionen wurden durch Ausbau beſtehender Formationen geſchaffen: die 22., 38., 23., 44., 48., 26., 45., 46.

Da ſich für die Kavallerie im Weſten keine Gelegenheit zum Eingreifen ergab, wurden die Garde-, 6. und 7. Kav.-Div. in gleichlautende Kavallerie-Schützen-Diviſionen umgewandelt.

Das Jahr 1918 brachte im Weſten die Entſcheidungskämpfe. Die zahlreich vom Oſten auf den weſtlichen Kriegsſchauplatz herangeführten Diviſionen und die Vorbereitung für die Durchbruchsſchlachten bedingten neue Maßnahmen:

Zunächſt wurden mehrere neue A.O.K.: das A.O.K. 17 (am 1.

2. 18 aus dem A.O.K. 14 gebildet), das A.O.K. 18 (bisher Oberkommando-Heeresgruppe Woyrsch) und A.O.K. 19 (am 4. 2. 18 aus A.O.K.-Süd umformiert) eingeschoben. Am 12. 8. 18 wurde das Heeresgruppen-Kommando Boehn, am 1. 10. 18 das Heeresgruppen-Kommando Gallwitz (aus dem A.O.K. 9) gebildet.

Die Lage in Rumänien machte am 1. 7. 18 die Aufstellung des Oberkommandos des Besatzungsheeres in Rumänien erforderlich; verwendet wurde hierzu die bisherige Militär-Verwaltung Rumänien.

Am 16. 3. 18 erfolgte die Aufstellung des Gen.-Kommandos z. b. V. Nr. 68, am 30. 10. 18 der Brigade-Kommandos z. b. V. Nr. 5 und 6, am 1. 11. 18 der Brigade-Kommandos z. b. V. Nr. 12 und 19.

Im übrigen kam es im Jahre 1918 nicht mehr zur Aufstellung geschlossener Divisionen, sondern nur von Artillerie- und technischen Formationen. Im Gegenteil, die Unmöglichkeit, alle bestehenden Verbände mit dem erforderlichen Ersatz zu versehen, bewies, daß das Höchstmaß erreicht, wenn nicht überschritten war. Im Sommer 18 mußte die O.H.L. dazu übergehen, die Zahl der Kompagnien usw. aus Ersatzrücksichten herabzusetzen.

Im Vorstehenden habe ich versucht, in kurzen Zügen ein Bild der allgemeinen Neuorganisationen zu geben. Die Zahlen sprechen für sich. Die Schwierigkeit lag hauptsächlich darin, immer wieder neue Wege zu finden, auf denen man den Wünschen und Forderungen der O.H.L. gerecht werden konnte. Dies war oft nicht leicht. Wochenlang habe ich nach Aufstellung der 2. Rate der Korps über weitere Organisationsmaßnahmen nachgedacht. Die Ersatzlage gestattete damals, wie erwähnt, nicht mehr, den einmal begonnenen Weg weiter zu beschreiten. Manche werden sich damals über den grübelnd einhergehenden Departementsdirektor gewundert haben. Ich kann nicht leugnen, daß mir ein Stein vom Herzen gefallen war, als ich „Heureka" rufen konnte.

Daß diese Neuorganisationen viele, unendlich mühsame und genaue Arbeit verlangten, liegt auf der Hand. Um so schöner der Erfolg, in den sich meine treuen Stützen der Oberst v. Meiß, die Majore Freiherr v. Gall, Schniewindt, Krall, Freiherr v. Schleinitz, die geh. exp. Sekretäre, Rech.-Räte Gößgen, Kohlmeyer, Thaler, der Vorsteher der Registratur, der treffliche Geheime Rechnungsrat Keihl u. a. teilen.

Unvergeßlich wird ihr Wirken an dieser größten Arbeit des Departements sein. Meine Dankbarkeit wird ihnen bleiben.

B. Die Neuformationen im einzelnen

Infanterie und Maschinengewehrwaffe

Die Neuorganisationen bei der Infanterie sind im wesentlichen in der vorstehenden allgemeinen Schilderung aufgeführt. Insgesamt sind etwa 3070 Infanterie-Bataillone einschl. Landsturm aufgestellt.

An Radfahrerformationen waren im Frieden 14 aktive Radfahrerkompagnien vorhanden, die sich bei der Mobilmachung verdoppelten. Im Herbst 1917 bestanden einige fünfzig preußische Radfahrerkompagnien, von denen ein Teil zu einer Radfahrer-Brigade (6 Batl. zu 5—7 Komp.) zusammengefaßt war.

Zur Verwendung im Hochgebirge und im Osten dienten seit 1915 zwei Schneeschuh-Bataillone, die später mit zwei bayrischen zu einem Regiment vereinigt wurden.

Bei Beginn der Mobilmachung waren 182 M.G.-Komp., 9 M.G.-Abt. und 15 Festungs-M.G.-Abt. mit 1236 M.G. vorhanden. Außerdem lag das Gerät für einen großen Teil der Reserve-Formationen etc., im ganzen 4000 M.G., bereit.

Der Wert der M.G. trat schon in den ersten Schlachten zutage; die beschleunigte Schaffung neuer M.G.-Verbände war die Folge. Aus Reservebeständen wurden daher Feld-M.G.-Züge zu je 3 M.G. 08 gebildet. Diese wurden später zum größten Teil mit den dann formierten M.G.-Ergänzungszügen zu M.G.-Kompagnien vereinigt. Der Stellungskrieg forderte mehr. So wurden im Sommer 1915 zunächst 2 Musketen-Bataillone zu 3 bezw. 2 Kompagnien mit dänischen Madsen-M.G., später auch mit englischen Lewis-M.G. aufgestellt, denen aus besonders ausgesuchten Leuten zusammengesetzte M.G.-Scharfschützentrupps zu 6 M.G. in größerer Anzahl folgten. Sie wurden nach Bedarf eingesetzt.

Auch in den General-Gouvernements Belgien und Warschau entstanden bald kleinere M.G.-Abteilungen und -Trupps, aus denen Kompagnien gebildet wurden.

Infolge ständiger Steigerung der M.G.-Fertigung war es vom Sommer 1916 ab möglich, mit der weiteren Ausstattung der Infan-

terie mit M.G. auch eine gleichmäßigere Stärke und einheitliche Gliederung der M.G.-Formationen der Infanterie durchzuführen.

Jedes Infanterie-Regiment in der Front erhielt nunmehr statt einer M.G.-Kompagnie deren drei zu je 6 M.G. 08, jedes selbständige Bataillon (Jäger, Sturmbatl.) 2 M.G.-Kompagnien zu je 6 M.G. 08.

Aus den M.G.-Scharfschützentrupps entstanden M.G.-Scharfschützenkompagnien zu je 6 M.G. 08, von denen je 3 zu M.G.-Scharfschützen-Abteilungen zusammengezogen wurden. Diese Abteilungen, deren Höchstzahl mit der Zeit 72 betrug, nachdem die beiden Musketen-Bataillone nach Verbrauch der Madsen-M.G. im Frühjahr 1918 in M.G.-Scharfschützenabteilungen mit M.G. 08 umgewandelt waren, standen zur Verfügung der O.H.L.

Vom Sommer 1917 ab wurden sämtliche M.G.-Kompagnien und M.G.-Scharfschützen-Kompagnien zunächst auf 9 und dann auf 12 M.G. gebracht.

Eine durchgehende Änderung in der Bewaffnung mit M.G. brachte 1917 die Einführung des leichten M.G. 08/15, sowie der leichten M.G. Bergmann und Dreyse. Frühjahr 1917 erhielt jedes Inf. usw. Rgt. der Westfront zunächst 14, dann im Herbst jede Kompagnie 3, dann 5 und schließlich 6 M.G. 08/15, einzelne Regimenter aus besonderen Gründen sogar 8.

An der Ostfront hatten die Inf.-Kompagnien je 3—6 M.G., meist Bergmann oder Dreyse.

Zur Verwendung im Gebirge wurden Mai 1915 5 Gebirgs-M.G.-Abteilungen zu je 6 M.G. 08 aufgestellt. Weitere 38 folgten im Herbst. Von diesen wurden im Februar 1916 acht in M.G.-Kompagnien für die Infanterie umgewandelt. Herbst 17 entstanden aus M.G.-Scharfschützen-Abteilungen 4 neue Gebirgs-Abteilungen, im Sommer 1918 aus 15 Gebirgs-M.G.-Abteilungen 5 Abteilungen zu je 3 Kompagnien mit je 9 M.G. Es waren dann noch 23 Gebirgs-M.G.-Abteilungen zu je 1 Kompagnie (davon 14 in Mazedonien) und 5 zu je 3 Kompagnien an der Westfront vorhanden.

Ferner waren für die beim Karpathenkorps verwendeten 3 Jäger-Regimenter je 3, für die drei Inf.-Regimenter je 1 Gebirgs-M.G.-Kompagnie zu je 9 M.G. 08 aufgestellt. Schließlich bestanden bei einigen Landsturm-Inf.-Bataillonen 1 bis 2 Gebirgs-M.G.-Kompagnien zu je 12 M.G.

Die zur Radfahrer-Brigade gehörenden Radfahrer-Batl. erhielten je 1 M.G.-Kompagnie auf Lastkraftwagen mit je 7 M.G. 08, im März 1918 für jede Kompagnie 3 M.G. 08/18 mit Radfahrer-Ausrüstung. Dieselbe Ausrüstung an M.G. 08/18 erhielten 12 weitere Radfahrer-Kompagnien zu Versuchszwecken.

Im Mai 15 waren beim Gen.-Gouvernement Belgien 1 M.G.-Motor-Abteilung und bei der Armee-Abteilung Falkenhausen 2 Motorrad-M.G.-Züge gebildet worden, die Oktober 15 zur M.G.-Kompagnie auf Krafträdern Nr. 405 vereinigt wurden.

Zur Fliegerbekämpfung mit M.G. 08 von der Erde aus entstanden 1917 19 Flieger-Abwehr-M.G.-Abteilungen (Fla. M.G. Abt.) zu je 3 Kompagnien mit je 12 M.G.

Zur Verwendung bei größeren Kavallerie-Verbänden waren bei Beginn des Krieges 9 aktive und 5 Reserve-M.G.-Abteilungen zu je 6 M.G. bestimmt. Bereits im September 14 und Februar 15 wurden 2 weitere Ref.-Abteilungen aufgestellt. Bei allen diesen Abteilungen vollzogen sich im Laufe des Krieges verschiedene Änderungen, die mit der Neubildung von M.G.-Formationen und mit der teilweisen anderweitigen Verwendung der Kavallerie-Regimenter zusammenhingen. So bekam 1915 der größte Teil der Kav.-Regt. Kav.-M.G.-Züge zu je 3 M.G. 08. Frühjahr 1917 erfolgte eine Neugliederung der M.G.-Truppen der Kavallerie. Die berittenen Kav.-Regimenter erhielten je 1 M.G.-Eskadron zu je sechs 6-spännigen M.G. 08, die Kav.-Schützen-Regimenter und die als solche unberitten Verwendung findenden Regimenter je 1 M.G. (Schützen)-Eskadron zu 6 zweispännigen M.G. 08 in Stärke einer Inf.-M.G.-Kompagnie. Die Zahl ihrer M.G. stieg im Herbst 17 auf 9, dann auf 12.

Von den M.G.-Abteilungen blieben vom Herbst 17 ab nur noch 6 zu je 6 M.G. 08 bei berittenen Kav.-Divisionen und Brigaden bestehen.

Anfangs 1918 bestanden außer den M.G.-Eskadrons der berittenen Regimenter bei 15 unberittenen Regimentern je 2 M.G.-(Schützen)-Eskadrons und bei 19 unberittenen Regimentern je 1 M.G.-(Schützen)-Eskadron.

Zum unmittelbaren Schutz von Ortschaften und gegen Fliegerangriffe bekamen im Frühjahr 1918 sämtliche berittenen Eskadrons der Inf.-Divisionen im Westen je 3 M.G. 08.

Endlich fanden im Frühjahr 1918 auch die leichten M.G. bei der

Kav. Eingang. Die Kav.-(Schützen)-Eskadrons an der Westfront erhielten je 3, die der Heeresgruppe Herzog Albrecht je 6 und die der abgesessenen Garde-Kav.-Div. je 5 M.G. 08/18.

Im Befehlsbereich des Oberst wurden die Eskadrons mit je 3 Bergmann-M.G., bei der Heeresgruppe Kiew mit je 3 Dreyse-M.G. ausgerüstet. Schließlich erhielten auch im Frühjahr 1918 die Eskadrons von 25 berittenen Regimentern je 3 M.G. 08/18 mit Tragtierausrüstung zu Versuchszwecken.

Zur Fliegerabwehr mußten vom Winter 1917 ab auch die Batterien der Artillerie, die Kolonnen, die Artillerieübungsplätze im besetzten Gebiet, sowie die Gouvernements und Kommandanturen in der Heimat, bei denen abgestellte Batterien waren, mit M.G. 08 ausgestattet werden. Jede Batterie und Kolonne an der Westfront erhielt 1 M.G.-Trupp zu 2 M.G. 08. Bei Oberst und bei der Heeresgruppe Mackensen erhielten die Batterien russische M.G. für S-Munition.

Den schweren Flugabwehr-(Flak)-Batterien, den pferdebespannten Flak-Batterien und den Flak-Scheinwerfern wurden je 2, den 7,7 cm Flak-Batterien je 1 M.G. 08 zugeteilt. Für die Pionier- und Minenwerfer-Kompagnien der Westfront wurde im Sommer 1918 mit der Ausrüstung mit 2—3 M.G. 08/18 begonnen.

An Sonderformationen entstanden im Juli 1915 der Panzerkraftwagen-M.G.-Zug (später Abt. 1) mit 10 M.G. 08, denen 1917 die Panzerkraftwagen-Züge 2—6 mit je 6 M.G. 08 und 1918 die Züge 7—11 mit 2—6 M.G. folgten.

Die im Winter 17/18 für die Westfront gebildeten Sturm-Panzerkraftwagen-Abteilungen 1—7 und 11—14 wurden ebenfalls mit M.G. 08 und englischen Lewis-M.G. bewaffnet.

Zur Verwendung im Eisenbahnschutz diente ein im Dezember 1916 aufgestelltes M.G.-Kommando des Feldeisenbahnchefs mit 50 M.G. 08.

Für Unternehmen auf türkischen Kriegsschauplätzen waren 11 M.G.-Kompagnien zu je 6 M.G. 08 vorgesehen. Außerdem erhielten die deutschen Inf.-Kompagnien je 6, die Kav.-Züge je 2 Bergmann-M.G.

Beim Besatzungsheer bestanden folgende Ersatz-M.G.-, Festungs-M.G.- und Fliegerabwehr-M.G.-Formationen:

65 Ersatz-M.G.-Komp. zu je 20 M.G. 08,
4 Ersatz-Gebirgs-M.G.-Abt. zu je 10 M.G. 08,
1 Ersatz-Kav.-M.G.-Abt. Potsdam,

1 Ersatz-M.G.-Abt. Spandau-Ruhleben,
12 Festungs-M.G.-Abt., Züge und Trupps,
2 Ersatz-Festungs-M.G.-Komp. Metz und Straßburg,
1 Ersatz-Festungs-M.G.-Trupp Neubreisach,
1 Ersatz-Musketen-Komp.,
83 Fliegerabwehr-M.G.-Züge zu je 2 M.G. 08.

Die ständige Vermehrung der M.G. führte Herbst 1916 dazu, das gesamte M.G.-Wesen bei Kommandobehörden und Truppen besonders geeigneten M.G.-Offizieren zu unterstellen. Es entstanden die Stellen eines M.G.-Offiziers bei den Stäben der Infanterie usw. Regimenter und selbständigen Bataillone, bei den Armee-Oberkommandos und jeder Armee-Abteilung. Da sich diese Einrichtung sehr gut bewährte, wurden derartige Stellen bei anderen Kommandobehörden und bei der Kavallerie teils dauernd, teils vorübergehend errichtet. Auch bei der O.H.L. wäre eine solche Stelle sehr zweckmäßig gewesen, die O.H.L. lehnte sie aber ab.

Der an sich gerechtfertigte Wunsch des Feldheeres, auch den Gruppen- und Divisionskommandos ständig M.G.-Offiziere zuzuteilen, war nicht durchführbar. Die Truppe hätte durch die Abgabe so vieler kriegserfahrener Offiziere gelitten.

Die Ersatz-M.G.-Kompagnien der stellvertretenden Generalkommandos waren je einem Stabsoffizier der M.G.-Truppen unterstellt.

Um dem Wunsche der O.H.L. nach einer möglichst guten Ausbildung am M.G. gerecht zu werden, wurden bereits im Herbst 1914 unter Leitung erfahrener M.G.-Offiziere auf dem Truppenübungsplatz Döberitz besondere M.G.-Lehrkurse eingerichtet. Zunächst hauptsächlich zur Aufstellung neuer M.G.-Formationen bestimmt, wurden sie mehr und mehr zu einer ausgezeichneten M.G.-Schule ausgestaltet.

Um die Ausbildung am leichten M.G. bei den Ersatztruppenteilen gleichmäßig zu gestalten, traten im Sommer 1918 einige dem K.M. zugeteilte, schonungsbedürftige Regimentskommandeure aus der Front in Tätigkeit, die dem Dienste möglichst vieler Ersatztruppenteile beizuwohnen hatten, um auf die vorschriftsmäßige einheitliche Ausbildung hinzuwirken.

Als im Sommer 1916 mit der beträchtlichen Vermehrung der M.G. die weitgehende Neugliederung der M.G.-Truppen erfolgte, wurde zur Förderung der gefechtsmäßigen Ausbildung mit dem M.G. 08 den Armee-Oberkommandos usw. die Einrichtung von M.G.-Ausbildungs-

kursen bei den Infanterie- und Kavallerie-Divisionen und den selbständigen Truppenverbänden empfohlen. Besondere M.G.-Ausbildungskurse entstanden für die M.G.-Truppen des Feldheeres und die Ersatz-M.G.-Truppen im besetzten Gebiet. Der Inspekteur des M.G.-Wesens, Generalmajor Frhr. v. Humboldt, wirkte trotz seiner schweren Verwundung auf diesem Gebiet vorbildlich.

Im Sommer 1917 wurden ferner zur Ausbildung einer genügenden Zahl Infanteristen der Ersatztruppenteile als Nachersatz für die leichten M.G.-Trupps der Feldregimenter bei den stellv. General-Kommandos immobile Inf.-M.G.-Ausbildungskommandos geschaffen, die den Ersatz-M.G.-Kommandeuren unterstellt wurden. Zur Ausbildung von Personal des Feldheeres richtete das Kriegsministerium Ausbildungskommandos in Oberhofen, Beverloo I und II, Rembertow bei Warschau, Dinant und Olita ein. Das M.G.-Scharfschützen-Kommando in Rozoy — seit 1918 in Tongern — diente seit Errichtung der M.G.-Scharfschützen-Abteilungen zur Wiederherstellung des kampffähigen Zustandes abgekämpfter M.G.-Scharfschützen-Abteilungen und zur Erfüllung von Sonderaufträgen der O.H.L. und leistete Großartiges.

Den in der Heimat eingerichteten Reserve-Offizier-Aspirantenkursen, den Artillerie-Schießschulen Jüterbog, Beverloo und Warschau sowie der Feldartillerie-Fahnenjunkerschule Quisvrain wurden besondere M.G.-Lehrkommandos zugeteilt. Schließlich erhielten seit Herbst 1917 sämtliche Armeen und Armee-Abteilungen je eine M.G.-Schule, in denen Zugführer und Bedienungspersonal für alle M.G. ausgebildet und Lehrgänge für Kompagnieführer und höhere Offiziere in der Verwendung der M.G. abgehalten wurden.

Die Ausbildungszeit des Jahrgangs 1900 wurde außerdem auf 12 Wochen verlängert.

Im Frühjahr 1918 mußte ein Teil der Ausbildungskommandos beim Feldheere aufgelöst werden, da das Ausbildungspersonal in der Front dringend gebraucht wurde.

Als Beispiel für die großen Anforderungen, die an die Ausbildungstruppe damals gestellt wurden, führe ich an, daß die O.H.L. Mai 1918 bei jeder Ersatzgestellung mindestens 30% am Maschinengewehr und 10% am Minenwerfer ausgebildete Leute verlangte. Ferner mußten 5% mit der Gewehrgranate, 4% als Fernsprecher und Blinker, 3% als Spielleute und Krankenträger ausgebildet werden.

Was auf dem Gebiete des Maschinengewehrwesens von den betreffenden Offizieren des K.M., Oberst v. Wodtke, Oberst v. Fransecky, Oberstleutnants Kortegarn und v. Stosch, den Majoren v. Hammerstein und v. Merkatz, Hauptmann v. Riedel und ihren tüchtigen Expedienten Ignet, Gerke, Neugebauer und Sauer geleistet ist, verdient ganz besondere Anerkennung und wird unvergessen bleiben.

Die Kavallerie

Bei der Kavallerie waren die für die neuen Korps und Divisionen notwendigen Abteilungen zu bilden. Hinzukamen noch Formationen für besondere, meist Sicherheitszwecke. Im ganzen wurden über 100 Kavallerie-Abteilungen und etwa 20 Landsturm-Eskadrons aufgestellt.

Demgegenüber zwangen die Verhältnisse des Stellungskrieges und der Mangel an Pferden, einen sehr großen Teil der Kavallerie-Regimenter in unberittene umzuwandeln und sie infanteriemäßig zu verwenden.

Vielfach ist hieraus der Schluß gezogen worden, daß die Rolle der Kavallerie für einen künftigen Krieg (und Kriege bleiben trotz Völkerbund und aller Versöhnungs-Utopien) auf ein Minimum beschränkt sei. Dem kann ich nicht beistimmen.[1]) Abgesehen davon, daß der Stellungskrieg, wie er sich im Weltkriege ergeben hat, immer eine Ausnahme sein wird, haben die Ereignisse im Osten, besonders in Rumänien die Notwendigkeit der Kavallerie gezeigt. Allerdings wird ihre Aufgabe vielfach eine andere werden und die Lösung dieser Aufgabe eine andere Organisation und Ausrüstung bedingen, aber bestehen bleiben muß die alte Waffe.

Die Feldartillerie

(l.F.H. = leichte Feldhaubitze, F.K. = Feldkanone n/A. [neuer Art], l.M.K. = leichte Munitions-Kolonne, J.G.B. = Inf.-Geschütz-Batterien, K.i.H. = Kanone in Haubitzlafette, Kp. = Krupp.)

Nach Durchführung der planmäßigen Mobilmachung bestand die Feldartillerie aus: 50 Brigade-Stäben, 137 Regiments-Stäben, 396 Abteilungs-Stäben, 1141 Batterien, 396 leichten Munitions-Kolonnen der Feldartillerie, außerdem den erforderlichen Artillerie- und Infanterie-Munitionskolonnen.

Jede Infanterie-Division der aktiven Korps hatte eine Feldartillerie-Brigade zu 2 Regimentern, jedes Regiment 2 Abteilungen

[1]) In Frankreich scheint man zu derselben Ansicht gekommen zu sein.

zu je 3 Batterien zu 6 Geschützen (reitende Batterien zu 4). Die Reserve-Divisionen hatten ein Feldartillerie-Regiment zu 2 Abteilungen, die Ersatz-Divisionen eine, Kavallerie-Divisionen eine reitende Abteilung. Jede mobile Abteilung hatte eine leichte Munitionskolonne.

Eine Abteilung jeder Feldartillerie-Brigade war mit l.F.H. 98/09 bewaffnet, alle übrigen Abteilungen mit F.K. 96 n/A.

Die Aufstellung weiterer Feldartillerie-Formationen wurde im Laufe des Krieges in großem Umfange erforderlich. Ihre Durchführung bildete zusammen mit den zur Erhöhung der Kampfkraft der Feldartillerie erfolgten Umbewaffnungen von Batterien und der Bereitstellung und Ausbildung des Ersatzes an Offizieren und Mannschaften eine wichtige und oft nur unter Überwindung vieler Schwierigkeiten zu lösende Aufgabe der Feldartillerie-Abteilung des Kriegsministeriums. Alle Anforderungen der Heeresleitung auf Vermehrung der Feldartillerie konnten indessen während des ganzen Verlaufs des Krieges restlos erfüllt werden.

Im Oktober 1914 mußten bereits für die neuen 5 Res.-Korps unter Zuhilfenahme von Gerätereserven hierfür 10 Feldartillerie-Regimenter zu je 3 Abteilungen — 2 mit F.K. 96 n/A. und eine mit l.F.H. 98/09 — mit leichten und 20 Artillerie-Munitionskolonnen neu aufgestellt, ferner 10 Inf.-Mun.-Kolonnen gebildet werden. Die Batterien erhielten sämtlich nur 4 Geschütze. Diese Organisation — jede Division der Reserve-Korps erhielt ein derartiges Regiment — ergab sich aus der Notwendigkeit, an Personal und Gerät möglichst zu sparen, ohne die Zahl der Batterien noch weiter einschränken zu müssen. An der Zahl von 4 Geschützen für die Batterie wurde bei allen Neuaufstellungen von nun an festgehalten; im Laufe der Zeit wurden nach und nach auch die schon an der Front befindlichen Batterien auf 4 Geschütze herabgesetzt, so daß die alte Streitfrage der Batterien zu 6 oder 4 Geschützen durch die Notwendigkeit, die Feldartillerieformationen ständig zu vermehren, praktisch zu gunsten der Batterie zu 4 Geschützen entschieden werden mußte, obwohl gerade im Kriege die Vorteile der Batterie zu 6 Geschützen stark in die Erscheinung traten.

Für die 4 preußischen Reserve-Korps, die im Dezember 1914 gebildet werden mußten, wurden 8 Brigade-Stäbe und 16 Regimenter zu je einer Kanonen- und einer Haubitz-Abteilung, einschließlich leichten und Artillerie-Munitionskolonnen neu in der Heimat aufgestellt.

Im März 1915 erhielten 4 neue Infanterie-Divisionen je 1 Feldartillerie-Brigade in der Gliederung der Brigaden bei den Infanterie-Divisionen der aktiven Korps. Die Haubitzbatterien (zu 4 Gesch.) wurden neu aufgestellt, während die Kanonenbatterien durch Herausziehen von 3. Zügen aus der Front gebildet wurden, wodurch die Herabsetzung der Batterien an der Front auf 4 Geschütze eingeleitet wurde. Sie war im Herbst 1916 durchgeführt.

Fast alle weiteren im Jahre 1915 erforderlichen Batterien für Neuformationen — 14 Feldartillerie-Regimenter — wurden auf diese Weise gebildet. Neue Divisionen erhielten von nun an im allgemeinen grundsätzlich nur 1 Feldartillerie-Regiment zu 3 Abteilungen. Die Reserve-Korps, die bisher noch keine l.F.H. hatten, bekamen im Laufe des Jahres 1915 sämtlich 1 l.F.H.-Abteilung unter Verwendung herausgezogener 3. Züge.

Im Jahre 1916 wurden zunächst die Feldartillerie-Regimenter aller Divisionen, die nicht über Feldartillerie-Brigaden verfügten, auf 3 Abteilungen gebracht, so daß jedes dieser Regimenter aus 2 Kanonen- und einer Haubitz-Abteilung sich zusammensetzte.

Es bestand die Absicht, nach Aufstellung der III. Abteilungen die Geschützzahl der Batterien — zunächst der Ostfront — wieder auf 6 zu erhöhen, um die artilleristische Kampfkraft dieser Front ohne Neuaufstellungen zu verstärken und durch erhöhten Einsatz von Material an Menschen zu sparen, die als Ersatz für die Ausfälle an der Westfront und zur Erhaltung der Leistungsfähigkeit der Heimat dringend nötig waren. Zur Ausführung dieser Absicht kam es indessen nicht, da im Herbst 16 die Aufstellung neuer Divisionen erfolgen und eine Feldartillerie-Reserve für die O.H.L. geschaffen werden mußte. Diese Reserve wurde dadurch erreicht, daß aus den Regimentern der Divisionen, die bisher eine Feldartillerie-Brigade hatten, ein Regiment eine neue III. Abteilung erhielt, während das andere Regiment als Reserve der O.H.L. aus dem Divisionsverbande herausgenommen wurde.

Infolge des Mannschafts- und Pferdemangels mußten, um die III. Abteilungen aufstellen zu können, leichte Munitionskolonnen aufgelöst und hierzu verwendet werden. Im Zusammenhange damit war es nötig, die leichten Munitionskolonnen von den Regimentern oder Abteilungen abzutrennen und sie den Armeen als Armeetruppen zu unterstellen. Man hoffte, hierdurch die verbleibenden Kolonnen wirt-

ſchaftlicher ausnützen zu können, da die Armeen ſie nach Bedarf verwenden konnten. Vorteilhaft war auch, daß bei Verſchiebungen von Diviſionen die leichten Munitionskolonnen in der Regel im Armeeverbande verbleiben, die Transporte alſo eingeſchränkt werden konnten. Es zeigte ſich jedoch im ſpäteren Verlauf des Krieges, daß dieſe zunächſt zweckmäßig und vorteilhaft erſcheinende Maßnahme nur an ruhigen Fronten des Stellungskrieges unbedenklich war, im Großkampf und im Bewegungskrieg die Abteilungen aber ihre eigenen leichten Munitionskolonnen nicht entbehren konnten.

Der zunehmende Mannſchafts- und Pferdemangel führte zur gleichen Zeit zu einer Herabſetzung der Stärke der l.M.K. an Offizieren, Mannſchaften, Pferden und Fahrzeugen. An Stelle der früheren 24 6-ſpännigen zweiteiligen Munitionswagen und der Fahrzeuge der Bagage traten 8 zweiteilige Munitionswagen (6-ſpännig im Oſten, 4-ſpännig im Weſten) und 14 Feldwagen (zweiſpännig) als Munitionstransportwagen und Bagagefahrzeuge. Die l.M.K. mit dieſer neuen Stärke und Zuſammenſetzung wurden „leichte Munitionskolonnen 16" bezeichnet.

Mit der Verminderung der Feldartillerie der Diviſionen auf 1 Regiment zu 3 Abteilungen wurden im Februar 1917 bei den Diviſionen Artillerie-Führer eingeſetzt, denen die Feld- und ſchwere Artillerie der Diviſion unterſtellt wurde. Die bisherigen Brigadeſtäbe der Feldartillerie wurden in Artillerieführer-Stäbe umgewandelt.

Bis zum Herbſt 1916 hatten ſich die Feldartillerie-Batterien von 915 Kanonen- und 226 leichten Feldhaubitzbatterien (im ganzen 1141 Batterien) auf 1364 Kanonen- und 565 l.F.H.-Batterien (im ganzen 1929 Batterien) vermehrt.

Bis zum Sommer 1917 ſtieg ihre Zahl auf 1838 Kanonen- und 871 l.F.H.- (im ganzen 2709) Batterien.

Mit der Bildung der III. Abteilungen und der Feldartillerie-Reſerve der O.H.K. ſetzte im Winter 1916 gleichzeitig die Umbewaffnung mit den neuen Feldgeſchützen — F.K. 16, l.F.H. 16 und l.F.H.Kp. — ein. Zur Erleichterung des Munitionserſatzes erfolgte die Umbewaffnung derart, daß die beiden Kanonen-Abteilungen gleichzeitig mit F.K. 16 und meiſt auch die l.F.H.-Abteilung mit l.F.H. 16 ausgerüſtet wurden; in einzelnen Fällen konnten jedoch nur die beiden Kanonen- oder nur die Haubitzabteilung umbewaffnet werden. Das

bei der Umbewaffnung, die in der Regel auf einem Übungsplatz hinter der Front der Armeen, an ruhigen Fronten ausnahmsweise auch in der Front erfolgte, freiwerdende Gerät 96 n/A. oder 98/09 wurde als Nachschub für die noch mit diesem Gerät bewaffneten Batterien wieder bereitgestellt.

Im Winter 1917 auf 1918 und während des Jahres 1918 konnten infolge des allgemeinen Mangels an Mannschaften und Pferden Neuformationen der Feldartillerie in größerem Maßstabe nicht mehr erfolgen. Es gelang jedoch, die Aufstellung der III. Abteilungen auch bei den Regimentern der Feldartillerie-Reserve durchzuführen. Ferner wurden eine Anzahl Kanonenabteilungen in dieser Zeit in l.F.H.-Abteilungen umgewandelt, um die Wirkung der Feldartillerie zu steigern. Die Umbewaffnung der Kanonenbatterien mit F.K. 16 mußte allerdings teilweise unterbrochen werden, da für die geplanten Angriffsschlachten aus dem Stellungskrieg heraus die Bereitstellung von Infanterie-Begleitbatterien in großer Zahl notwendig geworden war. Die vorhandenen Infanterie-Geschützbatterien reichten der Zahl nach hierzu nicht im entferntesten aus, die F.K. 16 war für diesen Zweck aber zu schwer. So mußte man auf Batterien mit F.K. 96 n/A. zurückgreifen, zum Teil Batterien, die schon die F.K. 16 hatten, wieder mit F.K. 96 n/A. umbewaffnen. Den Abteilungen der Westfront mußten ferner wieder eigene leichte Munitionskolonnen gegeben werden. Durch straffe planmäßige Leitung aller Umbewaffnungen und Neuaufstellungen durch das K.M. im engsten Einvernehmen mit der O.H.L. gelang es aller Schwierigkeiten und Reibungen, die sich aus den oft sich widerstreitenden Notwendigkeiten ergaben, Herr zu werden, ohne daß die Gefechtsführung und die Ausbildung der Truppe darunter zu leiden hatte, und einen glatten Gerätenachschub sicherzustellen.

Die Maßnahmen der Feldartillerie-Abteilung des K.M. ermöglichten es sogar, zur Stärkung der artilleristischen Vorbereitung der Angriffe und zur Erhöhung der Widerstandskraft der am Angriff nicht beteiligten Fronten den Batterien der Westfront von Reims bis zur Küste noch 5. und 6. Geschütze (unbespannt) zuzuteilen. Zwecks schnellerer Verschiebung von Feldartillerie auf größeren Strecken, konnten ferner im Frühjahr und Sommer 1918 auch noch 6 Feldartillerie-Regimenter auf Kraftwagen gebildet werden.

Im Sommer 1918 war die Zahl der Batterien auf 1691 Kanonen-

und 1109 l.F.H.= (im ganzen 2800) Batterien angewachsen, hatte sich also gegenüber der Zahl der Batterien nach beendeter Mobilmachung nahezu verdreifacht, gegenüber dem Frieden nahezu verfünffacht. Sie konnte auf dieser Höhe trotz großer Verluste im Sommer und Herbst 1918 bis zum Waffenstillstand erhalten werden. Die Umbewaffnung war beim Ende des Krieges in weitem Umfange durchgeführt. Es waren zu diesem Zeitpunkt ausgerüstet:

755	Batterien	mit	F.K. 16
751	„	„	l.F.H. 16
66	„	„	l.F.H.Kp.
936	„	„	F.K. 96 n/A. (K.i.H.)
286	„	„	l.F.H. 98/09
2794[1])	Batterien		

Um dem Pferdemangel zu begegnen, mußte auch bei allen Batterien die Bespannung der Munitionswagen von 6 auf 4 herabgesetzt werden.

Für die Ausbildung der neuaufgestellten Batterien, der Ersatzmannschaften für die schon vorhandenen und ganz besonders für die Ausbildung der Offiziere genügte die Tätigkeit der Ersatzabteilungen und der Friedenslehreinrichtungen der Heimat sehr bald nicht mehr. Es mußte auch Vorsorge getroffen werden, um den aus der Front zurückgezogenen abgekämpften Truppenteilen Gelegenheit zu schnellster Auffrischung, intensiver Einzelausbildung und straffer Zusammenfassung in der Hand der Vorgesetzten zu geben. Zu diesem Zwecke wurden im Winter 1916 bis 1917 Feldartillerie=Übungsplätze mit Feldartillerie=Stammabteilungen eingerichtet und zwar an der Westfront 4, nämlich Sebourg, Maubert=Fontaine, Signy l'Abbaye und Thimongies, an der Ostfront 2, Orany und Grodno. Der Feldartillerie=Schießschule in Jüterbog wurden zwei Filialen zugeteilt, im Westen Beverloo, im Osten Rembertow. Eine weitere Heeresschießschule entstand in Mouzon. Für die Bedürfnisse des Gebirgskrieges und der Infanteriegeschützbatterien wurden besondere Einrichtungen geschaffen. Der speziellen Ausbildung der angehenden Feldartillerieoffiziere diente die Fahnenjunkerschule in Quiévrain, die zur Besserung des Offiziersatzes wesentlich beitrug,

[1]) Die in dieser Zusammenstellung fehlenden 6 Batterien hatten Versuchsgeschütze verschiedener Art.

leider aber mit dem schnellen Tempo des Ausbaues der Feldartillerie nicht Schritt halten konnte. Alle Lehrstellen wurden einheitlich dem Generalinspekteur der Artillerie-Schießschulen unterstellt, unter dem für die Feldartillerie der Inspekteur der Feldartillerie-Schießschulen seines Amtes waltete.

Um die Ausbildung zu fördern und gleichzeitig den Ersatz im Bedarfsfalle näher an der Hand zu haben, wurden im Februar 1917 an der Westfront 10 Feldartillerie-Rekrutendepots errichtet. Sie wurden den A.O.Ks. unterstellt und bildeten für diese und die O.H.L. eine Mannschaftsreserve für besondere Fälle. Durch dauernden Ausgleich der Offizierstellenbesetzung bis zum Regimentskommandeur bemühte sich die Feldartillerie-Abteilung des K.M. nach Kräften, die Stärke und Güte des Offizierkorps der Feldartillerie-Regimenter auf der erforderlichen Höhe zu erhalten; die immer stärkere Abnahme der Zahl der alten aktiven Offiziere gerade in der wichtigsten Stelle des Batterieführers mußte aber allmählich sich bemerkbar machen.

Im Laufe des Krieges zeigte sich bald, daß die Feldkanonen- und Feldhaubitzbatterien allein nicht alle Aufgaben, die der Krieg der leichten Artillerie stellte, lösen konnten. Für Sonderaufgaben waren Sonder-Geschütze und -formationen notwendig. Die Feldartillerieabteilung des K.M. mußte eine große Zahl solcher Sonderformationen und -Truppen schaffen, für ihre zweckmäßige Bewaffnung und Ausbildung und ihren Ersatz Sorge tragen. Die größten Aufgaben stellten die Organisation der Gebirgsartillerie und der Flugabwehr einschließlich des Heimatluftschutzes, für die im Frieden nicht einmal Anfänge vorhanden waren. Wir kommen auf sie zurück. Von Wichtigkeit war ferner die Aufstellung der Nahkampfbatterien, der Infanteriegeschützbatterien und der Beutebatterien.

Von letztgenannten stellte das K.M. z. B. im Winter 1915/16 allein 98 Batterien zu je 8 Geschützen auf, um die Artillerie der Ostfront möglichst stark an Geschützen zu machen, ohne die übrigen Neuaufstellungen der Feldartillerie und den Gerätenachschub für den Westen zu beeinträchtigen.

Im Januar 1917 wurden 50 Nahkampfbatterien aufgestellt. Sie sollten eine Ergänzung der übrigen Tankabwehrmittel bilden und waren in der Hauptsache nur für die Tank- und Sturmabwehr bei den im Frühjahr 1917 zu erwartenden feindlichen Angriffen an der Westfront

beſtimmt. Die Batterien hatten keine Beſpannung. Die Geſchütze ſollten hinter den vorderen Linien eingebaut werden. Die Verwendung der Batterien war alſo ortsfeſt gedacht. Obwohl ſie ſich bei der Abwehr, da, wo ſie richtig eingeſetzt waren, bewährten, wurden ſie auf Veranlaſſung der O.H.L. im Sommer 1917 wieder aufgelöſt. Mitbeſtimmend war hierbei der große Bedarf an Perſonal und Gerät an der Weſtfront. Nach Anſicht der O.H.L. hatten ſie ihre unbedingte Notwendigkeit nicht dartun können. Die ihnen zugedachten Aufgaben fielen nunmehr entweder der Feldartillerie oder den Infanteriegeſchützen zu.

Die erſten 10 Infanteriegeſchützbatterien (J.G.B.) entſtanden bereits im Frühjahr 1916. Sie wurden nach einer beſonderen Ausbildung beim Sturmbataillon 5 (Rohr) den einzelnen Sturmbataillonen zugeteilt. Obwohl die J.G.B. bei den Unternehmungen der Sturmbataillone bald ihre Unentbehrlichkeit zeigten, ſchwankten in der Front und bei der O.H.L. lange Zeit die Anſichten über ihren Kampfwert auch in größeren Verhältniſſen. Die vom K.M. für das Frühjahr 1917 vorbereitete Aufſtellung von J.G.B. in größerem Umfange führte zunächſt nur zur Aufſtellung von 18 weiteren J.G.B. Die noch vorgeſehenen 22 Batterien wurden auf Veranlaſſung der O.H.L. zunächſt nicht gebildet, um die Aufſtellung der III. Abteilungen der Feldartillerie und den Ausbau der Heeres-Feldartillerie-Reſerve zu erleichtern. Erſt die große Frühjahrsſchlacht 1918 brachte den Beweis, daß die J.G.B. im Angriff unentbehrlich und die Aufſtellung ſolcher Batterien in großem Umfang notwendig war. 22 Batterien wurden im Mai und Juni 1918 nunmehr beſchleunigt aufgeſtellt, die Aufſtellung von 60 neuen Batterien vorbereitet. Für die Zukunft wurde die Zuteilung von je einer J.G.B. zu 6 Geſchützen zu jedem Infanterie-Regiment als wünſchenswert grundſätzlich anerkannt.

Mit der Vermehrung der J.G.B., die vorläufig den Diviſionen unmittelbar unterſtellt wurden, waren beſondere Maßnahmen für ihre einheitliche Ausbildung und Verwendung, für die Bereitſtellung von Erſatz an ausgebildetem Perſonal und von Gerät notwendig geworden. An die gefechtsmäßige Ausbildung und die Leiſtungsfähigkeit dieſer Batterien, die in engſter Verbindung mit der Infanterie kämpften, waren beſonders hohe Anforderungen zu ſtellen. Das K.M. errichtete daher im Einvernehmen mit der O.H.L. im Juni 1918 einen beſonderen Inſpekteur der J.G.B. mit 2 Abteilungsſtäben und ein beſonderes

Rekrutendepot für J.G.B. Gleichzeitig wurde ein besonderer Übungsplatz für J.G.B. bei Dourlers östl. Aulnoye hinter der Westfront geschaffen.

Die Gebirgsartillerie

Vor dem Kriege hatte die deutsche Armee keine Gebirgsartillerie, auch die Mobilmachung sah planmäßige Gebirgstruppen nicht vor. In den Kolonien waren Gebirgsgeschütze allerdings schon längere Zeit verwendet worden. Die Gebirgskanone 05 der Rh.M.F.[1]) hatte sich dort — besonders in Südwestafrika — recht gut bewährt.

Im September 1914 forderten die in den Vogesen kämpfenden Truppen dringend die Zuteilung von Gebirgsartillerie.

Die Aufstellung war schwierig. Erprobtes Gerät war nicht vorhanden, Erfahrungen über Verwendung und Organisation fehlten. Die Aufstellung neuer Feldbatterien war zur gleichen Zeit äußerst dringlich.

Im Einverständnis mit der O.H.L. ordnete das K.M. sogleich die Aufstellung von 2 Gebirgsbatterien an. Zur Bewaffnung wurde bei den Firmen Krupp und Rhein. Metallwarenfabrik fertiges Gerät, das von fremden Staaten, China und Chile, ursprünglich bestellt war, verwendet.

Die Batterien waren in den ersten Tagen des Januar 1915 marschbereit und wurden den in den Vogesen kämpfenden Truppen zugeteilt: Geb.-Kan.-Bttr. 1 (4—7,5 cm Geb.-Kan.-Kp.) der A.-A.[2]) Gaede, Geb.-Kan.-Bttr. 2 (6—7,5 cm Geb.-Kan. Rh.M.F.) der A.-A. Falkenhausen.

Inzwischen hatte der Verlauf der Operationen weitere Gebirgsartillerie für die Ostfront notwendig gemacht, bald mußten für weitere Kriegsschauplätze Gebirgsbatterien gebildet und die Gebirgsartillerie in den Vogesen verstärkt werden. Noch im Frühjahr 1915 wurde in Ungarn (Beregszasz) die Geb.-Kan.-Abt. Nr. 1 (3 Bttrn. zu 4 Gesch.) für die Karpathenfront aufgestellt.

Im Mai 1915 folgte die Aufstellung der Geb.-Kan.-Abt. Nr. 2 (München) für die Kämpfe in Tirol und bald darauf die Aufstellung der Geb.-Kan.-Abt. Nr. 3 (München) für die Vogesen — später Serbien — und der Geb.-Kan.-Abt. Nr. 4 (Ludwigsburg) für Serbien.

---

[1]) Rheinische Metallwaren-Fabrik (Ehrhardt).
[2]) Armee-Abteilung.

Für die zweckmäßigste Organisation und Gliederung von Gebirgsbatterien für die Verwendung auf dem europäischen Kriegsschauplatz fehlte jede praktische Erfahrung. Es blieb nichts übrig, als sich zunächst an die Erfahrungen in den Kolonien und die der Firmen, die für fremde Staaten im Frieden zahlreiches Gebirgsgerät geliefert hatten, anzulehnen. Den Abteilungen und Batterien mußte große Freiheit gelassen werden, sich den Verhältnissen, die sie auf den einzelnen Kriegsschauplätzen antrafen, anzupassen. Ihren Wünschen hinsichtlich Organisation und Ausrüstung wurde in jedem Einzelfalle weitgehend entsprochen.

Neben der Organisation und der Beschaffung des Geräts bereitete die Tragtierfrage erhebliche Schwierigkeiten. Deutschland konnte Maultiere, die sich für Zwecke der Gebirgsartillerie eigneten, nur für die ersten 2 Geb.-Bttrn. aufbringen. Für die weiteren Bttrn. waren geeignete Tragtiere nicht mehr vorhanden. Italien, an das wegen Ankaufs von Maultieren herangetreten wurde, verweigerte die Ausfuhr, ebenso scheiterte der Versuch, durch Schweden norwegische Gebirgs-Ponnies zu erhalten. Schließlich lieferte für die in Ungarn in Aufstellung befindliche Geb.-Kan.-Abt. Österreich-Ungarn kleine Pferde, wie sie auch die österreichisch-ung. Geb.-Artl. als Tragtiere verwendete, und für die übrigen Batterien konnten zur Not sich eignende kleine Pferde — Tragtiere — aus Deutschland, Belgien und Polen beigebracht werden.

Für die Ausbildung von Ersatzmannschaften und Tieren wurden im Laufe des Jahres 1915 einige Ersatzabteilungen der Feldartillerie mit dem nötigsten Gebirgsartilleriegerät ausgestattet.

Im Jahre 1916 wurde eine weitere Vermehrung der Geb.-Art. notwendig mit Rücksicht auf die Ausdehnung der Gebirgskämpfe in den Vogesen, Karpathen und Rumänien. Das A.O. stellte die Geb.-Art.-Abt. Nr. 5 und Nr. 6 neu auf, die letzte unter Verwendung der Geb.-Bttr. Nr. 1 und 2.

Die Gliederung und Ausrüstung der einzelnen Geb.-Bttrn. war im Laufe der Zeit je nach den besonderen Kampfverhältnissen, in denen sich die Bttrn. befanden, sehr verschieden geworden. Die Stärken an Mannschaften und Tieren waren beträchtlich angewachsen. Die Verwendungsmöglichkeit der Bttrn. war durch die verschiedene Gliederung stark gefährdet. Bei Verschiebungen von einem Kriegsschau-

platz zum andern wurden stets kleinere oder größere Organisationsänderungen nötig. Der Nachschub war erschwert. Einheitlichkeit der Organisation und der Ausrüstung mußte geschaffen werden.

Nach den gesammelten Erfahrungen wurde dann im Winter 16/17 die Geb.-Art. neu gegliedert. Die Bttrn. und Abteilungen erhielten einheitliche Stärke und Ausrüstung. Gleichzeitig wurden zur Vereinfachung des Ersatzes usw. nach Möglichkeit die Bttrn. und Züge gleicher Kontingente in Abtlgen. zusammengefaßt. Jede Bttr. wurde in 1 Batteriestab und 2 für längere selbständige Verwendung ausgestattete Züge mit eigenen Bagagen und eine auf die Züge verteilbare Munitionsstaffel gegliedert. Das Gerät des Stabes und der Züge sollte vollständig auf Einzellasten verteilbar sein, die Staffeln wurden fahrbar gemacht, jedoch so, daß im Bedarfsfalle Teile derselben verlastet werden konnten.

3 Bttrn. zu je 4 Gesch. (2 Zügen und einer Staffel) wurden — soweit möglich 2 Kan.-Bttrn. und eine Haub.-Bttr. — zu einer Abtlg. vereinigt.

Eine vollkommene Einheitlichkeit konnte noch nicht erreicht werden, da noch immer Gebirgsgeschütze verschiedener Konstruktion verwendet werden mußten.

Immerhin war im Frühjahr 1917 eine gewisse Gleichheit in Gliederung und Kopfstärke erzielt.

Der Ersatz für die Gebirgsartillerie bildete außerordentlich große Schwierigkeiten. Von den im Jahre 1915 gebildeten Ersatzformationen waren nur noch 2 (in Neustadt i./Obschl. und München) verblieben, die anderen hatten zur Bildung von Neuformationen verwendet werden müssen. Der Mannschaftsersatz war körperlich wenig ausgesucht und eine gründliche Ausbildung für den Gebirgsdienst nicht möglich. Die Verbindung zwischen den Batterien und der Ersatztruppe war lose. Die Folge waren außergewöhnlich große Ausfälle von Mannschaften, die den Anstrengungen des Gebirgskrieges nicht gewachsen waren, an der Front und teilweise auch ein schlechter Geist bei den Ersatzleuten. Bei einzelnen Bttrn. stiegen die Abgänge auf 50—75% im Jahre ohne Kampfverluste.

Es wurden daher 1916/17 3 Ersatzabteilungen zu 2 Bttrn. gebildet und in Standorte im Gebirge gelegt (Schmiedeberg, Sonthofen, Freiburg später Waldkirch). Diesen wurde besonders ausgesuchter Ersatz aus

allen Teilen des Reiches zugeführt (gebirgsgewöhnte Leute, kv. für Infanterie). Die Führung der Ers.-Abteilungen erhielten, soweit angängig, erfahrene Geb.-Artilleristen. Jede Geb.-Art.-Abt. wurde für Ersatzanforderung dauernd auf eine dieser Ersatzabteilungen verwiesen. Dies half.

Schon während des Jahres 1915 wurde begonnen, die Geb.-Art. mit Gebirgskleidung (Wickelgamaschen, Bergschuhe, Windjacken, Rucksack) auszurüsten. Im Hochgebirge und für den Winter trat eine Sonderausrüstung (Eispickel, Schneeschuhe, Steigeisen, Pelzmäntel usw.) hinzu. Die Kanoniere und Tierführer erhielten als Handwaffe Karabiner, die Unteroffiziere Pistole.

Im Mai 1917 wurde eine weitere Geb.-Art.Abtlg. Nr. 7 (2 Kan.-Bttrn. und 1 Haubitzbttr.) neu aufgestellt, da mit weiterer Ausdehnung der Gebirgskämpfe gerechnet werden mußte. Im übrigen war die Hauptsorge, die Geb.-Art. durch Verbesserung der Bewaffnung kampfkräftiger zu machen und die Einheitlichkeit der Zusammensetzung und Gliederung der Batterien zu vollenden. Eine Anzahl Bttrn. wurden mit leistungsfähigeren Gebirgsgeschützen umbewaffnet. Im Frühjahr 1918 waren die vorhandenen 21 Batterien wie folgt bewaffnet:

mit 7,5 cm Geb.-Kan. L 14 Kp. 9 Bttrn. (Nr. 3, 4, 5, 6, 9, 10, 11, 13, 18);
mit 7,5 cm Geb.-Kan. 15 (Skoda) 8 Bttrn. (Nr. 1, 2, 7, 12, 14, 15, 19, 20);
mit 10,5 cm Geb.-Haub. L 12 Kp. 3 Bttrn. (Nr. 8, 16, 21);
mit 10,5 cm Geb.-Haub. 16 (Skoda) 1 Bttr. (Nr. 17).

Die Erfahrungen der Geb.-Art. in den Gebirgskämpfen einschl. Herbst 1917 (Italien) wurden verwertet, um eine völlig einheitliche Organisation der Geb.-Art. für die Zukunft vorzubereiten. Sie fanden ihren Niederschlag in einer neuen Stärke- und Ausrüstungsnachweisung.

Das Schießen im Gebirge bedarf besonderer Hilfsmittel und gründlicher Schulung, wenn es zum Erfolg führen soll. Eine besondere Ausbildung und eine einheitliche Schießlehre für das Schießen der Art. im Gebirge — nicht nur der Gebirgsartillerie, sondern auch der leichten und schweren, — mußte geschaffen werden.

Im Frühjahr 1917 gelang es dem A.D., mit Unterstützung des bayer. K.M. einen Schießlehrgang für das Schießen im Gebirge in

Sonthofen abzuhalten mit dem Erfolge, daß im September 1917 die Artillerie-Gebirgs-Schießschule in Sonthofen als dauernde Einrichtung entstand. Sie wurde großzügig geleitet und mit allen Hilfsmitteln: Ballontrupp, Meßtrupp, Fliegerabteilung, Wetterwarte ausgestattet. Ihre ersten greifbaren Erfolge brachte der Durchbruch in den Julischen Alpen (Tolmein und Flitsch) und die Offensive in Oberitalien. Nicht nur den Artilleristen gab Sonthofen klare, erfolgreiche Regeln und praktische Hilfsmittel für das Schießen im Gebirge, auch das Meßwesen, die Luftbeobachtung, der Wetterdienst, selbst das Nachrichtenwesen sammelte hier im Laufe der Zeit wertvolle Lehren für den Gebirgskrieg; ballistische Probleme und viele technische Fragen konnten dort durch praktische Versuche im Gebirge der Lösung entgegengeführt werden. Am wertvollsten blieb die Schule aber für die Gebirgsartillerie, die erst durch sie zur Erzielung höchster Leistungen befähigt wurde. Diese hervorragende Schule, die unter der verdienstvollen Leitung des bayer. Major v. Bomhard so erfolgreich gewirkt und mit Begeisterung gearbeitet hat, ist vernichtet, ihre Lehren werden aber weiterleben. Sie verdient, daß ihr Anerkennung und Dank auch hier ausgesprochen wird.

Die Flugabwehr

(B.A.K. = Ballon-Abwehr-Kanonen)

Die Aufstellung von Flugabwehrverbänden war bis zum letzten Kriegsjahre von der Fertigung des Geräts abhängig, im letzten Kriegsjahre wurde sie außerdem beschränkt durch den Mangel an Mannschaften.

Die Fertigung des Flugabwehrgeräts stieß auf viele Schwierigkeiten. Abgesehen von der fortlaufenden konstruktiven Veränderung auf Grund der Erfahrungen lagen diese Schwierigkeiten darin, daß hierfür keine Spezial-Fabriken vorhanden waren. Die Fertigung konnte daher nur von wenigen entsprechend eingerichteten und in der Waffenfabrikation erfahrenen Betrieben übernommen werden. Dazu kam, daß von den ersten Kriegsmonaten an alle Rüstungsbetriebe mit Herstellung von Gerät aller Art bis zur höchsten Grenze ihrer Leistungsfähigkeit in Anspruch genommen waren. Es war auch nach ihrer Erweiterung und Vermehrung niemals möglich, zu Gunsten des Flugabwehrgeräts die Fertigung anderen Geräts in nennenswertem Umfange einzuschränken. Trotz der dringenden Notwendigkeit, die Zahl der Flugabwehrkanonen dauernd zu vermehren, mußte der Herstellung der leichten und

schweren Geschütze und anderer Waffen, weil kriegswichtiger, stets der Vorrang gegeben werden.

Trotzdem gelang es, das Flugabwehrgerät von Jahr zu Jahr in beträchtlichem Umfange zu vermehren und wenn auch nicht allen, so doch den dringlichsten Forderungen gerecht zu werden. Es waren vorhanden (Front und Heimat)

bei Kriegsausbruch	18	Flugabwehrkanonen
Ende Dezember 1915	641	"
" " 1916	1519	"
" " 1917	1952	"
beim Waffenstillstand	2558	"

Einschließlich der Ersatzgeschütze für Ausfälle wurden etwa 3000 Flugabwehrkanonen verschiedener Art im Laufe des Krieges gefertigt.

Mit der Vermehrung ging die konstruktive Verbesserung und Steigerung der Leistungsfähigkeit Hand in Hand.

Neben den Kanonen mußten Zubehör, Meßgeräte, Scheinwerfer usw. bereitgestellt werden.

Die Verstärkung des Luftschutzes der Front und der Heimat war so dringlich, daß Reserven an Flugabwehrgerät für Ersatz und besondere Fälle zunächst nicht niedergelegt werden konnten. Jedes fertige Geschütz mußte sofort eingesetzt werden. Erst im Jahre 1917 konnten Gerätereserven zur Deckung von Ausfällen an der Front und in der Heimat bereitgestellt werden. Bei der Mobilmachung wurden 6 selbständige Flugabwehr-Kanonen (Flak) und 6 Züge aufgestellt. Anfang 1917 waren (in Front und Heimat)

105 selbständige Geschütze
414 Züge
177 Batterien vorhanden.

Die Kraftwagengeschütze (l.K.Flak) fanden zunächst einzeln als selbständige Kampfeinheiten Verwendung, später in Batterien zu 2 zusammengefaßt, die pferdebespannten Flak anfangs als selbständige Züge zu 2 Geschützen, später als Batterien zu 4 Geschützen. In gleicher Weise gliederten sich die ortsfesten Flak von 7,7 cm, 7,62 cm und 9 cm Kaliber. Die s.Flak[1]) (8, 8,8, 10,5 cm) wurden von Anfang an in Batterien zu 2 Geschützen formiert. Alle Umformierungen erfolgten an der Front.

[1]) Schwere Flugabwehrkanonen.

Die 18 beim Ausbruch des Krieges vorhandenen Flak waren einzelnen Armeekorps (Grenzkorps) zugeteilt. Das nächste Ziel der O.H.L., jeder Infanterie-Division sobald als möglich einen Zug pferdebespannter Flak zuzuteilen, wurde im Juli 1915 erreicht, die gleichzeitig verlangte Zuteilung von 2 Kraftwagengeschützen zu jedem Armeekorps erst im Laufe des Jahres 1916. Die Verhältnisse zwangen jedoch, bald von dieser planmäßigen Zuteilung abzuweichen und die Verbände nach Bedarf Divisionen oder Korps je nach Flugtätigkeit der betreffenden Front zuzuweisen.

Im Frühjahr 1915 ergab sich die Notwendigkeit, Maßnahmen für eine einheitliche Verwendung, Überwachung der Gefechtstätigkeit und Leitung der Ausbildung der Flakverbände zu treffen, um bei der geringen Zahl der Abwehrmittel, der unvollständigen Ausbildung der Truppe, der geringen Erfahrung der Führer und der Eigenart der Gefechtstätigkeit und der Waffe den Luftschutz an der Front möglichst wirksam gestalten zu können. Das K.M. schuf zu diesem Zwecke im Juni 1915 die Stelle eines Inspekteurs der B.A.K. (später „der Flak") im Operationsgebiet, der dem Chef des Generalstabes des Feldheeres unterstellt wurde; gleichzeitig wurde jeder Armee ein Stabsoffizier der B.A.K. (später „der Flak") zugeteilt. Die Flakverbände blieben den Korps und Divisionen unterstellt. Die einheitliche Regelung und Bearbeitung der Bewaffnung und Ausrüstung blieben beim K.M. und der ihm unterstellten Artillerie-Prüfungskommission.

Im April 1916 wurde die Unterstellung der Flakverbände neu geregelt. Die pferdebespannten Flak blieben in der Unterstellung unter die Divisionen unter Angliederung an Feldartillerie-Regimenter, alle übrigen Flakverbände wurden Armee-Truppen.

Durch A.K.O. vom 8. 10. 1916 erfolgte auf Antrag der O.H.L. die unter den bestehenden Verhältnissen zweifellos zweckmäßige, für die weitere Entwickelung aber nicht unbedenkliche, völlige Abtrennung der Flakverbände von der Artillerie und den Divisionen und ihre Vereinigung mit den Fliegern in einer Dienststelle. „Der einheitliche Ausbau, die Bereitstellung und der Einsatz der gesamten Luftkampf- und Luftabwehrmittel" wurde durch diese A.K.O. dem Kommandierenden General der Luftstreitkräfte übertragen. Der Inspekteur der Flak im Operationsgebiet trat in seinen Stab über, im Januar 1917 wurden alle Flugabwehrverbände Armeetruppen und an Stelle der Stabs-

offiziere der Flak bei den Armeen Kommandeure der Flak eingerichtet. Gleichzeitig wurden die Flakbatterien usw. in Flakgruppen vereinigt, die Zusammenfassung der bespannten Flakzüge in Batterien zu 4 Geschützen eingeleitet und die Flakscheinwerfer den Flugabwehrtruppen eingegliedert.

Der größte Vorteil dieser Maßnahmen bestand darin, daß hierdurch die Grundlage für das unbedingt nötige verständnisvolle Zusammenarbeiten zwischen Fliegern und Flugabwehr geschaffen wurde, je nach den Notwendigkeiten die Flugabwehr an bestimmten Stellen durch Verschiebungen von Verbänden verstärkt und ein einheitlicher Flugmeldedienst für Flugabwehr und Flieger geschaffen werden konnte, der für Abwehr, Luftkampf und höhere Führung sehr wertvolle Ergebnisse brachte. Nachteilig war die völlige Trennung der Flakverbände von der Artillerie und den Divisionen, da für die Flak die tüchtigsten Artilleristen gebraucht wurden und die Divisionen nunmehr ohne Abwehrmittel, über die sie verfügen konnten, waren. Im Jahre 1918 bei den Offensiven ergab sich dann auch die Notwendigkeit, den Divisionen Flaktruppen wieder zuzuteilen.

Der Bedarf an Flakverbänden nahm dauernd zu. Als Mindestbedarf bezeichnete der Kommandierende General der Luftstreitkräfte bereits im Jahre 1917 für das Feldheer im Durchschnitt 12 Geschütze für jede Division, außerdem 2—4 Flak für jeden Ballonzug. Die Vermehrung der Flakverbände konnte infolge der Schwierigkeiten in der Bereitstellung des Geräts und des Personals bis zum Ende des Krieges in dem geforderten Umfange jedoch nicht voll erfolgen. —

Die Ausbildung der Flugabwehrtruppen erfolgte bei den Ersatzformationen, auf besonderen Schulen, die in der Heimat und hinter der Front eingerichtet wurden, und bei den Armeen an der Front.

Als es sich im Herbst 1914 darum handelte, so schnell als möglich Verbände an die Front zu schicken, errichtete das K.M. auf den Schießplätzen von Krupp und der Rh.M.F. in Tangerhütte und Unterlüß je ein Ausbildungskommando, damit gleichzeitig mit der Abnahme und der Ausrüstung der Truppe die grundlegende Ausbildung erfolgen konnte. Im Februar 1915 wurde ein drittes Ausbildungskommando, das der Kraftwagengeschütze in Ostende, errichtet, das erste an der Front. Die Ausbildung war naturgemäß zunächst nicht einheitlich; in Tangerhütte und Unterlüß waren die Ausbildungsver-

hältniſſe ſehr ungünſtig. Nur in Oſtende konnte an der See auf Freiballons, häufig auch auf feindliche Flieger geſchoſſen und die kriegsmäßige Gefechtstätigkeit geübt werden. Als der Inſpekteur der B.A.K. im Operationsgebiet errichtet worden war, wurde ihm das Kommando in Oſtende unterſtellt und die Ausbildung für alle Flak dorthin verlegt. Die Einheitlichkeit der Ausbildung und der Schießlehre war damit hergeſtellt.

Im Oktober 1915 erweiterte das K.M. das Kommando der Kraftwagengeſchütze zur Flakſchule, die im Laufe des Krieges dauernd vergrößert und ausgeſtaltet wurde und bei Kriegsende eine Stärke von 42 Offizieren und 666 Mann hatte und in einen Kommandeur-Stab, eine Lehrmittelabteilung und 5 Kommandos gegliedert war, von denen das für s.K.Flak nach Lille verlegt war. Jedes Kommando — nach den verſchiedenen Flakarten gegliedert — hatte einen Lehrzug oder eine Lehrbatterie an der Front eingeſetzt, bei denen die letzte abſchließende Ausbildung an der Front erfolgte, nachdem die Grundlagen der Ausbildung und Lehre bei den Schulbatterien der einzelnen Kommandos gelegt worden waren. Kurz vor dem Waffenſtillſtand wurde die Verlegung der Flakſchule, die zuletzt in Blankenberghe war, in die Heimat nach Crauz in Oſtpreußen angeordnet, wo für den Frieden der Standort dieſer Schule beabſichtigt war. Die Schule, die am 13. 5. 18 in „Flakſchießſchule" umbenannt wurde, iſt vom K.M. dauernd ſo gut als möglich mit Gerät, Lehrmitteln und Lehrkräften ausgeſtattet worden.

Für die Ausbildung an den Entfernungsmeſſern und allen ſonſtigen Meßgeräten richtete das K.M. im Juni 1915 eine beſondere „Entfernungsmeſſerſchule" ein, die zunächſt dem Flugpark der VII. Armee in La Fère angegliedert, ſpäter ſelbſtändig gemacht und nach Gent verlegt wurde. Ihr Ausbau wurde mit allen Mitteln gefördert. Ihre Stärke betrug zuletzt: 11 Offiziere und 782 Mann.

An beiden Schulen wurden alle Neuformationen und Erſatzmannſchaften der Flakverbände — einſchließlich der Flugabwehr M.G. — des Feldheeres und des Heimatluftſchutzes vor ihrem Einſatz ausgebildet; auch Offiziere, Unteroffiziere und Mannſchaften eingeſetzter Flakverbände wurden wiederholt zu beſonderen Lehrkurſen an den Schulen vereinigt, um über Neuerungen und Fortſchritte am Gerät und in der Schießlehre einheitlich unterrichtet zu werden. Für Offiziere anderer

Waffen, insbesondere des Generalstabes wurden Informationskurse abgehalten.

Zur Ausbildung und Schulung der Offiziere und Kraftfahrer der Flakverbände mit Kraftzug wurde im April 1917 die Flakkraftfahrschule — zuerst in Avesnes, dann in Valenciennes — eingerichtet. Hier wurden insbesondere Geräteunterricht an den Vierradantrieb-Kraftwagen der l.K.Flak und den Artillerie-Kraftzugmaschinen und eine praktische Fahrausbildung unter besonderer Berücksichtigung der Eigenart der Verwendung der Flak erteilt und die Neuformationen der s.K.Flakbatterien mit Gerät ausgerüstet.

Um der Front Gelegenheit zu geben, auch selbständig kleinere Versuche mit Flakgerät aufzunehmen oder in der Heimat hergestellte Versuchstücke praktisch zu erproben, schuf das K.M. im Dezember 1915 ein Versuchskommando für Flak in Ostende, das im Dezember 1916 in die Prüf- und Lehrabteilung für Flak umgewandelt wurde. Damit war die Absicht verbunden, eine enge Zusammenarbeit zwischen den für die Weiterentwickelung des Geräts in der Heimat verantwortlichen Stellen und der Truppe herzustellen. Die Absicht erfüllte sich nur zum Teil. Die Prüf- und Lehrabteilung erhielt mehr und mehr einen wissenschaftlichen Charakter und wurde im Frühjahr 1918 nach Brüssel verlegt, um jungen Offizieren die zum Verständnis des Flakgeräts und Flak-Schießens nötigen elementaren wissenschaftlichen Kenntnisse zu vermitteln.

Zur einwandfreien Erprobung von Versuchsgerät war aber eine Truppe erwünscht, die überall eingesetzt werden konnte, da mehr wie bei jedem anderen Gerät beim Flugabwehrgerät nur im Kampfe ein zutreffendes Urteil sich bilden ließ. Im Juli 1918 wurde eine Flak-Versuchs-Abteilung aufgestellt, die in der kurzen Zeit ihres Bestehens sich gut bewährte.

Das einheitliche Zusammenarbeiten der Flakschule, Entfernungsmesserschule, der Prüf- und Lehrabteilung und der Versuchsabteilung war durch die gemeinsame Unterstellung unter den Inspekteur der Flak im Operationsgebiet und später den Kommandierenden General der Luftstreitkräfte gesichert. Auf die Flak-Kraftfahrschule, die dem Feldkraftfahrchef unterstellt war, hatte der Kommandierende General einen maßgeblichen Einfluß.

Der Ersatz für die Flakverbände des Feldheeres und des Heimat-

luftschutzes wurde während des Krieges vom K.M. in besonderen Flak-Ersatzformationen bereitgestellt. Hier erfolgte die erste Ausbildung am Gerät, die dann bei der Flakschule und Fahrschule usw. vervollständigt wurde. Auch das Personal für Neuformationen wurde bei den Flak-Ersatzabteilungen aufgestellt. Für dringende Fälle bildeten die Ersatzabteilungen Gefechtsreserven für Heimatschutz.

So errichtete das K.M. im Frühjahr 1915 zuerst eine Flak-Ersatzbatterie in Frankfurt a./Main, die im November 1915 zu einer Abteilung ausgebaut und dem Inspektor des B.A.K. im Heimatgebiet unterstellt wurde. Im Dezember 1916 wurde eine 2. Flak-Ersatzabteilung in Freiburg und die Stelle eines Kommandeurs des Flak-Ersatz-Regiments geschaffen. Die Ersatztruppen wurden gleichzeitig dem Kommandierenden General der Luftstreitkräfte unterstellt.

Für die Flakscheinwerfer wurde im September 1916 ein Lehrkommando für Flakscheinwerfertruppen bei der Flak-Ersatzabteilung eingerichtet, das am 1. 1. 17 zusammen mit dem Versuchskommando für Richtungshörapparate (errichtet am 12. 10. 16 in Cöln) in die Flakscheinwerferschule in Hannover umgewandelt wurde. Am 1. 6. 17 wurde diese dem neuerrichteten Kommando der Flakscheinwerfer-Ersatztruppen in Hannover eingegliedert, bei dem nunmehr der Ersatz für alle Flakscheinwerfertruppen bereitgestellt und alles Personal der Flakscheinwerfertruppen ausgebildet wurde. Das Komnando unterstand dem Kommandierenden General der Luftstreitkräfte. Es gliederte sich in Kommandeur-Stab, Ersatz-Abteilung, Scheinwerferschule, Prüf- und Versuchs-Abteilung und Zielabteilung und hatte eine Stärke von 40 Offizieren und 759 Mann.

Um die sorgfältige Behandlung des schwer zu ersetzenden Flakgeräts durch sachverständige Überwachung der Truppe zu sichern und die Erfahrungen beim Truppengebrauch des Geräts einheitlich zu sammeln, schuf das K.M. im Herbst 1917 die Stelle eines Inspizienten des Flakgeräts. Er wurde dem Kommandierenden General der Luftstreitkräfte angegliedert.

Beim Beginn der Mobilmachung ordnete das K.M. den Schutz der militärisch wichtigen Anlagen der Heimat, die einem möglichen feindlichen Luftangriff ausgesetzt waren, an; insbesondere den Schutz der Rheinbrücken und der Luftschiffhallen nahe der Grenze. Die Schutzmaßnahmen für diese und die Festungen waren mit den

verfügbaren Mitteln schon im Frieden vorbereitet. Sobald wie möglich wurden für diese Orte Flugabwehrkanonen als Ersatz der zunächst verwendeten l.F.H. oder F.K. und M.G. den stellvertretenden Generalkommandos usw. überwiesen.[1]) Anfang 1915 waren schon etwa 60 Flugabwehrkanonen in der Heimat eingesetzt.

Bis zum Frühjahr 1916 gelang es, die Zahl der Abwehrgeschütze im Heimatgebiet auf 362 zu erhöhen und damit 84 Anlagen und Orte zu sichern. Die Abwehrmittel, zu denen Fliegerverbände in Trier, Saarbrücken, Mannheim und Freiburg traten, die einfallende Luftfahrzeuge im Luftkampf zurückschlagen sollten, wurden so verteilt, daß in den besonders wichtigen und bedrohten Gebieten: rheinisch-westfälisches Industriegebiet, Köln, Mainz, Frankfurt a/Main, Saargebiet, Mannheim-Ludwigshafen, Rottweil-Oberndorf-Friedrichshafen ein zusammenhängender Luftschutz hergestellt wurde.

Um das Zusammenwirken der Abwehrmittel und ihre zweckmäßigste Ausnützung weiter zu gewährleisten, schuf das K.M. eine einheitliche Organisation des Luftschutzes und richtete im Westen Deutschlands einen Beobachtungs- und Meldedienst ein.

Im Juli 1915 wurde hierfür die Stelle des Inspekteurs der B.A.K. im Heimatgebiet geschaffen, der — dem K.M. unterstellt — die Aufgabe hatte, für die einheitliche Verwendung und Ausbildung der Abwehrtruppen in der Heimat zu sorgen und die Erfahrungen des Feldheeres in der Bekämpfung der Luftfahrzeuge für die Abwehr in der Heimat zu verwerten. Für die stellv. Generalkommandos, die zunächst für den örtlichen Schutz im einzelnen verantwortlich blieben, war der Inspekteur in allen Luftschutzfragen beratende Stelle. Um eine engere Verbindung zwischen dem Inspekteur und den stellv. Generalkommandos herzustellen, wurden diesen besondere Organe für die Bearbeitung aller Luftschutzangelegenheiten in den Stabsoffizieren der B.A.K. zugeteilt (1. 2. 16); gleichzeitig wurden an allen Orten, an denen mehrere Einheiten eingesetzt waren, B.A.K.-Gruppen (Feuerleitungsstellen) eingerichtet. Weiter traf das K.M. Anordnungen und Maßnahmen zur rechtzeitigen Benachrichtigung aller Abwehrformationen und bedrohten Orte durch Errichtung eines Flugmeldedienstes. Durch Beobachtungsposten und ein einheitliches Meldesystem wurden

[1]) Der 1. Angriff erfolgte am 22. 9. 14 auf Düsseldorf, am 8. 10. 14 folgte der 2. Angriff auf Köln und Düsseldorf, wobei Z 9 in der Halle verbrannte.

alle Anflugmöglichkeiten auf den Westen des Deutschen Reiches ständig überwacht. Die Beobachtung erfolgte in zwei Linien — vordere Linie: Cleve — Aachen — Trier — Straßburg, Freiburg — Lörrach — Friedrichshafen; rückwärtige von Osnabrück bis St. Blasien im Schwarzwald in einem Abstande von etwa 15—30 km — durch Flugwachen und Hauptflugwachen, von denen letztere sowohl nach vorne zur Front und den Flugwachen wie nach rückwärts zu den Feuerleitungsstellen usw. durch ein Meldenetz verbunden waren, so daß jeder Anflug und die Anflugrichtung jederzeit rechtzeitig, um alle Abwehrmaßnahmen an Ort und Stelle in höchste Bereitschaft zu versetzen, gemeldet werden konnten.

In den kriegswichtigen Betrieben wurden Sicherungsmaßnahmen für Personen und Maschinen usw. veranlaßt, für das Verhalten der Bevölkerung bei Angriffen in den bedrohten Gebieten Verhaltungsmaßregeln bekannt gegeben und Alarmeinrichtungen getroffen.

Im Jahre 1915 führten die Feinde an 30 Tagen 37 Angriffe auf Westdeutschland mit etwa 100 Flugzeugen. Nur in wenigen Fällen gelang es ihnen, gegen geschützte Anlagen und Orte von militärischer Bedeutung kleine Erfolge zu erzielen.

Im Laufe der Jahre 1916 und 1917 wurden die Abwehrmittel des Heimatluftschutzes weiter erheblich verstärkt, so daß Anfang 1918 etwa 1500 Abwehrgeschütze, 103 Flugabwehr-M.G.-Züge und eine große Zahl von Flakscheinwerfern hier eingesetzt waren, in einer Gesamtstärke von rund 30 000 Mann.

Da die Angriffe infolge der starken Abwehr bei Tage nunmehr meist bei Nacht geführt wurden, waren die Flakscheinwerfer ein außerordentlich wichtiges Kampfmittel geworden. Sie erzielten gute Erfolge. Zum Schutz einzelner wichtiger Werke gegen nächtliche Angriffe wurden auch an Drähten befestigte Ballone und Drachen verwendet [1]), die von den Luftsperrabteilungen bedient wurden. Die nächtlichen Angriffe brachten die Notwendigkeit mit sich, im bedrohten Gebiet Maßnahmen zur Verdunkelung der Orte zu treffen, um den Angreifern den Anflug zu erschweren und das Ziel zu verbergen. Die Zahl der Kampffliegerabteilungen im Heimatluftschutz wurde nach und nach auf 8 erhöht.

Auch organisatorisch wurde der Heimatluftschutz entsprechend seiner Wichtigkeit und auf Grund der Erfahrungen weiter ausgebaut.

[1]) Zuerst Aumetz-Friede; Hütte de Wendel, Thyssen-Hagendingen; dann alle Saarwerke von Dillingen bis Diedenhofen; Leverkusen, Schlebusch usw.

Mit Unterstellung des Heimatluftschutzes unter den Kommandierenden General der Luftstreitkräfte waren die stellv. Generalkommandos für ihn nicht mehr verantwortlich, wodurch eine straffere Einheitlichkeit der Organisation erzielt und ein noch engeres Zusammenarbeiten der Abwehr an der Front und des Heimatluftschutzes gewährleistet wurde. Der Inspekteur der Flak im Heimatgebiet wurde in den Kommandeur des Heimatluftdienstes umgewandelt (15. 12. 16). Nach den Weisungen des Kommandierenden Generals der Luftstreitkräfte hatte er den gesamten Luftschutz der Heimat verantwortlich zu leiten.

Die Leistung der Flugabwehr im Felde und der Heimat kann nicht allein nach der Zahl der Abschüsse feindlicher Flugzeuge beurteilt werden. Die Abschüsse können nur einen Maßstab zur Beurteilung der konstruktiven Vollendung der Abwehrmittel und des Schießverfahrens bilden. Die Abschußerfolge haben von Jahr zu Jahr sich erheblich gesteigert. Insgesamt wurden allein durch Flugabwehrkanonen und durch Flugabwehrkanonen unter Mitwirkung von Flakscheinwerfern der Front und Heimat in den Jahren 1916—1918 = 1571 Flugzeuge abgeschossen. Diese Zahl enthält nur Flugzeuge, die nachweislich und offiziell anerkannt von Flak abgeschossen und in unsere Hand in zerstörtem oder beschädigtem Zustand gefallen sind oder zwischen den Linien oder in der feindlichen einwandfrei niederfielen und dann zerstört worden sind. In den Jahren 1914 und 1915 ist hierüber kein Nachweis geführt worden, weshalb einwandfreie Zahlen für diese Zeit nicht angegeben werden können. Von der französischen Artillerie sind demgegenüber nach französischen Angaben[1]) während des ganzen Krieges insgesamt nur 450 deutsche oder verbündete Flugzeuge abgeschossen worden. Ein Teil des Erfolges fällt den Firmen Krupp und Ehrhardt, Zeiß und Görz zu, die konstruktiv für die Entwicklung der Flak und der Meßgeräte Bedeutendes geleistet haben.

Die Bearbeitung der Feld-, Gebirgsartillerie und Flugabwehr war in der Feldartillerieabteilung (A 4) des Departements zusammengefaßt. Der ungeheuren Arbeitsleistung ihres Chefs, des Oberst Muther, und seiner Referenten, Majore Stadtlaender, Frhr. v. Reitzenstein, Hauptmann Rüdel, sowie ihrer ausgezeichneten Expedienten, gebührt der Dank des Vaterlands.

---

[1]) Revue de Paris 1919, Novemberheft, La D. C. A.

Die schwere Artillerie

(s.F.H. = schwere Feldhaubitze, K. = Kanone, Mrs. = Mörser)

Bei Ausbruch des Krieges zählte die schwere Artillerie 50 Bataillone und 1 Versuchsbatterie in der Stärke von

1420 Offizieren,
33250 Unteroffizieren und Mannschaften,
3400 Pferden und
576 Geschützen.

Ihre gewaltige Entwicklung im Kriege beweist ihre Stärke am Schlusse des Krieges von

364 bespannten Bataillonen, hiervon
250 Bataillone s.F.H. und 10-cm-K.,
98 „ Mrs. u. 15-cm-K.,
16 „ 15-cm-K.
57 unbespannten Bataillonen, darunter
33 Batterien s. 15-cm-K.
44 schwersten Flachfeuerbatterien.
14 „ Steilfeuerbatterien.

im ganzen 1660 Batterien, 951 Kolonnen, 19 Kraftfahrstaffeln, 65 Park-Kompagnien, 278 Meßtrupps, 91 Instandsetzungs-Werkstätten in einer Gesamtstärke von

18 557 Offizieren,
400 917 Unteroffizieren und Mannschaften,
202 506 Pferden.

Die größte Zahl der an der Front eingesetzten schweren Geschütze betrug im Februar 1917 7130, darunter 1016 erbeutete. Die Zahl verminderte sich bis zum Februar 1918 auf 6172 schwere Geschütze, darunter nur noch etwa 800 Beutegeschütze. Die dauernde Steigerung in der Neufertigung neuzeitiger Geschütze und die mit ihrer Hilfe mögliche Neuaufstellung bespannter, beweglicher Truppenteile hatte bei dem Mangel an Mannschaftsersatz zur Auflösung unbespannter Formationen, die ältere oder Beutegeschütze besaßen, in größerer Zahl geführt. Hierdurch wurden Offizier- und Mannschaftskräfte gespart, die Munitionsfertigung vereinfacht, die Güte der Waffe aber wesentlich gehoben. Trotz der Verluste im Jahre 1918 konnte die Zahl der neuzeitigen schweren Geschütze an der Front nach Ersatz der Ausfälle noch

um rund 500 Geschütze neuester Konstruktion gesteigert werden. Die Beutegeschütze waren bei Kriegsende bis auf etwa 80 ausgeschieden.

Die Verwendung der schweren Artillerie bei Beginn des Krieges war derart vorgesehen, daß jedes Armeekorps über 1 Bataillon schwerer Feldhaubitzen (Korps-Artillerie) verfügte; die 14 Mörser-Bataillone bildeten die Armee-Artillerie, das Bataillon 10 cm, sowie die Reserve-Formationen (52 Btlne.) und die schwersten Steilfeuerbatterien (8 Bttr.) die Heeresartillerie. 15 Feldbataillone, die 24 Landwehr- und 22 Landsturm-Bataillone gehörten zur Artillerie-Kriegsbesatzung der Festungen (einschließlich Küste). Von diesen Feldbataillonen, die wesentlich an den Panzerbatterien der Festungen ausgebildet waren, waren 5 zur Verwendung in Feindesland und bereits am Mrs., die übrigen an der s.F.H. ausgebildet, die Landwehr führte einheitliche s.F.H. Die zu Beginn des Krieges vorhandene Vierteilung der Bataillone (bei Mörsern Zweiteilung) und ihre einheitliche Bewaffnung mit gleicher Geschützart wurde im Laufe des Krieges aufgegeben. Die Dreiteilung der Bataillone und die Mischung von mittlerem Flachfeuer mit mittlerem Steilfeuer (10-cm-K. und s.F.H.) oder von schwerem Flachfeuer mit schwerem Steilfeuer (15-cm-K. und Mörser) entsprach den Erfahrungen und wurde demgemäß durchgeführt. Die schwersten Steilfeuer-Batterien führten 42 cm-, 30,5 cm- und 28 cm-Mörser, die im Kriege erst geschaffene schwerste Flachfeuer-Artillerie führte 38 cm-, 35 cm-, 28 cm-, 24 cm-, 21 cm-, 17 cm-Kanonen, z. T. auf Eisenbahnwagen montiert, zum Teil mit Kraftzug.

Der im Jahre 1914 einsetzende Stellungskrieg forderte eine schnelle Vermehrung der schweren Artillerie an der Front. Sie erfolgte durch Einsatz der Festungs-Kriegsbesatzung (außer Küste), nicht nur der Feld-Bataillone, sondern auch von Landwehr- und Landsturmtruppen sowie durch umfangreiche Neuformationen, die mit Artilleriegerät aus der Artillerie-Ausrüstung der Festungen bewaffnet wurden. Diese Batterien wurden den in Stellung befindlichen Truppenteilen der schweren Artillerie angegliedert, um Stäbe zu sparen; an solchen wurden nur 7 Regiments- und 24 Bataillonsstäbe gebildet. Die im Herbst 1914 aufgestellten neuen Armeekorps und die selbständigen Divisionen erhielten schwere Artillerie, jene Bataillone schwerer Feldhaubitzen zu 3 Batterien, diese nur je 1 Batterie. Die große russische Beute des Jahres 1915 wurde weiterhin zu einer starken Vermehrung der schweren Ar-

tillerie an der Front verwendet. Der Einsatz der vielen unbespannten Batterien sowie die Bildung neuer bespannter Bataillone machte eine Neugliederung der Munitionskolonnen der schweren Artillerie erforderlich. Während zu Beginn des Krieges jedes Bataillon zu 4 Batterien über 1 leichte Munitionskolonne und 1 Mun.-Kolonnen-Abteilung zu 8 Kolonnen, die Bataillone zu 2 Batterien über 1 leichte Munitionskolonne und 1 Mun.-Kolonnen-Abteilung zu 4 Kolonnen verfügte, erhielt im Laufe des Krieges jede bespannte schwere Batterie ihre Batterie-Kolonne. Außerdem wurden den Armeen besondere Mun.-Kolonnen zugewiesen.

Im Laufe der Jahre 1916 und 1917 wurden allmählich die unbespannten Batterien zu Bataillonen zusammengefaßt, vorwiegend bespannt und zum großen Teil mit neuzeitigen Geschützen umbewaffnet. Hierdurch wurde es möglich, jeder Division 1 Bataillon bespannter schwerer Artillerie zuzuteilen, darüber hinaus eine starke Heeres-Artillerie zu bilden.

Von den zum Schluß des Krieges vorhandenen 364 bespannnten Bataillonen schwerer Artillerie wurden verwendet

161 Bataillone (s.F.H., 10 cm) als Div.-Artillerie,
31 Regimenter mit 93 Bataillonen als Heeres-Artl.,
hiervon 42 Bataillone (s.F.H. und 10 cm-K.)
50 „ (Mörser und 15 cm-K.)
1 „ (15 cm-K.)

Die unbespannten 57 Bataillone sowie die Flachfeuer- und Steilfeuer-Batterien gehörten gleichfalls zur Heeres-Artillerie. Die Stärken der Formationen wurden den im Kriege gemachten Erfahrungen angepaßt, die Stäbe und Batterien mit Funken-Telegraphen-Empfangsstationen, die Batterien mit je 2 Maschinengewehren ausgestattet. Eine Anzahl von Bataillonen schwerer Artillerie erhielt Kraftzug.

Außerordentliches haben die Ersatzbataillone geleistet, denen die Aufstellung der großen Zahl an Neuformationen oblag, ganz besonders das Ers.-Batl. Fußartl.-Regts. 7 in Cöln, dem durch seine Nähe zum Industriegebiet und zum Zugmaschinenpark Opladen die Aufstellung des weitaus größten Teils der Neuformationen und die Ausbildung und Aufstellung aller Kraftzug-Formationen der schweren Artillerie zufiel.

Die gewaltige Vermehrung der schweren Artillerie brachte naturgemäß eine Verwässerung des Personals der Batterien. Auch wurden durch die Schlachten-Verluste Offiziere, Unteroffiziere und Mannschaften, die die gute, gründliche Friedensdurchbildung der Fußartillerie für

den Krieg genossen hatten, in der Front immer spärlicher. An die Stelle erfahrener Batteriechefs mußten, wie mehr oder minder bei allen Waffen, junge Kräfte treten.

Die kriegsgemäße Ausbildung des Ersatzes gewann dadurch erhöhte Bedeutung. Sie konnte bei der Vielseitigkeit und den neuzeitlichen Anforderungen, namentlich auf schießtechnischem Gebiete und dem des artilleristischen Beobachtungsdienstes, den Fußartl.-Ersatzbataillonen nicht mehr allein überlassen bleiben.

Die Förderung der Schießkunst der jüngeren und älteren Offiziere, des Offiziernachwuchses des aktiven und des Beurlaubtenstandes, sowie der Offz.-Stellvertreter mußte schulmäßig in systematischen Lehrgängen betrieben werden. Die Wiedereröffnung der Fußartillerie-Schießschule in Jüterbog konnte dem Bedürfnis der vielen Formationen nicht allein genügen. Die Einrichtung zweier weiteren Schießschulen in Wahn und Thorn wurde notwendig, denen bald noch weitere gemeinsame Schießschulen für leichte und schwere Artillerie hinter der West- und Ostfront folgten. Die Gebirgs-Schießschule Sonthofen ist bereits erwähnt. Auch hierfür waren einheitliche Richtlinien und Förderung von einer allen Schießschulen vorgesetzten Dienststelle nötig.

Aus diesen Gründen wurde Anfangs 1917 eine General-Inspektion der Artillerie-Schießschulen im Gr. Hauptquartier geschaffen. Unter ihr wurde gleichzeitig die Inspektion der Fußartillerie-Schießschulen in Berlin gebildet. Sie war im besonderen für die Förderung und Einheitlichkeit der artilleristischen Ausbildung bei den preuß., sächs. und württ. Fußartillerie-Ersatzformationen, die im übrigen den stellvertretenden Generalkommandos unterstellt blieben, bei den Schießschulen in der Heimat und den Fußartillerie-Formationen verantwortlich, die im Küstenschutz an der deutschen Ostseeküste und auf den deutschen Nordseeinseln eingesetzt waren.

Die Inspektion der Fußartl.-Schießschulen wurde bei ihrem umfangreichen Dienstbereich durch 6 Fußartl.-Ersatz-Inspekteure unterstützt, auf die 28 Ersatzbataillone verteilt waren. Fußartillerie-Übungsplätze wurden hinter der Westfront vorgeschoben, aus denen die dort abgestellten Heeresfußartillerie-Formationen und die Armeen, in deren Bereich sie lagen, während der Großkämpfe in eiligen Fällen ihren Ersatz heranzogen.

Die zahlreichen mit den verschiedensten Kalibern und Geschütz-

arten ausgerüsteten Stamm- und Neuformationen, die alle Fußartl.-Ersatz-Bataillone im Laufe des Krieges aufstellten und für die sie Ersatzleute lieferten, machte die Ausbildung besonders vielgestaltig und damit schwierig. Man mußte bei jedem Ersatzbataillon bald spezialisieren, wenn man überhaupt den Ersatzanforderungen nachkommen wollte. Bestimmte Ersatzbatterien bildeten nur Ersatz für schwere Feldhaubitzen, andere nur für Mörser, andere für mittleres Flachfeuer usw. aus. Schießübungen der Ersatzbatterien bei den Fußartl.-Schießschulen von 2—4wöchiger Dauer festigten die Schießausbildung und Geräteskenntnis der Rekruten, ehe sie ins Feld kamen, und des Ausbildungspersonals. Im letzten Kriegsjahr wurden alle Ersatzmannschaften für den artilleristischen Nachrichtendienst (wie Fernsprecher, Blinker, Funker) bei dem großen Bedarf der Front ebenfalls in „Nachrichtenersatzbatterien" in den Fußartl.-Ersatzbataillonen zusammengezogen und einheitlich ausgebildet.

Die Ausbildung des Ersatzes an Artl.-Kraftfahrern für die zahlreichen Kraftzugbatterien wurde beim Zugmaschinenpark der Fußartl. in Opladen, die an Meßleuten für die Artl.-Meßtrupps bei der Artl.-Meßschule Wahn einheitlich für alle Fußartl.-Formationen betrieben.

Die Ausbildung des preuß., sächs. und württ. Offiziersatzes übernahm die Fußartl.-Fahnenjunkerschule Jüterbog, die sämtliche Fahnenjunker, Fähnriche und Offz.-Aspiranten-Anwärter des Beurlaubtenstandes vor Einstellung in den Feldtruppenteil mit Erfolg besucht haben mußten. Durch die Schule konnten jährlich 840 junge Leute in $^1/_4$ jährl. Lehrgängen gehen.

An den Schießschulen der Heimat fanden laufend bis zum Kriegsschluß 6 wöchige Schieß-Lehrgänge für Batterieführer und solche für junge Offiziere usw. in erster Linie für die Fronttruppen statt, die in Anbetracht der Vermehrung der schweren Artillerie und des Ausbildungsbedürfnisses der Front- und Ersatzformationen so ausgebaut wurden, daß daran jährlich etwa 1300 Batterieführer, 1500 junge Offiziere, Feldwebelleutnants und Fähnriche, 1500 Offizier-Anwärter des Beurlaubtenstandes und 450 Offz.-Stellvertreter teilnahmen.

Daneben fanden an diesen Schulen für die Ausbildung des Ersatzes an Artilleriefunkern 8 wöchige Lehrgänge für alle Ersatzbataillone statt, die Fortsetzung und Abschluß bei den Fliegerbeobachterschulen in Gr. Auz I und II fanden. Es konnten so jährlich 600 Rekruten diese Sonderausbildung erfahren.

Auch das Ausbildungspersonal der Ersatzbataillone wurde bei den Schießschulen in laufenden 4wöchigen Lehrgängen vereinigt, um für ihre wichtige Aufgabe in den Wortlaut, Geist und die Praxis der Ausbildungsvorschriften und in die neuesten Felderfahrungen eingeführt zu werden. Auch diese Sonderausbildung konnte jährlich rund 1000 Ausbildern des Unteroffizierstandes zuteil werden.

Die Wichtigkeit der Gerätekenntnis, -pflege und -schonung in der Truppe machte besondere Lehrgänge für Geräteunteroffiziere an allen modernen schweren Kalibern (einschl. Beutegeschütze) erforderlich. Sie fanden in den großen Instandsetzungswerkstätten Cöln, Metz und Mainz statt. Mit Rücksicht auf den meist plötzlich auftretenden Bedarf der Front während der Großkämpfe wurden Unteroffiziere für alle in Betracht kommenden Kaliber nach vollendeter Sonderausbildung in entsprechender Zahl zu den verschiedenen Fußartl.-Übungsplätzen hinter der Front als Ersatz abgestellt. Die Stärken wurden aus der Heimat laufend auf gleicher Höhe erhalten.

Auch die Ausbildung des Ersatzes an Waffenmeistergehilfen und Batterieschlossern fand nach Grundlegung in den Waffenmeistereien der Ersatzbataillone bei den genannten Instandsetzungswerkstätten ihren Abschluß.

Um die Batterieführer, Batterie-Offiziere sowie auch die Bataillons- und Regiments-Kommandeure von Kraftzug-Batterien mit dem Artillerie-Kraftzuggerät vertraut zu machen, fanden beim Zugmaschinenpark der Fußartillerie in Opladen besondere Lehrgänge statt, die mit Besichtigungen einiger größerer Werke, die diese Geräte fertigten, abschlossen.

Bis zum Kriege waren für die Erkundung feindlicher Batteriestellungen und für die eigene Schußbeobachtung nur Verfahren gebräuchlich, die das Auge als Mittel benutzten. Man kannte den mit Doppelglas oder Scherenfernrohr ausgerüsteten Artilleriebeobachter; das gleichzeitige Erfassen desselben Zieles (Mündungsfeuer) von verschiedenen Stellen war zwar bei den Fußartl.-Regimentern bekannt und wurde angewandt, war aber noch nicht planmäßig und organisatorisch für den Feldgebrauch ausgebaut. Die Flieger- und Ballon-Beobachtung befand sich in der Entwicklung. Man glaubte mit diesen Mitteln auskommen zu können.

Im Stellungskrieg begannen beide Gegner sehr bald ihr artille-

ristisches Verhalten so einzurichten, daß das optische Anschneiden und Beobachten möglichst erschwert wurde. Neben der Erkundung durch Flieger und Ballon mußte auf das gleichzeitige Anschneiden feindlicher Mündungsfeuer von mehreren Stellen aus an allen Fronten überall dort vermehrter Wert gelegt und das Verfahren systematisch festgelegt werden, wo die Sicht ins feindliche Gelände nicht durch hohe Berge und ausgedehnten Wald behindert wurde. Wo dies der Fall war, entstand eine Lücke in der optischen Überwachung der gegnerischen Artillerie, die sich noch durch Nebel und trübes Wetter erweiterte. Hier griff dann das Schallmeßverfahren ein, um die Grundlagen für die Bekämpfung der feindlichen Ziele zu schaffen.

Die Bedeutung beider Meß-Verfahren, Licht und Schall, wurde schon frühzeitig an der Front erkannt und auf oft verschiedenen Wegen für Erkundung und Schußbeobachtung auszuwerten gesucht. Die ersten systematischen Übungen und Unterweisungen fanden auf dem Schießplatz Kummersdorf durch die Artillerie-Prüfungskommission statt.

Um eine einheitliche Ausbildung der als besondere Fußartillerieformationen allmählich bei jeder Division aufgestellten Artilleriemeßtrupps zu gewährleisten und das Verständnis und Interesse der Offiziere der Artillerie und der höheren Truppenführung für die neuen Erkundungsmittel zu fördern, wurde die Artilleriemeßschule in Wahn aufgestellt.

Die Lehrgänge dienten der einheitlichen Ausbildung und Gestaltung des Ersatzes für alle Licht- und Schallmeßtrupps an der Front; ferner der Durchbildung von Offizieren, Unteroffizieren und Mannschaften aus den Fronttrupps in beiden Verfahren, sowie ihrer Unterrichtung über die neuesten Fortschritte und Verbesserungen auf diesem Erkundungsgebiet. Auf das praktische Zusammenwirken mit der Fußartillerie-Schießschule, die am gleichen Ort sich befand, war besonderer Wert zu legen. Die Lehrgänge wurden mit der Zeit derart ausgebaut, daß jährlich rund 6—700 Offiziere, 1300 Unteroffiziere von den verschiedenen Zweigen des Licht- und Schallmeßwesens in den mustergültigen Einrichtungen der Meßschule ausgebildet werden konnten; dazu kam noch eine größere Anzahl von Spezialisten am Richtungshörer, Oszillographen, Saitengalvanometer, Nußschreiber u. a. m. in Sonderkursen.

Der aufopfernden Arbeit der Herren in der Fußartillerie-Abteilung des Departements, der Majore Schacht, Garcke, Erdmann, ihrer Mit-

arbeiter, der Herren Helm, Jung, des Rechnungsrats Becker sowie vor allem des verdienstvollen Chefs, Oberst Wurtzbacher, gebührt vollste Anerkennung. Im III. Teil des Werkes komme ich noch besonders darauf zurück.

Die Pioniere

Der Bedarf an Pionier-Formationen war groß.

Nicht nur waren die neu aufgestellten Divisionen mit mindestens je 1 Pionierkompagnie zu versehen, der Stellungskrieg verlangte auch eine Vermehrung der Pioniere im Verhältnis zu den anderen Waffen und die Bildung von Sonderverbänden.

So brachte schon das Jahr 1914 außer der für die neuen Korps notwendigen Aufstellung die Bildung von 3 neuen Pionier-Batln. mit je einem Pionier-Belagerungstrain als Reserve für Obost und die eines weiteren für das Westheer. Die ersten Flammen- und Minenwerfer-Abteilungen entstanden, schwere Armeebrückentrains wurden gebildet.

Da mit Landungsunternehmungen zu rechnen war, erfolgte zu Beginn 1915 die Aufstellung einer Landungs-Pionier-Kompagnie beim Pionier-Ersatz-Batl. 9.

Die Ausstattung der Divisionen mit einer Pionierkompagnie genügte sehr bald nicht mehr. Nachdem schon in den Jahren 1915 und 1916 selbständige Pionierkompagnien ins Feld gesandt waren, erfolgte zu Beginn des Jahres 1917 für jede Division die Bildung eines Pionier-Btls. zu 2 Pionier-Kompagnien, 1 Minenwerferkompagnie und 1 Scheinwerferzug. Den Armeen wurden Generale der Pioniere, den Generalkommandos Stabsoffiziere, den Divisionen Batl.-Stäbe beigegeben.

Die Pionierregimenter, deren eigentliche Aufgabe: die Durchführung von Belagerungen, wegfiel, wurden aufgelöst. Eine Anzahl ihrer Bataillone bildete die Reserve der O.H.L.

Das Aufleben des Minenkriegs bedingte 1916 und 1917 die Schaffung besonderer Mineurkompagnien, die aus Bergbau treibenden Leuten aller Waffen zusammengestellt wurden. Sie kamen später, zu Batl. zusammengestellt, zur Heeresreserve der O.H.L.

Die Neuaufstellung von Korps- und Divisions-Brückentrains fand nach Maßgabe der Bildung neuer Korps und Divisionen statt, soweit es die Pferdelage gestattete.

An Flammenwerfern wurde Januar 1915 eine Abteilung in Kompagnieſtärke für die 5. Armee gebildet. Sie wurde im März zu einem Bataillon erweitert. Ein zweites Bataillon folgte Februar 1916, und April entſtand ein Regiment (Garde-Reſerve-Pionier-Regiment) zu 3 Batl. mit Werkſtätten und Feldrekrutendepot.

Eine ſehr umfangreiche und ſchwierige Aufgabe erwuchs dem K.M. (A. 6) aus der Notwendigkeit, Minenwerfer-Formationen (M.W.) zu ſchaffen.

Es wurde damit begonnen, Ende 1914 für jede Armee eine ſchwere M.W.-Abteilung auf Kraftwagen und 1915 für jedes Armeekorps je 1 ſchwere, mittlere und leichte beſpannte M.W.-Abteilung aufzuſtellen. Sie waren mit 2 ſchweren oder 6 mittleren oder 6 leichten M.W. ausgerüſtet.

April 1915 wurde ein mit allen drei Kalibern ausgeſtattetes Batl. gebildet, dem ſich in ſchneller Folge die Aufſtellung weiterer 18 Batl. anſchloß. Da ſich das Bedürfnis herausſtellte, die vorhandenen kleinen M.W.-Abteilungen der Armeekorps und Diviſionen zu einer einheitlichen Leitung zuſammenzufaſſen, begann im Spätherbſt 1915 die Bildung von M.W.-Kompagnien. Jede Diviſion ſollte eine ſolche mit 2 ſchweren, 4 mittleren und 6 leichten M.W. erhalten.

Die O.H.L. verlangte bald für jede Diviſion eine zweite Kompagnie. Dieſe aus dem verfügbaren Pionier-Erſatz zu bilden, war ausgeſchloſſen. Erſatz anderer Waffen konnte nicht zugeführt werden, da dieſe ihn ſelbſt dringend gebrauchten. Man entſchloß ſich daher, von den zweiten Kompagnien abzuſehen und die beſtehenden auf 3 ſchwere, 6 mittlere und 12 leichte M.W. zu verſtärken.

Schließlich erhielt (1916) jedes Infanterie-Batl. 4 leichte M.W., deren Bedienung es ſelbſt zu ſtellen hatte. Dafür fielen die leichten M.W. bei den M.W.-Kompagnien fort, die von da ab aus 4 ſchweren und 8 mittleren beſtanden.

Die Ausbildung der Infanteriſten am M.W. geſchah mit Hilfe der M.W.-Kompagnien und der Armee-M.W.-Schulen.

Die Vermehrung der Formationen zog die Aufſtellung von Stäben und Inſpizienten nach ſich. —

Die Organiſation der Scheinwerferformationen war bei Ausbruch des Krieges im Werden. Für das Feldheer verfügbar waren zunächſt die bei 20 Pionier-Batl. befindlichen Scheinwerferzüge. Nachdem alle

entbehrlichen Festungsscheinwerfer für das Feldheer mobil gemacht waren, mußte zu zahlreichen Neubildungen geschritten werden, bis jede Division einen Scheinwerferzug hatte.

Ende 1917 und 1918 erhielt jede Division einen Handscheinwerfertrupp.

Das in zahlreichen Lagern an der Front und in der Heimat lagernde Pioniergerät wurde, abgesehen von den wenigen Parkkompagnien der Pionier-Belagerungstrains, durch Kommandos verwaltet.

Um die Truppen von diesen Abkommandierungen zu entlasten, schuf man neue Parkkompagnien aus nicht für den Frontdienst geeigneten Mannschaften.

Das Jahr 1918 brachte noch die Aufstellung einer Flüssigluft- und einer Schützengrabenbagger-Kompagnie. Jene bezweckte den Pionier-Kompagnien Lehrpersonal für die Verwendung flüssiger Luft für Sprengzwecke zu stellen und den Nachschub des Gerätes zu regeln, diese hatte die in Einführung begriffenen Baggermaschinen zum Ausheben von Laufgräben zu handhaben.

Die zu den Minierarbeiten notwendigen Bohrmaschinen bediente eine Bohrmaschinen-Kompagnie. —

Eine ursprünglich aus den Pionieren hervorgegangene Sondertruppe waren die Sturmbataillone.

Im Frühjahr 1915 erfolgte aus 2 Pionier-Kompagnien die Aufstellung der ersten Sturmabteilung, die 1916 zu einem Batl. erweitert wurde. Später wurden für alle Armeen solche Batle. aus ausgewählten Infanteristen zusammengesetzt unter Zuteilung von Pionieren.

Gleichfalls aus Pionieren hervorgegangen ist die Gaskampftruppe. Das 1915 für den Gaskampf aufgestellte Bataillon wurde bald zu einem Regiment ausgebaut, dem dann ein 2. Regiment folgte. Im weiteren Verlauf wurde eine besondere Organisation geschaffen, die die Gaskampftruppe selbständig machte.

Es war natürlich, daß diese Neuaufstellungen an die Ersatzformationen der Heimat große Anforderungen stellten. Sie wurden vermehrt durch die recht erheblichen Verluste an der Front. Zur Erfüllung dieser Aufgaben reichten die vorhandenen 28 preußischen Ersatzbataillone nicht aus. Es wurden daher 1915 neue Ersatzkompagnien aufgestellt. Um die Ersatzbatle. von dem Festungsdienst, zu dem sie bestimmungsgemäß herangezogen wurden, freizumachen, wurden Land-

ſturm- und Garniſon-Pionier-Kompagnien aus minder Tauglichen für die Feſtungen gebildet. Die Mannſchaften für die erſten M.W.-Verbände wurden von den Pionier-Erſatz-Batlnen. abkommandiert und auf dem Pionier-Übungsplatz Markendorf ausgebildet, wo M.W.-Schulen entſtanden. Die Soldaten für die Flammenwerfertruppen fanden ihre Ausbildung beim Garde-Pionier-Erſatz-Batl. Dies genügte nicht, beſondere Erſatzformationen mußten gebildet werden. So entſtand 1915 das M.W.-Erſatzbatl. in Markendorf, das ſpäter zu einem Regiment erweitert wurde. Weitere Erſatz-Batl. wurden gebildet und die Stelle eines Inſpekteurs der M.W.-Erſatz-Batle. geſchaffen.

Als weitere Sonder-Erſatz-Formationen wurden eine Flammenwerferkompagnie und eine Scheinwerfer-Abteilung aufgeſtellt. Die erſte baute ſich zu einem II. Garde-Pionier-Erſatz-Batl. aus, die letzte zu einem Scheinwerfer-Erſatz-Batl.

Für die Gaskampftruppen bildeten die neugeſchaffenen Pionier-Erſatz-Batle. 35 und 36 den Erſatz aus.

Als die Neuformationen für die Front einigermaßen abgeſchloſſen waren, ſchritt man dazu, für jede Armee ein Pionier-Feldrekruten-Depot aufzuſtellen. Ferner errichtete man beſondere Feld-Rekrutendepots für M.W.- und Flammenwerfertruppen. Je eine Pionierſchule im Oſten und Weſten ſorgten für die Ausbildung des Offiziererſatzes, im Mai 1918 wurden ſie beide im Weſten vereinigt.

Die M.W.-Offiziere erhielten ihre Ausbildung in Lehrgängen bei den M.W.-Erſatz-Bataillonen Markendorf und Unterlüß. Endlich wurde 1917 im Felde durch Errichtung der Heeres-M.W.-Schule — ähnlich wie durch die Pionierſchulen — für die Ausbildung der Kompagnie- und Zugführer ſowie der Unteroffiziere geſorgt. Außerdem bildeten die Armeen Armee-M.W.-Schulen.

Es wurden während des Krieges aufgeſtellt an preuß. Pionier-Formationen:[1])

Stäbe: 10 Generale, 30 Regimentskommandeure, 132 Bataillons-Kommandeure, 3 Erſatz-Bataillons-Kommandeure.

Pionier-Kompagnien: 302 (davon 173 Feld-, 43 Reſ.-, 37 Landſturm- und 42 Erſatz-Komp.).

Scheinwerfer-Formationen: 140 Scheinwerfer-, 36 Feſtungs-Scheinwerfer-, 188 Handſcheinwerfer-Züge.

[1]) Soweit z. Zt. feſtzuſtellen.

Brückentrains: 10 schwere, 17 Korps- und 42 Divisions-Brückentrains.

Besondere Pionier-Formationen: 4 Pionier-Belagerungs-Trains, 40 Pionier-Parkkompagnien, 20 Garnison-Trains, 20 Pionier-Feld-Rekrutendepots.

Preuß. M.W.-Formationen, Stäbe: 8 Regimentskommandeure, 10 Bataillons-Kommandeure, 8 Ersatz-Bataillons-Kommandeure.

M.W.-Abteilungen: 274 (davon 73 schwere, 108 mittlere, 93 leichte).

M.W.-Kompagnien: 281 (davon 192 selbständige, 44 Kompagnien von M.W.-Batln., 45 Ersatz-Komp.).

M.W.-Schulen 23, M.W.-Verstärkungen 120, M.W.-Feld-Rekrutendepots 6, Garnison- und Parkformationen: 6 Stäbe, 23 Kompagnien.

Gern gedenke ich der Arbeit der Majore Hertzer, Augustin und Herda, die unter ihrem Chef, dem Oberst Härms, Hervorragendes für den Ausbau der Pionierwaffe geleistet haben.

Der Train

Die an den Train im Laufe des Krieges gestellten Anforderungen waren ungeheuer. Man bekommt einen Begriff davon, wenn man sich vorhält, daß rund 590 Proviant- und Fuhrparkkolonnen, 165 Pferdedepots, 100 Feldbäckereien, 100 Sanitätskompagnien, 140 Pferdelazarette, 200 Munitionskolonnen, 220 Feldschlächter-Abteilungen, 12 Tragtierkolonnen in der Heimat neu aufgestellt oder im Felde umgebildet werden mußten, wobei das fehlende Personal, Gerät und Pferde aus den Ersatzformationen kamen.

In den weiten unwegsamen Gefilden Rußlands, wo der Train beim Mangel an Eisenbahnen und sonstigen Verkehrsmitteln oft allein den ganzen Nachschub bewerkstelligen mußte, in den Hochgebirgen Transsylvaniens und Mazedoniens wie auch in dem Trichtergelände Flanderns, überall ist er den an ihn gestellten Anforderungen trotz schwerster Verluste gerecht geworden.

Der Verlauf des Krieges machte manche Umbildungen und Neuorganisationen innerhalb des bestehenden Rahmens nötig.

So wurden im Mai 1915 bei den aktiven Generalkommandos, denen ein „Kommandeur der Munitionskolonnen" und ein „Komman-

deur der Trains" beigegeben war, diese Stellen, wie bei den Reservekorps in eine gemeinsame, den „Kommandeur der Munitionskolonnen und Trains" zusammengefaßt und die Stäbe der Munitions- und Train-Abteilungen zu einem Staffelstab vereinigt. Diese Zusammenfassung erfolgte später auch bei der Etappe. November 1916 kam zu jedem Armee-Oberkommando ein aktiver Stabsoffizier, dem die Bearbeitung aller Trainangelegenheiten oblag. Vor ihrer Überweisung wurden diese Offiziere in einem besonderen Lehrgang beim Kriegsministerium für ihre Tätigkeit vorgebildet.

Ende 1916 wurden die Munitionskolonnen und Trains bodenständig; sie schieden aus ihren Verbänden aus und bildeten Armeetruppen. An Stelle der Kommandeure der Munitionskolonnen und Trains bei den Armeekorps traten solche bei den Armee-Oberkommandos.

Diese Einrichtung hatte neben Vorteilen den großen Nachteil, daß bei dem steten Wechsel der Truppen die Staffelstäbe und Kolonnen mit den Truppen nicht bekannt wurden, was das Zusammenarbeiten erschwerte. Hinzu kam, daß bei der Obersten Heeres-Leitung als Berater ein kriegserfahrener, mit dem Truppen- und Feldgerät, sowie mit dem heimatlichen Beschaffungswesen vertrauter Train-Offizier, der sich über die Bestände der einzelnen Armeen genau zu unterrichten, Ausgleiche vorzunehmen und in Verbindung mit dem Kriegsministerium rechtzeitig für Ersatz zu sorgen hatte, fehlte. Die Stelle wurde November 1917 geschaffen und bewährte sich sehr. August 1918 trat ein General der Munitionskolonnen und Trains im Großen Hauptquartier mit erweiterten Vollmachten hinzu.

Im Sommer 1918 wurden im Westen die Etappen-Munitionskolonnen und Trains für Ausgleich an Offizieren, Mannschaften, Pferden und Gerät dem Kommandeur der Munitionskolonnen und Trains beim Armee-Oberkommando unterstellt. Zu dessen Unterstützung erwies sich bei den mehr und mehr sich erweiternden Aufgaben in Anbetracht der großen räumlichen Ausdehnung und den oft schlechten Bahnverbindungen an den Hauptkampffronten die Zuteilung eines Kommandeurs der Munitions-Kolonnen und Trains oder eines Gruppenstaffelstabes bei den Gruppenkommandos als notwendig.

Die Munitionskolonnen bekamen statt der nur zum Munitionstransport geeigneten 4- und 6-spännigen Munitionswagen zweispännige Feldwagen, die auch andere Kriegsbedürfnisse laden konnten. Später

wurden die im Westen befindlichen Kolonnen wegen des Trichtergeländes aus beiden Arten von Wagen zusammengesetzt.

Nach den bestehenden Vorschriften hatte die Truppe selbst zu schlachten. Ein besonderer Schlächtereibetrieb war nur bei der Etappe und bei längerem Stillstand vorgesehen.

Im Mai 1917 entschloß sich die Heeresverwaltung, den Armee-Ober-Kommandos für jede zu dieser Zeit unter ihrem Befehlsbereich stehende Division eine Feldschlächterabteilung zuzuteilen. Später wurden auch bei der Etappe solche gebildet.

Große Schwierigkeiten machte die Besetzung der Kolonnen und Trains mit Offizieren. Das Allgemeine Kriegsdepartement (A 4) nahm diese Besetzung selbst in die Hand. Die Unterlagen hierzu gab die Traininspektion.

Um geeignetes Personal zu schaffen, wurden März 1917 Ausbildungslehrgänge für Fahnenjunker und Offiziersaspirantenanwärter des Trains in Velten (Mark) eingerichtet. Hier konnten dem Heere alle 2 bis 3 Monate etwa 100 ausgebildete Offiziere zugeführt werden. Diese Lehrgänge wurden später der in Gent errichteten Feldtrainschule angegliedert.

Auch die Ausbildung der Mannschaften machte Schwierigkeiten, doch gelang es, sie zu überwinden. Sommer 1918 traten 4 Feldrekrutendepots an der Westfront in Tätigkeit.

Um das Trainwesen haben sich die Referenten Major Stavenhagen, Giese und Adam besondere Verdienste erworben.

Die Luftwaffe

Über das Fliegerwesen ist unlängst ein umfangreiches Buch von Major Neumann erschienen, ich habe es nicht gelesen. Außerdem beabsichtigt der General von Hoeppner, früher kommandierender General der Luftstreitkräfte, ein Werk über denselben Gegenstand herauszugeben. Ich nehme an, daß beide die Organisation und Entwickelung im Kriege eingehend behandeln und beschränke mich daher auf kurze allgemeine Angaben.

Die Entwickelung des Fliegerwesens ist vor und während des Krieges stürmisch gewesen. Vor dem Kriege in organisatorischer Hinsicht, während desselben in organisatorisch-technischer Beziehung. Nach mehreren Versuchseinrichtungen brachte die letzte Wehrvorlage eine grö-

ßere planmäßige Organisation: 12 Fliegerstationen, für jedes 2. Armeekorps eine. Dies konnte nur der Anfang sein, jedes Armeekorps mußte eine Station erhalten.

Der Beginn des Krieges fiel mitten in diesen Aufbau, er mußte also während des Krieges weitergeführt werden. Daraus ergaben sich außerordentlich hohe Anforderungen an die Flugzeug- und Motoren-Industrie, zumal daneben der Ersatz für alle Abgänge im Kriege zu leisten war.

Unter dankenswerter Mitwirkung der Reichstagskommission, die sich zu diesem Zweck gebildet und ihre Unterstützung in Aussicht gestellt hatte, und im Benehmen mit Vertretern von Handel und Industrie wurde von der Heeres- und Marine-Verwaltung beschlossen, die Leistungsfähigkeit der Industrie bis aufs äußerste zu steigern und die Zahl der Flugzeugführer zu vermehren.

Die geschulten Arbeitskräfte wurden vom Waffendienst zurückgestellt, der Betrieb der Fabriken erfuhr eine erhebliche Erweiterung, und Vorschüsse auf die erteilten Bestellungen wurden in angemessener Höhe gezahlt. Zum Ausgleich der Gegensätze zwischen den einzelnen Interessenten-Gruppen der Flugzeugindustrie entstand eine Zentralstelle, durch die alle Wünsche und Klagen aus diesen Kreisen vermittelt wurden.

Ein allgemeiner Aufruf zur freiwilligen Meldung als Flugzeugführer oder Monteur brachte bis Anfang 1915 allein 15000 Anmeldungen.

Auf diese Weise gelang es uns im März 1916, dem Gegner die Vorherrschaft in der Luft zu entreißen. Die Franzosen selbst haben ihrem mit Be- und Verwunderung gemischten Erstaunen hierüber Ausdruck gegeben.

Diese Vorherrschaft zahlenmäßig im Westen festzuhalten, war uns nicht möglich. Der Feind konnte zur Beschaffung von Geräten den ganzen Weltmarkt ausnutzen, während wir auf das Inland angewiesen blieben, die Verbündeten mit zu versorgen und auf 4 Fronten zu kämpfen hatten. Als Personalverstärkung strömten dem feindlichen Fliegerdienst die Abenteurer der ganzen Welt zu.

Dafür aber blieb uns die Überlegenheit an innerem Wert.

Die Fliegertruppe ist im Laufe des Krieges aus einer Erkundungs- und Hilfswaffe zu einer Hauptkampftruppe geworden.

Aus den bei der Mobilmachung ins Feld gerückten etwa 40 Einheiten mit 300 Flugzeugen haben sich bis zum Ende des Krieges 400 Fliegerverbände mit mehr als 4000 Flugzeugen an der Front entwickelt. Der Mannschaftsstand von 1500 Köpfen hatte sich verhundertfacht. Die wechselnden Aufgaben bedingten verschiedene Konstruktionen und Formationen. So finden wir Kampf- (besonders Infanterieflieger), Jagd- und Bombenflugzeuge von den leichtesten Einsitzern bis zu den Riesentypen der sog. R.-Maschinen, Jagd-, Schlacht- und Bombenflieger-Geschwader sowie Lichtbild- und Reihenbildformationen, deren Aufgabe die genaueste photographische Wiedergabe der feindlichen Stellungen und des Hintergeländes war.

Besonderes Gewicht war auf die Weiterentwickelung der Bewaffnung zu legen. Einen gewaltigen Fortschritt auf diesem Gebiete bildete der Zeitpunkt, als die Fokkerwerke Mai 1915 ihre Gestängesteuerung für das starre, vor dem Führer eingebaute Maschinengewehr herausbrachten. Durch diese Steuerung wurde die Auslösung des Schusses vom Motor so geregelt daß der Schuß nur erfolgte, wenn die Schußlinie vom Schraubenblatt frei war. Anfangs waren die Flugzeuge mit einem, später mit 2 M.G. ausgerüstet. Frühjahr 1916 erhielten die Kampfeinsitzer das leichte M.G. 08/15, das bedeutend leichter war als das M.G. 08.

Später wurden auch Versuche mit Einbau von Geschützen gemacht.

Als Munition für die M.G. wurde anfangs die Infanterie-Munition (S- bezw. SMK-Munition[1])) verwendet. Gegen Luftziele, beders Ballons, war sie jedoch nicht wirkungsvoll genug. Diese mußten brennend zum Absturz gebracht werden. Man ging daher zu Brandmunition über (erst die Adler-B-Patrone, dann die Phosphor-Munition — Februar 1917—). Die Schwierigkeit des Schießens wurde durch Einführung der Leuchtspurmunition, die die Flugbahn des Schusses sichtbar machte (Februar 17) erleichtert.

Das Gewicht der Abwurf-Bomben, je nach der Aufgabe entweder mit Brand- oder Sprengwirkung, schwankte zwischen 12,5 bis 1000 kg.

Bestes funkentelegraphisches Gerät für Nachrichtenübermittelung,

---

[1]) SMK = Infanterie-Spitz(S)-Geschoß mit Metallkern. Dieses eignete sich besser zum Durchschlagen widerstandsfähiger Ziele, bei denen das mit einem Hartbleikern versehene gewöhnliche Infanterie-Geschoß versagte.

Luftbildkammern größter Brennweiten für scharfe Aufnahmen auch aus Höhen über 5000 m wurden eingeführt.

Dauernde Anspannung wurde von den Fliegerersatztruppen im Heimatgebiet besonders in der Ausbildung von Flugzeugbesatzungen gefordert.

Mit demselben Nachdruck betrieb das K.M. in der ersten Hälfte des Krieges den Bau von Luftschiffen. Wir hatten bei Beginn der Feindseligkeiten insgesamt deren 12. Bis April 1916 wurden 23 geliefert. Der Abgang war groß. Neben den Schiffen mußten Luftschiffhallen geschaffen werden.

Schon zu dieser Zeit zeigte sich, daß das Luftschiff ein unsicherer Kämpfer war. Diese Anschauung bestätigte der weitere Verlauf des Krieges, so daß die Heeresverwaltung im Einvernehmen mit der O.H.L. später ganz zugunsten der Marine auf die militärische Verwendung der Luftschiffe verzichtete.

Die Fesselballons bewährten sich gut, sie erwiesen sich sogar als durchaus notwendig. Zum Glück war den Vorschlägen, die vor Beginn des Krieges in Anbetracht der Luftschiffe und Flugzeuge ihre Abschaffung anstrebten, nicht nachgegeben worden. Die Zahl der Ballons mußte sehr erheblich vermehrt und neue Feldluftschiffer-Abteilungen mußten geschaffen werden. Der Abgang an Ballons war recht erheblich.

Es ergab sich ferner die Notwendigkeit, außer den festen militärischen Wetterbeobachtungen im Operationsgebiet bewegliche Feldwetterstationen aufzustellen, die recht Gutes geleistet haben.

In das Verdienst um das auf dem Gebiete des Militär- und Luftschiffwesen Geschaffene teilen sich der kommandierende General der Luftstreitkräfte, der Inspekteur der Fliegertruppen und die Abteilung A 7 L des K.M. unter ihrem damaligen Chef, dem General Oschmann.

Das Nachrichten- und Kraftfahrwesen

Gewaltig waren die Leistungen auf dem Gebiet der Neuorganisationen der Nachrichten- und Kraftfahrtruppen.

Für die Nachrichtenformationen Zahlen anzugeben, ist z. Zt. nicht möglich. Da dauernd Umformierungen und Neuaufstellungen je nach Fortschreiten der Technik stattfanden, besonders bei den Funkern, konnte eine genaue Übersicht noch nicht aufgestellt werden. Es würde auch zu weit führen, auf die Einzelheiten näher einzugehen. Die Nach-

richtenübermittelung gewann überragende Bedeutung. Alle Mittel der Technik mußten zur Anwendung kommen. Eine genaue in Bearbeitung begriffene Darſtellung des Geleiſteten wird die Großartigkeit des Geſamtorganismus und damit das Verdienſt der an ſeinem Aufbau beteiligten Stellen, nicht zum wenigſten des K.M. und ſeiner Nachrichtenabteilung, beſonders unter Major Thaler, der Welt vor Augen führen.

Ein kurzes Wort über die Kriegshunde. Ihre Bedeutung war im Laufe des Krieges geſtiegen. Beſonders zwang das ungeheuerliche Artilleriefeuer jedes Mittel der Nachrichtenübermittelung zu benutzen. Die mit Kriegshunden hierbei gemachten Erfahrungen zeitigten gute Ergebniſſe, ſo daß die Nachfrage nach dieſen Tieren groß wurde.

Das Gleiche galt für die Brieftauben. Vor Ausbruch und im erſten Teil des Krieges kein Intereſſe dafür, ſpäter unaufhörliche Anforderungen. Daß ihnen genügt werden konnte, iſt dem jahrelangen Streben und Arbeiten der deutſchen Brieftaubenvereine zu danken. Sehr zu ſtatten kam uns die belgiſche Brieftaubenliebhaberei.

Die eingeführten fahrbaren Brieftaubenſchläge bewährten ſich.

Nicht weniger Bedeutung im Felde und in der Heimat gewannen die Kraftfahrformationen. Hierfür gibt die Zahl der im Kriege aufgeſtellten Kraftfahrkolonnen, rund 700, einen Anhalt. Es muß der beabſichtigten Sonderdarſtellung überlaſſen bleiben, die Leiſtungen der Kraftfahrtruppen zu würdigen.

Durch A.K.O. vom 30. September 1914 wurde für die Dauer des Krieges ein Freiwilliges Motorbootkorps gebildet und zu ſeinem Befehlshaber der Vizeadmiral z. D. Aſchenborn beſtimmt, dem ſpäter Vizeadmiral Wilbrand folgte.

Es wurde dem K.M. — Allgemeinen Kriegsdepartement — unterſtellt.

Sein Name wurde am 30. 12. 16 in „Kaiſerliches Motorboot-Korps" umgeändert. Das Korps hat ſich im Oſten beſonders auf der Weichſel und im Weſten in Flandern große Verdienſte erworben.

Ich habe in Vorſtehendem verſucht, ein allgemeines Bild von dem auf dem Gebiet der Neuorganiſationen Geſchaffenen zu geben. Eine genaue Darſtellung, wie ſie wohl in nicht zu langer Zeit von anderer Seite erfolgt, wird es ergänzen und zeigen, daß das Königlich-Preußiſche Kriegsminiſterium das Menſchenmögliche geleiſtet hat, um der O.H.L. und dem Feldheere zum Siege zu verhelfen.

C. Die Ausbildung des Ersatzes

Die Ergänzung des Offizierkorps erfolgte nach den bestehenden Bestimmungen, wobei die größte Freiheit in ihrer Auslegung gelassen wurde. Vielfach wurde dagegen noch verstoßen und die Entwicklung der Verhältnisse zu wenig berücksichtigt. Das Kleben an für den Frieden notwendigen, für den Krieg aber unnötigen, ja schädlichen Vorschriften trat wiederholt in Erscheinung. Hiergegen wandte sich das K.M. in wiederholten Erlassen.

An der Wahl des Offizieranwärters zum Offizier durch das Offizierkorps mußte festgehalten werden.

Übungskurse auf den Truppenübungsplätzen Elsenborn, Sennelager, Munster, Lockstedt, Warthelager und später in Libau sorgten für Ausbildung des Ersatzes für die Infanterie. In Döberitz wurde ein Kursus für Fahnenjunker der Infanterie, Kavallerie und Verkehrstrupppen eingerichtet.

Auf diesen Übungsplätzen fanden auch Kurse zur Ausbildung für Kompagnieführer statt.

Daß die Beschaffenheit des Offiziermaterials schlechter werden mußte, liegt auf der Hand. Immerhin muß festgestellt werden, daß die Mehrzahl der jungen Offiziere im Kampfe ihre Schuldigkeit voll getan haben, nur im inneren Dienst haben sie vielfach versagt; dieser läßt sich aber erst in Jahren lernen.

Nach dem Ausmarsch der Feldtruppen begann in der Heimat sofort die Ausbildung der Ersatzmannschaften in den Ersatztruppenteilen. Das Ausbildungspersonal setzte sich fast ausschließlich aus Offizieren und Unteroffizieren des Beurlaubtenstandes oder ehemaligen aktiven zusammen. Der Eifer war groß, es fehlte aber die Fähigkeit, die Mannschaften in kurzer Zeit kriegsmäßig auszubilden. Auf Drill, Exerzier- und Paradeübungen wurde zum Nachteil der Gefechtsausbildung zuviel Wert gelegt. Im Laufe des Krieges wurden deshalb bei den Ersatztruppen die vielen kriegsbeschädigten und kranken Offiziere und Unteroffiziere bis zu ihrer Genesung zur Ausbildung herangezogen. Leider entstand hierdurch ein ständiger Wechsel innerhalb des Ausbidungspersonals, der sich mit der Zeit noch mehr bemerkbar machte, da der Abgang im Feldheere jeden einigermaßen kriegsverwendungsfähigen Offizier beanspruchte.

Bereits bei Aufstellung der ersten neuen Korps im Herbst 1914

wies das Kriegsministerium auf die Übung nur solcher Formen hin, die für die kriegerische Betätigung des einzelnen Mannes und des Truppenverbandes von unmittelbarem Werte waren. Frei- und Turnübungen sollten neben Übungen im Überwinden feldmäßiger Hindernisse besonders betrieben, nach Erledigung von 3 Schulschießbedingungen nur Wert auf Gefechtsschießen gelegt werden, bei der Kavallerie an Stelle der Ausbildung mit der Lanze die Schulung im Gebrauch des Karabiners treten. In einem weiteren Erlaß (27. 10. 14) wurde als erstrebenswertes Ziel aufgestellt, aus dem Rekruten einen dauerhaften Marschierer, tüchtigen und gewandten Schützen und kampfesfrohen Soldaten zu machen.

Trotz dieser Hinweise und besten Willens war von dem heimischen Ausbildungspersonal nicht das zu verlangen, was die Feldausbildung, zumal auf Grund der neuesten Fronterfahrungen, dringend erforderte. Auch der Mangel an Ausbildungsgerät, wie zum Beispiel Gewehren und Geschützen, machte sich in der ersten Zeit des Krieges unangenehm bemerkbar. Das Kriegsministerium erfüllte daher trotz anfänglicher Bedenken Mitte Dezember 1914 den Wunsch des Chefs des Generalstabes des Feldheeres nach Bildung von Infanterie-Rekruten-Depots hinter der Front des Westheeres. Die Bedenken bestanden in der Besorgnis, daß aus diesen Rekruten-Depots neue Formationen gebildet würden, die nun ihrerseits wieder Ersatz forderten anstatt ihn zu geben. Daß diese Besorgnis nicht unbegründet gewesen war, zeigten spätere Erfahrungen.

Die Feldrekruten-Depots haben sich vortrefflich bewährt. Ursprünglich nur für die aktiven Armeekorps des Westens vorgesehen, fanden sie bei den Reservekorps, Reserve- und Landwehrdivisionen auf beiden Fronten Einführung. Ihre Stärke war anfangs 2000, später 4000 Mann. Das Ausbildungspersonal stellte die fechtende Truppe. Die Mannschaften mußten mindestens eine 4wöchige Ausbildung in der Heimat durchgemacht haben.

In Erweiterung dieser Einrichtung entstanden auf dem belgischen Übungsplatz Beverloo die „Infanterie-Ersatz-Truppe Beverloo", auf entsprechenden östlichen Plätzen die „Infanterie-Ersatztruppe Warschau", wo monatlich von jedem stellvertretenden Generalkommando rund 1000 Infanterie-Rekruten ihre weitere feldmäßige Fortbildung erfuhren.

Einer besseren Ausbildung kam auch die Januar 1915 befohlene Aufstellung zweiter Ersatzbataillone zustatten.

Erschwert wurde die Ausbildung dadurch, daß die Anforderungen einzelner Stellen des Feldheeres sehr verschieden waren und mehrfach wechselten. So forderte ein kommandierender General die Beibehaltung des Exerziermarsches (mit durchgedrückten Knien) und des Präsentiergriffes, da sonst die Disziplin verloren ginge! Das Verhalten der ihm unterstellten Truppen hat später die Grundlosigkeit seiner Besorgnis erwiesen.

Nach den großen Kämpfen im Sommer und Herbst 1917 mußte die Ausbildung vielfach geändert werden. Der Chef des Generalstabes des Feldheeres stimmte dem Kriegsministerium darin zu, daß die Rekruten die Anfangsgründe des Grabenkrieges bei den Ersatz-Truppenteilen lernen sollten. Dagegen sollte alles, was darüber hinausgehe, vor allem Schulung als Sturmtrupp, fortfallen, da es leicht in Spielerei ausarte oder, auf ungenügende Fronterfahrung aufgebaut, falsche Begriffe und Bilder lehren könnte.

Der vom Kriegsministerium Herbst 1917 gemachte Vorschlag, von den Feldregimentern mit ständigem Wechsel auf 4—6 Wochen einen älteren kriegserfahrenen Offizier sowie einige Unteroffiziere und Gefreite zu den Ersatztruppenteilen und umgekehrt Offiziere und Unteroffiziere auf kurze Zeit zu den Feldtruppen zu kommandieren, wurde leider von der O.H.L. abgelehnt. Nur die beschränkte Kommandierung von Offizieren der Ersatztruppen zur Front wurde zugestanden.

Die erwähnten Schwierigkeiten müssen bei Beurteilung der Leistungen der Ersatztrupppenteile unbedingt in Rechnung gezogen werden, um ein richtiges Bild zu bekommen. Dann wird man sehen, was in den Kriegsjahren unter den schwierigsten Verhältnissen geleistet ist und den in Betracht kommenden Stellen die ihnen gebührende Anerkennung nicht versagen.

Die Heeresverwaltung hat Mißhandlungen aufs schärfste gemißbilligt und ist fortgesetzt bemüht gewesen, gegen sie anzukämpfen.

Auch der General-Feldmarschall v. Hindenburg ermahnte durch einen Erlaß die Offiziere, die Leute ordentlich zu behandeln, vor allem Schimpfereien zu unterlassen. Gegen dieses Unwesen müsse mit aller Schärfe vorgegangen werden.

Von vielen, namentlich jüngeren Vorgesetzten wurde nicht genügend

berücksichtigt, daß sich die Verhältnisse während des Krieges gewaltig geändert hatten. Nicht mehr jüngere Leute allein wie im Frieden standen unter ihrem Befehl, sondern viele ältere, die durch Stellung, Bildung und Alter empfindlicher waren. Hierauf Rücksicht zu nehmen gebot allein schon die Klugheit.

Die Liebe und Achtung des Untergebenen zu gewinnen, muß eine der Hauptaufgaben des Vorgesetzten sein, man erreicht dies aber nicht durch schlechte Behandlung, Scheltworte und andere Kränkungen, sondern durch ein sachgemäßes, ruhiges, ordentliches Auftreten.

Ich habe immer wieder darauf hingewiesen, daß das persönliche Beispiel des Vorgesetzten das Geheimnis sei, mit dem das Vertrauen, die Achtung und die Liebe der Untergebenen erworben würde. Der Krieg hat dies bestätigt.

Als Vorstufe für die eigentliche Ausbildung war die militärische Vorbereitung der Jugend gedacht. Sie sollte die Jugend körperlich kräftigen und für die Einstellung in das Heer vorbereiten, darüber hinaus einer Verlodderung der Jugendlichen, wie sie später leider eintrat, vorbeugen. Unter Leitung des Generals der Infanterie v. Wachs und nach seinem Tode des Generalleutnants z. D. Menze und später des Gen. d. Inf. Bacmeister hat diese Organisation, um deren Zustandekommen sich der Major und Referent im K.M. Karwiese großes Verdienst erworben hat, trotz der sich ihr zahlreich entgegenstellenden Schwierigkeiten viel geleistet. Als Beweis hierfür führe ich eine Erklärung des Generalarztes Dr. Schultzen im Reichstagsausschuß an, der sich dahin äußerte, daß bei der Musterung trotz der ungünstiger gewordenen Ernährungsverhältnisse die körperliche Beschaffenheit der Untersuchten überraschend gut gewesen sei, ein Verdienst der militärischen Vorbereitung der Jugend.

Seine Fürsorge für die Angehörigen der zum Heeresdienst Einberufenen betätigte das K.M. u. a. durch rege Anteilnahme an den Verhandlungen des Reichsamts des Innern über Zahlung von Familienunterstützung.

Die Abteilung für Ersatzwesen (später Offizier- und Unteroffizier-Ergänzungsabteilung) — C 1 a — und besonders ihr Referent, Hauptmann d. L. v. Rosainsky, hat hier helfend und fördernd eingegriffen. Die Arbeiten waren schwierig, zeitraubend und mit manchen Verdrießlichkeiten verbunden.

Über die freiwillige Krankenpflege nur eine kurze Bemerkung, da weitere Ausführungen den Rahmen dieses Buches überschreiten würden und ihre Organisation nicht zum Ressort des A.D. gehörte. Vielfach begegnete man in den ersten Kriegsjahren in der Bevölkerung einer Abneigung gegen das rote Kreuz. Häufig mag sie begründet gewesen sein. Man darf aber nicht vergessen, daß jede, besonders eine freiwillige Organisation sich erst einlaufen muß, und daß trotz des besten Willens Mißstände unausbleiblich sind. Darüber hilft nur eine straffe militärische Organisation hinweg.

D. Ersatzwesen und Arbeiterbeschaffung

Es gibt einen gewissen Punkt der Höhe,
über den sich hinaus zu schwingen unmöglich ist.
Friedrich der Große.

Die doppelte Aufgabe der Heeresverwaltung war, das Feldheer und die für den Kriegsbedarf tätigen Gewerbezweige im Stande der höchsten Leistungsfähigkeit zu erhalten. Der Frage: „Wie viel braucht das Heer?" stand die andere gegenüber: „Mit wie wenig kommen die Gewerbezweige aus?" Der Schwerpunkt ruhte auf der ersten.

Bei Lösung dieser Aufgabe mußte Grundsatz sein: Stets mit dem geringsten Kraftverbrauch den größten Erfolg zu erzielen. Es war anzustreben, daß jede Kraft, soweit irgend durchführbar, auf den Platz gestellt wurde, an dem sie das Höchste zu leisten vermochte.

Die Ersatzfrage wurde mit der Dauer des Krieges immer brennender, sie bekam einen Umfang, den man nicht vorhergesehen hatte und auch nicht vorhersehen konnte, denn Menschen waren das einzige „Kriegsmittel", für das in kurzer Zeit Ersatz zu schaffen unmöglich war. Demgemäß hatte sich auch die Organisation im Kriegsministerium allmählich entwickelt.

Im ersten Teil des Krieges forderte die Armeeabteilung (A 1) die für das Heer notwendigen Ersatzmannschaften bei der Ersatzabteilung (C 1) an, die der Forderung durch Heranziehung der planmäßig dazu heranstehenden Wehrpflichtigen zu entsprechen suchte. Diese genügten aber nicht, es mußte auf die Zurückgestellten zurückgegriffen werden, deren Freimachung in das Gebiet der A Z (S)[1]) fiel, die an-

[1]) Referat für Zurückstellungen, anfangs (als Teil der früheren Fabrikenabteilung) B 5 (S), später, aus weiter unten geschilderten organisatorischen Gründen A Z (S) genannt. Es stand unter dem Referenten, Kaufmann Sichler (S) (vgl. S. 101).

fangs nur Zurückstellungen, dann aber die Gewinnung von Arbeitskräften bearbeitete. Außerdem waren bei der Bearbeitung des Ersatzgeschäftes die Abteilungen für Aus- und Einfuhr, für Kriegsbeschädigte und Gefangene, für allgemeine Arbeiterfragen, sowie die Beschaffungsämter beteiligt.

Dieser vielköpfige Apparat mußte Hemmnisse im Betriebe verursachen, eine Vereinheitlichung wurde dringend notwendig. Es entstand die C 1 b unter Oberst Ritter und Edler von Braun, Hauptreferent für Arbeiterfragen Herr Sichler. Sie bearbeitete den gesamten Ersatz, ausschließlich Gefangene und Kriegsbeschädigte. A 1 forderte bei ihr den Bedarf für das Heer an.

Hiermit war viel, aber nicht alles erreicht. Das Departement mußte sich von der Arbeiterfrage ausgehend mit allen wirtschaftlichen Notwendigkeiten bis zum Valutaproblem einerseits und der Volksküchenfrage andererseits befassen; Volk und Heer, Volkswirtschaft, Kriegswirtschaft, Heeresersatz, Materialbeschaffung, Gefangenen- und Kriegsbeschädigtenfrage hingen so eng zusammen, daß sie nur von einer, alles überblickenden Stelle aus geleitet und gelöst werden konnten. Diese Stelle konnte nur das Allgemeine Kriegsdepartement sein, und bei ihm in erster Linie die Abteilung C 1 b. Eine Trennung von ihm, besonders von der Armee-Abteilung (A 1), in Gestalt eines neuen Departements mußte zu unübersehbaren Friktionen führen.

Ein Versuch des Departements, zunächst die zu anderen Departements gehörenden Referate für Kriegsbeschädigte, feindliche Ausländer, Gefangene der C 1 b anzugliedern, stieß innerhalb des Kriegsministeriums auf Schwierigkeiten. Als sie beseitigt waren und die neue Organisation feststand, trat das Kriegsamt in Erscheinung.

Bevor ich auf die einzelnen Phasen der Ersatzfrage nach militärischen und wirtschaftlichen Gesichtspunkten eingehe, erscheint es mir notwendig, einen Blick auf die Arbeiterfrage im allgemeinen zu werfen.

Die staatliche Gesetzgebung und Verwaltung hatte sich der Arbeiterbewegung gegenüber vor dem Kriege mehr oder weniger passiv verhalten. In gewissen Kreisen, die sich nicht nur auf die Arbeitgeber beschränkten, wurde den Arbeiterorganisationen nicht gerade übergroßes Wohlwollen entgegengebracht.

Es konnte daher nicht befremden, wenn die organisierte Arbeiterschaft auch ihrerseits dem Staate und der Gesellschaft mit nicht eben

freundlichen Gefühlen gegenüberstand; besonders die freien Gewerkschaften verabsäumten nicht, fortgesetzt ihren Charakter als Kampforganisation zu betonen.

Der Ausbruch des Krieges hatte hierin gründlich Wandel geschaffen. Sämtliche Arbeiterverbände brachen die schwebenden Arbeitskämpfe sofort ab und bemühten sich in „Arbeitsgemeinschaften" mit den Arbeitgeberverbänden um Ordnung der Arbeitsverhältnisse. Hier griff das Departement (A Z (S)) ein, um die als gemeinsam erkannten Interessen zu fördern, gegenseitige Vorurteile zu beseitigen, darüber hinaus Verständnis und Vertrauensverhältnis zu schaffen und so Wirtschaftsfrieden und höchstmögliche Leistung zu erreichen.

Ziel hierbei war, eine von Billigkeit und strenger Unparteilichkeit getragene Sozialpolitik zu treiben. Notwendig hierzu war ein zielbewußtes, vor keinem Widerstande zurückweichendes Vorgehen auf Gebieten der Lohnfragen, Tarifverträge, Arbeitsermittelung, Arbeitsbeschaffung und -verteilung, Organisationszugehörigkeit u. a.

Das Streben der Heeresverwaltung fand Anerkennung. Die in Arbeiterkreisen früher vielfach mit Mißtrauen betrachteten militärischen Stellen wurden sogar den Civilbehörden als Muster vorgehalten. Die Arbeiterorganisationen kamen ohne Unterschied der Richtung allen behördlichen Aufforderungen zur Mitarbeit durchweg mit größter Bereitwilligkeit und Opferfreudigkeit nach.

Dem Departement hat als Endziel neben der Höchststeigerung der Produktion durch beste Ausnutzung der vorhandenen Menschenkraft vorgeschwebt, eine Vorbedingung und Grundlage für die Festigung des für die Sicherung unserer nationalen Zukunft so nötigen sozialen Friedens zu schaffen. Es hat daher stets grundsätzlich der Autonomie der Berufsverbände der Arbeitnehmer wie -geber den weitesten Raum gegeben und nur da eingegriffen, wo das Staatsinteresse es verlangte; insbesondere wurde den Gewerkschaften die Anerkennung und Bewegungsfreiheit gewährt, die sie seit langem erstrebt hatten. Die unbedingte Ablehnung jedes Zwanges, im Gegensatz dazu die Hervorhebung der Freiwilligkeit der Arbeitsleistung spornte zu immer intensiverer Tätigkeit an. Schließlich wurde allen Bestrebungen, die darauf abzielten, an Stelle von Streiks und Aussperrungen friedliche Ausgleichsformen auch für die Zukunft zu finden, sorgsamste Förderung zuteil.

In der leider zu optimistischen Überzeugung, daß die deutsche Ar-

beiterschaft durch das Verhalten der „Genossen" des Feindbundes vom Wahne der internationalen Solidarität des Proletariats geheilt sei, hoffte das A.D., sie durch seine Maßnahmen auf den Weg eigener nationaler positiver Arbeiterpolitik zu führen, entschlossen, ihr bei ihrem Streben nach stetigem Aufstieg mit allen Mitteln der Gesetzgebung zur Seite zu treten und sicher, bei solcher Förderung der Wohlfahrt der breiten Schichten durch friedliches Zusammenwirken der Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbände die Zustimmung der ganzen Nation zu finden.

Die nachstehenden Ausführungen sollen ein Bild der rein militärischen Entwickelung der Ersatzfrage geben, wie sie sich im Verlauf des ganzen Krieges, also auch für die Zeit, wo das Kriegsamt sie bearbeitete, gestaltete[1]).

Nach Schätzung standen dem Reiche beim Kriegsbeginn insgesamt etwa 12 Millionen Wehrpflichtige, d. h. Männer vom vollendeten 17. bis zum vollendeten 45. Lebensjahr zur Verfügung. Auf Preußen mochten davon etwa 9 Millionen kommen. Diese 9 Millionen Männer waren aber nicht alle tauglich. Nimmt man an, daß im Durchschnitt 70 von 100 den militärischen Anforderungen entsprachen — bei jüngeren Jahrgängen waren es mehr, bei älteren weniger —, so konnte in Preußen mit einem Bestande von 6,3 Millionen verwendbarer Männer gerechnet werden.

Der 1. Mobilmachungstag (2. August 1914) traf die Angehörigen der Jahrgänge 1893 und 1892, bei den Truppen mit 3jähriger Dienstzeit auch noch die des Jahrganges 1891, im aktiven Dienst.

Die Aushebung des Jahrganges 1894 war noch im Gange.

Die Aufstellung und Ergänzung der Kriegsformationen des Heeres war nach § 31 des Mobilmachungsplanes Aufgabe der stellvertretenden Generalkommandos. Sie verfügten zu diesem Zweck über die Mannschaften des Friedensstandes, über die in ihrem Bezirk wohnenden Mannschaften des Beurlaubtenstandes (Reserve, Ersatzreserve, Landwehr I. und II. Aufgebotes), über die ausgehobenen Rekruten, sowie, nach erfolgtem Aufruf, auch über die Landsturmmannschaften. Eine Ausnahme machte nur das stellvertretende Generalkommando des Gardekorps, das keinen eigenen Ersatzbezirk hatte und deshalb aus allen preu-

[1]) Das Kriegsamt (K) wurde — ohne Mitwirkung und Wissen des Kriegsministers — am 31. 10. 1916 errichtet (vgl. S. 161).

ßischen Korpsbezirken ergänzt wurde. Planmäßig war die Zusammensetzung der Kriegsformationen anfänglich wie folgt vorgesehen:

für aktive Truppen 54% aktive, 46% Reserve-Mannschaften bis zu 26 Jahren,

für Reservetruppen 1% aktive, 44% Reserve- und 55% Landwehr-Mannschaften I. Aufgebotes bis zu 30 Jahren,

für Landwehrtruppen 62% Landwehr I., 38% Landwehr-Mannschaften II. Aufgebotes bis zu 36 Jahren,

für Landsturmformationen der ausgebildete Landsturm und der unausgebildete Landsturm II. Aufgebotes.

Von dem unausgebildeten Landsturm sollten die Angehörigen des I. Aufgebotes den Feld- und Reserve-Regimentern, die Angehörigen des II. Aufgebotes den Landwehr- und Landsturmverbänden zugeführt werden. Diese Zuteilung ließ sich im Laufe des Krieges mit seinem Massenverbrauch an Mannschaften natürlich nicht lange durchführen. Letzten Endes bestand der Grundsatz, jeden Wehrpflichtigen ohne Rücksicht auf sein Militärverhältnis da zu verwenden, wo er nach Maßgabe seiner Brauchbarkeit dem Heere am meisten nützen konnte.

Die Aufstellung der Kriegsformationen war den stellvertretenden Generalkommandos durch den ungeheueren Zustrom von Kriegsfreiwilligen in den ersten Kriegsmonaten wesentlich erleichtert worden. Der dadurch bedingte Rückgang der Jahrgangsstärken, der sich später bei der Einberufung namentlich der jüngeren Jahrgänge nachteilig bemerkbar machte, mußte allerdings in Kauf genommen werden. Aber noch ein anderer, weit schwererer Nachteil stellte sich bei dem geschilderten korpsweisen Rekrutierungsverfahren heraus.

Je nach der Zahl und Stärke der aufzustellenden Kriegsformationen und der Größe ihres Abganges an der Front, waren die stellvertretenden Generalkommandos gezwungen, zur selben Zeit ganz verschieden weit in die einzelnen Jahrgänge ihres Bezirkes hineinzugreifen. Ließ sich der Bedarf in dem einen Korpsbezirk noch mit den Angehörigen der jüngsten Jahrgänge decken, so mußten im anderen Bezirk schon Angehörige älterer Jahrgänge einberufen werden. Zunächst konnten die Generalkommandos noch aus dem Vollen schöpfen und waren von Anwendung einer Menschen-Ökonomie, wie sie sich nach den ersten Kriegsjahren als unerläßlich erwies, weit entfernt.

Die in militärischer, volks- und kriegswirtschaftlicher Hinsicht

gleich schädliche Ungleichheit wurde noch dadurch gesteigert, daß der gesamte Landsturm am 1. August 1914 nur in den Grenzkorps, in den übrigen Bezirken dagegen erst später und auch da nur in einzelnen Gruppen aufgerufen worden ist.

Das planmäßig vorgesehene Einberufungsverfahren durch die stellvertretenden Generalkommandos war richtig, solange mit einer kurzen Dauer des Krieges gerechnet wurde. Mit der Zeit trug es jedoch dem Haupterfordernis, das Heer entsprechend seinen Aufgaben gleichmäßig schlagkräftig zu erhalten, nicht mehr Rechnung. Auch wirkte die verschiedenartige Heranziehung der Jahrgänge in den einzelnen Korpsbezirken auf die Bevölkerung verstimmend, so daß sich das A.O. schon im Mai 1915 veranlaßt sah, das Verfügungsrecht über die noch nicht einberufenen Wehrpflichtigen im Kriegsministerium zu vereinigen und damit die Grundlage zu schaffen zu einem gerechten Ausgleich der Volkskraft zwischen den einzelnen Provinzen und Landesteilen.

Die stellvertretenden Generalkommandos waren dadurch allerdings gezwungen, den Mannschaftsbedarf waffengattungsweise getrennt für Feld-, Reserve-, Landwehr- und Landsturmtruppen, sowie für sonstige Zwecke ursprünglich monatlich, später nach Bedarf anzumelden. Ferner mußten sie den noch nicht einberufenen Mannschaftsbestand getrennt nach Waffengattungen, Abkömmlichen und Zurückgestellten angeben.

Die Verteilung erfolgte beim Kriegsministerium in der Weise, daß die Forderungen der stellvertretenden Generalkommandos je nach der Zahl der im gesamten preußischen Verwaltungsbezirk zur Einberufung verfügbaren Mannschaften unter vorzugsweiser Inanspruchnahme der noch reichlich mit Wehrpflichtigen versehenen Korpsbezirke befriedigt wurden. Hierbei mußte natürlich auch der jeweilige Bestand in den Ersatzformationen (Depotstärken) der Armeekorps in Betracht gezogen werden.

Diese Bestände unterlagen je nach den Anforderungen aus dem Felde und dem Stande der Einberufungen dauernden Schwankungen. Sie bewegten sich im Kalenderjahre

1915 zwischen 388000 (im April) und 757000 (im Dezember),
1916 „ 790000 (i. Januar) „ 425000 (im November),
1917 „ 763000 (i. Februar) „ 479000 (im November),

kriegsverwendungsfähigen und im Jahre 1918 zwischen 856000 und 1 110 000 kriegsbrauchbaren (kv., gv. u. av.[1]) Männern.

Mitte Oktober 1918 waren in den Ersatzformationen noch 420 000 kv. und 624 000 gv. und av. Männer vorhanden, von denen allerdings nur 75 000 kv. und 32 000 gv. und av. zur sofortigen Ersatzgestellung fürs Feld verfügbar waren.

Der Rest befand sich noch in der Ausbildung, war zur Kriegswirtschaft kommandiert oder beurlaubt, krank, gehörte zum Ausbildungspersonal oder zu den in der Heimat zu belassenden Landsturmleuten über 45 Jahre und den letzten Söhnen der vom Kriege heimgesuchten Familien.

Unter Berücksichtigung der vorstehenden Gesichtspunkte hat das Kriegsministerium vom Mai bis Ende 1915

	in 16 Verteilungen die Einberufungen von rund		1 070 000
1916	in 20 „ „ „ „ „		1 443 000
1917	in 22 „ „ „ „ „		622 000
1918	bis Oktober in 9 Verteilungen die Einberufungen von rund		405 000

Wehrpflichtigen angeordnet.

Von den Einberufungen des Jahres 1918 entfallen

auf	Januar	rund	26 300
„	Februar	„	13 800
„	April	„	45 600
„	Mai	„	230 000
„	August	„	59 000
„	Oktober	„	30 300
			405 000

Der Rückgang in den Jahren 1917 und 1918 erklärt sich, abgesehen von dem naturgemäßen Knapperwerden der Mannschaften im 3. und 4. Kriegsjahr, nachdem die Neuformationen größtenteils aufgestellt waren, daraus, daß die stellvertretenden Generalkommandos die Ermächtigung erhalten hatten, bestimmte Gruppen von Wehrpflichtigen selbständig einzuberufen. Hierzu zählten

die zurückgekehrten Auslandsdeutschen,

die brotlosen und unsicheren Dienstpflichtigen,

die entlassenen und freiwilligen Krankenpfleger,

[1]) kv. = kriegsverwendungsfähig, gv. = garnisonverwendungsfähig, av. = arbeitsverwendungsfähig. (Vgl. S. 88).

die freigegebenen Kriegswirtschaftsarbeiter,
die nur heimattauglichen Wehrpflichtigen und
die Wehrpflichtigen aus den Gebieten der General-Gouvernements.

In obigen Zahlen sind diese Einberufungen nicht enthalten. Durch diese Anordnungen wurde verhütet, daß kriegsbrauchbare Kräfte jeweils bis zur Einberufung durch das Kriegsministerium brach lagen.

Wie schon erwähnt, war der Aufruf des Landsturms — d. h. aller Deutschen vom vollendeten 17. bis zum vollendeten 45. Lebensjahr, die weder dem Heer noch der Marine angehörten — am 1. August 1914 nur teilweise, nämlich in den Bezirken I., II., V., VI., VIII. IX., X., XIV., XV., XVI., XVII., XVIII., XX. und XXI. Armeekorps erfolgt.

Von den Landsturmpflichtigen, die nicht in diesen Bezirken wohnten, wurden aufgerufen
vom I. Aufgebot
die dem Landsturm überwiesenen am 15. August 1914,
die noch nicht überwiesenen am 30. Mai 1915,
vom II. Aufgebot
die ausgebildeten Mannschaften am 15. August 1914,
die unausgebildeten Mannschaften am 4. Dezember 1914.

Die im Auslande befindlichen Personen des Beurlaubtenstandes waren durch die Allerhöchsten Verordnungen vom 3. August 1914 und 26. Februar 1917 zur Rückkehr in die Heimat aufgefordert worden. Leider wurde die Rückkehr Vielen durch fehlerhafte Maßnahmen und Auskünfte mancher Konsulate und durch die feindliche Absperrung unmöglich gemacht.

Die beispiellosen Waffenerfolge der ersten Kriegszeit hatten sich natürlich nicht ohne große Opfer an Toten, Verwundeten und Gefangenen erzielen lassen. Die Wirkungen dieser Abgänge spiegeln sich in den Einstellungszeiten wieder, in denen die Einberufung der jüngeren Jahrgänge erforderlich war.

Zur Ergänzung der Feldtruppen mußten die Rekruten des Jahrganges 1894 zwar erst im Herbst 1914, die des Jahrganges 1915 aber schon vom Mai 1915 ab zu den Fahnen einberufen werden. Hatten die Rekruten dieser beiden Jahrgänge noch als 20jährige — wie im Frieden — einberufen werden können, so zwang die Höhe der Anforderungen aus dem Felde dazu, die beiden nächsten Jahrgänge 1896 und 1897 schon als 19jährige, die folgenden Jahrgänge sogar schon als 18jährige Landsturmleute einzuberufen und zwar die

Jahrgänge 1896 im September 1915,
„ 1897 „ März 1916,
„ 1898 „ November 1916,
„ 1899 „ Juni 1917 und
„ 1900 „ Juni 1918.

Nach dem Durchschnitt der Jahrgänge 1898 bis 1900 wurden von einem Jahrgang

350 000 Leute als kriegsbrauchbar (kv., gv. und av.), davon
310 000 als kriegsverwendungsfähige Mannschaften ausgehoben.

Mit der Dauer des Krieges wuchsen die Anstrengungen des A.O., die Volkskraft bis zum äußersten anzuspannen. Hierbei spielt auch die strenge und einheitliche Beurteilung der körperlichen Brauchbarkeit eine wichtige Rolle.

Da für die militärische Verwendung eines Wehrpflichtigen im Kriege lediglich entscheidend ist, ob seine körperliche Leistungsfähigkeit ausreicht, so gab das Kriegsministerium im Februar 1915 neue Gesichtspunkte für die Beurteilung der Kriegsbrauchbarkeit heraus, die in der Kriegsmusterungsanleitung zusammengefaßt wurden.

Anstelle der bisherigen Zweiteilung in Feld- und Garnisondienstfähige trat die Dreiteilung in

Kriegs-, Garnison- und Arbeits- } verwendungsfähige, abgekürzt: kv., gv., av.

Die Schaffung der letzten Gruppe war erforderlich in Hinblick auf den letzten Absatz des § 1 des Gesetzes vom 9. 11. 1867 betreffend die Verpflichtung zum Kriegsdienste, der lautet:

„Diejenigen Wehrpflichtigen, welche zwar nicht zum Waffendienste, jedoch zu sonstigen militärischen Dienstleistungen, welche ihrem bürgerlichen Berufe entsprechen, fähig sind, können zu solchen herangezogen werden."

Im Januar 1917 erfuhren die Tauglichkeitsbezeichnungen gv. und av. weitere Unterteilungen für Feld, Etappe und Heimat. Damit sollte lediglich die Art, keineswegs der Ort der militärischen Verwendungsmöglichkeit gekennzeichnet werden.

Über die Zahl der durchschnittlich in einem Monat ins Feld geschickten Ergänzungsmannschaften gibt folgende Übersicht Aufschluß: Es sind ins Feld geschickt monatlich durchschnittlich:

Waffengattung	August 1915 bis Septbr. 1916	1917	1918
Infanterie	124 500	125 200	70 000
Jäger	3 880	4 240	2 600
M.G.-Truppen	5 870	10 550	7 600
Kavallerie	3 540	2 750	2 200
Feldartillerie	9 750	17 060	17 000
Fußartillerie	7 000	9 410	10 000
Pioniere	8 300	12 340	9 000
Train	9 760	9 430	6 000
Flieger	1 230	2 000	1 300
Luftschiffer	840	990	980
Eisenbahner	2 100	4 520	1 500
Kraftfahrer	2 180	2 340	2 520
Nachrichten-Tr.	1 380	3 200	2 400
monatlich:	180 330	204 030	133 100

517 460 : 3

also beträgt der monatliche Gesamtdurchschnitt rund 172 500, ohne die Armierungsbataillone, über die keine Angaben vorhanden sind.

An wiedergeheilten Genesenen befanden sich in diesen Zahlen bei

Waffengattung	August 1915 bis Septbr. 1916	1917	1918
Infanterie	41 480	48 040	36 500
Jäger	1 330	1 640	1 360
M.G.-Truppen	2 260	3 630	4 120
Kavallerie	1 330	1 130	840
Feldartillerie	3 810	7 000	4 420
Fußartillerie	2 310	3 050	1 250
Pioniere	2 520	2 760	1 940
Train	2 930	3 620	3 210
Flieger	380	430	400
Luftschiffer	250	240	280
Eisenbahner	1 300	1 220	930
Kraftfahrer	1 340	560	630
Nachrichten-Tr.	590	860	270
	61 830	74 180	56 150

192 160 : 3 = rund 64 000.

Durch Einberufung mußten hiernach im Monat durchschnittlich 172 500 — 64 000 = 108 500 Mann aufgebracht werden.

Auf eine Klage der Truppe möchte ich an dieser Stelle eingehen. Sie legte großen Wert darauf, die Leute wieder zu erhalten, die einmal bei ihr gestanden hatten. Dies war voll berechtigt. Auch die Mannschaften sehnten sich nach ihrem alten Truppenteil zurück. Das war verständlich. Immer wieder habe ich die stellv. Generalkommandos darauf hingewiesen, diesen Wunsch zu erfüllen. Manchmal war es nicht möglich, wenn besondere Forderungen kamen, die nicht anders gedeckt werden konnten. Vielfach war aber Gleichgültigkeit und Schematismus bei der Ersatzformation Schuld.

Auch der Frage des Zusammenhaltes der Landsmannschaften hatte das Kriegsministerium die größte Aufmerksamkeit geschenkt. Er wäre nur durchzuführen gewesen, wenn jedes stellvertretende Generalkommando über so viel Ersatzmannschaften verfügt hätte, als es brauchte. Dem war aber nicht so. Die gewaltigen Ersatzquellen des VII. und III. A.K. mußten ersatzarmen Generalkommandos aushelfen.

Die Heimatsaufgaben erforderten gleichfalls ein Heer von Arbeitskräften, unter denen auch die Wehrpflichtigen sehr zahlreich vertreten waren, wie folgende Übersicht zeigt.

Kriegsbrauchbare Wehrpflichtige waren für die Kriegswirtschaft usw. von der Einberufung zurückgestellt

Mitte 1916	1 190 200	davon:	738 800 kv.,
Anfang 1917	1 431 600	„	839 000 kv.,
Mitte 1917	1 890 600	„	1 026 400 kv.,
Anfang 1918	2 154 400	„	1 097 100 kv. und
Mitte 1918	2 424 300	„	1 187 800 kv.

Zum Teil ist das Anwachsen dieser Zahlen auf die erhöhten Anforderungen zurückzuführen, die an die Industrie gestellt wurden (Hindenburgprogramm usw.). Auch ist zu beachten, daß durch den planmäßig organisierten Austausch junger Arbeiter aus der Industrie mit alten Soldaten aus der Front die *älteren Jahrgänge in der Industrie immer mehr überwogen*.

Das Ausschöpfen der letzten Endes allein noch vorhandenen Ersatzquelle der Kriegswirtschaft bot große Schwierigkeiten namentlich, nachdem *aufdringendes Ersuchen der Obersten Heeres-Leitung* vom 16. 11. 1916 durch das Kriegsamt bestimmt wurde:

1. Facharbeiter dürfen den für Kriegsversorgung arbeitenden Betrieben — vorläufig — nur durch Aushebung entzogen werden, wenn der Arbeitgeber nach seiner eigenen Angabe ohne Schädigung des Betriebes darauf verzichten kann,
2. aus dem Besatzungsheer (Landsturm, Bewachungs- und Ersatztruppen) sind rücksichtslos alle Facharbeiter der Industrie zur Verfügung zu stellen.

Damit war der Kriegsindustrie der Rücken gesteift, die Anstrengungen des Kriegsministeriums, von dieser Seite Mannschaftsersatz zu bekommen, zum mindesten sehr erschwert.

Die Reichs-, Staats- und Gemeindebehörden fanden sich zum Teil erst nach langwierigen Verhandlungen mit den Zivilministern zur allmählichen Freigabe ihrer kv. Angestellten bereit. In immer wiederholten Bemühungen ist es gelungen, auch hier zahlreiche Kräfte dem Heeresdienste zuzuführen.

Der dauernd empfindlicher werdende Mangel an kv.-Leuten führte im Dezember 1916 dazu, daß die Feldtruppen nur noch mit Hilfe erheblicher Prozentsätze an gv. und av. Mannschaften (25 pro Kompagnie) ergänzt werden konnten. Erst im Juni 1917 war es möglich, durch Auskämmen der Etappen diese Notmaßnahme wieder zu beseitigen.

Inzwischen hatte auch die Oberste Heeres-Leitung nach erfolgtem Vortrage über die Ersatzverhältnisse das Fehlerhafte ihres Antrags vom 16. 11. 1916 erkannt und am 13. 7. 1917 geschrieben:

„Es ist zu übersehen, daß der Bestand an kv. Leuten aufgebraucht sein wird, ehe an die Einstellung des Jahrganges 1899 gedacht werden kann. Das Kriegsamt muß daher mit aller Schärfe das Auskämmen der Facharbeiter in dem beabsichtigten Umfange durchführen."

Bereits am 27. 4. 1917 hatte die Oberste Heeres-Leitung erklärt, daß Mannschaften im Alter von mehr als 35 Jahren an der Westfront bei der Infanterie und den Pionieren den Anforderungen in vorderster Linie nicht mehr gewachsen seien.

Das Kriegsamt ordnete nunmehr die Freigabe von Facharbeitern in bestimmten Zahlen an, in der Regel von vierteljährlich 30 000 Mann.

Leider brachte auch diese Anordnung dem Heere nicht den erhofften

Zuwachs, weil ihm im Einverständnis mit der Obersten Heeres-Leitung[1]) gleichzeitig wieder Soldaten für die Kriegswirtschaft entzogen wurden.

Nach den Meldungen der stellvertretenden Generalkommandos sind zum Beispiel im September 1918

24 175 Mann aus der Kriegswirtschaft zum Heer und

34 769 Mann aus dem Heer zur Kriegswirtschaft übergetreten.

Abgesehen von der zahlenmäßigen Schädigung des Heeres um rund 10 000 Mann hat also lediglich ein Personenwechsel stattgefunden, der sowohl die Industrie, wie das Heer dadurch nutzlos belastet hat, daß beide Stellen eingearbeitete Kräfte abgeben und ungelernte einstellen mußten.

Meist verschwanden aber auch die fürs Heer freigemachten Arbeiter bald wieder in der Industrie, so daß ihre Vereinigung in besonderen Kompagnien angeordnet werden mußte, um dem vorzubeugen.

Aber noch einen weiteren Nachteil hatte dieses Verfahren zur Folge, dessen Tragweite sich erst an den späteren Ereignissen ermessen ließ.

Die Unternehmer gaben natürlich in erster Linie diejenigen Arbeiter frei, die ihnen unbequem waren und als Hetzer und Aufwiegler eine Rolle spielten.

Durch diese wurde dann der zersetzende Geist in das Heer getragen.

Ich höre hier die laute und entrüstete Kritik aller Außenstehenden, daß in dem Augenblick, wo dieser Mißstand erkannt wurde, auch entschlossen an seine Abstellung hätte gegangen werden müssen. Keinesfalls hätte es so weiter gehen dürfen.

Man vergegenwärtige sich die Lage im Frühjahr und Sommer 1918, also den Monaten der Entscheidung, für das Kriegsministerium:

Auf der einen Seite verlangte die Oberste Heeres-Leitung gebieterisch Ersatzmannschaften, Kriegsgerät und Munition, Munition!

Auf der anderen Seite rief die Unternehmerschaft nach Arbeitern, besonders fachlich ausgebildeten, um den an sie gestellten Materialforderungen entsprechen zu können.

Beide erklärten nachdrücklich, für die kommenden Monate der Höchstleistung benötigten sie jeden Mann.

[1]) Es hatte sich leider vielfach ein direkter Verkehr zwischen O.H.L. und Kriegsindustrie entwickelt, durch den die Durchführung wohlerwogener Maßnahmen des KM manchmal fühlbar erschwert wurde.

Dazu kamen die zahllosen Zurückstellungsgesuche aus politischen Gründen, besonders der Sozialdemokratie. Die Generalkommission der Gewerkschaften reklamierte ihre Sekretäre und Funktionäre, damit und weil sie angeblich dauernd die Massen beruhigten. Der 9. November hat gezeigt, wie den Herren Bauer, Schlicke und ihren Helfern dies gelungen ist.

Herrn Erzberger nicht zu vergessen. Fast jedes vierte Zurückstellungsgesuch wurde von ihm — aus politischen Gründen — befürwortet. Und da eine Einziehung der Reklamierten vor endgültiger, erst nach gewissenhafter — natürlich zeitraubender — und nur von der Zentralstelle des Kriegsministeriums aus möglicher Prüfung nicht erfolgte, waren auch diese zunächst dem Heeresdienst verloren.

Herr Erzberger selbst blieb, trotzdem zahlreiche Stimmen aus seinem eigenen Wahlkreise seine, des kv. Mannes, Einziehung forderten, dauernd zurückgestellt. Das Auswärtige Amt erklärte hartnäckig, nicht ohne seine Mitarbeit auskommen zu können. Die Herren v. Jagow, Zimmermann und auch v. Bethmann Hollweg selbst widersprachen jeder vom Kriegsministerium wiederholt gestellten Forderung auf seine Freigabe für die Front und setzten ihren Willen durch. Späterhin verhinderte die Permanenztagung der Haushaltskommission, der er angehörte, seine Einziehung.

Viel wurde auch gesprochen über die Rolle der Juden im Heere. Fortgesetzt liefen beim Kriegsministerium aus der Bevölkerung Klagen darüber ein, daß eine unverhältnismäßig große Zahl wehrpflichtiger Angehöriger des israelitischen Glaubens vom Heeresdienst befreit sei oder aber es verstanden habe, eine Verwendung außerhalb der vordersten Front zu finden.

Um diese Klagen nachzuprüfen und ihnen gegebenenfalls entgegentreten zu können, ordnete das Kriegsministerium Anfang Oktober 1916 eine Statistik über sämtliche in vorderster Front, in der Etappe und im Heimatsgebiet im Truppen- und Verwaltungsdienst verwendeten Israeliten an. Da diese Anordnung in der Öffentlichkeit und bei einigen Kommandostellen eine den Absichten des Kriegsministeriums nicht entsprechende Auslegung fand, wurde sämtlichen Truppen- und Kommandobehörden erläuternd mitgeteilt, daß die verfügte Erhebung

1. nur zur eigenen Unterrichtung des Kriegsministeriums bestimmt sei,

2. die Unterlagen bilden solle, um Klagen und Beschwerden über Versuche der Juden, sich dem Heeresdienste zu entziehen, nachprüfen zu können,
3. die Behörden usw. keineswegs daraus Gelegenheit nehmen sollten, Juden aus ihren bisher innegehabten Stellungen zu entfernen. Für eine solche Maßnahme dürften vielmehr nur sachliche Gründe in Frage kommen.

Jeder wird das ernste Streben des Kriegsministeriums nach Objektivität bei dieser Maßnahme anerkennen müssen.

Das Ergebnis der Erhebungen über die im Heere befindlichen wehrpflichtigen Juden war folgendes:

1. Es befanden sich

a) beim Feldheer	27 515	Juden
b) bei der Etappe	4 752	„
c) beim Besatzungsheer	30 005	„
zusammen	62 272	Juden.

2. Von den beim Feldheer Verwendung findenden 27 515 Juden taten 6060, also 22%, nicht mit der Waffe in der Hand Dienst.
3. Von den in der Etappe Verwendung findenden 4752 Juden waren 1754 — also 36,9% — kv., wovon wieder 863 — also 49,2% — nicht mit der Waffe in der Hand und 1021 — also 58,2% — bereits über 3 Monate in der Etappe verwendet wurden.
4. Von den im Besatzungsheer befindlichen 30 005 Juden waren 8152 — also 27,1% — kv., wovon 2059 Juden — also 25,2% — keinen Dienst mit der Waffe verrichteten und 3747 Juden — also 45,9% — bereits über 4 Monate im Besatzungsheer Verwendung fanden.
5. Noch nicht zur Einstellung gelangt waren 15 999 Juden, von denen 7065 auf Reklamation zurückgestellt waren, davon 2322 allein in Berlin.
6. Als kriegsunbrauchbar waren insgesamt 12 051 Juden ausgemustert worden.
7. Die Gesamtzahl der Juden (rund 600 000) beträgt nicht ganz 1% der Bevölkerung Deutschlands, im Heeresdienst standen somit rund 10% der vorhandenen Juden, gegen rund 14% der übrigen Bevölkerung.

Es standen also im Heeresdienst:

8. Im Vergleich zum gesamten Feldheer 0,6% Juden, davon 22% nicht mit der Waffe in der Hand.

Im Vergleich zur gesamten Etappe, 11% Juden, davon 36,9 % kv., im Vergleich zum gesamten Besatzungsheer 0,9 % Juden, davon 27,1% kv.

Im Reichstage wurde wiederholt seitens der Konservativen Partei die Veröffentlichung des Ergebnisses gefordert. Mit Rücksicht auf den inneren Frieden lehnte der Kriegsminister das Verlangen stets ab. Auch ein israelitischer Abgeordneter trat mit der gleichen Bitte an einen Herrn des Kriegsministeriums heran, zog diese aber zurück, als ihm vertraulich Andeutungen über das für seine Rassegenossen nicht günstige Bild der Statistik gemacht wurden.

Später freilich kam eine Zeit regster, militärischer Betätigung des Judentums. Ein jeder wird sich noch erinnern, welche Rolle nach Einstellung der Feindseligkeiten in den Oktobertagen 1918 im Felde, in der Etappe und in der Heimat der Jude plötzlich spielte. Kein Soldatenrat, keine Behörde ohne Juden.

Der einzelne Jude hat in zahlreichen Fällen tapfer Schulter an Schulter mit seinen deutschstämmigen Kameraden kämpfend Blut und Leben geopfert, das sei hier festgestellt. Aber ebensowenig darf an der Tatsache vorbeigegangen werden, daß der verhetzenden und zersetzenden Tätigkeit des Judentums in Volkswirtschaft und Heer ein ungeheuerer Anteil an dem über unser Vaterland hereingebrochenen Unglück zur Last fällt.

Der Ausgleich aller Reklamationsforderungen lag in Händen der Ersatzwesenabteilung (C 1 b) des Kriegsministeriums und später des Kriegsersatzamtes. Die Referenten, Majore Freytag, Hoefer, Mertens und Spangenberg haben, trefflich unterstützt von den Herren Klumpp, Kroh, Elkemann und Wilhelm sowie dem verstorbenen Geh. Rechnungsrat Seidel in selbstverleugnender, rastloser Arbeit unter Leitung ihrer hochverdienten Chefs, des Obersten Ritter und Edler v. Braun und des Majors Lademann, Hervorragendes geleistet.

Ich stand damals diesen Dingen etwas ferner, da, wie schon früher bemerkt, seit 1. 11. 1916 Heeresersatz und Arbeiterfrage dem Kriegsamt übertragen waren. Aber ich denke mir, daß man dort wohl so rechnete: „Die nächsten Monate bringen die Entscheidung. Es

gilt jetzt, mit Anspannung aller Kräfte durchzuhalten und die schwierige Lage durchzubalanzieren. Zugegeben, daß das jetzige System der Zurückstellungen — wie die Zahlen zu beweisen scheinen — unrettbar in eine Sackgasse hineinführt, aber nun im letzten Augenblick durchgreifende Änderungen vorzunehmen, bringt Erschütterungen der Kriegswirtschaft mit sich, die verhängnisvoll für das Gelingen des letzten großen Schlages sein können."

Jeder, der an leitender Stelle, wo auch immer, gestanden hat, wird solchen Erwägungen Berechtigung nicht absprechen können. Die Kräfte, wie sie nun einmal waren, mußten für die höchste Anstrengung zusammengefaßt werden, es galt auch in der Heimat „den letzten Hauch von Mann und Roß". Jede Organisationsänderung konnte in diesem kritischen Zeitpunkt nur schaden.

Von Beginn des Krieges an war das Streben des A.D. darauf gerichtet, den Heeresersatz unter allen Umständen sicher zu stellen. Über den jeweiligen Stand wurde die Oberste Heeresleitung dauernd auf dem Laufenden erhalten. Von den zur Erreichung dieses Zieles getroffenen unzähligen Maßnahmen seien nur einzelne aufgeführt.

Durch Gesetz vom 4. 9. 1915 wurde die Nachmusterung der bei der Friedensaushebung für dienstunbrauchbar erklärten Wehrpflichtigen ermöglicht und dabei rund ½ Million kriegsbrauchbar befunden, die Einstellung von Ausländern in das Heer wurde erleichtert durch Übertragung der Einstellungsbefugnis vom Kontingentsherrn auf das Kriegsministerium, die Staatenlosen wurden schärfer herangezogen, die Strafe der Festungs- und Zivilgefangenen wurde unterbrochen, die Einstellung von Arbeitssoldaten in die Front, von Heeresunfähigen (Zuchthäuslern) und mit Ehrverlust Bestraften ermöglicht. Die Einstellung letzterer wurde Ende 1917 besonders geregelt[1]). Sie kamen nicht etwa in besondere Formationen; vielmehr wurden diejenigen, die nach Straftat, Strafmaß und späterem Verhalten besonderer Berücksichtigung wert erschienen, nach erfolgter Löschung ihrer Ehrenstrafe der kämpfenden Truppe zugeführt. Der Wunsch hiernach mußte als Vorbedingung der Begnadigung von dem Betreffenden geäußert sein. Von dieser Mög-

[1]) Vgl. S. 118

lichkeit der Rehabilitierung haben rund 1500 Leute Gebrauch gemacht[1]).

Die Einstellung von infanterie- und pioniertauglichen Leuten bei den mindergefährdeten Sonderwaffen wurde verboten, bereits dort befindliche Leute wurden zur Infanterie und zu den Pionieren versetzt, die noch nicht Eingestellten wurden wiederholt nachgemustert und die Kontrolle über sie verschärft, beim Verdacht der Täuschung erfolgte unvermutete Untersuchung oder versuchsweise Einstellung und Beobachtung in Militärlazaretten, die Listenführung der Bezirkskommandos wurde ohne vorherige Ansage durch höhere Offiziere geprüft, um Schiebungen des Personals zu verhüten[2]), die Aufmerksamkeit der Polizeibehörden wurde auf Herbergen und Nachtasyle gelenkt, um Wehrpflichtige zu fassen, die sich der Kontrolle entzogen, die Zivilbeamten und Angestellten der Reichs-, Staats- und Gemeindebehörden wurden nach bestimmten mit den Zivilministern vereinbarten Plänen allmählich zum Heeresdienst herangezogen, und dadurch erreicht, daß, abgesehen von dem Eisenbahnpersonal, am 1. 11. 1917 nur noch 30 800 kv. Wehrpflichtige bis zum Jahrgang 1876, d. h. also bis zum Alter von 41 Jahren und 32 500 ältere Angehörige der Beamtenschaft zurückgestellt waren, die kv. Bediensteten der Post und Eisenbahn wurden, soweit es der Dienstbetrieb dieser Behörden gestattete, durch Kommandierung von heimattauglichen Mannschaften für das Heer freigemacht, die Formationen in der Heimat, den Etappen und besetzten Gebieten wurden durch Generalmusterungs- und besondere Kommissionen mühevoll ausgekämmt. Die Etappen selbst, in denen sich im Laufe der Zeit unzählige kv. Personen eine Stelle zu verschaffen gewußt hatten, unterstanden der Obersten Heeres-Leitung. Erst nach langem und energischem Drängen des Kriegsministeriums war es möglich, einen Teil dieser Leute der Front zuzuführen.

Die kv. Leute aus Grenz- und Bahnschutz, Gefangenenbewachung und Militärverwaltung wurden abgelöst, Hilfsdienstpflichtige wurden

[1]) Nach Angabe des Reichsjustizamtes gab es zu dieser Zeit etwa 300000 mit Zuchthaus oder mehr als dreijährigem Ehrverlust bestrafte Personen (einschl. Frauen).

[2]) Hier ist viel von den unteren Stellen gesündigt worden; die Überwachung durch stellv. Brigaden und Generalkommandos hätte schärfer sein müssen.

auch im Heere (Garnison, Arbeitsdienst, Schreiber, Burschen, Ordonnanzen, Bahn- und Brückenschutz) verwendet.

Das Gesetz vom 5. 12. 1916, das jeden männlichen Deutschen vom 17. bis 60. Lebensjahr während des Krieges zum vaterländischen Hilfsdienst verpflichtete, hat trotz Anwendung aller Auslegungskünste die für den Heeresersatz gehegten Hoffnungen enttäuscht. Durch das Gesetz wurde die Einberufung aus der Kriegswirtschaft ins Heer unglaublich erschwert, zum Teil unmöglich gemacht, außerdem wurden durch den zu seiner Durchführung in Betrieb gesetzten umfangreichen Verwaltungsapparat noch Tausende von Wehrpflichtigen von der Verwendung im Felde abgehalten. Ich komme darauf noch zurück.

Auch das zur Verjüngung der Front angeordnete Austauschverfahren der jüngeren Arbeiter aus der Heimat mit den alten Familienvätern an der Front konnte nur zum Teil zur Entfaltung kommen, weil die Leute an beiden Stellen zu gleicher Zeit gebraucht wurden. Immerhin konnte von April 1918 ab der Jahrgang 1869 entlassen werden.

Eine weitere Ersatzquelle bot sich in den nach Einstellung der Feindseligkeiten im Osten freigegebenen Kriegsgefangenen, die infolge ihrer bolschewistischen Ideen allerdings eine große Gefahr für den Geist der Trupppe bildeten. Vorsicht bei der Verwendung dieser Leute war also geboten.

Die Anwerbung von Deutschstämmigen in den besetzten östlichen Gebieten, dem Kaukasus, Rumänien, Bessarabien, Ukraine und Dobrudscha war rechtzeitig in Angriff genommen, zeitigte jedoch keine nennenswerten Erfolge.

Als letztes Mittel hatte das A.D. noch den Entwurf eines Gesetzes erwogen, durch das das wehrpflichtige Alter vom 45. auf das 60. Lebensjahr heraufgesetzt werden sollte. Dieser Gedanke begegnete einer späteren Forderung der Obersten Heeres-Leitung, die aber vom Kriegsministerium bezw. Reichskanzler abgelehnt wurde, da der daraus erwachsene Vorteil nur einige tausend alte Männer erbracht haben würde. Die Oberste Heeres-Leitung ließ Dezember 1917 den Vorschlag fallen.

Alle diese Maßnahmen waren zwar geeignet, den Mannschaftsbedarf noch auf Monate über den Waffenstillstand hinaus der Zahl

nach zu decken, indessen konnte von diesen Leuten der Geist nicht mehr erwartet werden, der zum Siege erforderlich ist.

Man darf aber nicht vergessen, daß

1. die Energie der Heimat durch die Hungerblockade geschwächt und, da die guten Elemente meist im Felde waren, dem zersetzenden Einfluß der Drückeberger, Fahnenflüchtigen, Schieber, der in der Industrie beschäftigten Kriegsgefangenen, Ausländer und der auf eine Staatsumwälzung hinarbeitenden Agitatoren ausgeliefert war, und

2. die aus der Front für die Kriegswirtschaft Zurückgestellten, als sie wieder eingezogen wurden, nicht mehr den Geist besaßen, der sie früher beseelt hatte. Dafür hatten die verschiedensten Einflüsse gesorgt. Das Bewußtsein, für die edelsten und höchsten Mannesgüter zu kämpfen, hatte die U.S.-Partei den Leuten in unablässiger Wühlarbeit genommen. So verglichen sie stets das verhältnismäßig bequeme und einträgliche Leben der heimischen Fabrikbetriebe mit dem rauhen, todbrohenden Aufenthalt im Felde;

3. die Kampfkraft der Front im selben Maße abnahm, in dem ihr dieser demoralisierte Ersatz zugeführt werden mußte.

Es ist von manchen Seiten behauptet worden, daß das Ausbleiben des Ersatzes, der an sich noch vorhanden gewesen wäre, und die dadurch bedingte Überanstrengung der Truppen unseren Rückzug notwendig gemacht hätten.

Daß der Ersatz einmal ausbleiben mußte, konnte sich jeder denkende Mensch sagen, wenn er die ungeheueren Abgänge der 4 Kriegsjahre mit dem Bestand an Mannschaften verglich. Am allerwenigsten konnte die Oberste Heeres-Leitung darüber im Zweifel sein. Sie wurde, wie erwähnt, vom Kriegsministerium über die Ersatzlage dauernd auf dem Laufenden gehalten. Außerdem war sie bei Neuaufstellungen, die in mehr oder weniger großem Rahmen den ganzen Krieg hindurch gefordert wurden, auf den Ernst der Ersatzlage aufmerksam gemacht worden. Die stete Antwort war, daß sie sich der Folgen bewußt sei.

Der allmähliche zahlenmäßige Rückgang oder die Verzögerung in der Befriedigung der Ersatzforderungen war eine unabänderliche Naturnotwendigkeit. Die Schuld daran dem Kriegsministerium in die Schuhe schieben zu wollen, ist ein ebenso leichtfertiges wie törichtes Bemühen.

Im Spätsommer 1918 gab es noch folgende Ersatzquellen:

1. Jahrgang 1900. Sein Vorhandensein war der Obersten Heeres-Leitung ebenso bekannt, wie die Unmöglichkeit, die jungen Leute zu früh zu verwenden.
2. Genesene.
3. Aus russischer Kriegsgefangenschaft zurückgekehrte Soldaten. Ihr Wert war gering, da sie politisch verseucht waren.
4. Nachgemusterte, deren Zustand sich gebessert hatte, wenig brauchbares Material.
5. Aus dem Besatzungsheer und der Etappe Ausgekämmte.
6. Wehrfähige in der Kriegswirtschaft, wozu auch das Beamtentum rechnete.

Nur aus obigen Kategorien konnten die vom Kriegsminister damals der O.H.L. angebotenen 600 000 Mann aufgebracht werden. Das Hauptreservoir waren noch immer die in der Kriegswirtschaft befindlichen Zurückgestellten. Ihre Zahl war zu dieser Zeit 2 434 000 kriegsbrauchbare, davon 1 188 000 kv. Wehrpflichtige; unter diesen war die Hälfte beim Bergbau, 335 000 bezw. 259 000 allein bei der Eisenbahn beschäftigt. Die übrigen verteilten sich auf Munitionserzeugung, U-Bootbau, M.G.-Herstellung, Panzerkraftwagenbau, Landwirtschaft, Reichs-, Staats- und Gemeindebehörden u. a.

Diese Ersatzquelle konnte aber nur ausgenutzt werden, wenn die Produktion der Kriegswirtschaft herabgesetzt wurde. *Hierfür war aber die O.H.L. nicht zu haben*, trotzdem ihr Vertreter — Oberst Bauer — wiederholt darüber aufgeklärt worden war, daß die Ersatz-Decke zu kurz sei, und daß sich die Höchstleistung in der Industrie *nicht* mit der höchsten militärischen Kraftentfaltung vereinigen lasse. Folgendes Beispiel hierfür ist typisch.

Bei einer Besprechung mit Vertretern der O.H.L. im Kriegsministerium forderte der Major v. Bockelberg, der bei ihr den Ersatz bearbeitete, sofort den nötigen Ersatz. Als ihm dieser zugesagt wurde, wenn die Produktion herabgesetzt würde, protestierte der andere Vertreter derselben Stelle — Oberst Bauer — hiergegen aufs schärfste. Woher sollte nun der Ersatz genommen werden?

Bezeichnend dafür, wie wenig klar die Ersatzlage bei manchen Stellen der O.H.L. beurteilt wurde, ist folgende kleine Episode.

Als ich nach dem Wechsel in der Stellenbesetzung der O.H.L. 1916 im Großen Hauptquartier war, um zu hören, was von dort an Neuaufstellungen gefordert würde, stellte der betreffende Referent allen Ernstes an mich das kühne Ansinnen, 100 Brigaden aufzustellen. Dies bedeutete das Aufbringen von etwa einer halben Million kriegsverwendungsfähiger Leute außerhalb des laufenden Ersatzes. Und dabei hatte ich die größte Mühe, den Monatsbedarf des Feldheeres von rund 180000 Mann zu decken. Ich konnte nur lächeln.

Daß der Ersatz im Jahre 1918 zum Teil ausblieb, ist eine Folge der maßlosen Forderungen, wie sie im Hindenburgprogramm niedergelegt waren. Von diesem Zeitpunkt an wurde zugleich mit Errichtung des Kriegsamts nicht das kämpfende Heer, sondern die Kriegswirtschaft Trumpf.

Arbeiterbeschaffung

Während der ersten Monate des Krieges bewährten sich die Friedensgrundsätze auch für die Kriegsindustrie. Sie wurden durch Maßnahmen der Regierung besonders auf dem Gebiete des Gewerberechts und der Gewerbepolizei wesentlich ergänzt. Von besonderer Bedeutung war die Verleihung der Befugnis an die Gewerbe-Aufsichtsbehörden von anderen Vorschriften Befreiungen eintreten zu lassen, wenn die fristgerechte Ausführung von wichtigen Kriegslieferungen solche erforderlich machte[1]). Der Beschluß der Gewerkschaften im August 1914, während der Dauer des Krieges keine Streikunterstützung zu zahlen, verstärkte die Verfügungsgewalt der Industrie und des Staates erheblich.

Die durch Einberufungen entstandenen Ausfälle wurden durch Arbeitslose gedeckt. Hierbei erwiesen sich die öffentlichen Arbeitsnachweise, denen es vielfach gelang, die Nachweise der Arbeitgeber und Arbeitnehmer zu vereinen, als sehr nützlich. Damals bestand noch ein Überangebot an Arbeitskräften, das zur Ausführung von Notstandsarbeiten führte.

Für die Landwirtschaft galt es, die feindlichen Wanderarbeiter festzuhalten, was auf Grund des Belagerungszustand-Gesetzes durch die Militärbefehlshaber geschah. In den östlichen Provinzen wurde der Stellenwechsel inländischer Arbeiter ohne Einwilligung des Arbeitgebers

[1]) Die aufopfernde Tätigkeit dieser Behörden war sehr ersprießlich. Sie verdient volle Anerkennung.

untersagt. Die Notwendigkeit der Hereinbringung der Ernte erforderte diese Maßregel. Für besondere Fälle war den stellvertretenden Generalkommandos die Befugnis zur Bewilligung von Zurückstellungen eingeräumt worden, die nicht selten bei wichtigen Stellen zu einer solchen auf „Kriegsdauer" führte.

Die alle Voraussicht übersteigenden Forderungen an Mannschaften und Kriegsmaterial kehrten das Verhältnis zwischen Arbeitsgelegenheit und Arbeitsuchenden bald um.

Um die ihnen gewordenen Aufträge erfüllen zu können, beanspruchten die Unternehmer vielfach in unerhörtem Maße bei den Beschaffungsstellen — nicht selten bei mehreren gleichzeitig — die Zurückstellung ihres Personals. Sie drohten sonst, den Auftrag nicht ausführen zu können. Leider wurde den Forderungen von den amtlichen Stellen in weitem Maße nachgegeben. Man glaubte nicht an eine lange Dauer des Krieges. Die Folge war, daß dem Feldheere wertvolle Kräfte verloren gingen, andere ungenutzt blieben. Richtiger wäre es gewesen, wenn man schon damals die Vergebung von Aufträgen von der Nichtforderung von Zurückstellungen abhängig gemacht hätte.

In dieser Periode machte sich das Fehlen einer Zentralstelle störend bemerkbar, die mit der Unabhängigkeit von dem Lieferanten die Kenntnis des Arbeitsmarktes vereinigte und dementsprechend Grundsätze für die Behandlung der Arbeiterfrage aufstellen konnte. Sie wurde im Anfang des Jahres 1915 als neues Referat B 5 (S) der Fabrikenabteilung geschaffen.

Zunächst galt es für das neue Referat, die grundsätzliche Frage zu entscheiden, ob die Arbeit auf die Grundlage privatrechtlicher Verträge oder der militärdienstlichen Verpflichtung gestellt werden solle. Trotz vieler zum Zwange ratender Stimmen entschied sich das Kriegsministerium für Aufrechterhaltung der freiwilligen Arbeitsform, solange den staatlichen Forderungen genügt wurde. Ausschlaggebend war hierbei die Ansicht, daß die für die Kriegsindustrie zu leistenden Arbeiten ein Einsetzen aller Kräfte forderten, dies aber nur von freiwillig arbeitenden Menschen erwartet werden konnte. Die Arbeiterschaft war für diese Bereitwilligkeit unbedingt zu haben, ein Druck seitens des Staates hätte nur geschadet.

Die Anerkennung eines Zwanges durch den Unternehmer hätte die Arbeiterschaft niemals zugebilligt. Sie sah in dem Arbeitszwange die

Gefahr einer unmittelbaren Abhängigkeit vom Arbeitgeber. Ein in dieser Richtung gemachter Versuch der Feldzeugmeisterei führte zu einem glatten Mißerfolg und zur Aufhebung der betreffenden Verfügung. Statt dessen entschloß sich dieselbe Stelle bei Lösung des Arbeitsverhältnisses dem Arbeiter neben dem Abgangsscheine einen besonderen Schein ausstellen zu lassen, auf Grund dessen er ein neues Arbeitsverhältnis eingehen konnte. Dieser Schein konnte bei einer unberechtigten Kündigung des Arbeiters vom Arbeitgeber versagt werden. Zur Schlichtung dadurch entstehender Streitigkeiten, insbesondere Lohndifferenzen, wurde ein „Kriegsausschuß für die Metallbetriebe Groß-Berlins" gebildet, der aus je 3 Arbeitgeber- und Arbeitnehmervertretern bestand.

Der erstgenannten Maßnahme stand das Departement skeptisch gegenüber. Der Schein bedeutete eine dem bürgerlichen Rechte widersprechende einseitige Beschränkung der Arbeiterfreizügigkeit, er gab keine Gewähr für die Sicherstellung zufriedener Arbeiter an den wichtigen Arbeitsplätzen der Industrie.

An der Freiwilligkeit wollte das Departement festhalten, solange nicht die Not den Zwang bedingte. Dementsprechend sollten Wehrpflichtige nicht zur Arbeit kommandiert, sondern entlassen und zurückgestellt oder beurlaubt werden. Daß diese Zurückstellung oder Beurlaubung nur für einen bestimmten Betrieb eine aus militärischer Kontrollnotwendigkeit verfügte Maßnahme sei, wurde von den Führern der Gewerkschaften anerkannt. Sie stellten ihren Einfluß zur Verfügung, um die Industrie zu einer Höchstleistung zu befähigen.

Die Leiter der Industrie wurden durch ein Schreiben des K.M. aufgefordert, sich nicht gegenseitig Arbeitskräfte zu entziehen und keine Arbeiter aus anderen Betrieben der Heeresindustrie aufzunehmen, wenn sie als Kündigungsgrund lediglich ungenügenden Lohn angaben, und der bisherige Arbeitgeber einen seinem örtlichen Tarife entsprechenden Satz nachgezahlt hatte. Eine enge Fühlungnahme in allen Zweifelsfällen mit den Kaufmanns- und Gewerbe-Gerichten wurde empfohlen.

Durch diesen Appell wurde zwar eine Milderung von Auswüchsen erreicht, die Skrupellosigkeit der Arbeitersuche verschwand aber nicht. Um diese noch mehr zu beseitigen, erging eine Anweisung an die Zensurstellen, von der öffentlichen Verbreitung von Anzeigen alle Gesuche nach Arbeitern auszuschließen, die unter Chiffre abgefaßt waren, so-

fern nicht aus ihrem Wortlaut klar hervorging, daß die gesuchten Arbeitskräfte nicht in Betrieben verwendet werden sollten, die Kriegsbedarf herstellten und ferner alle Anzeigen, die die Zusage enthielten: die Übernahme der angebotenen Arbeit habe Befreiung vom Heeresdienst oder einen entsprechenden Antrag des Arbeitgebers zur Folge. Diese Maßnahme half wesentlich.

Bei der Arbeiterbeschaffung mußte es dem Kriegsministerium darauf ankommen, den Bedarf möglichst nicht aus Wehrpflichtigen zu decken; diese brauchte das Heer. Zunächst zog trotz vieler Proteste und Hindernisse die Frau in die Betriebe ein. Sie hat sich glänzend bewährt. Ohne die deutsche Frau wäre es unmöglich gewesen, die später erwachsenen Aufgaben zu erüllen. Dies sei hier festgestellt.

Eine weitere Hilfe wurde in der Heranziehung der Jugendlichen gesucht, zu deren voller Ausnutzung allerdings eine weitgehende Befreiung vom Fortbildungsunterricht erfolgen mußte. Dieser Forderung kam der Handelsminister mit gewissen Einschränkungen nach.

Doch alles dies genügte nicht. Sehr bald ergab sich die Notwendigkeit, die arbeitsfähigen Kriegsbeschädigten der Kriegsindustrie zuzuführen und ausländische Arbeiter, besonders Gefangene heranzuziehen. Hierbei ging das Kriegsministerium von der Erwägung aus, daß einer solchen Verwendung von Gefangenen die Landkriegsordnung nicht entgegenstehe, daß vielmehr über den Artikel 6, der besagt, daß die Arbeiten in keiner Beziehung zu den Kriegsunternehmungen stehen dürfen, der Begriff, „Heereslieferung" weit hinausgehe, und daß nach dem im Urtext gebrauchten Ausdruck „opérations de la guerre" genau übersetzt nur eine Heranziehung zu Arbeiten, die mit den kriegerischen Handlungen in unmittelbarem Zusammenhang stehen, verboten war.

Für die Gewinnung solcher Ausländer aus Belgien wurde die Hilfe des General-Gouvernements, für die aus Polen und dem neutralen Ausland die der deutschen Arbeiterzentrale in Anspruch genommen. Der Versuch, durch diese letzte Stelle eine Anzahl zur Abwanderung bereiter Arbeiter aus Italien heranzuholen, scheiterte an dem Einspruch des Auswärtigen Amtes.

Teile der Industrie setzten dem Vorschlage, Ausländer, besonders Gefangene zu verwenden, den schärfsten Widerstand entgegen. Sie mußten ihn aufgeben, als sie sahen, daß es ohne jene nicht ging, mit ihnen aber sehr wohl.

Hand in Hand hiermit ging eine genauere und schärfere Regelung des Zurückstellungsverfahrens. Sie erstrebte in erster Linie die einheitliche Bearbeitung aller Anträge.

Nach der in dieser Richtung ergangenen kriegsministeriellen Verfügung vom 22. 1. 1915 sollten, wenn alle anderen Hilfsmittel erschöpft waren, die noch nicht eingezogenen landsturmpflichtigen Metallarbeiter, Schlosser, Dreher usw. vorläufig bis zum 30. 4. bezw. 30. 6. 1915 zurückgestellt, die bei den Bezirks-Kommandos und Ersatzformationen Vorhandenen entlassen und, wenn diese Maßnahmen nicht genügten, die noch notwendigen oder namentlich verlangten Arbeitskräfte aus der Armee und zwar zunächst aus der Etappe und den Besatzungstrupppen zurückgezogen werden. Die Zurückstellung und Entlassung hatte auf Zeit und möglichst für die reklamierende Fabrik zu erfolgen.

Zur Prüfung der Gesuche wurde eine aus vorläufig 12 geeigneten Gewerbe-Räten oder -Inspektoren zusammengesetzte Außenorganisation geschaffen.

Eine Vermehrung nicht militärpflichtiger Arbeitskräfte und eine Erhöhung der Arbeitszeit wurde empfohlen.

In der mit Einverständnis des Ministers für Handel und Gewerbe an die Gewerbeinspektionen ergangenen Verfügung heißt es:

„Die Prüfung oder Kontrolle muß in erster Linie von dem Gesichtspunkte ausgehen, daß jede Zurückstellung eines Militärdienstpflichtigen eine Schwächung unserer Wehrkraft bedeutet und daher nur im äußersten Falle zugelassen werden darf. Wegen des herrschenden empfindlichen Mangels an Offizieren und Unteroffizieren wird deren Zurückstellung nur unter ganz außergewöhnlichen Umständen zu verantworten sein. Andererseits aber erfordert die Sorge um die rechtzeitige Herstellung und Lieferung des fortlaufend erforderlichen unmittelbaren und mittelbaren Kriegsbedarfs, daß der einschlägigen Industrie nicht ihre notwendigen und anderweitig unersetzlichen Facharbeitskräfte durch Einziehung zum Heeresdienste genommen werden, und sie dadurch an der Erfüllung ihrer Verpflichtung gehindert wird."

Bei der Reihenfolge, in der die Zurückstellung der Wehrpflichtigen möglichst erfolgen sollte, ging man von dem Bestreben aus, dem Heere die bereits eingezogenen, besonders die in der Front stehen-

den Leute zu erhalten. Das Prinzip, keine Soldaten, sondern freie Arbeiter an die Arbeit zu schicken, fand in späteren Verfügungen des Kriegsministeriums erneuten Ausdruck.

Um die in erster Linie stehenden Betriebe nicht auf den Weg jedesmaliger Einzelreklamationen zu beschränken, wurden unter Wahrung der allgemeinen Zurückstellungsgrundsätze zunächst in den heimischen Formationen, dann auch im belgischen Besatzungsheere die für die Firmen geeigneten Facharbeiter ermittelt und ihnen zugeteilt.

Der Errichtung einer besonderen Zurückstellungsabteilung stand die Kriegsindustrie nicht sympathisch gegenüber. Sie konnte im Verkehr mit den Beschaffungsstellen und den mobilen Kommandobehörden ihre Wünsche leichter zu Gehör bringen, da die beiderseitigen Interessen an der Zurückstellung eine Strecke lang zusammenliefen. Das wurde jetzt anders. Die neue Stelle war nicht mehr für den Erfolg der vom Lieferanten zu leistenden Arbeiten verantwortlich, sie führte andere Maßstäbe der Beurteilung ein, kurzum, sie vertrat die Gesamtinteressen der Heeresverwaltung, auf die Stärke des kämpfenden Heeres hierbei den Schwerpunkt legend. Dies führte vielfach zu äußerst scharfem Verkehr mit Vertretern ausgeprägter Sonderansprüche, die bei einer ihnen nicht genehmen Entscheidung mit einem nicht weiteren Mitarbeiten drohten.

Bemerkenswert hierfür ist ein Schriftwechsel mit Dr. h. c. Schrödter-Düsseldorf:

In einem Schreiben vom 26. 2. 1915 hatte der Verein deutscher Eisenhüttenleute Düsseldorf unter ausführlicher Darlegung der Wichtigkeit der Manganerzförderung und unter Schilderung des bestehenden Arbeitermangels darauf hingewiesen, daß die vom Kriegsministerium unterm 2. 2. verfügte Zurückstellung noch nicht eingezogener militärpflichtiger Bergleute, sowie die Befreiung der in nicht mobile Formationen eingereihten Bergarbeiter nicht genüge und darüber hinaus auch die Befreiung der bei mobilen Formationen befindlichen Bergarbeiter verlangt. Unterm 5. 3. wurde das Gesuch in dringlichster Form telegraphisch wiederholt. Am 11. 3. verlangte der Verein, daß alle bei Kriegsausbruch im Siegerländer Eisenerzbau tätig gewesenen Bergleute zu ihrer Arbeit sofort beurlaubt würden.

Am 12. 3. wurde dem Verein telegraphisch mitgeteilt, daß die Generalkommandos angewiesen seien, die reklamierten Leute sämtlich

zurückzustellen, auch wenn sie mobilen Formationen angehörten. Der Verein dankte und bat, die nachgeordneten Kommandostellen anweisen zu wollen, bei der Zurückstellung von Bergleuten für den Verein möglichst großzügig vorzugehen. Behufs Klärung einiger in dem Schreiben des Vereins vom 26. 2. 1915 enthaltener Punkte fand am 20. 3. eine Rücksprache mit Herrn Dr. Schrödter statt. Bei dieser wurde ihm von dem leitenden Referenten, Herrn Sichler, mitgeteilt, daß den Wünschen des Vereins entsprochen sei, daß es aber trotzdem nicht sicher sei, ob nun auch alle Leute freigegeben würden, da es gemäß § 99,3 der Wehrordnung der Beurteilung der General-Kommandos unterliege, ob die Rückkehr der Leute im gegebenen Zeitpunkt angängig sei oder nicht. Auch wurde darauf hingewiesen, es müsse damit gerechnet werden, daß je nach den militärischen Erfordernissen eine Wiedereinberufung der jetzt befreiten jüngeren Arbeiter erfolgen könne.

Die vom Referenten gestellten Fragen, ob es nicht möglich sei, mit weniger Kräften als angefordert seien, auszukommen, ob nicht durch ungelernte Arbeiter ein Teil der Facharbeiter ersetzt werden könne, ob nicht im vermehrten Umfange eine Beschäftigung von Frauen und Jugendlichen in die Wege zu leiten sei, und ob die Beschäftigung von Kriegsgefangenen nicht im Bereich der Möglichkeit liege, wurden von Herrn Dr. Schrödter rundweg verneint. Diese Ablehnung war in Beziehung auf die Kriegsgefangenen um so verwunderlicher, als einige Bergwerke im Lahnkreise und solche, die der Deutsch-Luxemburgischen Bergwerks- und Hütten-A.-G. angehörten, Kriegsgefangene in nicht unerheblichem Umfange verwendeten. Es wurde ihm dann mitgeteilt, daß 2000 gelernte Bergleute für Gangerzbergbau in den immobilen Heeresverbänden ermittelt worden seien und daß, wenn weiter dringender Bedarf an Bergleuten für Gangerzbergbau vorliege, er die Plätze angeben möchte, wo diese Leute gebraucht würden. Dies wurde in Aussicht gestellt, ist aber nicht erfolgt.

Bestrebungen großindustrieller Vertreter, vorzugsweise des Kriegsausschusses der deutschen Industrie und der Vereinigung deutscher Arbeitgeberverbände, den Arbeitszwang einzuführen, konnten nach dem bisher in dieser Frage eingenommenen Standpunkt beim Kriegsministerium auf keinen Erfolg rechnen. Vielmehr ging man dazu über, die Arbeitnehmerverbände zur Mitarbeit heranzuziehen.

Um sich Gewißheit zu verschaffen, daß die vom Heeresdienst befreiten Arbeitskräfte auch wirklich im Heeresdienste arbeiteten und nicht zur Herstellung von Ausfuhrgütern verwandt wurden, sah sich das Kriegsministerium zu kontrollierenden Maßnahmen gezwungen. Diese Kontrolle wurde von der Industrie vielfach angegriffen. Wie richtig sie war, zeigten spätere Tatsachen.

Die Arbeitnehmerorganisationen verhielten sich anfangs zurückhaltend, beteiligten sich dann aber an der Mitarbeit. Durch ihre Hilfe wurden die Überstunden und Feiertagsarbeit erreicht, und viele unerfüllbare Wünsche der Arbeitnehmer gemäßigt.

Die Landwirtschaft trat Anfang 1915 nur selten mit Wünschen hervor. Ihre Hauptklagen betrafen die Entziehung von Arbeitskräften durch die Industrie. Diese Klagen waren zum Teil gerechtfertigt. Die Landwirtschaft vor solchen Übergriffen zu schützen, mußte die Aufgabe des Kriegsministeriums sein, das dabei auf den Weg der Selbsthilfe gegenüber der kriegswirtschaftlich gebotenen legalen Arbeiternachfrage hinwies.

Die rechtzeitige und vollständige Durchführung der Frühjahrsbestellung veranlaßte die Heeresverwaltung, organisatorische Maßnahmen durch die stellvertretenden Generalkommandos im Benehmen mit den zutreffenden Zivilbehörden schleunigst treffen zu lassen. Da diese Maßnahmen auch für die folgenden Jahre die Unterlage bildeten, mögen sie hier angeführt werden[1]).

Auch auf die Wichtigkeit der rechtzeitigen Beschaffung und Instandsetzung der Motorpflüge, Dampfpflüge wie überhaupt aller landwirtschaftlichen Maschinen und Geräte wurde hingewiesen.

Die ungünstigen Ernteverhältnisse 1916 veranlaßten das Kriegsministerium unterm 20. 6. 1916 darauf hinzuweisen, daß Unteroffizier-Schüler und Vorschüler, Angehörige der Militärwaisenhäuser und Leute aufgelöster Grenzformationen zu Erntearbeiten zur Verfügung ständen. Jedenfalls dürfe nichts unterlassen bleiben, was die vollständige Durchführung aller Arbeiten während der Erntezeiten sicherstelle; die Verantwortung für den vollen Erfolg trage das stellv. General-Kommando.

Das Interesse der Volksernährung erforderte die Wiedereinrichtung einer bedeutenden Menge von Wohn- und Wirtschaftsstätten in

[1]) Anlage 1.

Ostpreußen, insbesondere von Scheunen und Ställen. Für die Durchführung der notwendigsten Einrichtungen waren 15000 bis 20000 Bauarbeiter erforderlich. Sie wurden aus militärfreien Arbeitern zum größten Teil aufgebracht.

Um andererseits wieder Kräfte freizumachen, wurden die stellvertretenden Generalkommandos angewiesen, in der Ausführung befindliche öffentliche Bauten, die nach Ansicht der auftraggebenden Behörden entweder ohne weiteres oder nach Durchführung einiger unumgänglicher Bausicherungsmaßnahmen stillgelegt werden konnten, im Einvernehmen mit der maßgebenden Behörde sofort einstellen zu lassen.

Der Marine versuchte das Kriegsministerium zu helfen, soweit es die Ersatzlage irgend zuließ. Das wird mir der Vizeadmiral Hebbinghaus bestätigen müssen, mit dem ich jahrelang in treuer, durch keine Disharmonie getrübten Arbeit zusammen gewirkt habe.

Die behördlichen Beschaffungsstellen waren vielfach in einem schwierigen Zwiespalt der Pflichten und Interessen, da sie gerade damals von der Leistungswilligkeit der Industrie abhängig waren. Dadurch entstanden Schwierigkeiten in der Durchführung der von A D (B 5 S) herausgegebenen Grundsätze.

Die mobilen Kommandostellen übersahen zu wenig die militärischen und wirtschaftlichen Verhältnisse der Heimat. Ihre Stellungnahme zu den Zurückstellungsgesuchen war von dem jeweiligen Interesse beeinflußt, je nachdem im Augenblicke mehr Gewicht auf die Gefechtsstärke oder auf Materialbestände gelegt wurde.

Hierdurch entstanden vielfach wenig glückliche Eingriffe dieser Stellen in die Zurückstellungen. So erschienen plötzlich auf Veranlassung eines Oberkommandos einige tausend Schlächter in der Heimat, die als gänzlich unnötig nur schleunigst zurückzubefördern waren.

Dagegen waren die stellvertretenden Generalkommandos zum größten Teil in den Gedankengang des Kriegsministeriums eingedrungen. Stellenweise waren schon besondere Bearbeiter eingestellt, die sich der Tragweite ihrer Entschließungen bewußt waren und das richtige Abwägen der Forderungen in Betreff der Heeresstärke und der Kriegswirtschaft erkannt hatten. Die geschilderten Zustände mußten zu einer Reform in doppelter Richtung führen.

Zunächst mußte eine straffere Organisation innerhalb des Kriegsministeriums eintreten. Hierzu wurde das Zurückstellungsreferat mit

einem Ausfuhr- und Einfuhr-Referat zu einer Abteilung für Ausfuhr, Einfuhr und Zurückstellung A Z vereinigt, in der es die Bezeichnung A Z (S) führte. Späterhin (19. 1. 16) wurde das Zurückstellungsreferat der A Z (S) mit dem Ersatzreferat der C 1 zu einer neuen II. Ersatzabteilung unter Oberst Ritter und Edler v. Braun zusammengestellt, zu der noch ein Referat für Statistik hinzutrat.

Als erstes wurden von dieser Abteilung sogenannte „Kriegsbedarfslisten" herausgegeben. Sie wurden in 14 täglich abgehaltenen Sitzungen mit Vertretern der Beschaffungsstellen festgestellt, um die Reihenfolge der Beschaffungen nach ihrer Wichtigkeit zu bestimmen und die Stellen über den Stand der Ersatzfrage zu unterrichten. Sie wurden am Ende des Jahres abgeschafft, als die Verhältnisse ausreichend geklärt waren. Wichtiger als vorstehende Reform war das Streben, die Behandlung der Arbeiterfragen, die Zurückstellungsgrundsätze und das Zurückstellungsverfahren zu ändern. Es führte zur Herausgabe neuer „Richtlinien für die Behandlung der Arbeiterfrage in den für Kriegsbedarf tätigen Gewerbezweigen." (15. 6. 15.)[1])

Sie bezweckten in erster Linie eine Dezentralisation des Zurückstellungsverfahrens dadurch, daß die stellvertretenden Generalkommandos erste Instanz für die Behandlung der gesamten kriegswirtschaftlichen Arbeiterfragen unter Leitung des Kriegsministeriums wurden, und enthielten Unterweisungen der Generalkommandos für diese ihre Aufgabe.

An Stelle der empfohlenen Prüfungskommissionen für Befreiung vom Fortbildungsschulunterricht bestimmte ein Erlaß des Ministers für Handel und Gewerbe, daß die Entscheidung über Befreiungsgesuche behufs Verwendung im kriegswirtschaftlichen Betriebe in erster Instanz der Schulvorstand zu treffen habe, daß aber zu den Beratungen ein Offizier mit vollem Stimmrecht zuzuziehen sei. Als zweite Instanz wurde der Regierungspräsident und der Oberpräsident bestimmt. Auch hier sollte das Gutachten eines Offiziers herangezogen werden.

In einem Schreiben vom 2. 3. 1916 an den Staatssekretär des Reichsmarine-Amtes wurde betont, daß die für Werften und U-Bootsfirmen unentbehrlichen Facharbeiter und Angestellten ohne Rücksicht auf ihre militärische Verwendungsfähigkeit und Jahrgangszugehörigkeit den Betrieben auch fernerhin belassen würden. Die Zuführung

[1]) Anlage 2.

neuer Kräfte war in der Weise beabsichtigt, daß die stellvertretenden Generalkommandos jeden dafür geeigneten, nicht kriegsverwendungsfähigen Mann zur Verfügung zu stellen hatten. Dies sollte möglichst schnell geschehen. Auch bei der Heranziehung ausländischer Arbeiter sollten alle für Marinearbeiten geeigneten Leute dieser Tätigkeit mit Vorrang vor anderen wichtigen Kriegslieferungen zugeführt werden. Bald aber zwang die Ersatzlage auch hier dazu, in den genannten Betrieben diese ihnen zuzuführenden Ersatzkräfte im Austausch zur Freimachung von kv. Leuten der ersten Kategorie (sog. Unentbehrliche) anzulernen und zu verwenden. Hiervon bei der U-Boot-Industrie abzugehen, war um so weniger zu ermöglichen, als sie zum weitaus überwiegenden Teil neben den U-Bootslieferungen auch mit anderen Kriegsarbeiten beschäftigt war, so daß die Verwendung der Arbeiter einer zuverlässigen Nachprüfung auf das Vorliegen der bevorrechtigten U-Bootsarbeit kaum zugänglich war.

In gleicher Weise wie auf dem U-Bootsarbeitsgebiet sollten alle Wünsche der Werften nach Verstärkung ihrer Arbeiterverbände zwecks dringender Instandsetzungsarbeiten behandelt werden. Aus dem Ernst der Ersatzlage wurde dem Staatssekretär gegenüber kein Hehl gemacht, und seine Unterstützung zum Herausziehen aller irgendwie entbehrlichen Elemente gefordert.

Ende 1915 wurde ein Sachverständigendienst zur Nachprüfung der Arbeiterverhältnisse in der Kriegsindustrie bei den stellvertretenden Generalkommandos eingerichtet, nachdem ein solcher schon vorher (Sommer 1915) im Kriegsministerium geschaffen war. Bei der Auswahl mußte im allgemeinen wirtschaftliche Unabhängigkeit und somit Gewähr für ein sachliches und unbeeinflußtes Urteil des Beraters vorhanden sein. Durch diese Einrichtung hoffte man den Klagen über unsachgemäße Entscheidungen bei Zurückstellungen abzuhelfen. Die Einrichtung hat sich bewährt.

Um die von Tag zu Tag schwieriger werdende Aufgabe zu lösen, dem Heere möglichst wenig wehrpflichtige Leute zu entziehen, die für Kriegsbedarf tätigen Betriebe aber so arbeitsfähig als nur irgend möglich zu erhalten und um sicher zu gehen, daß kein Auftrag mit Hilfe von Wehrpflichtigen ausgeführt wurde, der von anderen Werken ohne derartige Wehrpflichtige oder mit einer geringeren Zahl geleistet werden konnte, mußten zur Ausführung der Aufträge alle dazu fähigen Werke

der Industrie und des Handwerks herangezogen werden. Diesem Gesichtspunkt entsprachen die „Einkaufsgrundsätze" vom 20. 8. 1915. Danach sollten künftig die Lieferungsbedingungen die Bestimmung erhalten, daß der Kontrahent sich verpflichtete, die Arbeit lediglich mit nicht kv. Arbeitskräften durchzuführen, wobei ihm u. U. die Weitervergebung einzelner Teile des Auftrages mit der Maßgabe gestattet werden konnte, daß seine Hintermänner die gleiche Verpflichtung übernahmen.

Die Verfügung sah von vornherein für Betriebe mit technisch besonderen Anforderungen Ausnahmen vor, also besonders auch für viele große Betriebe der Eisen- und Stahlindustrie.

Bei Firmen, die bereits kv. Arbeiter beschäftigten, sollte in neuen Kontrakten hingewirkt werden, die Zahl zu verringern. Hierzu waren die Firmen zu veranlassen, sich aller Mittel zur Beschaffung von Ersatz-Arbeitskräften für zurückgestellte Kriegsverwendungsfähige zu bedienen. Als solche wurden die Anlernung von Arbeitslosen, von gelernten und ungelernten Arbeitern aus stilliegenden oder schwach beschäftigten Industrien, vermehrte Heranziehung von Frauen und Jugendlichen (die Behauptung, daß man hinsichtlich der Frauen bei der Eisenindustrie schon an die Grenze des Möglichen gegangen sei, war nicht zutreffend; diese war 1917 noch nicht erreicht), Beschäftigung von Kriegsbeschädigten, Beantragung von Gefangenen, Heranziehung von Arbeitern aus den besetzten Gebieten, aus neutralen und verbündeten Ländern, Beschäftigung arbeits- und garnisonverwendungsfähiger Wehrpflichtiger, empfohlen.

Erst wenn nach Befragen der Handelskammer, Handwerks- und Gewerbekammern, sowie Gewerbeinspektionen einwandfrei festgestellt war, daß andere ohne Kv. arbeitende leistungsfähige Betriebe, die hätten herangezogen werden können, nicht mehr vorhanden waren, konnte ausnahmsweise die Bewilligung der Zurückstellung von kv. Leuten für den ursprünglichen Lieferanten in Frage kommen.

Diese „Einkaufsgrundsätze" stießen auf erheblichen Widerstand seitens der davon betroffenen Beschaffungsstellen und Unternehmerkreise, die ihre von lange her befestigten Monopolbeziehungen gefährdet sahen.

Den Einkaufsgrundsätzen folgten die „Handelsgrundsätze", die durch Anerkennung des soliden Zwischenhandels als eines legitimen

Gliedes erst die Wege für die Kriegswirtschaft ebneten, auf denen sich dann die den „Einkaufsgrundsätzen" gerecht werdende Auslese der Industrie vollziehen konnte.

Eng verbunden mit der Ersatzfrage war die der Ausfuhr. In einer dem stellvertretenden Kriegsminister eingereichten Denkschrift wurde sie vom Standpunkt kriegs-ökonomischer Verwendung der Menschenkräfte behandelt; ihr folgte eine zweite, die eine Bearbeitung der Valutafrage enthielt.

Im Juni 1915 wurde das Departement vom Kriegsminister im Großen Hauptquartier in Anbetracht der Klagen der Rüstungsfirmen über Arbeitermangel, rücksichtsloses Heranziehen Zurückgestellter und Unstetigkeit dieser aufgefordert, sich zur Frage des Arbeitszwanges zu äußern. Bei der Wichtigkeit der Sache lasse ich die Antwort folgen. [1])

Vielfach erschwerte das Lohnangebot des Arbeitgebers, das manchmal den Verlust der militärischen Gebührnisse und Familienunterstützung nicht ausglich, die Arbeitsannahme. Hier wurde durch Einwirkung auf den Arbeitgeber und in Notfällen im Wege der Kriegswohlfahrtspflege geholfen.

Die häufigen Wünsche der Arbeitgeber, ihnen die vor dem Kriege bei ihnen beschäftigt gewesenen und eingezogenen Arbeiter auch ohne deren Einverständnis zu überweisen, konnten nicht erfüllt werden. Dies hätte dem Grundsatz der „freiwilligen" Arbeit widersprochen. Es wurde aber angestrebt und die stellvertretenden Generalkommandos wurden ersucht, einen Austausch von Arbeitskräften zwischen verschiedenen Betrieben zu vermitteln, wenn Arbeitgeber und Arbeiter sich darüber einigten.

Die Durchführung der freiwilligen Arbeit wurde durch die Arbeiter- und Angestelltenverbände erleichtert, deren Disziplin die Verbandsmitglieder an die Stellen wies, an denen die Kriegswirtschaft sie brauchte. Durch alle diese Maßnahmen war es gelungen, während der ersten 12 Monate des Krieges der Industrie rund 1 350 000 Zurückgestellte für den Heeresdienst zu entziehen.

Eine Verfügung des Kriegsministeriums vom 11. 4. 1916 empfahl den stellvertretenden Generalkommandos allgemein, für die Zeit des Krieges an die Bildung ähnlicher Ausschüsse für die Metallindustrie, sowie für die Industriezweige heranzutreten, die Metallarbeiter be-

[1]) Anlage 3.

schäftigten, wie sie in Berlin im „Kriegsausschuß“ [1]) bestand. Im Falle der Ablehnung der Verbände sollte unter dem Vorsitz eines Sachverständigen-Offiziers eine amtliche Schlichtungsstelle eingerichtet werden, zu der je ein Arbeitgeber- und Arbeitnehmervertreter als Beisitzer heranzuziehen wären. Zweck dieser durch die Arbeitnehmer angebotenen Einrichtung war Schlichtung von Streitigkeiten bei einem Wechsel der Arbeitsstelle. Richtlinien, die sich aus den Erfahrungen von Berlin ergaben, wurden beigegeben.

Gegenüber der landwirtschaftlichen Arbeit sah das Departement von weiteren Maßnahmen ab. Es bestand kein Bedürfnis dafür, die Arbeitgeber hatten es in der Hand, sich ihre Leute zu erhalten, wenn sie bei auskömmlichen Löhnen möglichst langfristige Verträge abschlossen und in geeigneter Form an das Pflichtgefühl der Arbeiter appellierten.

Die Lohnfrage bildete bei der zunehmenden Teuerung eine Grundbedingung ungestörter Arbeit. Hier mußte wiederholt eingeschritten werden. Es war bedauerlich, daß manche Arbeitgeber dies nicht erkannt hatten oder nicht erkennen wollten. Manche Unzufriedenheit und Streiks hätten vermieden werden können.

Den Chefs der stellvertretenden Generalkommandos gegenüber äußerte ich, daß berechtigte Streiks eigentlich nicht mehr vorkommen dürften, sie wären ein Beweis, daß die in Betracht kommenden Stellen nicht genügend über die Verhältnisse unterrichtet gewesen seien und daher nicht rechtzeitig eingegriffen hätten.

Besondere Schäden waren bei der Heimarbeit zu überwinden. Es war schamlos, wie einige Lieferungsstellen sich hier, besonders in bezug auf die Löhne, verhalten hatten. Rücksichtslos und erfolgreich wurde eingegriffen.

In der Frage der Kreditbeihilfe für den gewerblichen und kaufmännischen Mittelstand nahm das Kriegsministerium den Standpunkt ein, daß es grundsätzlich am Fortgang der Frage beteiligt werden müsse, da es sich um die Fürsorge für Familien aktiver Teilnehmer, d. h. um die Erhaltung der Kriegsfreudigkeit hinter der Front und mittelbar dadurch in der Front handele.

Bei den Beratungen setzte der Vertreter des Kriegsministeriums seinen Einfluß ein, um die unentgeltlichen Beratungs- und Fürsorge-

[1]) Vgl. S. 103

stellen besonders für das Handwerk in allen Gemeinden durchzusetzen. Eine im August 1914 in Starnberg (Ober-Bayern) von Herrn Sichler eingerichtete Stelle hatte segensreich gewirkt. Die Notwendigkeit solcher Stellen wurde dann allgemein anerkannt.

In der Industrie wurde die Ordnung mühsam abgeschlossener Tarife durch Teuerungszulagen, die der Erhöhung der Preise folgten, gelockert. Man einigte sich, nicht mehr hohe Löhne zu zahlen, sondern billige Lebensmittelpreise zu schaffen.[1]) Hierzu wurde die Einrichtung von Groß-Speiseanstalten von Reichswegen, die aber nicht den Charakter von Wohlfahrtseinrichtungen haben sollten, angestrebt. Dieser Gedanke wurde von dem Vertreter der Gewerkschaften, Herrn Robert Schmidt, und dem Geschäftsführer der Berliner Konsumgenossenschaften, Herrn Junge, abgelehnt. Eine Notlage wurde von ihnen nicht anerkannt, da die Löhne ausreichend wären. Außerdem wurde als Grund angegeben, daß der Lebensmittelkleinhandel durch eine solche allgemeine Einrichtung empfindlich getroffen würde.

Das Kriegsministerium suchte durch Überlassung von Feldküchen an Städte, wo Not herrschte, zu helfen.

Im Interesse der Arbeitsfreudigkeit mußte das Kriegsministerium auch der Wohnungsfrage, besonders bei plötzlich neu entstehenden Anlagen und den sanitären Maßnahmen in den Fabriken seine Aufmerksamkeit zuwenden. Ein Reichskommissar wurde zur Regelung dieser Fragen eingesetzt.

Auch erklärte sich das Kriegsministerium damit einverstanden, daß Angestellten, die im Interesse der Kriegswirtschaft zurückgestellt waren, ein Erholungsurlaub von 7 Tagen gewährt werden könne.

Nicht immer leicht war es, die einmal bestehenden Gegensätze zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern auszugleichen. Je stärker die persönlichen Brücken in der Annäherung der Grundanschauungen und in der daraus erwachsenden gegenseitigen Achtung waren, um so leichter war die Verständigung.

Das Wirken der Gewerkschaften auf diesem Gebiet muß grund-

[1]) Ich bin der Meinung, daß die Fortführung dieses Gedankens auch nach der Revolution uns vor der späteren unsinnigen Lohntreiberei bewahrt hätte. Wären die für Arbeitslose bzw. -scheue ausgeworfenen Millionen zur Steigerung der landwirtschaftlichen Produkte verwandt worden, so könnten wir jetzt alle besser und billiger leben, und die Unzufriedenheit wäre geringer.

sätzlich gewürdigt werden. Ich habe mit ihnen zum Segen des Vaterlandes zusammengearbeitet. Solange die Arbeiterfragen in meinem Departement bearbeitet wurden, habe ich nicht über sie zu klagen gehabt, und ich glaube, daß auch sie meinen guten Willen erkannt haben.

Hinsichtlich der freien Arbeit heißt es in einer Denkschrift der Gewerkschaften:

„Man kann — vielleicht? — rechtlose Menschen zwingen, täglich eine bestimmte Zahl von Stunden an der Arbeit zu stehen, aber man kann sie nicht zwingen, gut und wirksam zu arbeiten. Die Erfolge, die Deutschland während dieses Krieges mit seiner allen Zwang abholden Arbeiterpolitik erzielt hat, sprechen die deutlichste Sprache, namentlich, wenn man sie mit den relativen Mißerfolgen zusammenhält, die in anderen Ländern, z. B. in Österreich-Ungarn, aber auch in Großbritannien mit der Politik des Zwanges und der Diktatur gemacht worden sind."

Es ist dies derselbe Gedanke, der das Departement während des Krieges geleitet hat.

Waren die Gewerkschaften einerseits für die freie Arbeit, so haben sie andererseits versucht, ihre Mitglieder zur äußersten Arbeit anzuhalten. „Arbeit ist Kriegspflicht" haben sie ihuen zugerufen.

Dies Verhalten hatte seine Wirkung auf die Streiks, deren Zahl in der ersten Hälfte des Krieges gegen die Friedenszeiten verschwindend war. So gab es

1914

26 Streiks mit 6090 verlorenen Arbeitstagen und 2084 Streikenden

1915

137 Streiks mit 41838 verlorenen Arbeitstagen und 11639 Streikenden

1916

240 Streiks mit 45404 verlorenen Arbeitstagen und 124188 Streikenden

(nach Reichs-Arbeitsblatt vom 27. 11. 1919).

Die in den Richtlinien hinsichtlich der Arbeiterbeschaffung gegebene Reihenfolge blieb bestehen.

Um eine sichere Bürgschaft zu haben, daß keine Arbeitskraft unausgenutzt blieb, wurde zwischen den stellvertretenden Generalkommandos und den öffentlichen Arbeitsnachweisverbänden eine Arbeitsgemeinschaft hergestellt, dergestalt, daß die Genehmigung von Zurück-

ſtellungsgeſuchen von kv. Arbeitern fortan davon abhängig gemacht wurde, daß der örtlich zuſtändige Arbeitsnachweisverband beſcheinigte, keine anderen geeigneten militärfreien Arbeitsloſen vermitteln zu können. Hierdurch wurde den öffentlichen Arbeitsnachweisverbänden die Verfügungsgewalt über die ſämtlichen nicht gewerbsmäßigen Arbeitsnachweiſe gegeben.

Als Beiſpiel für den Nutzen dieſer Maßnahme führe ich an, daß bei dem Verband märkiſcher Arbeitsnachweiſe in dem I. Quartal 1916

Geſuche eingingen	davon Beſcheinigung		
	erteilt	abgelehnt	bedingt erteilt wurde
454 für 1423 Perſonen	210 für 473 Perſonen	218 für 896 Perſonen	26 für 54 Perſonen

Die Induſtrie klagte bald darüber, daß es den öffentlichen Arbeitsnachweisverbänden bei ihrem einſeitig behördlichen Zuſchnitt vielfach an der nötigen ſachlichen Orientierung fehle. Sie ſchlug vor, die neu gebildeten Zentralauskunftsſtellen mit der Begutachtung der Reklamationen zu beauftragen. Das Kriegsminiſterium konnte dem nicht zuſtimmen, da dieſe Stellen nicht die unparteiiſch wirkenden, über das ganze Reich ausgedehnten Verbände erſetzen konnten. Dagegen wurde ihre Heranziehung als Erweiterung des Verfahrens ins Auge gefaßt.

Hinſichtlich der Inſerate zur Anwerbung von Arbeitskräften wurde in einer Beſprechung der in Betracht kommenden Stellen feſtgelegt, daß Inſerate unter Chiffre und Anzeigen unter Deckadreſſen jeder Art unnötig ſeien, ihr Verbot beſtehen bleiben könne, daß aber Inſerate mit voller Namensnennung für notwendig gehalten würden. Stellengeſuche von Arbeitern unter Chiffre ſeien zu verbieten, ſolche von techniſchen und kaufmänniſchen Angeſtellten, da ſie den tatſächlichen Bedürfniſſen entſprächen, zu geſtatten.

Außer durch die Arbeitsnachweiſe wurde auf jede andere irgend mögliche Weiſe verſucht, Arbeitsloſe zu ermitteln. Eine beſondere Gelegenheit dazu gab die im Juli 1915 drohende Arbeitsloſigkeit unter den Textilarbeitern. Der Erfolg war ſehr verſchieden. Während es auf der einen Seite gelang, große Ergebniſſe zu erzielen — kräftige Textilarbeiter gingen zum Bergbau —, gelang es an anderen Stellen nicht, die ſeßhafte Bevölkerung zum Wechſel der Beſchäftigung und des Wohnortes zu bewegen. Viel trug hierzu das Verhalten der

Textilindustriellen bei, die durch hohe Unterstützungen die Abwanderung zu verhindern suchten in der Furcht, ihre Angestellten dauernd zu verlieren.

Die Heranziehung von Elementen, die sich durch Ehrenstrafen für den Dienst im Heere unwürdig gezeigt hatten, wurde fallen gelassen, Vertreter der Landwirtschaft und Industrie verzichteten darauf, da ein brauchbares Material hierunter nicht gefunden werden konnte.[1])

Den Schwerpunkt legte das Kriegsministerium auf die Anlernungsarbeit, da auf diese Weise noch kv. Leute freigemacht werden konnten. Diese Anlernung sollte in den Betrieben selbst erfolgen; wo dies nicht angängig war oder nicht ausreichte, in besonderen Lehrstätten. Sie ging unter kräftiger Förderung der Arbeitgeber und -nehmer von statten.

Ein weiteres Mittel, Ersatz frei zu machen, war die Zurückleitung Kriegsbeschädigter in die bürgerliche Arbeit, die allgemein gute Ergebnisse erzielte. Eine Anfang 1916 gestellte Rundfrage ergab, daß von 178 220 in Ersatzformationen usw. befindlichen arbeitsfähigen Genesenen nur 532 = 0,29 % Berufsarbeit ablehnten.

Der Jugendfrage legte das Kriegsministerium große Bedeutung bei. Die Heranziehung der Jugend zur Arbeit in der Kriegswirtschaft erfolgte in großem Umfange. Leider stand hiermit in engem Zusammenhange die zunehmende Verwilderung der Jugendlichen. Hiergegen mußte vorgegangen werden. Die vom Oberkommando in den Marken erlassene Sparzwang-Verfügung stieß auf heftigen Widerstand, obwohl sie sich glänzend bewährt hat. Sie fand bei vielen stellvertretenden Generalkommandos Nachahmung, andere kamen ohne sie aus.

Die Frau mußte in immer größerem Maße in die Kriegswirtschaft einziehen, das verlangte die Lage. Erforderlich war nur rechtzeitige und gründliche Anlernung, Erleichterung eines zeitweiligen Verlassens der Wohnstätte durch Vermehrung der Unterbringungsmöglichkeiten für die Kinder der Arbeitsuchenden, Einrichtung von Halbtagesschichten

[1]) Der Gedanke wurde Ausgang 1917 erneut aufgegriffen. Es fanden eine Reihe von Einstellungen derartiger Leute — nach Löschung ihrer Vorstrafen — in die kämpfende Truppe statt. Jeder einzelne Fall wurde durch eine aus Vertretern des preußischen Ministeriums des Innern, des Justizministeriums und des Kriegsministeriums bestehende Kommission genau geprüft. Schlechte Erfahrungen sind meines Wissens nicht gemacht worden. Näheres s. S. 96.

und von besonderen Betriebswerkstätten, Schaffung einwandfreier Wohngelegenheiten für auswärtige Arbeiterinnen und endlich Wahrung der in gesundheitlicher und sittlicher Richtung gebotenen Rücksichten. Besonders wurde die Heimarbeit gefördert, die Beschaffungsstellen wurden aufgefordert, ihr nicht nur mehr Aufträge zuzuteilen, sondern auch die Lieferanten durch Bedingungen zu zwingen, alles was irgend möglich war, durch sie ausführen zu lassen. Auch auf Heranziehung der Gefängnisarbeit wurde hingewiesen.

Die Beschäftigung der Kriegsgefangenen in der Kriegswirtschaft war leider einem anderen, dem Unterkunftsdepartement, übertragen Sie erfolgte in weitgehendem Maße. Dabei vertrat das Departement, ebenso wie den internierten Ausländern gegenüber, den Standpunkt, von einer rein zwangsweisen Heranziehung abzusehen.

Eine Verfügung des Kriegsministeriums vom September 1915 wies auf den Ersatz kriegstauglicher Arbeiter durch ausländische Arbeiter aus dem besetzten Gebiete hin. Ihr lag beiliegende Denkschrift [1]) zu Grunde. Hierzu mußten gewisse hemmende Bestimmungen geändert werden. Eine zwischen Kriegsministerium, Handelsministerium und Generalgouvernement Belgien stattgehabte Besprechung [2]) hatte das Ergebnis, daß zur Gewinnung belgischer Arbeiter von einem unmittelbaren Zwang abzusehen, dafür aber das ganze Gewicht der Bemühungen auf die Verbesserung des Anwerbeverfahrens zu legen sei. Hierzu sollte das Industrie-Büro Brüssel in seiner überwiegend von der westdeutschen Schwerindustrie beherrschten Zusammenstellung nicht weiter arbeiten, sondern auf eine breitere Interessen- und Arbeitsgrundlage gestellt und ihm ständige Mitarbeiter aus den Kreisen sämtlicher in Betracht kommender Gewerbezweige zugeteilt werden. Durch die Einsetzung eines Regierungskommissars bei dieser Stelle hoffte das General-Gouvernement einen festeren Zusammenhang mit seiner Abteilung für Handel und Gewerbe zu erreichen. Das Kriegsministerium empfahl ein Zusammenarbeiten des Industriebüros mit den öffentlichen deutschen Arbeitsnachweisen derart, daß diese ihren Bedarf jenem melden und außerdem mitteilen sollten, für welche Betriebe belgische Arbeiter wegen unerwünschter Konkurrenz mit deutschen nicht in Frage kämen.

[1]) S. Anl. 4.
[2]) S. Anl. 5.

Die Unterbringung der anzuwerbenden Belgier sollte ferner nicht mehr von der Zustimmung des Kriegsausschusses der deutschen Industrie abhängig gemacht werden, sondern hierfür die Genehmigung des zuständigen stellvertretenden Generalkommandos und Regierungspräsidenten genügen.

Das Kriegsministerium stimmte einer vermehrten Beschäftigung belgischer Werke zu, die zu einer Entlastung der deutschen Kriegsindustrie führte.

In gleichem Sinne wurde an das General-Gouvernement Polen herangetreten. Die Anwerbung erfolgte ausschließlich durch die deutsche Arbeiterzentrale und durch die beim Polizeipräsidium in Lodz und Warschau eingerichteten Arbeitsämter. So wurden im Jahre 1915 von der Arbeiterzentrale rund 30 000 landwirtschaftliche und 12 000 industrielle Arbeiter über die Grenze gebracht. Lodz vermittelte 19000, davon 2000 landwirtschaftliche, Warschau seit 1. September 7000. Rechnet man die durch freie Werbung erlangten Kräfte hinzu, so beträgt die Gesamtzahl rund 75000.

Einer Anwerbung in den von Österreich-Ungarn besetzten russisch-polnischen Gebieten stand das Auswanderungsverbot der öst.-ung. Verwaltung entgegen. Der öst.-ung. Arbeitsmarkt bot wenig, dagegen gelang es, zu erreichen, daß bei Einstellungsanträgen Österreich-Ungarns für in Deutschland beschäftigte Facharbeiter die stellvertretenden Generalkommandos nach Prüfung der Sachlage und unter Benachrichtigung der Firma die provisorische Belassung des Arbeiters an seiner Arbeitsstelle verfügen konnten. Nachricht von dem Verfügten war gleichzeitig dem öst.-ung. Konsulat unter Beifügung eines Fragebogens zu geben, und der Antrag selbst dem k. k. Kriegsministerium Wien zu übersenden, das die endgültige Entscheidung zu treffen hatte.

Auch in der Türkei wurde versucht, Arbeitslose zu bekommen, besonders aber die der Türkei überlassenen deutschen Facharbeiter und Techniker wieder freizumachen.

Für das neutrale Ausland wurde der deutschen Arbeiterzentrale das Monopol der Vermittelung übertragen.

Gegen Abwanderung deutscher, auch nicht wehrpflichtiger Reichsangehöriger ins Ausland wurden strenge Sicherheitsvorkehrungen getroffen.

In der Frage der Zurückstellungen mußte mit der größten Genauigkeit und Schärfe vorgegangen werden. Die Heranziehung der Arbeitsnachweise (s. S. 116), die nicht zu unterschätzende Kontrolle durch die zahlreichen teils anonymen, teils unterschriebenen Anzeigen, die leider vielfach berechtigt waren (von den im März-Oktober 1915 eingegangenen 226 anonymen Anzeigen erwiesen sich 53 als berechtigt und führten zur Einziehung von etwa 650 Leuten), die Herausgabe eines Merkblattes, das einen Überblick über die Möglichkeit der Beschaffung militärfreier Arbeitskräfte enthielt und einen Appell an das Volk darstellte, trugen viel zur Erreichung des Zieles bei. Die Prüfung von Zurückstellungsgesuchen an Ort und Stelle durch die Gewerbeaufsichtsbehörden, Besichtigungen durch Sachverständige des Kriegsministeriums und der stellvertretenden Generalkommandos, die gleichzeitig auf rationelle Arbeitsmethoden zwecks Ersparnis von Menschenkräften hinwirken sollten, ersetzten immer mehr schriftliche Gutachten. Gegenüber Äußerungen, es sei auf diesem Gebiet nicht mit genügender Strenge vorgegangen, muß ich betonen, daß dieser Vorwurf für die Zeit der Zugehörigkeit des Ersatzwesens zum A D, wie schon aus dem Vorhergehenden sich ergibt, nicht berechtigt ist. Daß es trotz aller Maßnahmen vaterlandslosen Gesellen gelang, sich ihrer Pflicht zu entziehen, lag in den Verhältnissen und wird leider immer vorkommen. Es sind auch sicherlich Begünstigungen bei Reklamationen vorgekommen, ohne daß man sie hindern konnte. Aber wo geschahen solche Begünstigungen nicht? Es gibt leider genug Beispiele solcher Fälle, die sich in dem Feldheere zutrugen. Der Apparat war eben zu groß, und die Leute, die zu seiner Bedienung herangezogen werden mußten, hatten vielfach entweder nicht das strenge Pflichtgefühl des deutschen Soldaten und Beamten, oder sie unterlagen, verhältnismäßig gering besoldet, den Bestechungsversuchen bemittelter Kriegsschieber.

Die Verfügung, wonach für die Zurückstellung vom Heeresdienst nur Garnison- oder Arbeitsverwendungsfähige, sowie Kriegsverwendungsfähige über 39 Jahre in Betracht kamen, konnte bei der Ersatzlage 1916 hinsichtlich der letzten Kategorie nicht mehr durchgeführt werden. Die Altersgrenze konnte keine entscheidende Bedeutung mehr haben. Immerhin mußte auf die Heranziehung der jüngeren Jahrgänge im Interesse des kämpfenden Heeres der Hauptnachdruck gelegt werden. Dies entsprach auch den Anschauungen weiter Volkskreise.

Um Störungen in der Ausführung von Kriegsaufträgen zu vermeiden, sollten Einziehungen nur allmählich und im Einvernehmen mit der betreffenden Firma, die rechtzeitig vorher zu verständigen war und nur, wenn technisch vollwertiger Ersatz zur Verfügung stände, erfolgen. Auf diese letzte Voraussetzung bezogen sich manche Betriebe bei jeder Gelegenheit und gaben sich, darauf pochend, daß das stellvertretende Generalkommando technisch vollwertigen Ersatz stellen müsse, keine Mühe, selbst für Ersatz zu sorgen. Sie erschwerten dadurch dem stellvertretenden Generalkommando die Aufgaben der Ersatzgestellung außerordentlich. Es wurde sogar mit der Einstellung des Betriebes im Falle der Einziehung von Arbeitskräften gedroht. Daneben ging das Bestreben, die Behörden gegen einander auszuspielen. Eine Berechtigung dieses Verhaltens konnte das Kriegsministerium natürlich nicht anerkennen.

Zur Erleichterung wurde den stellvertretenden Generalkommandos empfohlen, Listen einzuführen, die drei Gruppen enthielten:

1. Leute, die als unabkömmlich für die Dauer der laufenden Kriegsaufträge anzusehen waren, und für die auch kein vollwertiger Ersatz gefunden werden konnte,
2. schwer Abkömmliche, die aber nach Anlernung geeigneter Kräfte ersetzt werden konnten,
3. sofort Entbehrliche.

Wirklich unersetzbare Kräfte waren, wenn die Dauer eines Auftrages nicht abzusehen war, „bis auf weiteres" zurückzustellen. Diese Form sollte aber eine Nachprüfung der für die fraglichen Zurückstellungen ausschlaggebend gewesenen Vorbedingungen nicht ausschließen.

Allmählich lief sich der gewaltige Apparat ein, die stellvertretenden Generalkommandos und Bezirkskommandos wurden unentbehrliche Organe der kriegswirtschaftlichen Verwaltung, die Unternehmer gewannen durch den ständigen Umgang mit ihnen Einsicht in die Verhältnisse und gingen von teilweise grundsätzlicher Opposition zu positiver Mitarbeit über. Auch bei den militärischen Formationen und Behörden der Heimat erwachten mehr und mehr Verständnis für die Lage.

Für die mit der Zeit zunehmenden Ersatzbedürfnisse reichten die angegebenen Maßnahmen indes bald nicht mehr aus.

In einer am 5. 1. 1916 mit den Chefs der Generalstäbe der

stellvertretenden Generalkommandos abgehaltenen Besprechung gab mein Referent Herr Sichler ein Bild der Tätigkeit des Kriegsministeriums und der stellvertretenden Generalkommandos.[1]) Es wurden folgende Fragen aufgeworfen:

Welche Zahl von Ersatzkräften läßt sich für die Industrie gewinnen durch

1. Kriegsbeschädigte,
2. Verringerung des Bahnschutzes, der Gefangenenüberwachung usw.,
3. Einschränkung des Garnison-, Wacht- und Arbeitsdienstes auf das Mindestmaß,
4. Ablösung von Burschen,
5. Verringerung des Personals in den Geschäftszimmern, insbesondere Schreiber und Ordonnanzen,
6. Einstellung von Frauen in Lazaretten, Genesungsheimen usw.?

Das Ergebnis war die Verteilung von rund 69000 militärisch entbehrlichen Mannschaften.

In einer zweiten Besprechung am 9. 6. 1916 legte Herr Sichler den Standpunkt des Kriegsministeriums über die Möglichkeit der weiteren Einziehung kriegsverwendungsfähiger Leute dar. Auf Anregung des Kriegsministeriums wurde die oben erwähnte listliche Teilung der noch vorhandenen Wehrpflichtigen in jederzeit Verfügbare ohne Ersatzgestellung, Verfügbare gegen Ersatzgestellung und Unentbehrliche als zweckmäßig allerseits anerkannt. Ihre Einführung beseitigte viele Härten und Klagen.

Mit dem 1. 11. 1916 ging das Ersatzwesen leider zum Kriegsamt über. Ich muß sagen „leider", denn die Loslösung der Arbeiten für die Aufbringung des Heeresersatzes von A D, dem die Aufstellung von Neuformationen und die Erhaltung der Schlagfertigkeit des Heeres verblieb, mußte unvermeidlich zu Schwierigkeiten führen. Nur dem auf ein siegreiches Endziel gerichteten Zusammenarbeiten dieser beiden Dienststellen ist es zu danken, daß die gegebenen Interessengegensätze immer wieder überbrückt wurden und daß die Folgen der Überschätzung der deutschen Volkskraft nicht schon früher eingetreten sind.

Mit den wachsenden Ausmaßen des Krieges gewann die Kriegswirtschaft naturgemäß erhöhte, schließlich fast entscheidende Bedeutung.

[1]) Anlage 6

Entsprechend mußte das Arbeitsgebiet der C 1 b und darin des Referats A Z (S) sich erweitern. Wie ich eingangs erwähnte, war dieser Ausbau von mir vorgesehen und eingeleitet. Er sah die notwendig gewordene Selbständigkeit vor und gab die Möglichkeit allmählicher Entwickelung. Die Persönlichkeiten der Herren Sichler und seines kenntnisreichen, unermüdlich fleißigen Mitarbeiters Dr. Tiburtius bürgten dafür, daß die immer gewaltiger und verwickelter werdenden Aufgaben bewältigt, die sich auftürmenden Widerstände und Schwierigkeiten mit fester und doch feiner Hand beseitigt und entwirrt werden würden.

Jeder Eingriff von außen in die auf organisches Wachstum abgestellte Organisation konnte nur von Übel sein. Die Schaffung des Kriegsamtes hat dieser meiner Überzeugung recht gegeben.

Die Ersatzabteilung unter Oberst v. Braun und besonders das Arbeiter-Ersatz-Referat unter den Herren Sichler und Dr. Tiburtius haben Leistungen vollbracht, die der Geschichte angehören. Viele Stellen haben dieses Wirken schon anerkannt (so z. B. der Verein deutscher Eisen- und Stahl-Industrieller in einem Telegramm an den Reichskanzler, der Schiffahrts-Verein Breslau); die es noch nicht getan haben, werden es tun, wenn sie sich mit dem Stoff näher beschäftigt haben.

Allen beteiligten Stellen spreche ich an dieser Stelle meinen wärmsten Dank aus. Kaiser und Vaterland haben es ihnen oft gedankt, der schönste Dank wird aber auch für sie das innere Bewußtsein bilden, nach besten Kräften ihrem Vaterland gedient zu haben.

Ein kurzes Wort noch zu dem „Gesetz über den vaterländischen Hilfsdienst".

An dem Zustandekommen des Hilfsdienstgesetzes ist das Departement nicht beteiligt worden. Die Ausführungen des Staatsministers Dr. Helfferich in seinem „Weltkrieg" geben einen interessanten Überblick über die Entstehung des Gesetzes und zeigen, wie über den Kopf des Kriegsministeriums hinweg verhandelt worden ist.

Wäre das Departement hinzugezogen worden, so hätte ich aufs schärfste widersprochen. Wie aus den Akten des Kriegsministeriums hervorgeht, hielt ich jedes Sondergesetz für Erfassung der Kräfte Deutschlands für einen Fehler. Ich erachtete die bestehenden Gesetze für ausreichend.

Der Gedanke, durch möglichst einstimmige, debattelose Annahme

des Gesetzes die Menge aufzurütteln und den Feinden den einmütigen Willen des Volkes zu zeigen, alles für das Vaterland zu tun, war gut. Aber auch hier hatte man, wie so oft, nicht mit den Verhältnissen in der Heimat gerechnet. Es ist merkwürdig, wie wenig diese im Großen Hauptquartier bekannt waren; es war dies tief bedauerlich, da diese Verkennung oft zu unzweckmäßigen Maßnahmen der Obersten Heeresleitung führte. Und doch hätte sich dem leicht abhelfen lassen.

An eine debattelose en bloc-Annahme des Gesetzes war nicht zu denken. Dies konnte man bei der Zusammensetzung des Reichstages vorhersehen. Eine vorherige Fühlungnahme mit den Parteien war verabsäumt worden. So konnte die Enttäuschung nicht ausbleiben.

Die Vorlage wurde einem Ausschuß überwiesen, und damit die gute Absicht der O.H.L. durchkreuzt.

Die nachfolgenden Verhandlungen brachten dann ein Gesetz zustande, das besser unterblieben wäre. Es stärkte die Macht der Arbeiterschaft auf Kosten der Unternehmer. Innerpolitisch hat das Gesetz geschadet. Die Sozialdemokratie war mit ihm zufrieden, was sie jedoch nicht hinderte, gelegentlich noch mehr zu fordern.

Besonders der § 9, der eine 14tägige Karenz beim Arbeitswechsel vorsah, bildete mit seiner Beschränkung der Freizügigkeit, die in dieser Bestimmung liegen sollte, den Ausgangspunkt für die Agitationstätigkeit der Gewerkschaften. In Wirklichkeit war in dieser 14tägigen Karenz bei den hohen Verdiensten der Arbeiter eine Strafe überhaupt nicht zu erblicken; bei 6wöchiger Dauer, wie in England, hätte man schon eher davon reden können. Die Industrie hatte gar kein Interesse an dieser kurzen Karenzzeit. Diese Bestimmung war in sich widerspruchsvoll. Während man durch das Gesetz auf der einen Seite alle Arbeitskräfte Deutschlands bis zum äußersten im vaterländischen Interesse nutzbar machen wollte, gab man den renitenten Leuten Gelegenheit, sich durch Wechsel der Arbeitsstelle ohne Abkehrschein einen 14tägigen Urlaub zu verschaffen.

Der Abgeordnete Bauer erklärte in einer öffentlichen Versammlung, daß die Arbeiter durch das Gesetz das Ziel jahrelanger Kämpfe erreicht hätten. Das war bezeichnend.

In dem Jahresbericht der Christlichen Gewerkschaften heißt es:

„Die Verbesserung der gewerkschaftlichen Konjunktur hängt ohne Zweifel mit den tief einschneidenden Änderungen zusammen,

die das Gesetz über den Vaterländischen Hilfsdienst im ganzen Wirtschaftsleben Deutschlands und namentlich in der Munitionsindustrie herbeiführte. Der Vaterländische Hilfsdienst rüttelt die Massen auf (!), faßt sie zu starken Einheiten zusammen, erleichtert die gewerkschaftliche Aufklärung und bietet vorher schmerzlich vermißte Möglichkeiten der Lohnaufbesserung."

Besser, so schreibt der Arbeitgebervorstand der Siegerländer Gruben, würde kein Arbeitgeber die Wirkung des Hilfsdienstgesetzes bezeichnen können. Auch dem größten Optimisten aber müssen diese Ausführungen zu denken geben.

Die allgemein beklagte ungesunde Lohntreiberei ist eine Folge dieses Gesetzes. Es ist eine Ironie des Schicksals, daß gerade der Mann, der es mit geschaffen hatte, an die Spitze des Kriegsamtes kam, das sich später über die Lohnsteigerung in der schärfsten Weise aussprach.

Militärisch hatte das Gesetz den schädlichen Einfluß, daß es die Stimmung im Feld- und Besatzungsheer verschlechterte. Ein Beispiel wird dies erläutern: Als ich beim Informationskursus in Sedan war, mußte ich täglich an einem Grundstück vorbei, das von zwei Leuten bewacht wurde; der eine, ein Landsturmmann, bekam tägliche Löhnung, der andere, ein Hilfsdienstpflichtiger 8—10mal soviel. Daß dies Erbitterung erregen mußte, war klar.

Und der Erfolg dieses Gesetzes war, wie nach den Vorgängen in anderen Ländern vorauszusehen, verschwindend.

Dafür ermöglichte es der Sozialdemokratie, die Arbeiterschaft wieder fest in die Hand zu nehmen. Es wurde so zur ersten Etappe auf dem Wege zur Revolution.

3.

Draußen und drinnen

Anfang Februar 1915 führte mich die Pflicht wieder an die Weſtfront. Herrlich. Kam ich auf dieſe Weiſe doch wieder einmal zur Feldtruppe, wohin mich mein Herz zog. War es verwunderlich?

Zunächſt beſuchte ich die 5. Armee in Stenay und Montmédy, woſelbſt Beſprechungen mit dem A.O.K. und der Etappeninſpektion ſtattfanden. Ich bewunderte bei letztgenanntem Orte die von unſeren Eiſenbahnern geſchaffene Bahnanlage, die den zerſtörten Tunnel umging und eine Glanzleiſtung war. Ja, großartig waren die Leiſtungen unſerer Eiſenbahner ſowohl im Betrieb wie im Wiederherſtellen der Bahnen. Auch ſie haben, wie jede andere Truppengattung, ihr Alles daran geſetzt, den Sieg zu erringen.

Von Montmédy ging es in die Argonnen zur 26. württembergiſchen Diviſion. Ich beſuchte das Regiment, deſſen Chef S. M. der König war und das ſich gerade in vorderſter Linie befand. Gerade zum rechten Augenblick erfolgte mein Eintreffen. Ein Kampf war entbrannt. Tags vorher war von unſeren Truppen ein größeres Stück des Kampffeldes genommen worden, das der Gegner wiederzuerobern ſich bemühte. Wie begeiſtert war ich, als ich im ſchmalen Unterſtand des Bataillonsführers das Donnern der Kanonen hörte und das Einſchlagen der oft gewaltigen Geſchoſſe ſah. Ja, das war Krieg, das war etwas anderes für einen Soldaten, als fernab in Berlin im Staub der Akten zu ſitzen. Wohl gab es ja dort auch Kämpfe, ſie waren aber anderer Art. Die in den Argonnen zog ich vor. Kann man mir das verübeln?

Von dem in den Argonnen herrſchenden „Dreck" kann man ſich nur einen Begriff machen, wenn man ihn perſönlich geſehen und genoſſen hat.

Die Unterbringung der Truppe war recht notdürftig, meiſt in Höhlen, man ſah aber überall Bauten im Entſtehen, die eine Beſſerung in Ausſicht ſtellten, wie ſie auch tatſächlich eingetreten iſt.

Mit den Herren des Regimentsstabes sandte ich dem erhabenen Chef, meinem Korpsbruder von der Göttinger Bremensia her, einen treuen Gruß des Gedenkens.

Mein Weg führte mich über Vouziers und das arg zerstörte Rethel, wo Besprechungen mit A.O.K. und Etappe stattfanden, zum Gen.-Kdo. des III. Armeekorps nach Schloß Pinon, dem Herzog von Croy gehörig.

Das herrliche Schloß, im großen schönen Park gelegen, war mit seinen Einrichtungen und Schätzen vollständig erhalten. Die wertvollsten Sachen, besonders Silberzeug, waren, wie mir erzählt wurde, auf Befehl des Generalkommandos eingepackt, versiegelt und nach Deutschland zur späteren Rückgabe an seinen Besitzer gesandt worden. So gingen die „Barbaren" im Feindesland vor.

Meine Aufnahme durch den Kommandierenden General v. Lochow war, wie nicht anders zu erwarten, sehr herzlich. Waren wir doch alte Bekannte, die sich während des militärischen Lebens, das örtliche Trennungen mit sich bringt, immer wieder zusammengefunden und treu miteinander gearbeitet hatten.

Ihm zur Seite stand als Chef mein alter Freund und Kriegsakademiekamerad v. Seeckt, der es sich nicht nehmen ließ, mir am nächsten Tage das Schlachtfeld von Soissons zu zeigen, auf dem sich das herrliche märkische Korps in den Tagen vom 12. bis 14. Januar unter den Augen seines erlauchten Obersten Kriegsherrn unvergeßliche Lorbeeren errungen hatte. Man war überall mit dem Aufräumen des Schlachtfeldes beschäftigt.

Auch hier zeigte sich, mit welcher Verschwendung von Kriegsmaterial von den Truppen vorgegangen worden war. Wie mir mitgeteilt wurde, sind rund 1 Million deutscher Patronen auf dem Schlachtfeld gefunden worden.

Die Erkenntnis der Lage, in der sich Deutschland hinsichtlich des notwendigen Materials und seiner Rohstoffe befand, war noch nicht bis zur Truppe gedrungen. Überall wurde in dieser Beziehung aus dem vollen gelebt. So wurden z. B. Gewehre als Stützen bei Notunterständen verwendet, an ein Sammeln herrenloser und beschädigter Waffen wurde nicht gedacht. Und wie war in der Heimat jedes Gewehr von Wert.

Erwähnen möchte ich an dieser Stelle, daß in der Wiederherstellung in die Heimat zurückgelangter Gewehre geradezu Großartiges geleistet wurde. So waren besonders die Leistungen einer Firma in Berlin (Hasenheide) anerkennenswert. Durch ihre Kunsttischler brachte sie es fertig, zerbrochene Schäfte vollständig kriegsbrauchbar wieder herzustellen; im Frieden hätte man jeden weiteren Gebrauch für ausgeschlossen gehalten.

Gegen die bei der Truppe herrschende Verschwendungssucht mit dem kostbaren Kriegsmaterial auf jede Weise einzuschreiten, gebot die Pflicht. Die vielen hierüber herausgegebenen Erlasse hatten leider nicht überall den gewünschten Erfolg. Man sah sich veranlaßt, trotz der vorauszusehenden unangenehmen Nebenerscheinungen Belohnungen für das Einbringen von Materialien auszusetzen. Das half. Die Hauptsache war aber, daß der Vorgesetzte, der Divisions- und Regimentsführer Interesse für die Sache hatten, die Erfolge waren dann überraschend, oft fast unglaubhaft. Später wurden bei den Armeen sogenannte Sammelkompagnien aufgestellt, die vortrefflich gearbeitet haben.

Ohne diese rastlose Tätigkeit auf dem Gebiete des Sammelns wäre es dem Kriegsministerium nicht möglich gewesen, allen Anforderungen des Heeres in dem Maße gerecht zu werden, wie es tatsächlich geschehen ist.

Die Einrichtungen hinter der Front des III. Armeekorps waren vortrefflich, die Disziplin tadellos.

Von Pinon besuchte ich das Oberkommando der 7. Armee in Laon, deren Führer, General v. Heeringen, mein hochverehrter früherer Kriegsminister war und deren Generalstabschef, General v. Hänisch mich als Fahnenjunker beim Regiment Königin Augusta in Coblenz 1884 ausgebildet hatte. Von hier ging es dann nach Folembray zum A.O.K. 1, General v. Kluck, meinem früheren Kommandierenden General in Posen, dann zum Generalkommando IV. A.K., General Sixt von Armin, ebenfalls Augustaner, und schließlich nach St. Quentin zum A.O.K. 2. Seinen Führer, späteren General-Feldmarschall v. Bülow, fand ich nicht so frisch, wie ich gewünscht hätte, er war alt geworden. Am Abend folgte ich seiner Einladung zum Essen, wo ich eine Deputation amerikanischer Offiziere traf, die damals — ich kann wohl sagen zur berechtigten Wut der Truppe — die Front bereisten. Der Gastgeber sprach bei Tisch einige kurze Worte der Begrüßung, wobei

er darauf hinwies, daß viele gemeine Lügen und Entstellungen über das barbarische Auftreten der Deutschen in der fremden Presse berichtet würden. Eins verbäte er sich mit allem Nachdruck, das sei die Verunglimpfung des deutschen Offiziers, wie es leider im Ausland geschehen sei. Die kurz und scharf gesprochenen Worte machten sichtlichen Eindruck.

Aus den Gesprächen mit den Herren ging hervor, daß Amerika rüste, aber angeblich nicht gegen uns, sondern gegen Japan, auf das die Herren nicht gut zu sprechen waren. Ein Krieg mit ihm galt ihnen über kurz oder lang als unabwendbar.

Bevor es weiterging, hatte ich noch Zeit, mir die Stadt, besonders die Kathedrale und das Museum, anzusehen. In diesem waren die zahlreichen Kunstwerke des Malers Latour aufbewahrt. Es ist bezeichnend, daß es einem deutschen Kunstgelehrten während der Besetzung vorbehalten blieb, das erste größere Werk über diese hervorragende Sammlung zu schreiben.

Als mit schweren Kämpfen um die Stadt gerechnet werden mußte, wurden die Schätze verpackt und zur Sicherheit nach Deutschland gebracht, um nach Friedensschluß dem Feinde wieder ausgehändigt zu werden. Ob das die Franzosen in Deutschland getan hätten?

Ich besuchte dann die Stellung des XVIII. A.K., insbesondere die des hessischen Leib-Regiments. Unter Führung eines Gefreiten gelangte ich sicher in die Schützengräben. Die Truppe machte einen ganz vorzüglichen Eindruck, sie war zufrieden, hatte, wie die Leute behaupteten, alles, was sie brauchte und brannte nur darauf, mit ihrem Gegner abzurechnen.

Unterwegs konnte ich noch eine Stunde bei meinem Schwager, dem Major Edler v. d. Planitz, weilen, der seine Stellung als Adjutant S.K.H. des Kronprinzen des Deutschen Reiches mit der eines Abteilungskommandeurs im Hess. Artl.-Regt. 25 vertauscht hatte. Er war glückselig, in der Front zu sein. Damals ahnten wir nicht, daß es unser letztes Beisammensein sein sollte. Er fiel am 11. Oktober bei Vimy.

Das A.O.K. des Kronprinzen Rupprecht von Bayern in Lille und das der 4. Armee in Thielt, an deren Spitze der Herzog Albrecht von Württemberg stand, bildeten die nächsten Ziele der Reise. Von letztgenanntem Ort aus suchte ich die Stellungen des II. Bayerischen Armee-

korps auf. Auch von hier nahm ich die besten Eindrücke mit. Überall dieselbe Zuversicht und Zufriedenheit, dieselbe Disziplin und Kampfesfreudigkeit.

Den Abschluß meiner Reise bildete der Besuch beim General-Gouverneur von Belgien, General von Bissing, in Brüssel. Der Weg dahin führte mich über Ostende, Brügge und Antwerpen. Herrlich war der Blick über das weite Meer von der Terrasse von Ostende aus. Es herrschte ein starker Sturm. Die Nordsee, die ich zum erstenmal sah, machte auf mich einen unvergeßlichen Eindruck. Tiefe Stille herrschte überall, wo sonst in friedlichen Zeiten das lebhafteste Leben sich zu entwickeln pflegte. Das Gebrause des Meeres wurde nur durch den gleichmäßigen Schritt der Wachtposten unterbrochen. Wo sonst Kaffeetische standen, waren Maschinengewehre eingebaut, im gegebenen Augenblick mit den von der Marine trefflich angelegten Batterien einen etwaigen Landungsversuch des Gegners abzuweisen. Nur ungern schied ich von dem herrlichen Schauspiel. In Antwerpen sprach ich den Gouverneur, General v. Huene.

Exzellenz v. Bissing empfing mich um 7½ Uhr abends. Ich benutzte die Gelegenheit, um ihm für seine großartige Unterstützung zu danken, die er als Stellvertretender Kommandierender General des VII. A.K. der Heeresverwaltung hatte zuteil werden lassen.

Seine Ausführungen über die Lage in Belgien waren hochinteressant. Der General-Gouverneur betonte, daß er vor allem wissen müsse, welche Absichten die Regierung hinsichtlich der Zukunft des Landes habe, da sich danach seine Maßnahmen richten müßten. Er wolle daher in den nächsten Tagen zum Reichskanzler, fürchte aber, daß er ebenso klug, wie er gekommen, wieder weggehen würde. Ich stimmte ihm aus vollster Überzeugung bei. Der Kanzler v. Bethmann Hollweg ist sich während seiner Kanzlerschaft über die belgische Frage wohl kaum klar geworden.

Das Urteil des Generals über die Vlamen ging dahin, daß dieser seinen geliebten Westfalen ähnliche Volksstamm wegen seiner starren, am Alten festhaltenden Gesinnung schwer zu gewinnen sein würde. Anders stände es mit dem Wallonen, der leichtlebiger sei und dessen ganzes Streben dahin ginge, Geld zu erwerben. Die belgische Geistlichkeit zu bewegen, für Deutschland einzutreten, würde niemals erreicht werden, man könnte von Glück sagen, wenn sie nicht gegen Deutschland

arbeite. Belgien habe viele gute Gesetze, sie würden aber nicht angewandt. Die sehr ausführlichen Darlegungen endigten erst um ½10 Uhr.

Der Gesamteindruck der Reise war gut. Die Truppe machte überall einen glänzenden Eindruck, Disziplin und Ordnung hinter der Front waren vorzüglich, wirkliche Klagen wurden nur vereinzelt erhoben. Den zahlreichen Wünschen suchte ich, in die Heimat zurückgekehrt, nachzukommen. Es war nicht immer leicht. Wurden sie erfüllt, so konnte man sicher auf ein Dankesschreiben der Truppe rechnen. Ja, die Truppe war dankbar, wenn man ihr half.

Am 27. 4. wurde ich mit Wahrnehmung der Geschäfte des Direktors des Allgemeinen Kriegsdepartements beauftragt. Als bei mir vom Gr.H.Qu. angefragt wurde, ob ich bereit sei, das Amt zu übernehmen, zögerte ich mit meinem Ja nicht einen Augenblick. Wohl war ich mir der Größe meiner Aufgabe voll bewußt, wohl mußte ich auf meinen erklärlichen Wunsch, an die Front zu kommen, verzichten. Der Wille, meinem Vaterlande an jeder Stelle und zu jeder Zeit, wenn es rief, zu helfen, ließ aber jedes Bedenken und jeden persönlichen Wunsch beiseite treten. Ich nahm also an. Das Allgemeine Kriegsdepartement setzte sich bei der Übernahme durch mich aus folgenden Abteilungen zusammen:

Armee-Abteilung A 1
Oberst v. d. Heyde (später Oberst v. Meiß).

Infanterie-Abteilung A 2
Oberst v. Wodtke (später Oberst v. Fransecky, dann Oberstleutnant v. Stosch).

Kavallerie-Abteilung A 3
J. V. Major Würtz (dann Oberst v. Schönaich).

Feldartillerie-Abteilung A 4
Oberst Muther.

Fußartillerie-Abteilung A 5
Major Wurtzbacher.

Ingenieur- und Pionier-Abteilung A 6
Oberstleutnant Härms (später Oberstl. Fischer).

Verkehrs-Abteilung A 7 V
Oberstleutnant Meyer.

Luftfahrt-Abteilung A 7 L
Oberſt Oſchmann.
Fabriken-Abteilung B 5
Oberſtleutnant Weidlich.
Erſatz-Abteilung C 1
Oberſtleutnant z. D. Ahlers.
Adjutant: Hauptmann a. D. Bohtz, ab 1. 4. 15 Hauptmann Mertens (ſpäter außerdem Hptm. v. Holtzbrinck).
Angegliedert waren: Zentralſtelle für Kriegsbeute
Generalleutnant z. D. v. Sachs (die Abteilung ſchied bald aus).
Hinzu traten im Laufe der nächſten Jahre die
Aus- und Einfuhr-Abteilung A 8
Oberſtleutnant Gießler.
Chemiſche-Abteilung A 10
Geh. Regierungsrat Prof. Dr. Haber, Hptm. d. R.
Abteilung für verbündete Heere A 11
Major Dueſterberg.
Abteilung für Nachrichtenmittel A (NCh)
Major Thaler.
Mobilmachungs-Abteilung A M (durch Teilung der A 1)
Oberſtleutnant Frh. v. Gall.
Eiſenbahn-Abteilung A E
Major Fleck.

Die Erſatz-Abteilung wurde geteilt in die Offizier- und Unteroffizier-Ergänzungsabteilung (C 1 a) unter Oberſt z. D. Ahlers, deren Aufgabe der Offizier- und Unteroffizier-Erſatz, die Beförderungsverhältniſſe der Mannſchaften, Kantinenwirtſchaft, Heeresangehörigen-Fürſorge war, und in die Erſatzabteilung (C 1 b) unter Oberſt Ritter und Edler v. Braun, die den eigentlichen Heereserſatz bearbeitete.

Nach der Errichtung des Kriegsamtes (29. Oktober 1916) traten die Abteilungen B 5, A 8, C 1 b zu dieſem über. Mein Departement zählte immer noch 14 Abteilungen.

Daß die O.H.L. bald die Forderung der Aufſtellung neuer Diviſionen oder Korps erheben würde, war nach der militäriſchen Lage und gelegentlichen Äußerungen des Chefs des Generalſtabes des Feldheeres

zu erwarten. Der Gedanke, wie diesem Verlangen nachzukommen sei, hat mich lange beschäftigt. Auf die bisherige Art und Weise ging es nicht, dazu fehlte es an Ersatz, namentlich an Offizieren. Außerdem wäre eine zu große Verwässerung des Feldheeres eingetreten. Es mußte ein anderer Weg beschritten werden, aber ihn zu finden, darin lag die Schwierigkeit.

Als ich mich für die Wegnahme eines Infanterie-Regiments von jeder Division und Zusammenstellung dieser freiwerdenden Regimenter zu neuen Divisionen entschied, war mir klar, daß hierdurch der obersten Führung nur neue Truppeneinheiten gegeben wurden. Dies war aber für sie die Hauptsache. Außerdem bestand keine Möglichkeit, Neuformationen in großem Maße zu schaffen.

Ich setzte meinem damals in Berlin anwesenden Minister meinen Plan auseinander und stieß auf eine glatte Ablehnung. Ich mußte trotzdem meinen Gedanken weiter verfolgen und begab mich daher zu dem ebenfalls anwesenden Chef des Generalstabes des Feldheeres, General v. Falkenhayn, der den Vorschlag sofort aufgriff und noch an demselben Tage die Allerhöchste Genehmigung einholte. Ich muß hier ausdrücklich hervorheben, daß der Gedanke dieser Neuorganisation allein vom K.M. ausgegangen ist. Er hat der O.H.L. viele Divisionen und damit das Mittel gegeben, den durch die Lage bedingten militärischen Forderungen nachzukommen.

Die Franzosen hatten bald Kenntnis von der Umformierung bekommen; sie ahmten sie nach.

Vor allem galt es, der Munitionsfrage näher zu treten. Ihre Lage und Entwickelung während des Krieges findet sich als geschlossenes Kapitel an anderer Stelle.[1])

Ende Oktober 1915 war es mir endlich möglich, eine Reise nach dem Osten zu machen. Schon mehrmals hatte mich der General-Feldmarschall v. Hindenburg und sein Chef einladen lassen, die Geschäfte hatten aber bisher eine längere Abwesenheit von Berlin nicht gestattet. Um so freudiger ergriff ich die sich jetzt darbietende Gelegenheit.

Am 31. Oktober langte ich mit meinem Begleiter, dem Hauptmann v. Schleinitz, in Kowno an.

---

[1]) Sie wird im III. Bande meiner Erinnerungen ausführlich erörtert.

Am Spätnachmittag empfing mich der General-Feldmarschall auf seinem Arbeitszimmer im ehemaligen russischen Gouvernementsgebäude. Ich kannte ihn noch nicht. Die erste Begegnung wird mir unvergeßlich bleiben. Das Gefühl des Gewaltigen und des Vertrauens, das von dieser Persönlichkeit ausströmte und wohl jeden, der in ihre Nähe trat, ergriffen hat, erfüllte auch mich. So mußte Deutschlands Heros sein. In bessere Hände konnte die Führung des Heeres nicht gelegt werden. Gott sei Dank, daß Deutschland einen solchen Mann hatte. Das waren die Gedanken, die sich in mir erhoben.

Ja, das war der gottbegnadete Feldherr, den Graf Schlieffen charakterisiert [1]):

„Zum Feldherrn wird man nicht ernannt, sondern geboren und vorausbestimmt. Ihn durchdringt zur Erfüllung seiner Aufgabe etwas Übermenschliches, Überirdisches, nenne man es Genie. Durch angestrengte Arbeit wird er sich auf seinen hohen Beruf vorbereiten, seine Geistes- und Verstandeskräfte zur Klarheit durchringen müssen. Der Ausspruch Napoleons: ‚Die Menschen sind nichts, ein Mann ist alles', wird doch dahin zu deuten sein, daß der eine Mann die Menschen d. h. seine Soldaten mit seinem Geiste durchdringen muß."

Der General-Feldmarschall äußerte sich sehr anerkennend über die Tätigkeit des Departements.

Nicht minder herzlich war der Empfang bei General Ludendorff.

Wir kannten uns von Posen her, wo er Generalstabsoffizier beim Generalkommando, ich bei der Division war. Auch unsere spätere militärische Tätigkeit, er im Großen Generalstabe, ich im Kriegsministerium, führte uns häufig zusammen.

Wie es im Frieden in der Stellung als Mobilmachungsreferent des K.M. stets mein Streben gewesen war, den Wünschen und Forderungen des Generalstabes nachzukommen, soweit es in meinen Kräften stand (ich war leider oft machtlos gegen den Etat), so betrachtete ich es während des Krieges als eine meiner ersten Aufgaben, der O.H.L. zu helfen, wie und wo ich nur konnte. Daß mir das gelungen ist, beweisen die mir wiederholt von ihr zugegangenen Schreiben und die mir und anderen Herren gegenüber getanen Äußerungen der führenden Männer.

[1]) Im Handbuch für Heer und Flotte.

General Ludendorff war mit der Organisation der Verwaltung der im Osten besetzten Gebiete beschäftigt, einer Aufgabe, die gewaltigen Umfang annahm. Sie war damals sein Lieblingskind.

Wenn es auch dem K.M. nicht möglich war, allen in dieser Richtung von ihm gemachten Vorschlägen zuzustimmen, so hat dies dem Ganzen keinen Abbruch getan, und ich glaube, daß Obost auch in dieser Hinsicht mit der Heeresverwaltung zufrieden sein konnte.

Hochinteressant war die Besichtigung der Festung Kowno. Die Wirkung der schwersten Batterien gegen die Forts war auch hier gewaltig gewesen. Ein Volltreffer hatte meist genügt, die Besatzung zur Räumung des Werkes zu veranlassen.

Ich hatte den Eindruck, daß der schnelle Fall von Kowno ein großes Glück für uns gewesen war. Eine zähe Verteidigung der günstig gelegenen Festung hätte uns viel Zeit und viel Opfer kosten können.

Der Abend beim General-Feldmarschall gab mir einen Einblick in seine und seiner Umgebung Lebensweise. Nach einem einfachen Essen folgte ein gemütliches Plauderstündchen in einem behaglich eingerichteten Raume. Der Feldmarschall erzählte in seiner ruhigen Art manch interessante Episode aus seinem Leben und den Ereignissen des Krieges. Zu einer bestimmten Zeit empfahl sich der General Ludendorff mit seinen Herren, um die eingehenden Meldungen durchzuarbeiten. Wir anderen blieben noch einige Zeit, bis die Stunde geschlagen hatte, wo der Dienst den General-Feldmarschall in Anspruch nahm.

Mit einem Händedruck und der Einladung, bei meiner Weiterfahrt in Kowno Aufenthalt zu machen und wieder sein Gast zu sein, entließ mich der liebenswürdige Wirt.

Von Kowno ging die Fahrt mit Kraftwagen nach Wilna. Die große Straße, namentlich die Brücken, zeigten riesige gewaltsam hergestellte Löcher, die große Vorsicht beim Fahren erforderten. In Wilna verhandelte ich zunächst mit dem Oberkommando und heimste Wünsche ein. Den Abend verbrachte ich beim General, späteren General-Feldmarschall v. Eichhorn. Der mit den Verhältnissen sehr vertraute General gab mir eine genaue Darstellung der Lage, die für mich von hohem Wert war. Dankbar werde ich der Stunden, die im Fluge dahin schwanden, gedenken.

Leider konnte ich meine Absicht, von Wilna aus die vordersten Stellungen aufzusuchen, nicht ausführen. Bei dem äußerst schlechten

Zustand der Wege wären hierfür 2 Tage nötig gewesen, was bei der beschränkten Zeit, die mir zur Verfügung stand, und bei meinen festgesetzten Reiseplänen ausgeschlossen war. Ich mußte mich daher schweren Herzens auf dem direkten Wege nach Lida zum A.O.K. 12 begeben. Der Armeeführer, General v. Fabeck, war krank, ich konnte ihn aber kurze Zeit sprechen. Sein Chef, General v. Bergmann, mein Vorgänger und Abteilungschef im K.M. vor dem Kriege, hatte nur wenige Wünsche, deren Erfüllung ich in sichere Aussicht stellen konnte. Die Herstellung einer elektrischen Beleuchtungsanlage wurde an Ort und Stelle genehmigt. Noch am Abend erreichte ich Grodno, den Sitz der Etappeninspektion. Von hier ging es nach Kowno zurück, wo ich den Abend wieder beim General-Feldmarschall verbringen konnte.

Am nächsten Tage sollte ich die Bahn nach Schaulen erreichen und dort am Nachmittag eintreffen. An diese Fahrt werde ich denken. Im kalten, unerleuchteten Abteil, oft stundenlang auf freier Strecke haltend, ohne daß jemand bestimmte Auskunft geben konnte, ob und wann der Zug noch das Ziel erreichen würde, bekam ich einen Begriff von den Verkehrsverhältnissen im Osten. Die Bahnen waren im Vergleich zum Westen kläglich, und doch waren die Leute im Osten glücklich, daß sie wenigstens die vorhandenen benutzen konnten. Die Eisenbahner taten ihr Möglichstes und leisteten viel, aber Linien und Zugzahl genügten in keiner Weise den notwendigsten Anforderungen. Das machte sich besonders zur Weihnachtszeit geltend. Trotz aller Anstrengungen von Oberst konnte es nicht ermöglicht werden, daß alle Weihnachtsliebesgaben rechtzeitig in die Hände der Empfänger gelangten. Das war sehr bedauerlich und hob nicht gerade die Stimmung. Die Leute sahen aber die Unmöglichkeit meist ein. „Wenn es möglich gewesen wäre, hätte es Hindenburg schon geschafft", das las man vielfach in ihren Briefen.

Nach Mitternacht langten wir endlich in Schaulen an, d. h. wir hielten mitten zwischen vielen Geleisen. Alles war dunkel, auf Fragen bekam man keine Antwort. Als es sich endlich herausstellte, daß das Ziel wirklich erreicht war, begaben wir uns, schwer mit unserem Gepäck beladen, zu dem einige 100 m entfernten Bahnhof, mitten über die Geleise; dabei fuhren fortwährend Maschinen hin und her, alles im tiefsten Dunkel. Endlich entdeckte ich ein sich bewegendes Licht. Es befand sich in der Hand des Bahnhofskommandanten, der

sich unserer in kameradschaftlichster Weise annahm. Ich fragte ihn, ob sich nicht auf dem Bahnhof Unglücksfälle und Zusammenstöße ereigneten. Er antwortete mir: Jeden Tag. Auf meine Frage: Warum noch keine Beleuchtung vorhanden sei, erhielt ich eine ausweichende Antwort. Ich verstand nicht, warum hier nicht eingegriffen worden war.

Wir fanden Unterkommen in einem der Offizierheime.

Diese Offizier- und Soldatenheime waren eine vortreffliche Einrichtung, die sich allmählich auf die gesamten Fronten ausgedehnt hatte. Sie waren Wohltätigkeitseinrichtungen verschiedener Vereine und Orden und haben alle Ausgezeichnetes geleistet. Leider war es nicht möglich, sie unter eine einheitliche Leitung zu bringen. Hierdurch entstanden manche Reibungen, die sonst vermieden wären.

Am anderen Morgen empfing mich der Oberstkommandierende General Otto von Below. Wir kannten uns schon von früher her, besonders aus der Zeit, da er als Kommandeur des Inf.-Regt. 19 dem V. Armeekorps angehörte. Er war ein Kriegssoldat durch und durch, zu dem jeder Untergebener voller Vertrauen aufsah.

Seine Hauptsorge war die Ersatzfrage. Ersatz war längst und in vielen Raten abgesandt worden, da er aber von der Grenze ab durch Fußmarsch sein Ziel erreichen mußte, so brauchte er mehrere Wochen, um zu seinem Truppenteil zu stoßen. Dies war ein großer Nachteil. Da die Armee für den gesamten Nachschub auf die große Straße Tilsit-Schaulen angewiesen war — eine Kleinbahn war im Bau und nur auf einer kurzen Strecke betriebsfähig — beschloß ich, dieser bis Tilsit zu folgen.

Die mir begegnenden Ersatztransporte boten nicht immer das Bild militärischer Disziplin und Ordnung, die namentlich hinter der Front durchaus notwendig sind. Hier wurde von mir umgehend eingegriffen, dagegen waren die Kolonnen durchweg vortrefflich.

Es war damals durch militärische Stellen des Westheeres für die Bespannung unserer Kolonnen beim K.M. der Vorschlag gemacht worden, den Zug durch drei nebeneinander gespannte Pferde einzuführen. Obwohl sich die Train-Inspektion dagegen aussprach, glaubte ich doch, mit Rücksicht darauf, daß die Truppe im Westen teilweise sehr dafür war, den Vorschlag nicht ganz abweisen zu sollen. Es wurde der Truppe daher freie Hand gelassen. Hier auf der Straße Schaulen—

Tilsit konnte ich viele so bespannte Kolonnen sehen. Die Erfahrungen müssen also wohl günstig ausgefallen sein. Man muß bei Beurteilung solcher von der Truppe kommenden Vorschläge nicht zu einseitig sein, lieber etwas nachgeben, da sich nur allzu leicht die Ansicht bei der Truppe bildet: Wir haben es nun doch ausprobiert und es als praktisch befunden, aber natürlich, am grünen Tisch weiß man es wieder besser.

Die Pferde sahen nicht schlecht aus.

Um die Nachschubverhältnisse zu bessern, setzte ich mich, nach Berlin zurückgekehrt, für einen baldigen Bau einer Bahn von Tilsit nach Schaulen ein. Die auf der Reise gesammelten Wünsche und Forderungen der militärischen Stellen waren an Zahl gering. Es war für alles vorgesorgt, und die Truppe war im allgemeinen genügsamer als im Westen.

Das Verhältnis zwischen Offizieren und Mannschaften an der Front war, soweit ich es beurteilen konnte, ausgezeichnet.

Sehr erfreut war ich, als dies im Dezember 1915 der Reichstagsabgeordnete Haas[1]) in einer warmen, zu Herzen gehenden Rede im Haushaltsausschuß des Reichstages bestätigte. Er äußerte sich folgendermaßen:

„Er müsse immer wieder sagen, daß im allgemeinen das Verhältnis vom Vorgesetzten zum Mann draußen an der Front ein ganz vorzügliches sei. Das sei auch gar nicht anders möglich. Der Krieg sorge von selbst dafür, daß das Verhältnis ein kameradschaftliches werde. Er habe neulich schon gesagt, es gäbe auf der ganzen Welt nichts Demokratischeres als die Granate. Der Abg. Ledebour sei die reine Hofdame dagegen. Aus Feldpostbriefen dürfe man keine falschen Eindrücke gewinnen. In diesen Briefen werde soviel gelogen... Er selbst habe viele Beispiele erlebt, in denen die Mannschaften nach Hause die unglaublichsten Sachen berichtet haben... Immer und immer wieder müßten die großen Leistungen anerkannt werden, die Stimmung draußen sei vorzüglich."

Der Eindruck der Rede des Abgeordneten, der eine Kompagnie an der Front geführt und sich schon damals das E. K. I erworben hatte, war groß.

Ich kann die Schilderung meiner Erlebnisse im Jahre 1915

[1]) Fortschrittliche Volkspartei, jetzt Demokratische Partei.

nicht schließen, ohne eines treuen Referenten zu gedenken. Es hatte sich ermöglichen lassen, den Major v. Oppen für das Feldheer freizugeben. Er erhielt die Stelle eines Bataillonskommandeurs im Königin Augusta-Regiment. Seine heißen Wünsche waren damit erfüllt. Wenn ich auch ungern den trefflichen Referenten, der mir eine wirkliche Stütze war, freiließ, so konnte ich sein Drängen verstehen. Für einen Oppen, zumal für Konrad v. Oppen, war es besonders schwer, zu Hause bleiben zu müssen. Bei seinem Weggang ermahnte ich ihn dringend, nicht allzu tollkühn zu sein. Die bisherigen Erfahrungen veranlaßten mich dazu. Hatten doch die aus dem K.M. ins Feld gegangenen Kameraden meist sehr bald den Heldentod gefunden. Tatendrang und Unerfahrenheit in den Verhältnissen draußen mögen wohl schuld daran gewesen sein. Wir schieden, um uns auf dieser Welt nicht wieder zu sehen. Nach einigen Tagen kam die Nachricht von dem Tode des trefflichen Offiziers. Bei der Wiedereroberung eines verloren gegangenen Schützengrabens war er mit einigen wenigen Leuten gefallen.

Sein Andenken wird das K.M., besonders aber ich, stets in Ehren halten.

Der Anfang des Jahres 1916 brachte die Räumung Gallipolis durch die Engländer und Franzosen. Mit der Freigabe von Gallipoli war eine schwere Sorge vom K.M. genommen. War es bisher doch nicht gelungen, den türkischen Verbündeten in seinem zähen Widerstande gegen feindliche Übermacht zu unterstützen, wie es nötig gewesen wäre, und wie man beabsichtigt hatte. Nur mühsam und auf schwierigen Umwegen konnten einzelne Transporte durchgeführt werden. Die Lage war für die Türkei immer bedrohlicher geworden. Um so größer war die Freude, als es sich herausstellte, daß der heldenmütige Widerstand der Türken, der nur durch Männer wie General Liman v. Sanders, Kapitän Pieper u. a. möglich war, zum Siege geführt hatte.

Ich habe im Laufe des Jahres den Kapitän Pieper gesprochen, und ich kann nicht leugnen, daß ich durch seine Schilderungen der Lage überwältigt war. Was damals von ihm und seinen Mithelfern geleistet worden ist, gehört der Geschichte an. Wir Deutsche können stolz auf unsere Landsleute sein.[1])

[1]) Auf diese Dinge wird in einem weiteren Bande meiner Erinnerungen, der das Verhältnis zu unsern Bundesgenossen schildern soll, näher eingegangen werden.

Einige Tage nach der Räumung Gallipolis folgte die Erstürmung des Lowtschen und die Unterwerfung Montenegros. Ein Feind war erledigt.

Der von der O.H.L. für Anfang Februar beabsichtigte Angriff auf Verdun nahm die Tätigkeit des K.M. in hohem Maße in Anspruch. Daß es ihm gelang, seiner Aufgabe gerecht zu werden, zeigte folgender Erlaß des stellv. Kriegsministers v. 6. 3. 1916:

„Von Seiner Exzellenz dem Herrn Kriegsminister ist mir aus dem Gr.H.Qu. folgendes Schreiben vom 3. 3. 16 zugegangen: Zu den großen Kämpfen vor Verdun ist die Bereitstellung des gewaltigen Kriegsmaterials dank der Tätigkeit des K.M. in so hervorragender Weise erfolgt, daß es mir Bedürfnis ist, gerade jetzt Allen, die an dieser wirklich großartigen Leistung im K.M. mitgewirkt haben, ein Wort warm empfundener Anerkennung zukommen zu lassen.

Daß die beteiligten Stellen des K.M. nach den bisherigen erfolgreichen Anstrengungen, dem Feldheer immer neue Kräfte zuzuführen, nicht rasten, ersehe ich aus den Mitteilungen der letzten Tage über demnächst neu aufzustellende zahlreiche Batterien. Indem ich auch hierfür Dank und Anerkennung ausspreche, mache ich mich zugleich zum Vermittler des lebhaften Dankgefühls des Chefs des Generalstabes des Feldheeres. Mögen die bisherigen Erfolge Ansporn sein zu weiterem Wirken im Dienst der großen Sache.

gez.: Wild v. Hohenborn.

Es ist mir eine Freude, dies dem Hause bekannt geben zu können." gez.: v. Wandel.

Anfang Februar war ich nach Stenay zur Armee S. K. K. Hoheit des Kronprinzen gefahren, um noch einmal an Ort und Stelle Rücksprache zu nehmen. Der Chef, Gen.-Lt. Schmidt v. Knobelsdorff entwickelte mir in großen Zügen, wie das Unternehmen gedacht war. Auf meine Frage, ob der Armee noch etwas zur Durchführung dieser Absichten fehle, antwortete er mir: „es fehlt nichts, wir haben alles."

Ich fuhr in dem Angriffsabschnitt umher und konnte mich von der rastlosen Tätigkeit überzeugen. Viele Bekannte traf ich, manchen zum letztenmal, so meinen treuen Freund aus Posener Zeit, Major v. Gablentz, der beim Sturm an der Spitze seines Regiments fiel. Von

allen hörte ich den Ausdruck der Freude, daß die Sache nun endlich einmal losginge. Das Stilliegen hatte die Truppe satt.

Man hat nach Mißlingen des Unternehmens die O.H.L. oft und scharf getadelt. Wäre es geglückt, würde Lob und Anerkennung nicht geringer gewesen sein. Verdun lag für die Deutschen unbequem, sein Fall hätte von ausschlaggebender Bedeutung sein können. Der Plan war daher nicht zu verwerfen. Von verhängnisvollen Folgen für das Unternehmen war, daß es wegen schlechten Wetters 14 Tage verschoben werden mußte. Hierdurch gewannen die durch Überläufer gewarnten Franzosen Zeit, ihre Gegenmaßnahmen zu treffen.

Der Angriff auf Verdun war vom Großen Generalstab 1912 zum Gegenstand einer Aufgabe gemacht worden. Die Patentlösung war Angriff auf den Douaumont als Schlüssel der Festung, der eines Nebenangriffs auf dem westlichen Maasufer nicht entbehren durfte. Weshalb dieser 1916, im Ernstfalle, zunächst unterblieb, ist mir nicht bekannt.

Von Stenay fuhr ich über Metz nach Straßburg. Hier verbrachte ich den Abend bei meinem hochverehrten früheren Regimentskommandeur und Gönner, Generaloberst Freiherr v. Falkenhausen, Führer der Armee-Abteilung im Elsaß. Mit der ihm eigenen Geistesschärfe orientierte mich der General über die Verhältnisse in seinem Armeegebiet. Bei der im Verhältnis zur Ausdehnung des Gebietes geringen Truppenmacht legte er natürlich Wert darauf, guten Ersatz zu bekommen, ein Wunsch, dem ich nach Möglichkeit nachzukommen suchte. Der General hatte sich in die politischen Verhältnisse der Reichslande sehr hineingearbeitet. Vielfache Ehrungen, wie Ernennung zum Doktor h. c. der Universität Straßburg legten Zeugnis davon ab, daß sein Handeln anerkannt wurde. Seine Denkschrift über Elsaß-Lothringen war ein Meisterwerk.

Auf sein Anraten begab ich mich zu dem Abschnitt des Korps Eberhard. In mehrstündigem Ritt lernte ich die Verhältnisse in den Vogesen kennen. General v. Eberhard hatte es sich nicht nehmen lassen, mich persönlich zu führen. Der bei schönstem Wetter unternommene interessante Ritt verschaffte mir ein eingehendes Bild der Lage. Leider hatte mein Begleiter Major v. Schleinitz das Unglück, sich mit dem Pferde zu überschlagen und einen Fuß zu brechen. Er mußte in das Lazarett zu Straßburg aufgenommen werden.

Die über den Feind eingegangenen Nachrichten ließen ſchon ſeit längerer Zeit die Vermutung aufkommen, daß er an der Somme eine Offenſive plane. Da die Anzeichen greifbare Geſtalt annahmen, hielt ich es für geboten, mich perſönlich bei der Truppe zu erkundigen, ob von ſeiten des K.M. für dieſen Fall noch etwas vorzubereiten wäre. Mit dem Referenten, Major Freiherr v. Gall, begab ich mich über Brüſſel, Thielt nach St. Quentin. Ich folgte in Thielt einer Einladung des Oberkommandierenden, Herzog Albrecht v. Württemberg, zum Frühſtück.

In St. Quentin war ich bei Exzellenz v. Below. Er wie ſein Chef, General Grünert, rechneten beſtimmt mit einem Angriff des Feindes. Der Chef betonte mir gegenüber, daß ihnen nur ſchwere Artillerie fehle. Er hätte ſich dieſerhalb ſchon wiederholt an die O.H.L. gewandt, aber mit wenig Erfolg.

Den nächſten Abend verbrachte ich in Peronne beim General-Kommando Frhr. v. Marſchall, um in aller Frühe des nächſten Tages in die Stellung des Regts. 63 an der Somme zu fahren. Die erſten Stellungen waren gut ausgebaut, zum Teil aber ſchlecht gelegen und kaum zu halten. Von der 2. Stellung war nichts zu ſehen, an der dritten war mit dem Bau begonnen. Der Regimentskommandeur, Major v. Weller, klagte mir gegenüber über zu geringe Frontſtärken. Als ich ihm erwiderte, daß er nach der Stärkeangabe der Diviſion pro Kompagnie mindeſtens 150 Mann haben müſſe, ließ er den Kompagnieführer des Abſchnitts kommen, der mir nun vorrechnete, daß die Frontſtärke der kämpfenden Kompagnie höchſtens 60 bis 70 Mann ſei, alles andere ſei abkommandiert.

Über dieſe Abkommandierungen wurde überall geklagt und oft nicht mit Unrecht. Der lange Stellungskrieg hatte in dieſer Beziehung die merkwürdigſten Erſcheinungen gezeitigt.

So betrugen die Abkommandierungen bei den 3 Regimentern einer Diviſion im Winter 1917 1398, 1212, 1132 Mann oder pro Btl. 466, 404, 377 Mann. Die Zahl ſetzte ſich zuſammen aus Leuten, die kommandiert waren zur Maſchinengewehr-Ausbildung, Bau-Komp., zu Fernſpr.- und Telegraphen-Formationen, Stollenbaukdos., Wachtkommandos, als Sanitäts- und Krankenträger-Perſonal, Pferdeburſchen, Ordonnanzen, Offizierburſchen, Kuriere, Schreiber, Trainperſonal, zu Kantinen, Kaſinos, als Waffenmeiſter, Zahlmeiſter, Hand-

werker, Feldwebel, Wäscher und zu sonstigen Kommandos. Einbegriffen in der Zahl waren Urlauber, Revierkranke und Arrestanten.

Als ich 1917/18 eine Division in Flandern führte, hatte ich angeordnet, daß bei einem größeren feindlichen Angriff ein Teil der Abkommandierten an besonders bezeichneten Punkten zu Kompagnien zusammengestellt werden sollten, um als Reserve des Divisionsführers bereit zu stehen. Zwei volle Bataillone kamen auf diese Weise heraus.

Gegen diesen Unfug der Abkommandierungen war schwer etwas zu machen. Die Gewohnheit hatte sich zu sehr eingebürgert, überall stieß man auf dieselben Klagen.

Nachdem ich noch meinen langjährigen Freund, Oberstlt. v. Gilsa, der ein Artillerieregiment in diesem Abschnitt führte, besucht hatte, begab ich mich zur Rücksprache in das Gr.H.Qu. und von da nach Berlin zurück.

Am 1. Juli setzte die französisch-englische Offensive an der Somme ein.

Der Mangel an schwerer Artillerie auf unserer Seite zeigte sich sehr bald. Schwere Batterien mußten eiligst von der Verdunfront herangeholt werden. Einzeln eingesetzt, unbekannt mit den Verhältnissen, hatten diese Batterien einen schweren Stand den feindlichen gegenüber, und manche wurde in kürzester Zeit erledigt.

Infolgedessen stiegen die Anforderungen an Material recht beträchtlich. Sie konnten aber bald restlos erfüllt werden.

In den allerersten Tagen des August reiste der Kriegsminister nach Wien. Ich sollte ihn begleiten. Wir waren Gäste des Staates. Die Aufnahme war glänzend. Wie überhaupt in dem Punkte der Gastfreundschaft die Herren Österreicher uns bei weitem überlegen waren. Sie verstanden es auf ganz eigene Weise, jedem Fremden den Aufenthalt und das Leben angenehm zu gestalten.

Der Besuch verfolgte den Zweck, in nähere Verbindung mit der öst.-ung. Heeresverwaltung zu treten. Dies war um so mehr notwendig, da beide Staaten in der Beschaffung von Kriegsmaterial aufeinander angewiesen waren.

Die Aussprache erfolgte am 2. 8. in dem schönen neuen Kriegsministerium, das jeder deutsche „Kriegsministerielle" beinahe neidisch bewunderte.

Der Gesamteindruck, den wir von den Leistungen des Verbündeten erhielten, war nicht gut.[1]) Es fehlte ein bestimmtes Ziel und die Tatkraft, wenigstens etwas unter allen Umständen zu erreichen. Ich setzte den Herren auseinander, daß bei uns festgesetzt wäre: So und so viel Mannschafts-Ersatz, Masch.-Gew., Geschütze, Munition, Minenwerfer, Flugzeuge u. a. muß in dem Jahre beschafft werden. Zur Erfüllung dieser Aufgaben müßten die nötigen Maßnahmen getroffen werden. Die Fabriken müßten z. B. für die Lieferung von Geschützen soweit herangezogen, u. U. erweitert werden, daß diese gewährleistet sei, dies geschehe in Österreich-Ungarn nicht. So würden die vortrefflichen Skoda-Werke lange nicht genügend ausgenutzt. Die Pulveranfertigung sei vollständig unzureichend und dergl. mehr. Mit dem Ersatz müsse haushälterischer umgegangen werden. Das in Österreich-Ungarn herrschende Prinzip war von dem unsrigen gänzlich abweichend. Während von Wien aus befohlen war, daß jeden Monat dieselbe Zahl von Marschbataillonen als Ersatz hinausgingen, richtete sich bei uns die Ersatzsendung nach den Gefechtsstärken der Truppen. Auf diese Weise sparten wir Ersatz in den Monaten, wo wenig Gefechtstätigkeit war, um ihn in verlustreichen Monaten zur Stelle zu haben.

Diese öst.-ung. Marschbataillone wurden als geschlossene Formationen den Divisionen und Regimentern zugeteilt, so daß manche Regimenter zuweilen 9 Btle. statt 3 hatten, die Gefechtsstärken der Bataillone selbst aber sehr gering und verschieden waren. Dies war für die Heeresleitung nicht günstig, da sie nie mit einer annähernd gleichen Gefechtskraft der einzelnen Formationen rechnen konnte.

Meine Ausführungen wurden von vielen Abteilungschefs anerkannt. Leider waren aber auch Gegner vorhanden, die an dem alten Modus festhalten zu müssen glaubten und jede Neuerung, namentlich wenn sie nicht von ihren eigenen Behörden ausging, von Hause aus ablehnten.

Der K. und K. Kriegsminister Feldmarschalleutnant Ritter v. Krobatin gab seine Bereitwilligkeit zu erkennen, alles zu tun, was in seinen Kräften stand. Er stimmte zu, daß Major Schacht vom preußischen K.M. auf einige Zeit nach Wien kommandiert würde, um bei den für Munitionsanfertigung zu ergreifenden Maßnahmen mit Rat und

[1]) Näheres s. Band IV meiner Erinnerungen (vgl. S. 140).

Tat behilflich zu sein. Auf diese Weise wurde tatsächlich eine Besserung erreicht. Sie genügte aber in keiner Weise.

Der springende Punkt war, wie sich aus den Ausführungen des öst.-ung. Kriegsministers ergab, daß das Geld fehlte und infolgedessen die von der Militärverwaltung erhobenen Forderungen abgelehnt wurden. Unglaublich war es, wie wenig das öst. K.M. durch die Heeresführung über alle Verhältnisse beim Feldheere unterrichtet wurde. Nicht einmal eine Kriegsgliederung war in seinem Besitz.

Bei einem vom Kriegsminister gegebenen Frühstück lernte ich die Spitzen der in Wien befindlichen Militärs kennen. Überall fand man den guten Willen, nach besten Kräften zu helfen, das „Wie" war aber fast allen unklar. Es gab nur einen Weg, das war ein unbeschränktes, rücksichtsloses Durchgreifen der Obersten Militärbehörde.

Am nächsten Mittag waren wir zur Audienz bei Seiner Apostolischen Majestät befohlen. Hierbei erging es mir und den beiden Adjutanten ganz wunderlich. Der Kriegsminister hatte sich, wie vorgesehen, in das Arbeitszimmer des Kaisers begeben und war zu einer längeren Unterredung herangezogen worden. Nach ihrer Beendigung sollte der Kaiser aus seinem Zimmer herauskommen und uns begrüßen. Er erschien aber nicht, und als der Adjutant endlich die Lage erkannte und sich in das Gemach des Monarchen begab, war es zu spät, der Kaiser hatte sich schon durch einen anderen Ausgang entfernt. Der Adjutant des Kaisers wußte sich nicht zu helfen. So begaben wir uns recht enttäuscht zum Frühstück in die deutsche Botschaft. Hier erreichte mich ein Brief aus Schönbrunn, worin S. Maj. mir sein lebhaftes Bedauern über das durch seinen Adjutanten verursachte Vorkommnis aussprechen ließ.

Ich konnte mir vorstellen, wie unangenehm diese Sache dem Monarchen, bei dem alles mit der peinlichsten Genauigkeit vor sich zu gehen pflegte, besonders deutschen Offizieren gegenüber sein mußte, aber wir waren nicht schuld daran.

Ende August hatte ich eine Besprechung mit dem General v. Falkenhayn, es war kurz vor seinem Rücktritt. Hauptsächlich handelte es sich um die Frage, wie die große Zahl der abkommandierten kv. Mannschaften durch nicht kv. ersetzt und der kämpfenden Truppe zugeführt werden konnten. Mein Vorschlag ging dahin, von der O.H.L. befehlen zu lassen, daß diese Leute sofort abzulösen und durch gv.

oder av. Mannschaften zu ersetzen seien. Auf diese Weise war es möglich, mehrere hunderttausend Mann der Kampftruppe als kämpfende Mannschaften zuzuführen. Exzellenz v. F. erkannte sofort die Bedeutung der Sache, allerdings verschloß er sich nicht der Schwierigkeit der Durchführung, die auch von mir zugegeben wurde. Es mußte scharf zugegriffen werden, und die höheren Vorgesetzten mußten mit gutem Beispiel vorangehen. Die Maßnahme wurde verfügt und sparte erheblich an Ersatz. Allerdings konnten sich manche Stellen, besonders hochgestellte, nicht dazu entschließen, sie tatkräftig durchzuführen, bei ihrem eigenen Stabe anfangend, und manchen kv. Mann traf ich bei meinen späteren Reisen an seiner bisherigen Stelle, an der er sehr gut durch einen gv. oder av. hätte ersetzt werden können.

Als ich mich entfernte — der Reichskanzler v. Bethmann Hollweg erschien — drückte mir der Chef ganz besonders innig die Hand und entließ mich mit den Worten: „Arbeiten Sie so weiter zum Segen unseres geliebten Vaterlandes. Gott sei mit Ihnen."

Diese Worte ließen mich das Kommende ahnen.

Ich muß hierbei einer politischen Aktion gedenken, in der General v. Falkenhayn erfolgreich eingriff und die, hätte es nicht im Auswärtigen Amt stets an Initiative und Verständnis für das, was uns in Wahrheit politisch not tat, gemangelt, ganz danach angetan war, uns wenigstens im Osten, freie Hand zu schaffen.

Mit Rußland in ein baldiges Einvernehmen zu kommen, mußte aus politischen, militärischen und wirtschaftlichen Gründen schon von Anfang an mit allen Mitteln angestrebt werden.

Ein in dieser Hinsicht 1915 unternommener Friedensfühler hatte keinen Erfolg. Dem Zaren und der Kriegspartei stand das Wasser noch nicht bis an die Kehle.

Anders war die Lage 1916.

Am russischen Hofe bestand eine starke Friedenspartei, die den sogenannten reaktionären Kreisen angehörte, und für deren Friedensabsichten insbesondere die Erwägung maßgebend war, daß bei einem Sieg der Westmächte das bisherige System in Rußland schwer gefährdet sei, daß andererseits ein starkes, unter preußischer Vorherrschaft stehendes Deutschland den Bestand monarchischer Einrichtungen in Europa gewährleistete. (Diese Partei wurde in einem Teil unserer

Presse aus durchsichtigen Gründen heftig bekämpft, ohne daß die Regierung dagegen etwas tat).

Hinzukam, daß viele russische Distrikte in dem Jahre 1916 vor einer Hungersnot standen.

Die Beurteilung dieser Lage hatte einen dem A. A. bisher fernstehenden Mann, den Konsul Marx, veranlaßt, Bedingungen für einen Frieden mit Rußland aufzustellen, die für beide Teile annehmbar schienen. Seine Absicht, sie dem Reichskanzler vorzutragen, erreichte er zunächst nicht. Mit Hilfe des Ministers von Löbell, der sich von dem gesunden Marx'schen Gedanken überzeugt hatte, gelang es diesem Herrn, dem Unterstaatssekretär Zimmermann Vortrag zu halten. Die Unterredung schloß ohne jedes positive Ergebnis. Als dann endlich am 1. Juli ein Empfang durch den Kanzler stattfand, forderte dieser Herrn Marx auf, die Vorschläge persönlich dem Staatssekretär des Äußern zu unterbreiten.

Da Wochen vergingen, ohne daß der Staatssekretär den Herrn Marx empfing, wandte sich dieser an mich mit der Bitte, den Chef des Generalstabes des Feldheeres, Exzellenz v. Falkenhayn, für die Sache zu interessieren. Meine in dieser Hinsicht unternommenen Schritte hatten Erfolg. Schon am 1. August fand der Vortrag in Pleß statt. Er endete mit der Zusicherung des Generals, daß er die Vorschläge prüfen wolle. Inzwischen vollzogen sich die bekannten Ereignisse, die zu einem Personenwechsel in den höchsten militärischen Stellen führten.

In den kritischen Tagen des 30. und 31. August scheint anläßlich der Anwesenheit des Kanzlers und des Staatssekretärs des Äußern im Großen Hauptquartier die Sache besprochen zu sein. Jedenfalls fanden vom 2. September an mehrfache, lange Besprechungen zwischen dem Staatssekretär v. Jagow und Herrn Marx statt, die angesichts der inzwischen, d. h. seit Anfang Mai, militärisch zu unsern Ungunsten verschobenen Sachlage zu einer Umarbeitung der Friedensvorschläge führten. Als der Staatssekretär an Herrn Marx die Frage richtete, ob er bereit wäre, selbst die Unterhandlungen zu führen, behielt sich dieser die Antwort vor und bat sich gleichzeitig die Erlaubnis aus, mit dem ihm befreundeten bulgarischen Gesandten Rizoff die Angelegenheit zu besprechen. Die Erlaubnis wurde gegeben. Die darauffolgenden gemeinsamen Besprechungen zwischen Excellenz v.

Jagow, Rizoff und Marx hatten zur Folge, daß man von der Abſicht, mit dem Zarismus oder ſeinem Repräſentanten zu verhandeln Abſtand nahm und ſich entſchloß, in erſter Linie mit den liberalen Parteien in Verbindung zu treten. Bei der erſten Unterredung wieſen Herr Marx und der bulgariſche Geſandte auf die Notwendigkeit hin, die in Rußland verbreitete Legende zu zerſtören, daß Deutſchland ein Intereſſe an der Erhaltung des Zarismus in Rußland habe, und daß der Deutſche Kaiſer im Jahre 1905 dem Zaren direkte Hilfe gegen die Revolution zugeſagt habe.

Sie erklärten es weiter als dringend erforderlich, die ruſſiſchen offiziellen Kreiſe zu der Erkenntnis zu bringen, daß die Eroberung Konſtantinopels für Rußland in dieſem Kriege unmöglich geworden ſei, und daß dementſprechend eine klar erkennbare Niederlage Rumäniens zwingende Vorausſetzung für den Eintritt in Verhandlungen mit Rußland ſein müſſe. Als äußeres Zeichen einer ſolchen Niederlage wurde der Fall von Bukareſt bezeichnet.

Die Erlaubnis der bulgariſchen Regierung zur Teilnahme ihres Geſandten an den Verhandlungen wurde eingeholt.

Der Reichskanzler wurde dann vom Staatsſekretär über die Beſchlüſſe unterrichtet und veranlaßt, beide Herren zu empfangen. Die Folge war, daß der Kanzler in ſeiner Rede bei der Eröffnung des Reichstages die bekannte Erklärung bezüglich unſerer Anſicht zur inneren Ordnung der ruſſiſchen Verhältniſſe abgab und damit eine der Vorbedingungen erfüllte.

Am 22. November erfolgte der Rücktritt des Herrn v. Jagow. Sein Nachfolger-Unterſtaatsſekretär Zimmermann, billigte die Pläne.

Mit der Einnahme von Bukareſt am 6. Dezember rückte der Zeitpunkt heran, in dem in eine Sondierung Rußlands nach der Richtung eines Sonderfriedens hin eingetreten werden konnte. Es wurde, um durch die Entſendung eines Deutſchen ſich nicht gleich zu ſehr zu engagieren, beſchloſſen, den bulgariſchen Geſandten zunächſt allein ausreiſen zu laſſen.

Der Verlauf und das Ergebnis waren folgende:

Die Ankunft in Chriſtiania erfolgte am 2. Februar. An den folgenden Tagen fanden Beſprechungen mit dem ruſſiſchen Geſandten Gulkewitſch ſtatt. Der bulgariſche Geſandte ſetzte hierbei auseinander,

daß die Bedingungen für Rußland zur Zeit außergewöhnlich günstig sein würden, daß sie aber naturgemäß bei weiter fortschreitenden Waffenerfolgen Deutschlands sich verschlechtern müßten, und daß es für Rußland ganz bedenklich zu sein scheine, sich zu den Friedensverhandlungen mit der Entente zusammen an einen Tisch zu setzen.

Demgegenüber wies Gulkewitsch darauf hin, daß Rußland durch feierliche Verträge mit der Entente verbunden und daß es wenig angängig sei, sich aus diesen Verträgen zu lösen. Er schlug dagegen einen Sonderfrieden zwischen Rußland und Bulgarien vor. Diesen lehnte der bulgarische Gesandte aus demselben Grunde, wie Rußland den Sonderfrieden mit Deutschland, ab. Er bat am Schlusse des Gespräches, von seiner Anwesenheit und von dem Inhalt der Unterredung dem Hauptquartier oder dem Zaren Mitteilung zu machen.

Eine Unterredung gleicher Art fand zwischen Rizoff und dem russischen Gesandten Nekludow in Stockholm statt. Dieser erklärte sich bereit, die Vorschläge dem Zaren telegraphisch mitzuteilen. Aus den Gesprächen mit dem Gesandten ging hervor, daß am russischen Hofe zwei Parteien bestanden, die eine unter Führung von Stürmer und der Zarin, die für den Frieden mit Deutschland sei, die andere als Kriegspartei der Großfürsten. Beide seien sich einig, der Duma keine Konzessionen zu machen. Gegen beide arbeite die englische Partei und englisches Geld zu Gunsten der leitenden Duma-Parteien und einer Verfassung im Einverständnis mit Miljukoff.

Inzwischen hatte sich noch eine neue ganz linksgerichtete Partei unter geistiger Führung von Maxim Gorki gebildet, die für den Frieden war. Es arbeiteten demnach in Rußland gegeneinander die beiden Hofparteien, Liberale und die radikale Partei.

Die russische Revolution machte allem ein Ende.

Von einem im Juli 1916 unternommenen Friedensfühler, der zu einer Unterredung zwischen dem Hamburger Bankier Warburg, dem Reichsratsmitglied Graf Olsufiew und Herrn Portopopow führte, war mir ebensowenig etwas bekannt geworden wie General Ludendorff. Allgemein kann man nur bedauern, daß unsere Regierung in dem Punkte einer Verständigung mit Rußland viel zu wenig rührig war. So wurde dem vom Konsul Marx im Mai 1916 angeregten Gedanken erst im September Folge gegeben, zu einer Zeit, als unsere militärische Lage infolge des Brussilow'schen Einbruches in die Bukowina

und infolge des Eintritts Rumäniens in den Krieg außerordentlich viel ungünſtiger geworden war. Als dann ſpäter der Abbruch der diplomatiſchen Beziehungen ſeitens der Vereinigten Staaten erfolgte, wurde die Stellung der ruſſiſchen Kriegspartei geſtärkt. Das Verhalten des Reichskanzlers in dieſer ganzen Angelegenheit erſcheint auffällig. Vielleicht übte auch der Umſtand auf ihn Einfluß aus, daß die Vorſchläge des Herrn Marx über Exzellenz v. Löbell gekommen waren, deſſen Hinneigung zum Fürſten Bülow bekannt war. Vielleicht ſah der Kanzler auch die Freundſchaft mit England auf Koſten Rußlands lieber, ohne daran zu denken, daß „Englands Freund nur Englands Diener ſein kann." Man erließ am 5. November 1916 im Einverſtändnis mit den linken Parteien des Reichstages die Polenproklamation und nahm dadurch jeder weiteren Arbeit zur Erreichung eines Friedens mit Rußland die Möglichkeit des Erfolges. —

Am 29. Auguſt wurde dem Enthebungsgeſuch des Chefs des Generalſtabes, Generals v. Falkenhayn, von ſeiner Stelle Allerhöchſt ſtattgegeben, und er durch General-Feldmarſchall v. Hindenburg erſetzt. General Ludendorff war zum 1. Generalquartiermeiſter ernannt worden.

Auf Wunſch des letztgenannten begab ich mich am 11. September nach Pleß. Das Wiederſehen war ſehr herzlich. Es gab vieles zu beſprechen. Ich riet dem General, eine Neuorganiſation des Feldmunitionsweſens in der Weiſe vorzunehmen, daß ein Offizier der engeren O.H.L. damit beauftragt würde, der wieder bei den verſchiedenen A.O.Kds. ſeine Organe haben ſollte. Zu dieſem Vorſchlag hatten mich die bisher gemachten Erfahrungen geführt. Es war unumgänglich notwendig, wie es auch in der Kriegs-Etappen-Ordnung vorgeſehen war, daß der Leiter des Feldmunitionsweſens über die Abſichten der O.H.L. orientiert wurde, damit er danach ſeine Maßnahmen rechtzeitig treffen konnte. Das war bisher zum Schaden des Ganzen nicht geſchehen. Mein Vorſchlag wurde auch angenommen, und er hat ſich m. W. bewährt.

Auch für das K.M. Berlin war es nicht angenehm, über die Abſichten der O.H.L. nicht orientiert zu ſein. Es wurde dadurch oft in die ſchwierigſten Lagen verſetzt, da ihm keine Zeit gegeben wurde, die durch die Operationen bedingten Forderungen gehörig vorzubereiten. Auch das Mittel, eine Reſerve für alle Fälle zu ſchaffen, half nicht immer, da die O.H.L., ſobald ſie davon Kenntnis erhielt, ſehr oft die ſofortige Ausgabe als durchaus notwendig beantragte.

Sehr störend erwies sich die Geheimhaltung bei Truppenverschiebungen. So kam es sehr häufig vor, daß Material für eine Truppe nach dem Westen abging, während diese inzwischen nach dem Osten abbefördert worden war. Die Sachen irrten dann oft monatelang in der Welt umher, und die Truppe beklagte sich über mangelnde Lieferung. Die Bitten des K.M., rechtzeitig unterrichtet zu werden, hatten dann später Erfolg und erleichterten die Aufgabe des K.M. wesentlich.

Ferner schlug ich dem General Ludendorff die Einsetzung je eines Oberquartiermeisters Ost und West vor, wobei Letztgenannter die Oberleitung haben sollte. Es hatte sich bei den Beratungen gezeigt, daß ein einziger O.Qu.M. zu wenig über die Verhältnisse im Osten orientiert sein konnte.

Bald nach dem Eintreten der neuen Stellenbesetzung sah sich der Kriegsminister veranlaßt, seinen ständigen Aufenthalt nach Berlin zu verlegen.

Wo soll der Kriegsminister sich aufhalten?

Die Frage, ob der Kriegsminister im Kriegsfalle in Berlin oder im Großen Haupt-Quartier nötiger ist, wurde im Jahre 1911 auf Befehl des damaligen Kriegsministers Exz. von Heeringen eingehend nach allen Richtungen erörtert, und das Material, das für oder gegen die eine oder andere Lösung sprach, gesammelt, um eintretenden Falles unter Berücksichtigung der dann vorliegenden Verhältnisse sich rasch entscheiden zu können.

In der vom Zentral-Departement aufgestellten Denkschrift war die Ansicht vertreten, daß der Kriegsminister ebenso wie der Reichskanzler als die beiden verfassungsmäßigen Berater des Monarchen zu seiner Person gehörten, damit dieser bei seinen Entschließungen jederzeit in der Lage war, sich ohne Zeitverlust und auf mündlichem Wege ihres Rates versichern zu können.

Es wurde zugegeben, daß diese beiden Persönlichkeiten dem für die Operationen zuständigen Chef des Generalstabes der Armee, auch wenn sie dessen alleinige Selbständigkeit für die Operationen voll und ganz anerkannten, unbequem sein konnten. Das hatte der Krieg 1870/71 gezeigt. Es wurde deshalb auch erklärlich gefunden, wenn von der Seite des G.St. dem Wunsche Ausdruck gegeben wurde, den

Kriegsminister in der Heimat zu belassen. Entscheidend aber für die Beurteilung war nicht die Abwickelung der laufenden Aufgaben, sondern der Umstand, daß während des Krieges vielleicht unerwartet neue politische Lagen in der inneren wie äußeren Politik und militärische Anforderungen auftauchen konnten, die nur dann lösbar waren, wenn der Kriegsminister selbst in dauernder, engster Verbindung mit dem Leiter der Operationen stand, über dessen Pläne und Absichten, wie über den Verlauf der Operationen ununterbrochen und ohne Zeitverlust unterrichtet blieb und dementsprechend unter den frischen und unmittelbar auf ihn wirkenden Eindrücken seine Entschlüsse fassen und seine Direktiven und Anregungen geben konnte.

Unzweifelhaft lag das Schwergewicht aller Entscheidungen, jedenfalls derer, die das Wohl und Wehe des Heeres und damit des Reiches unmittelbar und ausschlaggebend berührten, im Großen Hauptquartier.

Gewiß konnte die Möglichkeit bestehen, wo Eile nicht geboten war, die Meinung eines in der Heimat befindlichen Kriegsministers einzuholen. Bei wichtigen Entschlüssen und für Entscheidungen weittragender Art stets erst diesen Weg einzuschlagen, konnte verhängnisvoll werden. Kostbare Zeit konnte verloren gehen. Der an Stelle des Kriegsministers im Hauptquartier anwesende Vertreter mußte mit Rücksicht hierauf ohne Zweifel in die denkbar schwierigsten Lagen geraten. Entweder, er wurde an die Wand gedrückt, was das Wahrscheinlichste war, oder er würde gerade in den entscheidenden Momenten zu Entschließungen, möglicherweise von ausschlaggebender Bedeutung gedrängt werden, ohne die Möglichkeit zu haben, vorher mit dem Kriegsminister in Verbindung treten zu können. Damit würde ihm aber eine nicht beabsichtigte und das Ansehen des Kriegsministers gefährdende Machtbefugnis zufallen, andererseits dessen Verantwortung ausgeschaltet, seine Autorität, größere Erfahrung und sichere Beurteilung der Verhältnisse lahm gelegt, und er schließlich gezwungen sein, Maßnahmen zur Ausführung bringen zu müssen, deren Zweckmäßigkeit er vielleicht nicht einmal anerkannte, die aber nun nicht mehr zu verhindern waren.

Den gegen die Abwesenheit des Kriegsministers von Berlin zu erhebenden Einwand, daß ihm für seine zu treffenden Maßnahmen ein großer und wesentlicher Teil der Unterlagen fehle, wurde entgegengehalten, daß der Minister einen Stab bei sich haben sollte, der so zusammen-

gesetzt sei, daß die allgemein nötigen Unterlagen jeder Zeit zur Hand seien. Die Ausführung im einzelnen sei Sache des Kriegsministeriums in Berlin.

Diese Ansicht hatte der Kriegsminister Graf Roon vertreten.

Im Gegensatz hierzu stand die Ansicht Moltkes, der sich entschieden gegen die Anwesenheit des Kriegsministers im Großen Haupt-Quartier ausgesprochen hat. Andererseits schrieb er: „die Zusammensetzung des Haupt-Quartiers einer Armee ist von einer Wichtigkeit, die nicht immer genügend erkannt wird" und weiter führte er aus, daß der Führer des Heeres — also doch der Allerhöchste Kriegsherr — in den meisten Fällen des Beirates nicht entbehren könne. Dieser könne sehr wohl das Ergebnis gemeinsamer Erwägungen einer kleineren oder größeren Zahl von Männern sein, deren Bildung und Erfahrung sie vorzugsweise zu einer richtigen Beurteilung befähige. Diese Worte konnten auf keinen besser zutreffen als auf den Kriegsminister.

Wenn Moltke weiter schrieb, daß schließlich nur *eine* Meinung durch den *einen* dazu Befugten vorgetragen werden dürfe, so bedurfte dies der Erweiterung dahin, daß es dem verantwortlichen Kriegsminister unbenommen bleiben mußte, jederzeit bei diesem Vortrage seine Ansicht und seine Einwände und zwar nicht nur, soweit sie auf die Erhaltung der Schlagfertigkeit Bezug hatten, sondern auch als für den ganzen Verlauf des Feldzuges mitverantwortlicher erster militärischer Ratgeber des Königs, mit Nachdruck zu vertreten. Der Vortrag der *einen* Meinung konnte sich nur auf das Operative erstrecken. Kein Kriegsminister konnte dem Chef des G.St. gerade für die Dauer des Feldzuges die ihm allein zustehenden Rechte einräumen wollen, was auch staatsrechtlich ausgeschlossen war. Verdy vertrat einen entgegengesetzten Standpunkt. Er sagt: „Die Größe des Hauptquartiers muß eine bedeutende sein, wenn der Oberbefehl sich in den Händen des Monarchen befindet. Dann ist es nötig, daß der Chef der politischen Leitung den Monarchen auf den Kriegsschauplatz begleitet, und ebenso wenig können das Militär- und Zivilkabinett zu Hause bleiben, auch das Kriegsministerium muß vertreten sein. In bezug auf letzteres wird darüber gestritten, ob der Minister selbst auf den Kriegsschauplatz hingehört, oder nur ein Vertreter desselben ausreicht. Wir waren damals alle der Ansicht, daß der Kriegsminister in der Residenz verbleiben müsse

und nur ausnahmsweise auf einige Zeit sich im Felde zeigen dürfe.[1]) In dieser Ansicht bin ich bei nochmaligem Durchdenken der Frage, als ich später an der Spitze des Kriegsministeriums mich befand, nur bestärkt worden. Alle Neuformationen, alle Bedürfnisse an Munition, Belagerungsgeschützen, Hospitäler, Montierungsstücke, selbst die Herstellung neuer Bahnen, ein großer Teil der Verpflegung und tausend andere Ansprüche können nur aus dem eigenen Lande geschöpft werden, und hier bedarf es des ganzen persönlichen Einflusses des Kriegsministers, alles rechtzeitig in die Wege zu leiten und die Friktionen zu überwinden. Damit dieser jedoch über dasjenige, was im Felde die Oberleitung beabsichtigt, orientiert bleibe und rechtzeitig etwa dort hervortretenden Ansprüchen genügen kann, muß allerdings ein höherer Offizier des Kriegsministeriums dem Großen Haupt-Quartier zugeteilt sein."

Die Auffassung, daß die Anwesenheit des Kriegsministers im Großen Haupt-Quartier unbedingt nötig sei, wurde ausführlich vertreten in einer Abhandlung des Generalleutnants Grafen Waldemar v. Roon.

In der oben (S. 152) erwähnten Denkschrift des Kriegsministeriums heißt es dann weiter: „Wie die Anwesenheit des verantwortlichen Leiters der Politik, so ist auch die des Kriegsministers auf dem Kriegsschauplatz notwendig, denn nur an Ort und Stelle, wo sich die Verhältnisse genau übersehen lassen können und nur in steter persönlicher Verbindung mit Sr. Majestät, wo die frischen Eindrücke, der unmittelbar mündliche Verkehr ganz anders wirken und sich ansehen, können diese verantwortlichen Minister ihre Stimme rechtzeitig erheben und ihre Ansichten mit genügendem Nachdruck vertreten.

Sollten die Verhältnisse wirklich die Anwesenheit des Kriegsministers in Berlin ausnahmsweise vorübergehend erfordern, so ist seine Rückkehr dorthin jederzeit möglich." Für die Geschäftsführung im Kriegsministerium während seiner Abwesenheit hatte Roon Grundsätze

---

[1]) Diese Ansicht scheint doch nicht so allgemein gewesen zu sein. In den Denkwürdigkeiten Roons heißt es: „Als daher im Jahre 1870 in Versailles zuerst einige Stimmen laut wurden, welche die Frage, ob der Kriegsminister ins Große Hauptquartier gehöre, verneinten, fand man kaum eine Veranlassung, eine solche, wie es schien, einseitige Ansicht zu widerlegen.

aufgestellt, die sich 70/71 vollkommen bewährt hatten, und die auch für künftige Fälle geeignet erschienen.

Es heißt dann weiter:

„Hält man außer den Generalgouverneuren etc. in den Provinzen eine militärische Spitze am Sitze der Regierung, die mit besonderen Machtbefugnissen auszustatten wäre, für notwendig, so wähle man dazu einen für eine solche Aufgabe geeigneten General, aber nicht den mit verfassungsmäßiger Verantwortung ausgestatteten Kriegsminister."

Das Allgemeine Kriegsdepartement schloß sich den Ausführungen der Denkschrift an. Es fügte aber hinzu, daß bei einem Kriege mit mehreren Kriegsschauplätzen die Anwesenheit des Kriegsministers in Berlin nötiger sein könnte als im Großen Haupt-Quartier.

Zur Begründung hierfür heißt es dann:

„Die Lage auf dem dem Großen Haupt-Quartier entfernten Kriegsschauplatz kann sofort wichtige Maßnahmen erfordern, die von dem im Großen Haupt-Quartier befindlichen Kriegsminister nicht beurteilt werden können oder die so dringend sind, daß eine Anfrage bei ihm zeitlich nicht möglich ist."

Auf Befehl des Kriegsministers wurde die Denkschrift im Mobilmachungskalender des Kriegsministeriums aufbewahrt, und in diesem ein entsprechender Vermerk aufgenommen.

Der bei Ausbruch des Krieges amtierende Kriegsminister, Exzellenz von Falkenhayn, begab sich mit dem Großen Haupt-Quartier ins Feld. Die Ziele für das Kriegsministerium waren durch ihm gehaltene Vorträge der einzelnen Departements festgelegt, es lag keine Veranlassung für ihn vor, zu Hause zu bleiben. Wohl aber konnte der unübersehbare Verlauf der Operationen seine Anwesenheit im Großen Haupt-Quartier notwendig machen, wie es tatsächlich eintrat.

Seine Vertretung übernahm der zeitige Direktor des Allgemeinen Kriegsdepartements, Generalmajor Wild v. Hohenborn und, als dieser eine Division erhielt, der Generalleutnant v. Wandel, Gouverneur von Cöln und früherer Direktor des Allgemeinen Kriegsdepartements.

Als Generalleutnant v. Falkenhayn Chef des Generalstabes wurde, blieb er zunächst Kriegsminister, dann wurde Generalleutnant Wild von Hohenborn sein Nachfolger. Das Zusammenarbeiten zwischen beiden Persönlichkeiten war — wie nach der Vorzeit nicht anders zu erwarten — sehr gut. Reibungen zwischen Kriegsministerium und

Oberster Heeresleitung kamen kaum vor, drohten solche zu entstehen, so fanden sie durch den konzilianten, nachgiebigen Charakter des Kriegsministers ihre Erledigung. Umstände, die die dauernde Anwesenheit des Kriegsministers in der Heimat hätten fordern können, lagen damals nicht vor, erst in der 2. Hälfte des Jahres 1916 begann sich der Schwerpunkt der ministeriellen Tätigkeit nach Berlin zu neigen. Hier arbeitete aber der gewaltige Apparat unter Leitung von General von Wandel zur vollsten Zufriedenheit der Obersten Heeres-Leitung.

Der Wechsel in der Stelle des Chefs des Generalstabes und Generalquartiermeisters führte zur Entfernung des Kriegsministers aus dem Großen Haupt-Quartier und zu seiner späteren Verabschiedung als Kriegsminister. Sein Nachfolger, Generalleutnant von Stein, nahm seinen dauernden Aufenthalt in Berlin.

Die Stellung, die das Kriegsministerium im Kriege 1870/71 dem Generalstab gegenüber besaß, hat es in diesem Kriege nie gehabt. Mit der Vereinigung beider Ämter in einer Person fiel dies von selbst weg. Unter General v. Wild war das Kriegsministerium mehr und mehr ausführendes Organ der Obersten Heeres-Leitung. Widersprechende Ansichten und wichtige Maßnahmen wurden durch die täglichen Besprechungen zwischen beiden Herren erledigt.

Die neue Ära mit ihren weitgehenden Forderungen forderte die Anwesenheit des Kriegsministers in Berlin. So blieb es bis zum Ende des Krieges. Nur selten reiste der Kriegsminister ins Große Haupt-Quartier.

Gewiß mußte eine Verlegung des Schwerpunktes der ministeriellen Tätigkeit nach Berlin von dem Augenblick an eintreten, in dem die innere Lage und militärische Forderungen es verlangten. Es zeigte sich aber sehr bald, daß die dauernde Abwesenheit des Kriegsministers vom Großen Haupt-Quartier nicht gut war. In den wichtigsten Angelegenheiten wurde seine Meinung nicht gehört, er wurde über viele Sachen, namentlich auf politischem Gebiet nicht unterrichtet, über seinen Kopf hinweg wurde mit anderen Ressorts verhandelt, wovon er oft nur durch Zufall Kenntnis bekam. Der im Großen Haupt-Quartier zurückgelassene Vertreter des Kriegsministers, ein Stabsoffizier, versuchte mit allen Kräften und sehr oft erfolgreich, eine Besserung zu erreichen. Dies Verhältnis mußte zum Nachteil des Ganzen ausschlagen.

Am schwerwiegendsten zeigte sich das Fehlen des Kriegsministers im Großen Haupt-Quartier bei den Vorverhandlungen über den Waffenstillstand. Der Reichskanzler und der Reichsschatzsekretär werden nach Spaa befohlen, die Anwesenheit des Kriegsministers wird nicht für nötig befunden. Der Reichsschatzsekretär (!) erhält den Auftrag, den Parteiführern die militärische Lage darzulegen, und ihm wird ein Generalstabsoffizier beigegeben. Der Kriegsminister, der doch weiß Gott die berufenste und geeignetste Person dazu gewesen wäre, saß unbeteiligt in Berlin. Was geschah? Der in militärischen Verhältnissen unmöglich so bewanderte Reichsschatzsekretär schilderte die Lage so, daß der Zusammenbruch mit seinen ersten Anfängen in der Heimat eintrat. Zahlreiche an mich damals gerichtete Anfragen, ob die gegebene Schilderung wahr sei, zeugten von der Aufregung, die die Mitteilung hervorgerufen hatte. Hätte man den ruhigen, überlegten Kriegsminister v. Stein mit der Mission beauftragt, es wäre nicht dazu gekommen.

Dies nur einige Beispiele, deren Zahl beliebig vermehrt werden kann.

In diesem ganzen Verfahren lag aber noch eine andere große Gefahr. Die Stellung des Kriegsministers, der zugleich Obermilitärbefehlshaber war, wurde erheblich geschwächt. Gerade das Gegenteil tat not, unendlich not. Anstatt sich an den zuständigen Kriegsminister zu wenden, arbeiteten die Zivilstellen vielfach, ohne ihn zu beteiligen, direkt mit der Obersten Heeres-Leitung. Man war blind gegen die Schäden, die daraus entsprangen. Ich habe oft im Großen Hauptquartier betont, daß die Verhältnisse im Innern einen starken Obermilitärbefehlshaber erforderten — vergebens. Seine Macht wurde eher geschwächt als gestärkt. Die Ereignisse haben mir recht gegeben.

Eine Regel aufzustellen, ob sich der Kriegsminister am Heimatsort oder im Großen Haupt-Quartier während eines Krieges aufzuhalten hat, halte ich für falsch. Er muß dort sein, wo seine Anwesenheit notwendig ist, zeitlich unbeschränkt.

Unausbleibliche Folge der Übersiedelung des Generals von Wild nach Berlin war, daß der stellv. Kriegsminister, Exzellenz v. Wandel, um seinen Abschied einkam. Er hatte mit seinem gewohnten Scharfblick sofort erkannt, daß zwei Kriegsminister an einem Ort nur der Sache schaden könnten.

Das Scheiden dieses hochbedeutenden Mannes war besonders in dieser Zeit ein großer Verlust. Seine Verdienste gehören der Geschichte an. Die Liebe und Verehrung seiner Untergebenen begleiteten ihn.

In diese Zeit fällt die Errichtung des Waffen- und Munitionsbeschaffungsamts, des sogenannten Wumba. Es war dies keine neue Einrichtung, sondern nur der Ausbau eines schon bestehenden Amtes und bezweckte eine Vereinfachung des Verkehrs zwischen den bisherigen Beschaffungsstellen und der Kriegsindustrie. Seine Hauptaufgaben waren die Aufsicht über die Leistungen der Stahl- und Eisenindustrie, über die Munitions- und Geräteproduktionsfähigkeit in der Gegenwart und ihre Steigerungsmöglichkeit in der Zukunft, Regelung des Bedarf aller Beschaffungsstellen, die Übersicht über die gesamte für Kriegsbedarf in Betracht kommende Industrie und der ausschließliche Verkehr mit ihr.

Während das Amt bisher bereits den Ersatz von Artillerie- und Infanteriemunition, Geschützen, Fahrzeugen, Gewehren, M.G., Beschirrungen, Traingeräten und Minenwurfmunition leitete, kamen jetzt die Beschaffung aus dem Bereiche des Ingenieur-Korps, also Minenwerfer, Wurfgranaten, Sprengstoffe, Stacheldraht usw. hinzu. Somit war es erreicht, daß die Industrie nur noch mit einer Beschaffungsstelle zu verkehren hatte. Nur das Flugzeugwesen blieb aus besonderen Gründen selbständig.

Gleichzeitig sollte dieses Amt mit dem Reichsmarineamt und den Eisenbahnbedarf-Beschaffungsstellen engste Verbindung halten.

Wie ich aus dem „Weltkrieg" von Karl Helfferich ersehe, hat der damalige Staatssekretär des R.d.J. in dieser Angelegenheit viel mit der O.H.L. verhandelt. Ich bedaure dies ungemein. Es wäre wohl richtiger und dem bisherigen Brauch entsprechender gewesen, wenn er sich dieserhalb an das allein zuständige K.M. in Berlin gewandt hätte. Er würde unzweifelhaft sein Ziel erreicht haben und hätte nicht nötig gehabt, seinen Brief vom 3. 9. an General Ludendorff zu schreiben. Er würde erfahren haben, weshalb der Herausziehung der nötigen Facharbeiter aus der Front eine Grenze gesteckt werden mußte, daß die Vergebung der Aufträge bereits vereinheitlicht war, und daß das K.M. der von ihm vorgeschlagenen Beigabe eines erstklassigen Fachmannes aus der Eisenindustrie zu dieser Beschaffungsstelle sofort zugestimmt haben würde.

Diese Übergehung des K.M. von seiten des Staatssekretärs des R.d.J. ist um so auffallender, als er selbst sich in seinem Buche darüber beklagt, daß die militärischen Stellen ihn in der Angelegenheit des Hindenburg-Programms nicht beteiligt hätten.

Sehr bedauerlich war, daß die Vertreter der Eisen- und Stahlindustrie den Rat des Kriegsministers, sich an seinen Stellvertreter in Berlin zu wenden, nicht befolgt hatten. Es wäre sonst eine schnellere Lösung der außerordentlich wichtigen Frage der Zusammenarbeit der Industrie mit der Heeresverwaltung möglich gewesen. Statt dessen sandten sie eine Denkschrift an verschiedene behördliche Stellen, um ihre Wünsche klarzulegen.

In Verfolg dieser Denkschrift berief der Kriegsminister die Vertreter der Industrie zu einer Besprechung zusammen. In dieser wies er auf den Ernst der Lage und auf die stetig zunehmende Bedeutung der Industrie für den Krieg hin. Eine Steigerung in der Forderung von Kriegsmaterial müsse sobald als möglich eintreten, das auf früherer gemeinsamer Überlegung aufgebaute Programm genüge nicht mehr dem heute vorliegenden und dem noch zu erwartenden Bedarf. Die dringendste Aufgabe sei heute: Pulver, Eisen und Stahl in denkbar größter und denkbar schnellster Produktion. Die O.H.L. habe Anhalte gegeben für das, was sie für notwendig hielte für das nächste Frühjahr. Er verlange bei den Riesenforderungen der Heeresverwaltung ein Zurückstellen aller anderen Arbeiten, die nicht unbedingt kriegswirtschaftlich notwendig seien und empfehle, auf die Frage der Arbeitskräfte kommend, stärkste Heranziehung der Frauen und Jugendlichen, der Kriegsbeschädigten, Kriegsgefangenen und endlich der Arbeiter aus dem feindlichen und neutralen Ausland. Er verspreche, „alle unbedingt nötigen, zurückgestellten Facharbeiter" der Industrie zu belassen. Darüber hinaus sollten alle die Arbeiter, die der Industrie unbedingt erhalten werden müßten, reklamiert werden dürfen, sowohl die kv. wie die gv. und av.

Um die Zahl der Facharbeiter, die notwendig würden, zu beschaffen, sollten mit Genehmigung der O.H.L. Wehrpflichtige, wenn notwendig auch kv. Facharbeiter aus der Front zurückgegeben werden. Natürlich ginge die Herausziehung nur, soweit das mit den militärischen Interessen vereinbar sei, denn ein Mann könne auch in der Front unabkömmlich sein.

Dem Wunsch, daß den Beschaffungsstellen die Entscheidung über die Arbeiterzurückstellung übertragen werden möge, könnte er, der Kriegsminister, nicht zustimmen, da nicht nur die Industrie mit Arbeiten zu versehen sei, sondern auf der anderen Seite das Feldheer mit seinen Anforderungen an Ersatz stehe.

Die Aussprache ergab, daß

1. die Vertreter der Industrie mit der Einsetzung des Wumba einverstanden waren, da dadurch vielfachen Klagen über Umständlichkeit des Verfahrens abgeholfen würde. (Ich muß hier ausdrücklich feststellen, daß diese Klagen nicht an mich gelangt waren, und als endlich eine mir vorgebracht wurde, sofort die ersten Anfänge des Wumba von mir geschaffen wurden);
2. die Industrie weitgehende Anforderungen an Arbeitern stellen würde. Auf die schweren Gefahren, die hierin lagen und die Folgen, die auf das Heer schädigend wirken mußten und tatsächlich gewirkt haben, habe ich an anderem Ort hingewiesen;[1])
3. wieder einmal dem K.M. bürokratische Amtsführung vorgeworfen wurde und zwar gerade von einigen Herren, in deren Betrieben der Bürokratismus mehr wie anderswo blühte, ohne daß sie eine Ahnung davon zu haben schienen.

Gerade bei Aufrollung dieser Frage war es interessant, zu beobachten, daß Klagen erhoben, aber niemals Wege gewiesen wurden, wie ihnen abzuhelfen sei. Warum wohl nicht?

Ende September reiste ich in das Große Hauptquartier nach Pleß. Ich sprach mit Exzellenz Ludendorff über eine Umgestaltung der Organisation des Kriegsministeriums. Der Umfang meines Departements hatte derartig zugenommen, daß die mir als Direktor obliegende Arbeit zeitlich nicht mehr zu leisten war. Selbst der meist 16stündige Arbeitstag reichte nicht mehr aus. Ich beabsichtigte daher, die eigentlichen Waffenabteilungen A 3—6 (Kav., Artillerie u. Pioniere) abzutrennen und aus ihnen ein neues Departement zu bilden. Ich betonte aber mit allem Nachdruck, daß das Ersatz- und Arbeitswesen bei A D bleiben müsse, da es zu eng mit ihm zusammenhing. Eine Loslösung dieser Materien von A D würde auf Kosten der Schlagfertigkeit des Heeres gehen. Der General Ludendorff stimmte mir zu. Auch

[1]) Vgl. S. 99.

er hatte sich schon mit der Frage beschäftigt, das bewies ein Zettel, den er mir zur Mitprüfung gab. Nach diesem sollte A D im wesentlichen die Aufgaben der Armee-Abtlg., den Ersatz und die Beschaffung insbesondere der Munition umfassen, während die einzelnen Waffenabteilungen zu einem besonderen Departement vereinigt werden sollten. Ich nahm den Zettel nach Berlin mit und sandte ihn mit einigen Abänderungen bald zurück. Kurz darauf erfuhr ich, gerade als ich über Zurückstellung im Haushaltsausschuß sprach, daß in der regelmäßig tagenden Orientierungsversammlung der Pressevertreter von militärischer Seite die Errichtung eines Kriegsamtes mitgeteilt sei.

Ich kann nicht leugnen, daß ich überrascht war, und es nach den Vorgängen auch sein mußte. Da hatten wieder die unsichtbaren Kräfte gewirkt. Ich überlegte, ob ich noch länger in meiner Stellung bleiben sollte. Nach aufklärender Mitteilung aus dem G.H.Qu. hielt ich es für meine Pflicht, zu bleiben, leicht wurde es mir nicht.

Der Kriegsminister, Generalleutnant Wild v. Hohenborn, wurde am 29. Oktober durch General der Art. von Stein ersetzt.

Ziemlich gleichzeitig erfolgte die Aufstellung des sog. Hindenburgprogramms, das eine große Steigerung der Erzeugung von Kriegsmaterial, besonders an Artillerie und Munition in kürzester Frist bezweckte. Ich komme darauf zurück.

Das Ende des Jahres 1916 brachte uns die Eroberung des größten Teiles von Rumänien und damit die Öffnung der direkten Verbindung mit der Türkei. Die Vorbereitungen des Feldzuges hatten an die Heeresverwaltung bedeutende Anforderungen gestellt. Ich glaube, sie ist ihnen voll gerecht geworden, jedenfalls sind Klagen nicht zu ihr gelangt.

Der Besitz von Rumänien war für unsere Rohstofflage von großer Bedeutung.

Die Schilderung dieser Vorgänge gibt mir Gelegenheit, auf das Verhältnis zwischen Kriegsministerium und Oberster Heeresleitung einzugehen.

Soweit es mich betraf, war es stets gut.

Der General v. Falkenhayn war mit mir Sommer 1913 in das K.M. gekommen, er als Kriegsminister, ich als Chef der Armee-Abteilung. Die Stellung brachte es mit sich, daß ich viel mit ihm in Berührung kam. Wir lernten uns näher kennen. Als dann die Mobilmachung befohlen wurde, und der Krieg ausbrach, fand ich in der

Person des Generals einen Mann, der meine und des mir später unterstellten Departements Leistungen stets anerkannte, die Ausführung meiner Gedanken und Pläne unterstützte und mir das Vertrauen schenkte, das bei Erfüllung der schweren und vielen Aufgaben, die mir im Laufe des Krieges zufielen, nötig war. Dies Vertrauen hat er mir auch als Chef des Generalstabes des Feldheeres bewahrt. Dafür werde ich ihm stets dankbar sein.

Im Spätsommer 1916 brachte der Wechsel in der Obersten Heeresleitung zwei Männer an die Spitze, deren Vertrauen zu besitzen, ich gleichfalls wohl annehmen konnte.

Der General-Feldmarschall ist mir gegenüber stets der wohlwollende Mann geblieben, der die Schwierigkeiten der dem K.M. zufallenden Aufgaben und seine Leistungen voll anerkannt hat. Wie jeder, der diesen herrlichen Führer näher kennen lernte, war auch ich von Begeisterung für ihn hingerissen. Für ihn tat man alles.

Oft hatte ich Gelegenheit, sein Gast zu sein. Es waren dies Stunden, die mir unvergeßlich sein werden; so erinnere ich mich besonders eines Abends in Pleß. Ich saß rechts neben dem Feldmarschall. Als General Ludendorff mit seinen Herren zur gewohnten Stunde aufgebrochen war, blieben nur noch außer mir der Kriegsminister General Wild v. Hohenborn und der Adjutant des Feldmarschalls zurück. Als ehemaliger Angehöriger des Regiments Königin Augusta, das viele Jahre in Coblenz gestanden hatte, brachte ich das Gespräch auf das Regiment und den Rhein. Ich hatte eine verwandte Seite berührt, der sonst allgemein stille Mann lebte in seinen Erinnerungen auf. Er erzählte aus seinem Leben und ich fühle mich in Gedanken an den schönen Rhein und die herrliche Mosel zurückversetzt.

Mit dem Regiment hatte der General-Feldmarschall durch Verwandte und Bekannte viele Beziehungen. Manche heitere Geschichte hörte ich hier zum erstenmal. Auch von meinem Schwiegervater, dem General der Artillerie und Generalinspekteur der Fußartillerie, Edler v. d. Planitz erzählte er. Hatte doch ein Vetter von ihm als Führer einer Eskadron des 2. Garde-Dragoner-Regiments am 16. August 1870 bei Mars la Tour die reitende Batterie Planitz herausgehauen, wobei er selbst den Heldentod fand.

Als sich der Feldmarschall um 11 Uhr erhob, um die eingegangenen Meldungen einzusehen, bedauerte ich das Ende dieses unvergeß-

lichen Abends. Vollen Herzens dankte ich dem wohlwollenden Manne für die Stunden, die ich sein Gast sein durfte und die mir Gelegenheit gegeben hatten, tieferen Einblick in diesen herrlichen Charakter zu gewinnen.

Das Andenken an diesen großen, Gott begnadeten Mann wird bei mir ebenso unvergeßlich bleiben als für meine Frau und zwei meiner Jungen der Augenblick, als er ihnen in Berlin an dem Ausgang des Reichsamts des Innern die Hand gab.

Mit dem General Ludendorff verband mich dasselbe Wollen: Im Frieden ein starkes Deutschland, im Krieg der Sieg!

Das gute Verhältnis zwischen uns beiden hat weitergedauert, als Ludendorff erst Mitglied, dann Chef der Aufmarschabteilung im Großen Generalstab, und ich Mobilmachungsreferent im K.M. wurde. Es änderte sich auch im Laufe des Krieges nicht, obwohl manche Intrigen dies zu erreichen suchten. Dies muß ich ganz besonders betonen, da einige Maßnahmen der O.H.L. gegen das K.M. eine andere Schlußfolgerung zeitigen könnten.

Hierauf näher einzugehen, zwingen mich Ausführungen, die in die Öffentlichkeit gelangt sind [1]).

Wie ich schon an anderer Stelle entwickelt habe, brachte der Umstand, daß der Kriegsminister General von Falkenhayn Chef des Generalstabes des Feldheeres wurde, und ihn der bisherige Direktor des A D, General Wild v. Hohenborn ersetzte, ein Verhältnis zwischen O.H.L. und K.M. mit sich, das dieses in eine gewisse Abhängigkeit von jener setzte. Dieses Verhältnis blieb auch bei der neuen O.H.L. bestehen. Sie diktierte dem K.M. das, was sie wollte. War das K.M. anderer Ansicht, so erfolgte meist der von der O.H.L. erwirkte Allerhöchste Befehl, oder die Sache wurde ohne die Heimatsbehörde gemacht. Dies mußte natürlich die Stellung des K.M. schädigen, obwohl es in Anbetracht der heimatlichen Verhältnisse dringend geboten war, sie soweit als irgend möglich zu heben. Ich habe hierauf im Großen Hauptquartier wiederholt hingewiesen, leider vergeblich. Ein starker Leiter der Operationen im Felde, ein mächtiger Kriegsminister im Innern, das war für die Zeitverhältnisse gegeben.

[1]) Vgl. Schrift des Oberst Bauer: „Konnten wir den Krieg vermeiden, gewinnen, abbrechen? Der Verfasser war bekanntlich einer der ersten Berater des Generals Ludendorff.

Einen solchen starken Mann ließ die O.H.L. aber nicht aufkommen, sie wollte beides in einer Person sein. Dies erkannte die Öffentlichkeit sehr bald. Daher wandten sich viele Kreise mit den mannigfaltigsten Bitten und Gesuchen an die O.H.L.

Jene Autorität gegenüber dem K.M. wurde von den Unterorganen des Generalquartiermeisters in einer oft unerhörten Weise mißbraucht. Ich kann nicht verhehlen, daß manche Telegramme mit der Unterschrift „J. A. Ludendorff" zum mindesten Kopfschütteln hervorriefen. Wir kannten ihre Verfasser. Unsere Ansicht, daß die Depeschen dem General Ludendorff nicht vorgelegt waren, fand vielfach ihre Bestätigung. In mehreren Fällen, bei denen der Inhalt des Telegramms falsch war und eine scharfe Erwiderung bedingte, gaben die Verfasser zu, die Drahtung ohne Vorlage an den Generalquartiermeister abgesandt zu haben. Sie baten um Zurückziehung. Als krassestes Beispiel, wie weit hierbei gegangen wurde, muß ich folgendes anführen:

Durch Zufall (!) war dem K.M. etwas von einer Konstruktion eines 100 km weit tragenden Geschützes bekannt geworden. Als die Marine mitteilte, daß die Besichtigung des fertigen Geschützes zu dem und dem Termin stattfinden würde, ersuchte das K.M. die O.H.L. um Beteiligung. Die Antwort „J. A. Ludendorff" lautete ablehnend. Als dann an General Ludendorff geschrieben wurde, ging das Einverständnis sofort ein. Auch die vom General Ludendorff selbst unterschriebenen Telegramme und Schreiben scharfen Inhalts waren m. E. auf dieselben Urheber zurückzuführen.

Von einem „absoluten Gebundensein der O.H.L." habe ich niemals etwas verspürt. Sie griff auf allen Gebieten ein, militärischen und nichtmilitärischen.

Man hat ihr vorgeworfen, daß sie sich zu sehr in die Politik gemischt habe. Demgegenüber möchte ich doch betonen, daß ein Feldherr neben militärischer Machtfülle auch über politischen Einfluß verfügen muß.

Es ist andererseits von der O.H.L. nahestehender Seite behauptet worden, daß es bei den Heimatbehörden beliebt gewesen wäre, wo es auf verantwortungsvolle Entschlüsse ankam, die O.H.L. vorzuschieben.

Derartige allgemeine Behauptungen nach dem Muster parlamentarischer Parteipolitiker sind kein Beweis. Die Männer des K.M. waren erhaben über solche Auffassung; für ihre Aufgaben haben sie mit eigener

Person eingestanden, für sie war stets Sachlichkeit und das Bestreben Richtschnur, der O.H.L. das zur Verfügung zu stellen, was nach den Kräften der Heimat geboten werden konnte und ihr zu helfen, wo und wie es nur ging.

Es war aber auch naturgemäß, daß dort, wo es sich um Bedürfnisse der Kriegsführung handelte, das K.M. sich auf die Auffassungen der O.H.L. stützte, namentlich, wo es galt, Widerstand bei Behörden oder Volksvertretung zu beseitigen. Das K.M. hätte nicht klug gehandelt, wenn es anders vorgegangen wäre.

Der Kriegsminister und ich haben uns stets *vor* die O.H.L. gestellt, sie aber niemals aus unedlen Beweggründen vorgeschoben.

Man hat dem K.M. vorgeworfen, daß es wichtige Schreiben gar nicht oder erst nach Monaten ablehnend beantwortet habe und dann häufig im Tone größter Gereiztheit. Diese Behauptungen sind völlig unzutreffend. Und was den Ton der Schreiben angeht, so wird eine genaue Prüfung der Akten ergeben, auf wessen Seite die Schuld an der „angeblichen Gereiztheit" des K.M. lag.

Außerdem übersieht man, daß die Arbeit in der Heimat grundverschieden von der Tätigkeit in einer militärischen Kommandostelle war. Hier genügte ein militärischer Befehl; der Kriegsminister konnte aber nicht in gleichem Maße auftreten. Eingehende Verhandlungen mit anderen Ressorts waren bei Fragen nicht rein militärischer Art unumgänglich.

Der geradezu gehässige Vorwurf: die blasse Furcht vor dem Reichstag habe auf die Heimatbehörde, also auch auf das K.M. lähmend gewirkt, muß nachdrücklichst zurückgewiesen werden. Man verfolge das Auftreten des K.M. von Stein im Reichstag. Klar ist, daß auf den Reichstag als Volksvertretung Rücksicht genommen werden mußte. Ich wüßte keinen anderen Weg, wie man auf verfassungsmäßige Weise die Forderungen z. B. der Kredite hätte durchbringen sollen, es sei denn, man hätte den Reichstag ganz beseitigt und sich dadurch außerhalb der Verfassung gestellt.

Es ist tief bedauerlich, daß Leute, die mit solchen beleidigenden, nichtssagenden Vorwürfen hervorgetreten sind, bei der O.H.L. eine entscheidende Rolle spielten. Sie waren die Urheber von Forderungen und Maßnahmen dieser Behörde, die in keiner Weise berücksichtigten, wie sehr die Verhältnisse sich geändert hatten, daß Kriegsbegeisterung

und Spannkraft des gesamten Volkes nicht mehr die gleichen waren wie in der ersten Hälfte des Krieges.

Diesen Herren fehlte die Kenntnis der heimatlichen Verhältnisse vollständig. Die richtige Beurteilung des Volkes ging ihnen ab.

Das Kriegsministerium hatte den Übelstand wohl erkannt. Es war dies einer der Hauptgründe, weshalb es die O.H.L. bat, einen ihrer Offiziere dem K.M. zuzuteilen. Der Antrag wurde leider abgelehnt.

Die berufenen Männer des K.M. haben sich weiß Gott die redlichste Mühe gegeben, den Forderungen der O.H.L. nachzukommen, auch da, wo die Notwendigkeit des Krieges tief in das eigene Leben des Volkes eingriff; sie haben versucht, sich von dem in der Heimat wehenden Geiste frei zu machen, sie mußten aber mit den Verhältnissen, wie sie vorlagen, rechnen. Es wäre besser gewesen, die O.H.L. hätte dies auch getan. Sie wurde aber falsch unterrichtet.

Die beim Feldheere im allgemeinen ruhige Zeit des Winters 16/17 hatte auch die Heeresverwaltung ausgenützt, um die Leistungsfähigkeit des Heeres entsprechend den Absichten der O.H.L. zu stärken.

Vom 5. bis 11. Februar bereiste ich die Fronten der Armee-Abteilungen B, A, C und der 5. Armee. Die O.H.L. rechnete mit der Möglichkeit einer französischen Offensive an diesem Teil der Front. Infolgedessen waren große Truppenmassen dorthin befördert worden. Die Zusammenziehung gab naturgemäß Anlaß zu manchen Wünschen, die nach Möglichkeit erfüllt werden mußten.

Der Oberkommandierende, General v. Gündell, beklagte sich bitter über die Zustände in den Reichslanden und forderte, daß unbedingt Abhilfe geschaffen werden müßte. Zu wiederholten Malen und in großer Schärfe hatten sich die Vertreter der Reichslande im Reichstag gegen die Verbote der Militär-Befehlshaber in Elsaß-Lothringen über den herausfordernden Gebrauch der französischen Sprache gewandt. Sie übersahen, daß nicht dem Gebrauch der französischen Sprache an sich, sondern einer damit verbundenen beabsichtigten Herausforderung entgegengetreten werden sollte und es Sache der Gerichte war, diesen Tatbestand in jedem Falle festzustellen.

Bei diesen Verboten handelte es sich schließlich um militärisch notwendige Maßnahmen, die mit Germanisierung oder sonstigen politischen Zwecken nichts zu tun hatten.

Zu ihren Anordnungen waren die militärischen Stellen rechtlich

und sachlich vollauf befugt. Elsaß-Lothringen lag im Operationsgebiet, die Militär-Befehlshaber trugen die Verantwortung für die Sicherheit der dort kämpfenden Truppen. Sie durften nicht dulden, daß sich in deren Rücken deutschfeindliche Bestrebungen breit machten, wie sie durch die Anwendung der französischen Sprache in herausfordernder Weise begünstigt und angeregt wurden.

Ähnlich lagen die Verhältnisse in den polnisch sprechenden Provinzen Preußens und in Nordschleswig. Dort hetzte vielfach der niedere Klerus, hier wühlten dänische Agitatoren. Der verdiente Schriftsteller Strackerjan, ein kerndeutscher Mann, allerdings etwas verbittert durch seinen jahrzehntelangen Kampf in der Nordmark, warnte wiederholt vor den dänischen Umtrieben. Kriegsministerium und Oberste Heeresleitung wurden nicht müde, das Preußische Ministerium des Innern darauf hinzuweisen. Dieses, gestützt auf die Berichte des Oberpräsidenten von Schleswig-Holstein, lehnte stets jedes Eingreifen ab.

Den folgenden Tag fuhr ich mit meinem Adjutanten, Hauptmann Sixt von Armin, auf den Hartmannsweilerkopf. Die Fahrt im offenen Kraftwagen bei 17° Kälte war etwas kühl. Bewundernswert war, wie der Kraftwagenführer uns die schwierigen Serpentinen hinauf- und noch mehr herabfuhr. Wie ich nachher hörte, war er Kunstfahrer und für solche Fahrten besonders bestimmt. Ich ging die vordersten Stellungen ab, was bei der Glätte nicht immer leicht war und zu manchen drolligen Szenen führte. Die sehr gut ausgebaute erste Stellung führte manchenorts bis auf einige Meter an die feindliche heran.

Die Verhältnisse für die Beförderung des notwendigen Truppenbedarfs waren sehr schwierig. Drahtseilbahn und Esel, von denen jeder seinen Namen hatte, vermittelten den Verkehr. Ein Denkmal, von dem man eine prachtvolle Aussicht auf deutsche Lande hatte, gab Zeugnis von den Heldentaten der Jäger-Btle., die hier gekämpft hatten. Als Mecklenburger las ich mit Stolz den Namen des Mecklenburgischen Jägerbataillons.

Von Colmar ging es nach St. Avold. Leider konnte ich den Oberkommandierenden, General Mudra, nicht sprechen. Die Besprechung mit dem Chef, dem Oberstleutnant v. Klüber, betraf hauptsächlich die Frage des Kriegsrechts. Mit Recht wurde von ihm betont, daß dieses vom Reichstag angegriffene Recht den Oberbefehlshabern etc. unter allen Umständen erhalten bleiben müsse. Dem konnte ich nur voll

und ganz zustimmen. Der Kriegsminister und ich hatten diesen Standpunkt gegenüber dem Reichstag stets vertreten. Es kam nur darauf an, einen Weg zu finden, wie man diese berechtigte Forderung in Einklang mit dem vom Reichstag und Regierung angenommenen Schutzhaftgesetz vom 29. 8. 1916 bringen konnte. Der Ausweg der zeitlichen Begrenzung, wonach auf Grund des Kriegsrechts eingetretene Verhaftungen und Aufenthaltsbeschränkungen nach einer gewissen Zeit unter das Schutzhaftgesetz fallen sollten, hat sich später bewährt.

Die Fahrt von St. Avold nach Metz verzögerte sich sehr infolge der starken Belastung der Bahnen, die in den vorher erwähnten Truppenverschiebungen ihren Grund hatte. Ich fuhr am nächsten Tage zur Armee-Abteilung des Generaloberst v. Boehn, der mich wie immer sehr herzlich aufnahm. Nach kurzem Aufenthalt ging die Reise nach Montmédy zur 5. Armee des Generals v. Gallwitz.

Der General gab mir in seiner gewohnten klaren Weise ein Bild über die Verhältnisse bei seiner Armee, was für mich von unschätzbarem Werte war. Er beklagte bitter die Schaffung der selbständigen Divisionen, da sie vielfach von der O.H.L. unmittelbar geleitet und so dem Einfluß der Armee-Oberkommandos entzogen würden. Ferner äußerte er sich ablehnend über den Fernsprecher, der die Verantwortungsfreudigkeit nehme und zu vielen Friktionen Veranlassung gebe.

Am nächsten Morgen begab ich mich zur vordersten Linie des Reservekorps Garnier. Von einem Waldrande aus hatten wir einen guten Überblick über das Vorgelände von Verdun. Vor uns erhob sich die mächtige Höhe des Douaumont. Mich überkam die Erinnerung an die stolzen ruhmreichen Erstürmer dieses Bollwerks. War es doch das brave Regiment 24 gewesen, bei dem ich vor dem Kriege leider nur kurze, aber schöne, unvergeßliche Zeiten erlebt hatte, das diese Heldentat in seiner alten ruhmvollen Geschichte buchen konnte. Kaum hatten wir unseren Platz verlassen, als die ersten Geschosse schweren Kalibers einschlugen. Wir konnten in einem nahe gelegenen Unterstand Schutz finden. Der Führer des im Abschnitt befindlichen Regiments hatte Gelegenheit, in der Zeit, in der wir uns im Unterstand befanden, sein Herz zu erleichtern und mir zu sagen, wo der Schuh drückte. Ich bin ihm dafür dankbar gewesen.

Der kommandierende General v. Garnier klagte über schlechten Pferdeersatz. Allgemein möchte ich hierzu folgendes sagen:

Während das Feldheer seinen Bedarf in den ersten Monaten des Krieges durch Beitreibungen mit Leichtigkeit deckte, wurden die Forderungen für die Formationen in der Heimat bis Ende 1916 fast ausschließlich durch freihändigen Ankauf im Inlande, in Österreich-Ungarn und im neutralen Auslande erfüllt.

Mit der Dauer des Krieges ging das Ergebnis dieser Pferdeankäufe wesentlich zurück. Die Preise wuchsen derartig, daß schon Ende 1914 Höchstpreise für die Pferdeankaufsorgane der Heeresverwaltung festgesetzt werden mußten. Sie stiegen von 1600 bis 1800 M. Ende 1914, auf 2400 bis 3200 M. Winter 1916 bis Frühjahr 1918 und erreichten später die Höhe von 5200 M.

Die schon 1915 einsetzende Futternot zeitigte empfindliche Pferdeverluste. Es mußte daher nach anderen Wegen Umschau gehalten werden, um die sich stetig steigernden Ersatzforderungen des Heeres zu decken. Zunächst wurden die Etats im Feld- und Besatzungsheer verringert; beim Feldheer erging ein Verbot des Deckens der Stuten. Alle Bedarfsmeldungen des Feldheeres mußten über das Kriegsministerium gehen, die stellvertretenden Generalkommandos erhielten Mitteilung, mit welcher Zahl von monatlich abzugebenden Pferden sie zu rechnen hatten.

Auf diese Weise kam das K.M. in den Jahren 1915 und 1916 aus.

Hatte die Sorge um die Landwirtschaft bisher davon abgehalten, Aushebungen in größtem Maße vorzunehmen, so zwang Ende 1917 die Lage dazu. Um die Besitzer den gesteigerten Handelspreisen entsprechend zu entschädigen, erfolgte ein Zuschlag zum Friedenspreis. Dieser Zuschlag belief sich anfangs auf 50%, steigerte sich im Mai 1918 bis auf 125% und sollte Ende des Jahres weiter erhöht werden. Die Pferdeankäufe in Österreich-Ungarn, die zeitweise durch die dortige Regierung unterbunden worden waren, kamen wieder in Gang, den General-Gouvernements Belgien und Warschau wurde die Lieferung einer größeren Anzahl von Pferden aufgegeben, Kavallerie-Regimenter des Feldheeres wurden zu Infanterie-Truppenteilen umgewandelt, die Etats bei den Ersatzformationen, Etappen-Behörden und Truppen nochmals verringert, die Remonten der Jahrgänge 1913 bis 1916 freigegeben, kurzum, jedes nur einigermaßen Erfolg versprechende Mittel angewendet, um den Bedarf unter möglichster Schonung des eigenen

Landes zu decken. Diesem sollten als Ersatz für die abgegebenen Pferde die aus den General-Gouvernements zu liefernden arbeitsverwendungsfähigen Pferde,[1]) sowie alle dienstunbrachbaren des Feldheeres zufließen.

Den Forderungen des Feldheeres für Frühjahr 1917 konnte so entsprochen werden.

Allerdings bedurfte es hierbei eines starken Druckes seitens des Kriegsministeriums besonders auf das General-Gouvernement Warschau, das dem von ihm verwalteten Lande aus politischen Gründen eine starke Belastung ersparen wollte.

Vom Mai 1917 an übernahm der Generalquartiermeister die Pferdegestellung beim gesamten Feldheer, das Kriegsministerium die für Neuformationen in der Heimat und Auffüllung der Ersatztruppenteile. Hierzu sollten jenem alle Pferdebestände bei den Armeen, in den besetzten Gebieten und General-Gouvernements zur Verfügung stehen.

Im Sommer 1917 forderte der Generalquartiermeister 10 000 Pferde monatlich; blutige Verluste, Unterernährung und Seuchen hatten tiefe Lücken gerissen. Es gelang, der Forderung zu entsprechen, wobei allerdings die besetzten Gebiete den Hauptanteil stellen mußten.

Ich habe stets den Standpunkt vertreten, daß in erster Linie das eigene Land zu schonen sei. Es ist bezeichnend, daß Reichstagsabgeordnete linksstehender Parteien eine abweichende Ansicht äußerten. Eine solche Gefühlsduselei konnte auch nur bei uns Deutschen entstehen.

Winter 1917/18 mußte wieder zu Aushebungen geschritten werden. Gleichzeitig wurde der Pferdeetat des Besatzungsheeres auf das äußerste beschränkt. So mußten sich zum Beispiel bei jedem Bataillon zwei Kompagnieführer mit einem Pferd, das zur Not noch dienstunbrauchbar sein konnte, behelfen. Um dem Wirtschaftsleben weiteren Ersatz für die auszuhebenden Pferde zuzuführen, erfolgte die Abgabe aller garnison- und arbeitsverwendungsfähigen Pferde — bis auf die Wirtschaftspferde des Heeres — an die Landwirtschaft.

Es war natürlich, daß durch diese starke Verringerung der Pferdebestände im Besatzungsheere eine erhebliche Verschlechterung der Ausbildung eintrat; sie mußte in Kauf genommen werden.

Im Januar 1918 verlangte die O.H.L. vom Kriegsministerium

[1]) Sehr bald waren auch die für die Einteilung des Mannschaftsersatzes als praktisch befundenen Bezeichnungen kv., gv., av., d. u. (vgl. S. 88) als Maßstäbe für die Brauchbarkeit des Pferdematerials in Aufnahme gekommen.

26 000, von April bis Ende Juni monatlich 18 000 Pferde, zusammen 80 000 Pferde. Hiervon hoffte die Remonte-Inspektion die Hälfte durch Ankauf im neutralen Auslande zu beschaffen.

Die zugesagten Monatsraten wurden voll aufgebracht; wo die bundesstaatlichen Kriegsministerien sich hierzu außerstande erklärten, sprang Preußen ein. Allerdings verblieben den Ersatzformationen bei einem Bedarf von 56 000 Pferden nur 12 000. „Trotzdem wird" — so schrieb das Kriegsministerium am 28. 4. 18 an den Generalquartiermeister — „auch das letzte kriegsverwendungsfähige Pferd der Heimat dem Feldheer zugeführt werden, wenn es die Lage erfordert".

Für das 3. Vierteljahr 1918 blieben dem Kriegsministerium als Quelle für den Nachersatz nur der Ankauf im In- und Auslande und Obostpferde, da Aushebungen wegen der Ernte und der Bestellung vor Winter 18/19 ausgeschlossen waren. Man hoffte, 20 000 Pferde stellen zu können.

Die Riesenschlachten im Westen waren noch in vollem Gange, als die Verhandlungen über die Pferdeversorgung des Feldheeres für den Zeitraum vom 1. Oktober 1918 bis 30. Juni 1919 zwischen Kriegsministerium und Oberster Heeres-Leitung einsetzten. Der Generalquartiermeister forderte monatlich 6000 Pferde, zusammen 56 000 Pferde. Das Kriegsministerium erklärte sich bereit, 54 000 Pferde in ungleichen und zwar stärkeren Raten im ersten Vierteljahr 1919 wegen der dann vorzunehmenden Aushebungen zu stellen, wenn vom Feldheer der Heimat 40 000 arbeitsverwendungsfähige Pferde in der Zeit vom 1. 9. bis 31. 12. 18 zugeführt würden, unbeschadet der zur Zeit fließenden Lieferungen von arbeitsverwendungsfähigen Pferden. Dies wurde für die Zeit bis zum 1. 4. 1919 zugesagt. Zur Durchführung dieser Maßnahmen kam es nicht mehr.

Erwähnen muß ich noch, daß Obost beabsichtigte, vom 1. 5. bis Ende 1918 dem Kriegsministerium aus der Ukraine und Großrußland 100 000 Pferde zu liefern. Wenn es auch geraume Zeit dauern mußte, bis diese Pferde in der Heimat eingetroffen und als seuchenfrei dem Heere oder der Wirtschaft zugeführt werden konnten, so war die Unterstützung doch sehr willkommen. Die Lieferung kam leider nicht über die ersten Anfänge hinaus.

Mein Urteil über das Pferdematerial kann ich dahin zusammenfassen, daß unsere Warmblüter, besonders der Ostpreuße, ebenso wie

der schwerere Schlag des Oldenburgers, Mecklenburgers, Hannoveraners sich glänzend bewährt haben. Das Vollblutpferd erforderte zuviel Futter und Pflege; beides konnte ihm nicht gegeben werden.

Der schwere Pferdeschlag erlag den Anstrengungen des Krieges in großer Zahl.

Im Anschluß hieran mögen einige Ausführungen über das Militärveterinärwesen Platz finden.

Bei der Organisation des Militär-Veterinärwesens für den Krieg war man mehr oder weniger davon ausgegangen, daß es sich in der Hauptsache darum handeln würde, verwundete und kranke Pferde wieder herzustellen. Auf eine Verhütung und Bekämpfung der in jedem langen Feldzug auftretenden Seuchen war weniger Gewicht gelegt worden. Man nahm wohl auch hier an, daß der Krieg nicht von langer Dauer sein würde.

Dementsprechend war die persönliche Fachausrüstung der Veterinäroffiziere und die der Truppen mit Veterinär- und Spezialgerät nur in bescheidenem Maße erfolgt.

Es kam anders, als man gedacht hatte. Der lange Krieg stellte Forderungen an das Veterinärwesen, die nur durch vorausschauende, großzügige Maßnahmen und dank der vorzüglichen Durchbildung der Veterinäroffiziere, besonders auch der des Beurlaubtenstandes und des Landsturms erfüllt werden konnten.

Vor allem galt es, die auftretenden Seuchen zu bekämpfen.

Bei dem Vorstoß unserer Truppen im Oktober 1914 nach Rußland infizierten sich unsere Pferde in den verseuchten Stallungen der von den Russen verlassenen Orte. Der Kampf gegen den Rotz begann, der bis zum Ende des Krieges mit allen Mitteln geführt werden mußte. Der Veterinär ging aus diesem Kampf als Sieger hervor.

Mit welcher Heftigkeit damals die gefährliche, unheilbare Krankheit auftrat, dafür nur das eine Beispiel, daß bei einem einzigen Kavallerie-Regiment in kurzer Zeit 130 Pferde getötet werden mußten.

Auch in der Heimat lebte der Rotz bald auf, veranlaßt durch den regen Wechsel der Pferde und durch die Einfuhr vom Ausland.

Um die meist schwer erkennbare Krankheit möglichst bald und einwandfrei feststellen zu können, bedurfte es der Blutuntersuchung. Schon im Jahre 1915 wurden hierfür 22 Untersuchungsstellen, davon ein Teil beweglich, mit allen Neuerungen der Technik eingerichtet. Sie

haben sich trefflich bewährt. Mußten bei der damaligen Heeresgruppe Hindenburg vom 16. 3. 15 bis 15. 5. 15 nicht weniger als 3493 Pferde von 369 Formationen wegen Erkrankung an Rotz getötet werden, so sank diese Zahl in der Zeit vom 16. 8. 15 bis 15. 9. 15 auf 213 Pferde bei 87 Formationen. Im August 1917 wurden im Ostheer nur 14 Pferde, im Westheer 23 Pferde getötet.

Allein im Jahre 1915 wurden 2125590 Blutproben untersucht, und 9884 rotzkranke Pferde ermittelt.

Wo die Vornahme der Blutuntersuchung aus taktischen oder anderen Gründen nicht möglich war, griff man zur Malleïnaugenprobe, die sich als diagnostisches Hilfsmittel recht gut bewährt hat.

Die Tätigkeit der Veterinäroffiziere mußte durch die Truppe selbst unterstützt werden. Eingehende Unterweisungen wurden hierfür notwendig.

Gleichzeitig wurden Versuche zur Heilung des Rotzes gemacht. Hierzu wurde eine besondere Forschungsstelle in Pojeziory (Rußland) eingerichtet. Die Frage der Heilung konnte leider nicht abschließend beantwortet werden.

Noch weit mehr Arbeit verursachte die Räude. Sie brachte dem Heere ungeheuere Abgänge. Auch sie ist aus dem Osten eingeschleppt, wo sie bei den russischen Truppen verbreitet, bei den Bauernpferden sogar heimisch war.

Ihre Bekämpfung gelang ohne Schwierigkeiten, solange zur Behandlung Fette und Öle vorhanden waren, und sie nicht epidemisch auftrat. An ihrer Ausbreitung war die Truppe nicht schuldlos. In der Besorgnis, ihr gutes Pferdematerial aus den Pferdelazaretten nicht wieder zu bekommen, verheimlichte sie die Krankheit. Die kranken Pferde verseuchten so die Ställe; damit war der Epidemie Tür und Tor geöffnet. Der durch die schlechten Futterverhältnisse bedingte Kräfterückgang förderte den Abgang an Pferden.

Nur wenige Zahlen sollen den Umfang der Seuche und die schwere Aufgabe ihrer Bekämpfung zeigen: Räudekranke Pferde waren

April	1915	beim	Ostheer	636	beim	Westheer	0
Januar	1916	„	„	23517	„	„	1511
April	1916	„	„	49539	„	„	36025
Dezember	1917	„	„	11401	„	„	30738
Juni	1918	„	„	14618	„	„	56782

Auch in der Heimat hatte die Krankheit bedenklich zugenommen.

Zur schnellen und sachgemäßen Behandlung aller kranken Pferde des Feld- und Besatzungsheeres wurden zahlreiche Räude-Pferdelazarette im Felde und in der Heimat angelegt. Sie allein gewährleisteten einen gewissen Erfolg. An eine restlose Bekämpfung war bei den herrschenden Futterverhältnissen und dem ständigen Hin- und Herschieben der Truppen nicht zu denken.

Der Forschungsstelle in Pojeziory wurde eine besondere Abteilung für Räudeforschung angegliedert. Ihrem Leiter ist es zu danken, daß mit der Einführung der Gasbehandlung als wirksamstes Bekämpfungsmittel ein Wendepunkt eintrat. Ihre Erfolge waren groß. Durch bei der Vet.-Akademie eingerichtete Räudegaskurse wurde für ihre schleunige und sachgemäße Durchführung gesorgt.

Die im Frieden so gefürchtete Brustseuche hat im Kriege keine Rolle gespielt. Die Behandlung mit Neosalvarsan und die Abhärtung der Pferde haben sie nicht aufkommen lassen.

Im September 1916 wurden bei den Pferden deutscher und bulgarischer Formationen Fälle von Pferdemalaria (Piroplasmose) festgestellt, die bei der Gefährlichkeit der Krankheit scharfe Maßnahmen bedingten. Zu ihrem Studium und zu ihrer Bekämpfung entstand ein Laboratorium in Mazedonien, das wertvolle Dienste geleistet hat. Die Verbreitung der Krankheit wurde verhindert.

Anfang 1917 trat in einem Pferdelazarett im Osten die ansteckende Blutarmut (Anämie) des Pferdes auf, die in Frieden nur in Westdeutschland ganz vereinzelt beobachtet war. Bei ihrer hohen Sterblichkeitsziffer (fast 100%) bildete sie eine ernste Gefahr für unsere Pferdebestände. Da sie sich im Westheere an einzelnen Stellen zu einem großen Pferdesterben auswuchs, wurde September 1917 eine Tierseuchenforschungsstelle West eingerichtet. Leider beendete der Rückzug 1918 die Arbeiten dieser Stelle.

Außer den genannten Pferdekrankheiten fiel den Veterinären die Bekämpfung der Seuchen auch der anderen Haustiere, besonders der Rotlaufseuche bei den Schweinen, der Tollwut bei den Hunden, und die Verhinderung der Einschleppung der Lungenseuche und besonders der Rinderpest zu. Im Verein mit dem öst.-ung. und türkischen Kriegsministerium wurden gegen diese letzte, überaus gefährliche Seuche vorbeugende Maßnahmen getroffen. Die Rinderpest hat uns verschont.

Wie straff die Tierseuchenbekämpfung organisiert war, dafür gibt die Tatsache den besten Beweis, daß trotz des durch den Rückzug und die Demobilmachung entstandenen allgemeinen Wirrwarrs eine Verseuchung des gesamten Tierbestandes des Inlandes nicht eingetreten ist.

Wie auf dem Gebiete der Seuchenbekämpfung erwuchs auf dem der Pferdebehandlung dem Veterinärdienst eine Riesenaufgabe.

Beim Feldheer gab es bei Beginn des Krieges keine Pferdelazarette. Die kranken Pferde sollten in die Pferdedepots abgeschoben werden. Bei der Länge des Krieges und den mehr und mehr zunehmenden Schwierigkeiten genügten diese Einrichtungen, sowie provisorisch eingeführte Pferdesammelstellen nicht.

Im Februar 1915 wurde daher den Kommandobehörden allgemein die behelfsmäßige Einrichtung von 1 bis 3 beweglichen Pferdelazaretten für jedes Generalkommando, Etappeninspektion usw., den stellvertretenden Generalkommandos die von einem Lazarett aufgegeben. Die Pferdelazarette, denen teilweise Erholungsheime angegliedert waren, nahmen alle erheblich erkrankten Pferde auf und gaben sie nach Heilung entweder der Stammtruppe zurück oder überwiesen sie, falls die Heilung voraussichtlich länger als etwa 4 Wochen dauerte, den Etappen-Pferdelazaretten oder der Heimat. Dieser wurden auch die geheilten, aber nicht mehr kriegsbrauchbaren Pferde zugesandt.

Kriegsunbrauchbare Pferde sollten durch die stellvertretenden Generalkommandos den Landwirtschaftskammern zum Verkauf überwiesen werden. Eine Versteigerung der Pferde war verboten.

Anfang 1916 wurden die behelfsmäßigen Pferde-Lazarette etatisiert und eine erhebliche Anzahl neuer geschaffen, so daß jede Division über eins, und jede Etappeninspektion über mehrere verfügte.

Mit der Zeit entstanden 406 preuß. Pferde-Lazarette, davon 237 Feld-, 61 Etappen-, 22 Gruppen-, 76 Heimatpferdelazarette und 10 für die General-Gouvernements Belgien und Warschau.

Als Beispiel für den gewaltigen Betrieb, der in diesen Pferde-Lazaretten herrschte, möchte ich nur folgende Zahlen anführen.

Im Mai 1918 wurden in den Pferde-Lazaretten aller Kriegsschauplätze zusammen (ohne Heimat) behandelt 165 326 Pferde bei einer Gesamtetatszahl von 956 856, im Juli 1918 160 465 Pferde bei einer Gesamtetatszahl von 948 539, also rund 17 %.

Hand in Hand mit der Aufstellung der Veterinärformationen mußte eine Vermehrung der Veterinär-Ausrüstung gehen.

Der laufende Bedarf des Feldheeres wurde bestimmungsgemäß durch die Etappen-Sanitäts-Depots gedeckt, die ihre Bestände aus den Sammelsanitätsdepots auffüllten. Diese Beschaffung hatte erhebliche Nachteile. Man entschloß sich daher im Mai 1915 zur Zentralisation der Beschaffung zunächst aller Veterinärspezialinstrumente und -Geräte bei der Militär-Veterinär-Akademie. Als Anfang 1917 die Anforderungen auch an Veterinärarznei und Verbandmitteln so umfangreich wurden, daß das Hauptsanitätsdepot die Versorgung des Feldheeres nicht mehr bewältigen konnte, wurde vom Allgemeinen Kriegs-Departement ein der Militär-Veterinär-Akademie angegliedertes Hauptveterinär-Depot mit einer Geräte- und Verbandsmittelabteilung, einer Arzneimittel- und später einer Gasabteilung errichtet. Diese Einrichtung hat sich gut bewährt.

Die Ausrüstung der Truppe mit Veterinärgerät genügte bald nicht mehr. Besonders mußte der Kavallerie geholfen werden. Sie erhielt für jede Eskadron Veterinärpacktaschen. Außerdem wurde dem Stabe jedes Generalkommandos, sowie jeder Infanterie- und Kavallerie-Division ein Veterinärvorratswagen zugeteilt. Auch die Pferdelazarette erhielten Veterinärmittelwagen und ein auf alle Verhältnisse eingestelltes Operationsbesteck.

Die weiteren Kriegserfahrungen nötigten zur Einführung eines leichten Eskadronschmiedewagens, sowie von Arzneikästen für die Behandlung der Ochsen — es wurden Ochsenkolonnen gebildet — und Hunde. Das Einsetzen der Räude bedingte Massenbeschaffung von Schermaschinen, deren ausreichende Lieferung der Tatkraft der dafür allein in Betracht kommenden Firma Hauptner-Berlin zu verdanken war. Reparaturwerkstätten zur Wiederherstellung dieses Gerätes wurden bei den Etappen-Sanitäts-Depots errichtet. Dem Gasschutz der Tiere wurde durch Konstruktion und Einführung von Pferde- und Hundegasmasken, sowie von Brieftauben-Gasschutzkästen Rechnung getragen.

Die über das eingeführte Gerät 1917 eingeforderten Berichte sprachen sich durchweg anerkennend aus und zeigten, daß das Allgemeine Kriegsdepartement auf dem richtigen Wege war.

Um mit den zur Verfügung stehenden Tier-Impfstoffen auszukommen, erfolgte ihre einheitliche Beschaffung und Verteilung für die

Heeresverwaltung seit Anfang März 1915 durch die Veterinär-Akademie. Die Aufgabe war nicht leicht, da es nur wenige Seruminstitute gab, von denen noch ein Teil für die privaten heimatlichen Bedürfnisse sorgen mußte. Der Verbrauch des Heeres war gewaltig, so zum Beispiel im Jahre 1916 rund 1 500 000 ccm Rotlaufserum und 100 000 ccm Rotlaufkulturen.

Die dem Veterinärkorps erwachsenden Aufgaben zwangen sehr bald zu seinem Ausbau. So entstanden die leitenden Veterinärstellen beim Generalquartiermeister und Oberbefehlshaber Ost, bei den Armeen und Divisionen (Chef-, Armee-, Divisionsveterinäre). Alle irgend abkömmlichen Tierärzte wurden trotz der schwersten Bedenken im Hinblick auf die Bedürfnisse der Heimat eingezogen. Die Veterinärakademie mußte über die vorgesehene Zahl hinaus Studierende einstellen. Rund 4000 Veterinäroffiziere taten Mitte 1917 Dienst. Diese Zahl genügte aber in keiner Weise. Das Heer hatte etwa 50% Fehlstellen. Man schuf Veterinärgehilfen, die nach kurzer Ausbildungszeit in den Pferde-Lazaretten den Truppen als Behelf überwiesen wurden.

Die vorstehende Abhandlung kann nur in großen Zügen ein Bild geben von den Leistungen des Veterinärdienstes.

Der Dank des Vaterlandes gebührt jedem Einzelnen. Ich aber danke an dieser Stelle noch besonders meinen treuen Mitarbeitern, den Generaloberveterinären Grammlich und Wöhler und dem Stabsveterinär Dr. Schulze.

Über Montmédy fuhr ich nach Berlin zurück.

Am 5. und 6. April fand eine Besprechung beim Oberquartiermeister in Bingen statt. General Ludendorff, der Statthalter und der Unterstaatssekretär von Elsaß-Lothringen, Vertreter des R.d.J., des General-Gouvernements Belgien und des K.M. waren zugegen. Es handelte sich zunächst um Litauen, dessen Verwaltung vom Reiche aus geregelt werden mußte, und um die vlämische Frage. Daran schloß sich eine Aussprache über Maßnahmen zur Erleichterung des Verkehrs in Belgien.

Erschwerend hierfür war, daß ein Teil Belgiens zum Etappengebiet der 4. Armee gehörte. Hieran konnte aus militärischen Gründen nichts geändert werden. Es sollte aber dieser Etappeninspektion ein Vertreter des General-Gouvernements, der Präsident der Zivilverwaltung, beigegeben werden. Die Abgrenzung seines Tätigkeitsbereichs

blieb dem General-Gouverneur überlassen. Erleichterungen sollten namentlich im Briefverkehr und Paßwesen erstrebt werden.

Zuletzt wurde die elsaß-lothringische Frage erörtert. Hierbei legten die militärischen Stellen besonderes Gewicht darauf, zu erfahren, welche Pläne man bei der Reichsregierung hinsichtlich der Zukunft dieses Landes habe. General Ludendorff gab seiner Ansicht für die Behandlung dieser Frage in den schönen Worten Ausdruck:

„Elsaß-Lothringen muß ein deutsches Land werden, und in diesem Lande sind deutsche Soldaten zu erziehen."

Der Vertreter der Regierung war nicht in der Lage, über die Absichten der Reichsleitung Auskunft zu geben. Der Reichskanzler ließ auch auf einer späteren Besprechung erklären, daß er nichts Bestimmtes sagen könne.

In der nächsten Zeit führten mich Reisen in die Champagne zur 3. Armee, General v. Einem, zum General-Gouvernement nach Brüssel, und Mitte Mai im Verein mit dem Kriegsminister v. Stein in das Große Hauptquartier nach Kreuznach. Hier trafen wir eine österreichische Abordnung unter Graf Czernin. Zum Frühstück waren wir beim Kaiser geladen, der sehr frisch aussah und mich huldvoll begrüßte. Er meinte, daß ich schlecht aussehe, womit er wohl recht gehabt haben mag. Seine Majestät unterhielt sich nach dem Essen sehr lange mit den österreichischen Herren, so daß wir erst um 3½ Uhr entlassen waren. Um 4 Uhr empfing mich General Ludendorff, mit dem ich eine mir unvergeßliche Aussprache hatte, die sich auch auf die Leistungen des Departements erstreckte. Die anerkennenden Worte freuten mich besonders wegen meiner treuen Mitarbeiter.

Als ich abends in den Salonwagen stieg, fand ich einen Korb Butterbrote und einige Flaschen Wein — aus der Kaiserlichen Hofküche — vor. Seine Majestät hatte sich in rührender Weise meines schlechten Aussehens erinnert.

Anfang Juni war ich zum Unterrichtskursus in Sedan kommandiert. Diese Kurse — einen zweiten gab es noch in Valenciennes — waren von der O.H.L. eingerichtet, um höhere Offiziere und besonders Generalstabsoffiziere mit den neuesten Erfahrungen auf dem Gebiete der Taktik und Technik vertraut zu machen. Es war eine sehr nutzbringende Einrichtung, deren Wert und mustergültige Leitung allgemein

anerkannt wurde. Ich glaube, daß jeder dankbar und voll befriedigt von dort an die Stätte seines Wirkens zurückgekehrt ist. Anregungen mannigfaltigster Art wurden mir dort gegeben.

Hierzu gehörte auch der Wunsch, der bei vielen Stellen hervortrat, den Soldaten der wirklichen Front ein Abzeichen zu geben, aus dem hervorging, wie viele Jahre sie in der Gefechtsfront Dienst getan hatten, sowie ein Verwundeten-Abzeichen einzuführen.

Dem ersten Wunsche konnte nicht nachgekommen werden, da sich bei seiner Durchführung zu große Schwierigkeiten ergeben hätten. Das Endergebnis wäre, statt Befriedigung, viel Verstimmung im Heere gewesen. Ohnehin gab es der Klagen in puncto Orden und Auszeichnungen leider schon genug. Dagegen wurde durch A.K.O. v. 3. 3. 18 als besondere Anerkennung den im Dienste des Vaterlandes Verwundeten ein Abzeichen verliehen.

So frisch ich mich stets im Felde fühlte, so schwer lastete manchmal auf mir der Eindruck der Unzufriedenheit, der Miesmacherei, der Nörgelei, denen ich in der Heimat begegnete. Das Jahr 1917 ist das Schicksalsjahr unseres Volkes geworden. Es war unser Unglück, daß wir auf dem Felde der Politik nicht e i n e n Mann fanden, der unseren militärischen Führern auch nur annähernd ebenbürtig war. Und dabei eine Volksvertretung, deren Mehrheit ihre Aufgabe in der Opposition gegen jede Staatsgewalt sah und danach strebte, diese durch die Oligarchie einiger Parteiführer zu ersetzen, nur geeignet zum Kritisieren, Verächtlichmachen, Einreißen, aber nicht befähigt, selbst Ersprießliches zu schaffen.

Was in meinen Kräften stand, die Stimmung in der Heimat zu heben, habe ich getan. Aber meine Macht war beschränkt, ich konnte leider nicht befehlen.

Da mit einem weiteren Winterfeldzuge zu rechnen war, begab ich mich bald nach dem Osten, um etwaige hierfür notwendige Maßnahmen vorbereiten zu können. Zunächst ging es zu Oboſt nach Brest-Litowsk. Leider konnte ich den Oberbefehlshaber, den Prinzen Leopold von Bayern, nicht sprechen, da er stark erkältet das Zimmer hüten mußte. Ich verhandelte mit dem Chef, Oberst Hoffmann. Eine Rundfahrt am Nachmittag lieferte mir den Beweis, daß die Russen im Zerstören Meister waren.

Von Brest-Litowsk fuhr ich nach dem Bialowitscher Forst. Unter-

wegs besuchte ich meinen hochverehrten Gönner, den General v. Zastrow, Et.-Inspekt. in Bialystok.

Von dem Bialowitscher Forst mit seiner von uns eingerichteten Verwaltung macht sich nur der ein richtiges Bild, der an Ort und Stelle war. Die vom Forstmeister Escherich ins Leben gerufene Organisation mit ihren tadellosen Einrichtungen wird ein Ruhmesblatt in der deutschen Verwaltungsgeschichte bleiben. Es lohnt sich wahrlich, die von ihm verfaßte kurze Abhandlung zu lesen, um sich einen Begriff von dem Geschaffenen zu bilden. Nirgends wird man in Europa einen solchen Komplex schöner alter Bäume finden. Die Angabe des Forstmeisters, daß man etwa 30 Jahre brauchen würde, um den Wald nach deutschem Muster zu durchforsten, gibt einen Begriff von dem gewaltigen Waldbestande. Die zahlreichen Holzschneidemaschinen bis zu den Sägemehl-Verwendungsanlagen, in denen das Mehl zu Briketts verarbeitet wurde, lieferten den Beweis der Ausnutzung der Bestände bis ins kleinste. Besonders interessant und für uns wertvoll war die Methylalkoholanlage.

Ich verließ den Wald mit dem Gefühl, daß hier der rechte Mann am rechten Platz stand, und daß ein Werk geschaffen war, wie es nur deutscher Fleiß, deutsche Tatkraft und Zähigkeit und deutsches Wissen fertig bringen.

In Wilna konnte ich wieder den sehr interessanten Ausführungen des General-Feldmarschalls von Eichhorn während der Abendstunden lauschen. Es gab wohl kaum einen zweiten General in der deutschen Armee, der sich so in das sozialpolitische Gebiet hineingearbeitet hatte und auf ihm bewandert war wie er. Überraschend waren auch seine Kenntnisse der polnischen Geschichte.

Als ich am nächsten Vormittage auf den Schloßberg ging, begegnete ich dem General-Feldmarschall, der von seiner täglichen Wanderung zurückkehrte, es sich aber nicht nehmen ließ, mit mir nochmals den Berg zu ersteigen. Er erklärte mir den herrlichen Rundblick über die Stadt und gab mir Einblicke in die Geschichte Wilnas und die Verhältnisse zwischen Polen und Litauern und in die Schwierigkeiten, mit denen er zu kämpfen hatte.

Dem trefflichen Manne, der bald einen so tragischen Tod finden sollte, werde ich für das mir stets bewiesene Vertrauen immer dankbar sein.

An und hinter der Front des III. Res.-Korps konnte ich mir in die militärischen Verhältnisse einen guten Einblick verschaffen. Die Besetzung war auffallend dünn, etwa 400 Gewehre auf 1½ km. Man kann sich hieraus einen Begriff machen, wie alles darauf ankam, früh in Erfahrung zu bringen, wo der Gegner einen Vorstoß beabsichtigte, um nach diesem Punkt Reserven rechtzeitig heranzuführen.

Die Leute, den älteren Jahrgängen angehörend, waren durchweg zufrieden. Die Vorgesetzten erklärten mir übereinstimmend, daß die Herabsetzung der Brotration, wie sie vor einigen Monaten hatte eintreten müssen, eine deprimierende Wirkung gehabt hätte. Sie rieten dringend von der Wiederholung einer solchen Maßnahme ab.

Ich besuchte den Führer des Korps, den General Graf Bredow, der es vor kurzem erst übernommen hatte, und konnte ihm mitteilen, welch vortrefflichen Eindruck ich mitnähme. Es freute mich, eine kurze Zeit bei diesem Manne weilen zu können, der seine zum Landwehrkorps Woyrsch gehörige Landwehr-Division so hervorragend geführt hatte, daß bei seinem Scheiden der Division das Recht verliehen wurde, den Namen Bredow als Auszeichnung weiterzuführen. Auch meinen langjährigen treuen Gefährten im K.M., den Oberst Hoffmann, konnte ich aufsuchen. Er befehligte den Abschnitt bei Smorgon, den ich näher kennen lernte. Die Freude des Wiedersehens war groß. Nicht genug konnte er seiner Begeisterung Ausdruck geben, nun endlich aus dem Berliner Geschäftsstaub heraus zu sein und ein Truppenkommando zu haben. Wie beneidete ich ihn darum! Aber auch hier schlug die Abschiedsstunde bald.

Mein nächstes Ziel war Riga. Als ich in der Nacht am Ufer der Düna stand, sah ich ein reges militärisches Bild. Unausgesetzt beförderten große, von Dampfern gezogene Fähren unter dem hellen Schein von Scheinwerfern Truppen und Material nach der gegenüberliegenden Stadt. Die Brücken waren zerstört. Mit peinlicher Ordnung ging alles zu. Sehr bald kam auch ich mit meiner Begleitung über den Fluß.

Am nächsten Morgen fanden Besprechungen beim Armee-Oberkommando des Generals v. Hutier statt. Naturgemäß gab es bei den neuen Verhältnissen manche Wünsche. Ich sah mir nachher die Stadt an und freute mich über das entgegenkommende Verhalten der Bevölkerung. Dieses erstreckte sich allerdings nicht auf die Preise, die ungeheuer waren. Eingeführte Höchstpreise hatten keinen Erfolg. Die

Digitized by Google

durchziehende Truppe kaufte viel, besonders Seife, die in großen Mengen vorhanden war, dagegen gab es keine alkoholischen Getränke. Auch in den Hotels konnte man keine Flasche Wein bekommen. Die Russen sollen alles vernichtet, tatsächlich vernichtet haben. Der Gouverneur erzählte mir, daß er bei einem kürzlichen Besuch einer Kommission des Reichstages die Herren bei dem von ihm gegebenen Essen nur mit Wasser hätte begrüßen können. Sehr interessant wären die verschiedenen Gesichter gewesen, auf denen man vielfach eine gewisse Empörung habe lesen können. Als er dann die nötige Aufklärung gegeben habe, sei man auch so zufrieden gewesen. Ich fuhr am Nachmittag zum 4. Garde-Regiment unter Oberst Reinhard, das im vordersten Abschnitt lag. Unterwegs waren überall die Zeichen des eiligen feindlichen Rückzuges zu sehen.

Das Gelände erschwerte die Verteidigung sehr, da die vielen Waldstücke keine ausgiebige Wirkung der Artillerie gestatteten. Das Regiment hatte aus diesem Grunde einige Tage vorher bei einem großen Vorstoß der Russen erhebliche Verluste gehabt.

Der Kommandeur betonte mir gegenüber immer wieder die Notwendigkeit einer guten Nachrichtentruppe bei jedem Regiment und bat, bei der künftigen Friedensorganisation dafür einzutreten.

Den folgenden Tag fuhr ich in Begleitung des Gouverneurs mit einem Motorboot nach Dünamünde, eine herrliche Fahrt. In den Werken fand ich viele mit russischem Geschick ausgeführte Zerstörungen, die Geschütze waren mit geringen Ausnahmen unbrauchbar gemacht worden. Vertreter von Krupp waren anwesend, die von der Militärbehörde herangeholt waren, um ihr Urteil über die Möglichkeit einer Wiederherstellung dieser Geschütze abzugeben.

Über Mitau ging es nach Libau, wo die Einrichtungen des Offizieraspiranten-Kursus besichtigt wurden.

In Libau war man mit den Vorbereitungen zur Unternehmung gegen Ösel und Moon beschäftigt. Sie sollte in den nächsten Tagen stattfinden, Schiffe lagen in nötiger Anzahl im Hafen, die für das Wagnis bestimmten Truppen rückten in Libau und Umgegend ein, kurzum, alles schien bereit zu sein. Ein mächtiger Sturm tobte, die Minensuchschiffe waren gezwungen, ihre Tätigkeit einzustellen und den Hafen aufzusuchen.

Die Ansicht verschiedener Seeoffiziere ging dahin, daß die Expe-

dition unter diesen Umständen besser verschoben würde. Ich telegraphierte in diesem Sinne an den Kriegsminister, die Folge war, daß die Marinebehörden, die mit der Leitung beauftragt waren, den Befehl zum Aufschub gaben. Als dann Mitte Oktober losgeschlagen wurde, vollzog sich alles ohne jeden Unfall. Wer weiß, wie es im September verlaufen wäre.

Mit Libau schloß die Besichtigungsreise; sie hatte mir neben manchen Erfahrungen und Anregungen die einwandfreie Überzeugung gebracht, daß die Front im Osten, gut versorgt, einem neuen Winter entgegen gehen konnte.

Am 24. Oktober begann die deutsch-österreichische Offensive am Isonzo, die zu so großen Erfolgen führen sollte. Besondere Freude erregte bei uns die Nachricht von der gemachten Beute und den zahlreichen Gefangenen. Leider schmolz der wirkliche Bestand, über den das K.M. verfügen konnte, recht zusammen. Zunächst forderte Österreich einen Teil, der ihm auch in Anbetracht seiner schlechten wirtschaftlichen Lage zugestanden wurde. Dann verschwand sehr viel beim Heere selbst, was ja begreiflich, den Gesamtinteressen aber nicht dienlich war. Von dem Rest des Materials war noch ein Teil beschädigt, so daß für die Verwendung durch das K.M. nur wenig übrig blieb. Jede Stelle des Feldheeres arbeitete auf diesem Gebiet zunächst für sich, diesen Vorwurf kann ich nicht verschweigen. Hier hat die Einrichtung der Beutekommission auch nicht den gewünschten Erfolg gehabt.

Der Anfang November brachte die Ernennung des Grafen Hertling zum Reichskanzler. Wieder ein Fehlschlag. Wer machte denn eigentlich diese Torheiten?

Gegen die Wahl des Grafen sprachen sein Alter, und die damit verbundene geringe Arbeitskraft. Die Zeit verlangte in dieser Hinsicht viel, sehr viel. Wer dies nicht leisten konnte, gehörte nicht an die erste, ausschlaggebende Stelle des Reiches, wenn er auch noch so große parlamentarische Gewandtheit und Kenntnisse besaß.

Dieser Mann hatte nicht die feste Hand, das Reichsschiff durch die Brandung zu führen.

Ich weiß nicht, in wieweit Kriegsminister und O.H.L. an der Wahl beteiligt gewesen sind. Ich glaube, überhaupt nicht. Jedenfalls hätte der General v. Stein, der meinen Forderungen in diesem Punkte voll zustimmte, gewiß seine mahnende Stimme erhoben.

Es ist tragisch, unendlich tragisch für den, der das Unglück kommen sieht und zu helfen nicht die Macht hat.

Die Waffenstillstands- und Friedensverhandlungen in Brest-Litowsk beendeten das Jahr. Ich war während dieser Zeit zur Führung einer Brigade und Division nach Flandern kommandiert.

Ich mußte einmal aus dem Betrieb im K.M. heraus, die an Körper und Geist gestellten Anforderungen waren doch zu groß.

Die Zeit an der Front war für mich die glücklichste des ganzen Krieges.

Ich wurde zunächst mit der Führung der 35. Res.-Brigade beauftragt, die zur 18. Res.-Div. und Gruppe des Generals Dieffenbach gehörte. Armeeführer war General Sixt v. Armin. Also es ging nach Flandern. Die Fahrt verlief bis Cöln ziemlich planmäßig, von da ab traten starke Verspätungen ein, die auf Überlastung der Bahnen zurückzuführen waren. Außerdem mußten wegen Fliegergefahr die Bahnhöfe meist dunkel gehalten werden. Dazu eine ungeheuere Zahl von Mitfahrern. Es ist nicht schwer, sich bei diesen Verhältnissen ein Bild von dem Wirrwarr zu machen, der beim Einlaufen der Züge auf größeren Stationen entstand. In der Nacht kamen wir, d. h. ich mit meinem vortrefflichen Burschen, in Thielt, dem Sitz des Oberkommandos, an. Da ich hier bekannt war, gelang es mir bald, Unterkunft zu bekommen.

Der Armeeführer empfing mich am nächsten Tage. Wir waren, wie erwähnt, Regimentskameraden. Er hatte 70/71 beim Königin Augusta-Regt. den Krieg mitgemacht. Im Jahre 1908, als ich in das K.M. kam, bekleidete er die Stelle des Direktors des Allgemeinen Kriegs-Departements. Beim Beginn des Krieges führte er das IV. A.K.

In seiner Armee war der General sehr beliebt und geschätzt. Sein tadelloser Charakter und seine Fürsorge für die Leute hatten hierzu viel beigetragen. Zu seiner Führung hatte man unbedingtes Vertrauen.

Sein Chef, General v. Loßberg, eine der „Kanonen" des General-Stabes in diesem Kriege, war mir schon seit meiner Leutnantszeit bekannt. Ich freute mich, diesen Mann, der so unendlich viel geleistet hatte, so wohl und frisch zu sehen. Seine unverwüstliche Natur hatte ihn nicht im Stich gelassen. Er war von Armee zu Armee gewandert, überall, wo es brenzlich stand, mußte er einspringen. Er orientierte mich über die Lage, sagte mir, daß er mir gerade den Abschnitt an der großen Straße Geluve—Ypern gegeben habe, da er interessant wäre, und ich

doch etwas erleben wolle und riet mir vor allen Dingen, mich fleißig mit dem Gelände vertraut zu machen. Das sei die Hauptsache und das einfache Geheimnis seiner Erfolge. Ich bin ihm für den Ratschlag dankbar gewesen. Leider war und wurde er, wie ich mich später überzeugen konnte, von vielen Leuten nicht befolgt. Man hätte es überall befehlen müssen. Vieles wäre besser für uns verlaufen.

Nachmittags fuhr ich zum General Dieffenbach nach Courtray, wo ich die Nacht verbrachte. Der wegen seiner Liebenswürdigkeit bekannte General sorgte für mich in einer rührenden Weise. Sein Chef, Oberstleutnant v. Thaer, war als Generalstabsoffizier der 36. Division eine kurze Zeit mit mir in Danzig zusammen gewesen, als ich dort Chef des Generalstabes beim XVII. A.K. unter Exzellenz v. Mackensen war.

Von dem Dreigestirn: Dieffenbach, Thaer und Stülpnagel (er war erster Generalstabs-Offizier) wurde überall mit großer Verehrung und Anerkennung gesprochen.

Am nächsten Tage begab ich mich zu meiner Division in Morseele, meldete mich bei ihrem Kommandeur, General Wyneken, bekam vom Generalstabsoffizier eine Orientierung und dann ging es auf einem kleinen Gefährt zur Brigade. Der Stab lag in einem kleinen flandrischen Hof, etwas abseits des Weges, etwa 1 km östlich der großen Straße Menin—Roulers.

Die Räume des Wohnhauses waren winzig und nicht zahlreich. Ich habe mich aber darin wohl gefühlt, wozu meine nähere Umgebung allerdings viel beigetragen hat. Für die bewiesene Kameradschaft und treue Unterstützung möchte ich den Herren an dieser Stelle besonders danken.

Am anderen Frühmorgen ging es in die Stellung des Res.-Regt. 86. Ich bekam hier den ersten Eindruck von einem flandrischen Trichterfeld. Man muß es gesehen haben, vorstellen kann man es sich nicht. Trichter neben Trichter, groß und klein, bis oben mit Wasser gefüllt, wer allein ging und hineingeriet, war unrettbar verloren. Leider kamen manche Leute auf diese Weise ums Leben, ja sogar Pferde. Durch dieses Trichterfeld zog sich ein dem Gelände angepaßter Pfad, vielfach mit Holz belegt. Das Gelände lag unter feindlichem Feuer, so daß man es nur in der Dämmerung betreten konnte. Hiervon sollte ich mich bald überzeugen. Ich hatte mich bei der Besichtigung der Stellung mit ihren Einrichtungen zu lange aufgehalten, so daß wir am hellen Tage die

Rückwanderung antraten. Als wir eine höher gelegene Stelle überschreiten mußten, schlugen zwei Schrapnells in unserer Nähe ein, eins nur wenige Schritte von uns. Ich hatte das Gefühl, daß jemand mich mit einem Stein an den Oberschenkel geworfen hätte. Als ich hinfaßte, bemerkte ich Schweiß. Ich war also verwundet, schlimm konnte es nicht sein, da ich weiter gehen konnte. Ein Mann hatte eine Verwundung am Hals. Ein Offizier stellte bei mir eine solche am Oberschenkel fest und legte mir einen Notverband an. Im Unterstand des Regts.-Abschnitts-Kommandeurs untersuchte mich der Arzt, d. h. er fand den Verband so vorzüglich, daß er ihn liegen ließ. Die folgenden Ereignisse zeigen so recht das moderne Leben auch im Schützengraben; ich wurde geimpft gegen Tetanus, bekam einen Epi (so nannten die Leute den Schnaps) und wurde dann im Kreise der Offiziere photographiert. Was will man mehr! Mit der mir zur Erinnerung mitgegebenen Verwundetenmarke kam ich ins Lazarett, wo ich von dem lästigen Eindringling befreit wurde und bald in mein Quartier fahren konnte. Wenn ich auch noch recht lange an der Sache gekrankt habe, so störte sie mich nicht so beim Gehen, daß ich hätte zu Hause bleiben müssen, ich konnte mich weiter in meinem Abschnitt orientieren.

Die erste und Hauptstellung lag auf den Höhen bei Geluvelt; von dem Orte war nur der Stumpf der weithin sichtbaren Kirche vorhanden. Die Stellung war einem plötzlich hereinbrechenden starken feindlichen Angriff gegenüber schwer zu halten, da die Reserven sehr weit rückwärts untergebracht werden mußten. In dem Zwischengelände gab es keine Unterkunftsgelegenheit, außerdem lag es unter dem Feuer schwerer feindlicher Batterien, so daß von einer Ruhe für die Truppe nicht die Rede sein konnte.

Die Regimenter setzten sich meist aus Holsteinern, Mecklenburgern und Hamburgern zusammen. Es waren gute, ordentliche Leute, die schon viel durchgemacht hatten. War die Division doch von Anfang des Stellungskrieges an nicht aus Flandern und dem nördlichen Frankreich herausgekommen. Man hörte deshalb überall den Wunsch: Kommen wir nicht einmal weg von hier? Das Verlangen war zu verstehen, ich hätte es gern erfüllt, konnte es aber nur nach oben hin vertreten, die Entscheidung lag bei der O.H.L.

Das Weihnachtsfest wird mir unvergeßlich bleiben. Überall einfache

ſchlichte Feiern beim Tannenbaum, Lichter waren knapp, das ſchönſte der Weihnachtslieder: „Stille Nacht, heilige Nacht" ertönte überall. Es ſangen die „Hunnen", die unziviliſierten „Boches", die „Diebe" und „Mörder", während die Träger der Kultur mit ihren Kanonen die Begleitung machten.

Friede auf Erden! Wann würde er kommen! Ich hielt mehrere Anſprachen und verteilte Eiſ. Kreuze. Beſonders muß ich der Liebesgabenpakete dankend erwähnen. Wer die Freude der Leute darüber geſehen hätte, würde ſchon hinreichend belohnt geweſen ſein.

Den Abend verbrachte ich dann mit dem geſamten Brigadeſtab und zuletzt mit meinem Adjutanten.

Nur zu ſchnell ging die Zeit bei der Brigade herum. Als General Wyneken auf Urlaub ging, wurde ich mit der Führung der Div. beauftragt. Aus einer lieb gewordenen Umgebung mußte ich fort. Die dankbare Erinnerung an die Zeit und beſonders an meine Stützen, die Herren des Stabes, wird mir bleiben.

Ich ſiedelte nach Morſeele über, in ein zwar größeres, aber weniger gemütliches Unterkommen, da die beiden Räume recht kalt waren und mit Kohlen ſparſam umgegangen werden mußte.

Der Stab ſetzte ſich nur aus 3 aktiven Offizieren zuſammen, die anderen waren Lehrer, Kaufleute, Pfarrer, höhere Beamte, geweſene Offiziere, Ingenieure. Der ſchlagendſte Beweis gegen die Behauptung mancher Abgeordneter, daß Offiziere des Beurlaubtenſtandes nicht zu den höheren Stäben kämen. Soweit es ſich zahlenmäßig feſtſtellen ließ, wurden bei den Frontregimentern verhältnismäßig faſt doppelt ſo viel Offiziere des Friedensſtandes verwendet, als ſolche des Beurlaubtenſtandes. Es ergab ſich, daß verhältnismäßig mehr als viermal ſo viele Offiziere und Fähnriche des Friedensſtandes gefallen waren als Offiziere des Beurlaubtenſtandes.

Bei den Stäben wurden, abgeſehen von den Generalſtabsoffizieren, möglichſt *nicht* kv. Offiziere und ſolche des Beurlaubtenſtandes verwendet. Ein Teil der Adjutanten und Ordonnanzoffiziere, der die Kommandeure zu begleiten und Aufträge in vorderſter Linie zu erfüllen hatte, mußte allerdings kv. ſein. Auch unter den Generalſtabsoffizieren befanden ſich Offiziere mit ſchwerer Verwundung, die noch imſtande waren, die ihnen zufallende Arbeit zu leiſten. So war 1918

das Verhältnis der aktiven Offiziere bei den Stäben zu den Offizieren des Beurlaubtenstandes ohne Generalstabsoffiziere etwa folgendes:

Oberost, Heeresgruppen-Kommandos	55%	aktive,	45%	inaktive
Oberkommandos	53%	„	47%	„
aktive Korps	66%	„	34%	„
Gen.-Kommandos zu bes. Verw. und Ref.-Kommandos	62%	„	38%	„
aktive Inf.-Div. einschl. Brig.-Stäbe	46%	„	54%	„
Ref.-Inf.-Div. „ „ „	38%	„	62%	„
Landw.-Div.	34%	„	66%	„
bes. Divisionen	24%	„	76%	„
Kav.-Div.	63%	„	37%	„

} Ref.- und Landw.-Offiziere

An aktiven kv. Offizieren durften sonst außerhalb der Front verwendet werden:

a) bei den stellvertretenden General-Kommandos nur solche, die nach wiedererlangter Feldverwendungsfähigkeit ihre Abberufung ins Feld abwarteten;

b) bei den Et.-Inspektionen, im Bereiche der Generalgouvernements, der Militärverwaltung Rumänien keine;

c) bei den Ausbildungskursen, Schießschulen usw. nur vereinzelte, die sich für Ausbildungszwecke besonders eigneten, und auch diese nur vorübergehend.

Darüber, daß die in der Heimat befindlichen Offiziere beschleunigt der Front wieder zugeführt wurden, wurde dauernd gewacht.

Mein Stab bildete einen harmonisch zusammengesetzten Kreis. Das Leben war einfach und regelmäßig. Um 1 Uhr mittags wurde gemeinsam gefrühstückt, um 7 Uhr gegessen; alles sehr einfach. Wenn die Ordonnanz mit der Fleischschüssel herumging und einem leise ins Ohr flüsterte: 1 Stück, dann mußte ich an die Reden im Reichstag denken. Hättet ihr klugen, alles besser wissenden Leute einmal genauer in die Sache hineingesehen und zum Teil nicht andere Zwecke verfolgt, ihr hättet solche Reden, wie geschehen, nicht gehalten. Ausnahmen bestätigen auch hier im Felde die Regel, aber gerade jene wurden dann als allgemeine Übung gebrandmarkt.

Diese Anklagen waren zum größten Teil in der vorgebrachten Form unwahr, sie sollten vielfach nur zur Hetze gegen die Offiziere dienen.

Wenn sie auch meist nicht geglaubt wurden, das Wort: „Semper aliquid haeret" wurde auch hier wahr.

Mitte Januar 1918 wurde die Division herausgezogen und in der Umgegend von Courtray untergebracht. Die von der Obersten Heeresleitung für die weitere Ausbildung herausgegebenen Direktiven betonten den Angriff. Dies entsprach ganz dem Empfinden der Truppe. Die Sache im Osten war erledigt, nun mußte alles Verfügbare nach dem Westen befördert werden zum letzten gewaltigen Schlag gegen Franzosen und Engländer. So war die allgemeine Ansicht.

In unserer Unterkunft, einem geräumigen Vorort von Courtray, wurden wir häufig von Fliegern heimgesucht. Ein in der Nähe liegendes Munitionsdepot bildete den Anziehungspunkt.

Was alles in der festgesetzten Zeit geleistet werden sollte, war unglaublich. Die Befehle blieben vielfach Anordnungen vom grünen Tisch, praktisch waren sie nicht durchzuführen, selbst wenn die Sonntage voll und ganz zur Arbeit ausgenutzt wären. Dazu kam, daß der Ausbildungsplatz erst eingerichtet werden mußte. Die Anlage von Übungswerken und Schießständen erforderte Zeit und Kräfte, die wieder der Ausbildung verloren gingen. Es hätte sich empfohlen, diese so rechtzeitig anzulegen, daß die Truppe sie fertig vorgefunden hätte.

Vielfach wurden in der Heimat Klagen über „zu viel Dienst" bei mir und im Reichstag vorgebracht. Bei Beurteilung dieser Sache muß man die jedesmaligen Verhältnisse berücksichtigen. Wurde eine Truppe aus der Stellung gezogen, so galt es zunächst allgemein, sie wieder zusammenzuschweißen und ein einheitliches, militärisches Werkzeug aus ihr zu machen. Es war natürlich, daß Zucht und Ordnung durch den Aufenthalt in den ausgedehnten Schützengräben nicht gefördert waren. Dann hieß es aber im besonderen, die Truppe für ihre demnächstige Aufgabe vorzubereiten. War dies, wie bei meiner Division, der Angriff, so mußte folgerichtig die Truppe hierin um so eingehender unterwiesen und geschult werden, als sie bisher jahrelang in der Verteidigung gekämpft hatte. Dies konnte nur durch eifrigen Dienst erreicht werden, bei dem natürlich Maß zu halten war und von den vernünftigen Vorgesetzten auch gehalten wurde. Wo Auswüchse vorkamen, waren es meines Wissens Einzelfälle, gegen die vorgegangen werden mußte.

Vor allem war dem Mann erst einmal Gelegenheit zu geben, sich gründlich auszuschlafen und sich wie seine Sachen in Ordnung zu brin-

gen. Geschah dies, dann war es erstaunlich, wie schnell er sich erholte und einen ganz anderen Eindruck machte. Dann konnte man ihm auch etwas zumuten.

Später änderten sich die Verhältnisse durch die militärische Lage. Die zur Ruhe herausgezogenen Divisionen mußten leider sehr oft nach kurzer Zeit wieder eingesetzt werden. Da galt es, die Zeit auszunutzen, der Dienst mag länger gewesen sein, das ließ sich unter Umständen nicht ändern.

Die Stimmung bei der Truppe war trotzdem gut. Als eines der wichtigsten Mittel zur Erhaltung der Stimmung in der Truppe ist mir stets die gerechte Handhabung der Urlaubsbefugnis durch die Vorgesetzten erschienen.

Das Kriegsministerium hatte den Standpunkt eingenommen, und immer wieder nach außen hin betont, daß ein Recht auf Urlaub nicht bestehe, daß es aber erwünscht sei, wenn der Mann in jedem Jahre Urlaub bekäme. Die Möglichkeit und der Zeitpunkt des Urlaubs mußten natürlich von der militärischen Lage an der betreffenden Front abhängig gemacht werden. Diese zu beurteilen, war der gewöhnliche Soldat oder ein Reichstagsabgeordneter nicht in der Lage. Viele Klagen über Nichtbewilligung von Urlaub hatten hierin ihren unbegründeten Ursprung.

Zuzugeben ist, daß manche Ungerechtigkeiten vorgekommen sind. Infolgedessen bedurfte es wiederholter Verfügungen des Kriegsministeriums, um hier Abhilfe zu schaffen.

Eine planmäßige Organisation des Urlaubs war unmöglich, weil die militärischen Verhältnisse, die Verwendung und Zahl der entbehrlichen Leute, die Stärke der Verbände zu verschieden waren.

Die Urlaubserteilung mußte nach den Bedürfnissen des Urlaubers geregelt werden. Im allgemeinen mußte im Sommer das Land, im Winter die Stadt mehr Berücksichtigung finden. In erster Linie waren die Leute zu beurlauben, bei denen ein amtlich beglaubigter Notstand vorlag.

Bei den fortgesetzt sich steigernden, anhaltenden Kämpfen, wie sie die beiden letzten Jahre auf dem westlichen Kriegsschauplatze mit sich brachten und der sich stetig mindernden Gefechtsstärke mußte die Urlaubsfrage vielfach zurücktreten, was von den davon Betroffenen bitter empfunden wurde und nicht zur Hebung der Stimmung beitrug. Am meisten bedauerte es aber der ordentliche Kompagnieführer selbst,

der genau wußte, welch gutes Mittel zur Hebung des Geistes in der Truppe ihm dadurch entging.

Die für den Urlaub allgemein gegebenen Bestimmungen auch für solchen nach Elsaß-Lothringen gelten zu lassen, machten die Verhältnisse unmöglich. Hatte sich doch leider herausgestellt, daß die dorthin beurlaubten Mannschaften von ihren Angehörigen und Bekannten vielfach ungünstig beeinflußt wurden, so daß sich ihre Stimmung verschlechterte und Fahnenflucht wie Kriegsverrat nicht selten vorkamen.

Es wurde deshalb nötig, Urlaub nach diesen Teilen des Reiches an Militärpersonen nur zu geben, wenn keine Bedenken hinsichtlich der Gesinnung des Mannes und seiner Angehörigen vorlagen.

Ausdrücklich wurde durch K.M.-Verfügung v. 22. 10. 17 darauf hingewiesen, daß Mannschaften elsaß-lothringischer Staatsangehörigkeit bei der Urlaubserteilung ebenso zu berücksichtigen wären wie alle anderen Heeresangehörigen in der Voraussetzung der Erfüllung der vorher erwähnten Bedingungen.

Am 17. Juli 1918 wurden die bisherigen Bestimmungen aufgehoben. Die allgemeinen Urlaubsbestimmungen traten in Kraft. Für einige Kreise des Landes mußte indes die Zureisegenehmigung der Heeresgruppe Herzog Albrecht eingeholt werden.

Von verschiedenen Volksvertretern, besonders denen der Reichslande sind im Reichstage die erwähnten Maßnahmen heftig angegriffen worden. Das K.M. war in der Lage, die Härten, die unzweifelhaft in den Bestimmungen lagen, soweit es möglich war, zu mildern, es konnte sie aber nicht vollständig beseitigen, das verbot die Sicherheit des Vaterlandes.

Im übrigen sei bemerkt, daß sich bei Besprechung eines sozialdemokratischen Antrages zur Urlaubsangelegenheit der Abg. Davidson im Reichstage im Jahre 1916 folgendermaßen äußerte:

Was die Urlaubsfrage anbetreffe, so sei er der Ansicht, daß die Bestimmungen, die das K.M. herausgegeben habe, durchaus eindeutig und klar seien, und daß über die Ausführung keinerlei Meinungsverschiedenheiten herrschen könnten. Er leugne nicht, daß die Tendenz des Antrages für die Zeit nach dem Kriege dahin gehe, direkt ein Urlaubsrecht zu schaffen.

Diesem Verlangen konnte die Heeresverwaltung allerdings nicht nachgeben.

Meine Hauptaufgabe bildete zunächst die Erkundung des zugewiesenen Ausbildungsplatzes und die Bestimmung der Anlagen, wobei mir mein trefflicher Generalstabsoffizier, Major Schmitt, eine ausgezeichnete Stütze war. Ich konnte den versammelten Regimentsführern meine Direktiven geben, dann mußte ich wieder fort, mein Kommando war abgelaufen.

Schweren Herzens verließ ich liebgewordene Verhältnisse und die brave Division. Meine Wünsche haben sie begleitet auf ihrem weiteren Wege, meine dankbare Erinnerung wird ihr bleiben.

Der Monat Februar 1918 brachte neben dem Vormarsch in der Ukraine und in Großrußland, der zur Besetzung von Dünaburg, Luck, Pernau, Dorpat, Reval und Pleskau führte, die Wiederaufnahme der Friedensverhandlungen in Brest-Litowsk und die Annahme unserer Friedensbedingungen. Im März folgte die Besetzung von Kiew, Narwa und Odessa und am 21. d. M. die deutsche Offensive zwischen Scarpe und Oise. Durch diese letzte erhielten wir neben starkem Geländegewinn eine gewaltige Zahl von Kriegsgefangenen und ungeheuer viel Kriegsmaterial, leider aber keine Entscheidung. Auch sie lief sich, wie frühere Offensiven, fest. Die Überlegenheit des deutschen Soldaten hatte sie allerdings von neuem gezeigt.

Dasselbe Schicksal hatte der im nächsten Monat einsetzende Angriff bei Armentières und nördlich. Die Stadt und der sehr wichtige Kemmelberg fielen in unsere Hände.

Das Ausbleiben einer Entscheidung war verhängnisvoll bei der Lage, in der sich Deutschland befand. Die Verhältnisse in der Heimat wurden bei dem Fehlen des starken Mannes nicht besser, die Stimmung wurde trüber und trüber, die Sehnsucht nach Frieden nahm bedenklich zu. Kraft und Stimmung der Verbündeten ließen nach. Die über die inneren Verhältnisse Österreichs eingehenden Nachrichten klangen übel.

In diese Zeit fiel die Umwandlung des bisherigen Referats T der Armeeabteilung in die Abteilung für verbündete Heere im Kriegsministerium (A 11). Chef wurde der Major Duesterberg, eine selten willensstarke und gewandte Persönlichkeit, der sich auch später bei den Waffenstillstandsverhandlungen große Verdienste erworben hat.

Am 17. Mai begab ich mich zur 7. Armee, Generaloberſt v. Boehn. Hier war man mitten in der Arbeit zur Durchführung einer Offenſive mit begrenzten Zielen. Alles machte den beſten Eindruck. Man merkte überall, daß in dieſem Heeresabſchnitt *eines* Mannes Wille herrſchte. Bei Tage waren nur geringe Bewegungen der Truppen bemerkbar. Es war vom Armee-Oberkommando genau beſtimmt worden, welche Straßen und Wege und in welchem Maße bei Tage benutzt werden durften. Bei Beginn der Dunkelheit begann die Truppe lebendig zu werden.

Mir gegenüber äußerte ſich der Chef des Generalſtabes über die Ausſichten der Offenſive dahin, daß die von der O.H.L. feſtgeſetzte Linie beſtimmt erreicht würde. Er ſollte recht bekommen.

Wie gern hätte ich der Offenſive beigewohnt, am liebſten als Führer eines Truppenteils, aber die Zeit drängte, die Pflicht rief, ich mußte weiter.

Ich beſuchte noch kurz das Armee-Oberkommando der 18. Armee, General v. Hutier, und fand auch dort eine entſchloſſene, zuverſichtliche Stimmung. Auch die Diſziplin hinter der Front der beiden Armeen, für mich ein ſehr entſcheidender Prüfſtein für den Wert der Truppe, war gut.

Dies war bei der 2. Armee, durch deren Abſchnitt ich fuhr, nicht der Fall. Auch die Stimmung beim Armee-Oberkommando war nicht ſo zuverſichtlich. Zweifel über die Haltung der Truppen wurden mir gegenüber ausgeſprochen.

Ich machte hiervon meinem Miniſter Meldung. Die Zweifel des A.O.K.'s und meine Beobachtungen haben ſich leider als richtig erwieſen. Der 8. Auguſt 1918 gab den Beweis.

In Douai beſuchte ich das Oberkommando der 17. Armee und ſeinen Führer, General v. Below. Am herrlichen Abend ſaßen wir im Garten, beſprachen manches und tauſchten Erinnerungen aus. Der General beklagte ſich bitter über den Fortfall des ſtrengen Arreſtes als Strafmittel und die allgemeine Herabſetzung der Strafen. Er hielt dieſe milde Richtung für direkt ſchädlich und ſchob auf ſie das Zurückgehen der Diſziplin. Ich konnte ihm nur erwidern, daß ſich die Mehrzahl der Armee-Oberkommandos auf einen anderen Standpunkt geſtellt und deshalb der Kriegsminiſter nachgegeben habe. Im Grunde genommen hatte der General nach meiner Überzeugung recht. Öſterreich

hatte im Gegensatz zu uns sich veranlaßt gesehen, die strengsten Strafen im Heer wieder einzuführen.[1])

Acht Tage später ließ mir der General sagen, daß am Tage nach meinem Besuch an der Stelle des Gartens, wo wir gesessen hatten, eine Fliegerbombe eingeschlagen sei.

In Douai verbrachte ich die Nacht mit meinen beiden Begleitern im Salonwagen auf dem Bahnhof. Es gab, wie bei der mondhellen Nacht vorauszusehen war, wenig Ruhe, da feindliche Flieger die Stadt überflogen. Man gewöhnte sich auch an diesen Lärm, und ich habe, allerdings mit kurzen Unterbrechungen, trefflich geschlafen. Am nächsten Tage ist der Bahnhof mehrfach mit Bomben beworfen worden. Ein solches Unding ist an der Stelle eingeschlagen, wo mein Wagen gestanden hatte; es war zu spät gekommen.

Ich überzeugte mich, daß die Aufräumungsarbeiten in dem Abschnitt der Armee ausgezeichnet organisiert waren. Überall sah ich kleine Kolonnen auf dem Schlachtfelde in Tätigkeit.

Bapaume war ein Schutthaufen. Was noch nicht ganz zerstört war, erlag diesem Schicksal über kurz oder lang, da der Gegner täglich punkt 10 Uhr mit der Beschießung des Ortes begann. Der Grund war schwer erkennbar, da der Ort nicht belegt war und sich überhaupt nicht mehr dazu eignete.

Übel sah es in St. Quentin aus. Man konnte wirklich melancholisch beim Anblick dieser Trümmerstätte werden. Ich fand kein unbeschädigtes Haus.

In Lille, meinem nächsten Ziel, lag das Oberkommando der 6. Armee, General v. Quast, dessen Gast ich am Abend war. Von dort fuhr ich am nächsten Tage zu meiner alten 18. Res.-Div., die westlich Armentières lag. Groß war die Freude, als ich dort eintraf. Da gab es viel zu hören und zu erzählen. Die Division hatte sich, wie nicht anders zu erwarten war, bei der Offensive glänzend bewährt. Jetzt lag sie in offenem Gelände in wenig guter Stellung. Ihr Kommandeur klagte über die nicht unerheblichen täglichen Verluste, die nicht

[1]) Das gleiche war bekanntlich in den Heeren der Entente der Fall. Besonders in Frankreich, der von unseren Linkspolitikern so verherrlichten freiheitlichen Demokratie, waren die Strafen für militärische Vergehen direkt grausam zu nennen. Meines Wissens ist dies aber niemals von einem Abgeordneten erwähnt worden.

ersetzt würden, so daß er nur mit Mühe seinen Abschnitt genügend besetzen könne. Diese schlechte Versorgung mit Ersatz kam daher, daß die O.H.L. den ihr von der Heimat zugeführten in erster Linie den Divisionen gab, die für weitere offensive Unternehmungen bestimmt waren. Die anderen bekamen fast nichts, so daß ihre Stärken erheblich zurückgehen mußten.

Ich suchte dann noch die 4. Armee in Thielt auf und fuhr am Nachmittag nach Zeebrügge, um mir ein Bild von dem englischen Überfall daselbst zu machen. Der Gedanke und die Ausführung machten auf mich Eindruck; es war ein schneidiger Streich, dessen Gelingen an einem Haar gehangen hatte. Den Abend verbrachte ich in dem bekannten Kreise des gastfreien Oberkommandos, dann ging es nach Berlin zurück.

Die Reise war mein Abschied von der Front. Mein Gesamteindruck ging dahin, daß die Disziplin nachgelassen hatte, besonders bei der 2. Armee, und daß die Gefechtsstärken vielfach recht gering waren, im übrigen die Front im allgemeinen feststand. An Kriegsgerät fehlte es nicht.

Ende Mai begann die Offensive zwischen Aisne und Marne. Sie brachte, was das Oberkommando erwartet hatte. In glänzendem Anlauf gelang es, die von der O.H.L. bezeichnete Linie zu erreichen. Als die O.H.L. die Fortsetzung der Operationen befahl, ging der Siegeslauf weiter.

Ende Juni begleitete ich den Kriegsminister nach Spaa.

General Ludendorff legte uns nochmals die wenig günstigen Ersatzverhältnisse der Front dar und schlug Wege vor, um in der Heimat Ersatz zu bekommen. Ich konnte seinen Ausführungen zustimmen. Seine Vorschläge waren aber nicht neu, und die zu ihrer Verwirklichung notwendigen Wege längst beschritten worden. Ich konnte sie nur beim Chef des Kriegsamts, der leider nicht anwesend war, mit Nachdruck nochmals unterstützen. Eine erhebliche Besserung der Ersatzverhältnisse konnte aber nicht erhofft werden, dafür hätte es nur ein Mittel gegeben: Rückkehr zum alten Standpunkt des A.O.: Kompromiß zwischen Heer und Kriegswirtschaft, bei dem aber das Heer den Vorrang hatte. Demzufolge sofortige Einstellung von Hunderttausenden reklamierter Arbeiter in das Feldheer und Verminderung der Leistungen in der Kriegswirtschaft.

Nach dieser Besprechung entwickelte General Ludendorff dem Kriegsminister und mir seinen nächsten Kriegsplan, der einen Vorstoß beiderseits Reims vorsah.

Leider nahmen die Vorbereitungen eine geraume Zeit in Anspruch. Das war nicht zu vermeiden. Die Heranführung der riesigen Zahl von Geschützen mit einer geradezu ungeheuerlichen Menge von Munition beanspruchte viele Tage. Dazu kam, daß ein Teil der Truppe wegen starker Grippe nicht kampffähig war. So ging eine Menge Zeit verloren, die dem Feinde zustatten kam. In Spaa fand noch eine Besprechung statt, an der die O.H.L., das K.M., das Reichs-Marineamt und das Auswärtige Amt teilnahmen, und der Seine Majestät beiwohnte. Es handelte sich um Fragen der auswärtigen Politik.

In diese Zeit fiel der Abschluß des Friedens mit Rumänien. Mir ging es wie vielen, ich war nicht befriedigt. Hieran änderten auch nichts die Darstellungen des Vertreters des Auswärtigen Amts im Bundesrat, die das Erreichte als großen Erfolg priesen. Vor allen Dingen gefiel es mir nicht, daß man das rumänische Königshaus in der Regierung beließ. Man mußte sich doch klar sein, daß die bis zum Haß gesteigerte feindliche Gesinnung der Königin gegen Deutschland den Krieg nicht als beendigt, sondern nur als unterbrochen ansah. Darüber halfen alle Schönrederein nicht hinweg.

Am 12. 8. wurden auf meinen Wunsch die beiden Artillerieabteilungen (A 4, A 5), die Ingenieur- und Pionier-Abteilung (A 6), die Verkehrsabteilung (A 7 V) und die Chemische Abteilung (A 10) vom Departement abgetrennt und zu einem Truppendepartement (T D) zusammengestellt. Die Arbeitslast im A D war zu groß geworden. Die Leitung des neuen Departements erhielt auf meinen Vorschlag der General Wuthier. Ich freute mich, daß dieser hochverdiente Mann, der mir während des ganzen Krieges eine feste, treue Stütze gewesen war, diese Stelle bekam. Sie konnte keinen besseren Händen anvertraut werden. —

Die Offensive bei Reims mißglückte. Sie war dem Feinde vorher bekannt geworden, der nun seinerseits zum Schlage ausholte. Dem gefahrdrohenden Unternehmen wußte sich die deutsche Führung mit Hilfe der unvergleichlichen Tapferkeit unserer Truppen zu entziehen. Es ging aber neben weiten Geländeteilen eine große Menge von Gefangenen

und besonders an Kriegsmaterial verloren. Dem überlegenen Feinde wurde indes Halt geboten, und das war die Hauptsache.

Im gleichen Monat begann die erfolgreiche englische Offensive, die einen Wendepunkt in der Geschichte des Krieges zu unseren Ungunsten bildete.

Es muß einer späteren Forschung überlassen bleiben, zu untersuchen, ob die nun von der O.H.L. getroffenen militärischen Maßnahmen den Verhältnissen am besten entsprochen haben, oder ob man nicht gleich hinter die Maas-Linie hätte zurückgehen sollen.

Die Aussichten auf eine erfolgreiche Durchführung des Krieges waren erheblich gesunken, sie waren aber nicht vernichtet, wenn das deutsche Volk einmütig den Willen gehabt hätte, den Kampf fortzusetzen. Dem war leider nicht so. Der durch vaterlandslose Gesellen gelegte Samen begann aufzugehen. Ein Teil des irregeleiteten Volkes sah das Heil in einem baldigen Frieden mit Unterstützung der Internationale. Das waren die Folgen der Reden im Reichstag, der Friedensresolution, der Bestrebungen der Pazifisten, der Wühlereien und Flaumacherei der Sozialdemokratie, der Schwächung der Regierung, der Liebäugelei mit der Entente.

Auf der Suche nach der angeblichen Schuld der Heeres-Führung und -Verwaltung an dem Zusammenbruch hat man bei den linken Parteien auch auf die „ungerechten" Beförderungsbestimmungen verwiesen. So einfach, wie sich die Herren von der Linken das vorstellten, lag die Sache doch nicht. Bei dem verwickelten Organismus des Riesenheeres, dessen Funktionieren zum guten Teil auf richtiger Führerauswahl beruhte, die durch jahrzehntelange, dauernd ergänzte, wohldurchdachte Bestimmungen geregelt war, bedurfte jede Neuerung auf diesem Gebiete sorgfältigster Überlegung. Daß den Verhältnissen des Krieges auch hier Rechnung getragen wurde, allerdings unter Wahrung der als richtig erkannten Grundsätze, denen wir das von keinem Heer der Welt erreichte mustergültige Offizier- und Unteroffizierkorps verdankten, mögen nachstehende Ausführungen zeigen.

Die Möglichkeit, tüchtige, durch gute Leistungen und besonderen Diensteifer hervortretende Mannschaften auszuzeichnen, der Abgang von Vorgesetzten an der Front, und die Länge des Krieges bedingten eine Erweiterung der im Anfang des Krieges bestehenden Bestimmungen über Beförderungen und Ernennungen.

Hierbei mußte von einem möglichſt wohlwollenden Standpunkt ausgegangen werden. Gerechtigkeit und die Sorge um Erhaltung und Hebung der Stimmung im Heere verlangten es.

Die Stellen der Gefreiten und Unteroffiziere bei dem Feldheere wurden vermehrt. Damit die Unteroffizierſtellen nicht durch ins Feld gehende Unteroffiziere der Erſatzformationen weggenommen wurden, beſtimmte das Departement, daß bei Erſatzgeſtellung den Feldtruppen Unteroffiziere nur in ſoweit zu überweiſen ſeien, als ſolche bereits vorhanden waren, und daß eine Beförderung kurz vor Überweiſung an die Feldtruppen unzuläſſig ſei. Ihren weiteren Bedarf an Unteroffizieren hatten die Feldtruppen ſelbſt durch Beförderung eigener, im Felde bewährter Leute zu decken.

Wenn bei Feldtruppen infolge der Erſatzgeſtellung der Etat an Unteroffizieren zeitweilig überſchritten wurde, ſo ſollten die überplanmäßig vorhandenen Unteroffiziere über den Etat gelöhnt und in die nächſten freiwerdenden Stellen eingereiht werden. Auch auf einen etwaigen Austauſch dieſer überplanmäßigen Unteroffiziere mit ſolchen Unteroffizieren, die ſchon lange Zeit im Felde und erholungsbedürftig waren, aber mit Vorteil bei den Erſatzformationen verwendet werden konnten, wurde hingewieſen.

Den planmäßigen und den als in planmäßigen Stellen befindlich geltenden Unteroffizieren des Friedens- und Beurlaubtenſtandes, ſowie der Inaktivität ſollten nach Ablauf einer 5½jährigen Dienſtzeit die Sergeanten-Gebührniſſe und nach 9jähriger Dienſtzeit, auch wenn ſie bisher nicht zu Sergeanten befördert waren, die Vizefeldwebel-Gebührniſſe gewährt werden.

1917 erfolgte die Beſtimmung, daß alle 9 Jahre gedienten Sergeanten, die ſich nach Leiſtungen und Führung dazu eigneten, zu Vizefeldwebeln (Vizewachtmeiſtern) befördert werden durften.

Ferner wurde die Beförderung von Mannſchaften bei ihrem Ausſcheiden zum nächſthöheren Dienſtgrad zugeſtanden. Dies ſollte beſonders bei ſolchen Leuten erfolgen, die während des Krieges durch Kriegsbeſchädigung dauernd völlig dienſtunfähig geworden und deswegen entlaſſen waren.

Für Leutnantsſtellen aller Formationen, deren Beſetzung durch Offiziere nicht möglich war, waren nach dem Mobilmachungsplan Offizierſtellvertreter in Ausſicht genommen. Hierfür kamen Fähnriche,

Fahnenjunker, Offiziersaspiranten, ehemalige Offiziersaspiranten, aktive Unteroffiziere und ehemalige Unteroffiziere des Friedensstandes in Betracht.

Sie waren Vorgesetzte sämtlicher Unteroffiziere, von ihnen zu grüßen und hatten, wenn sie eine Kompagnie führten, die Disziplinar-Strafgewalt eines Kompagniechefs.

Offizierstellvertreter, deren bestimmungsgemäße Verwendung nicht möglich war, hatten in den Mannschaftsstand (d. h. Unteroffizier) zurückzutreten.

Diese letztgenannte Bestimmung bildete den Gegenstand unzähliger Klagen, sie wurde als Degradation aufgefaßt.

Wenn hiervon auch nicht die Rede sein konnte, da die Genannten nur mit Wahrnehmung der Stellen widerruflich beauftragt waren und, wie ausdrücklich bekannt gegeben war, die Beauftragung keine Beförderung und Ernennung war, und die Bezeichnung keinen Dienstgrad darstellte, so war doch der Standpunkt der Leute zu verstehen. Es wurde Abhilfe geschaffen.

Jedem Mann war es möglich, Offizier zu werden durch Auszeichnung vor dem Feinde. Als solche waren nur vor dem Feinde unter Lebensgefahr ausgeführte, hervorragende Taten anzusehen.

Wenn von vielen Seiten geäußert wurde, man müsse schon „einen feindlichen General gefangen nehmen, um den Bedingungen zu genügen", so ist dies nicht zutreffend. In sehr zahlreichen Fällen sind Unteroffiziere wegen ihres dauernd tapferen Verhaltens Offizier geworden.

Außerdem konnten nach der Heerordnung ehemalige Unteroffiziere, die nicht als Einjährig-Freiwillige gedient hatten, zu Offizier-Aspiranten des Beurlaubtenstandes ernannt und später zu Reserve- und Landwehr-Offizieren befördert werden.

Allgemein den Unteroffizieren die Möglichkeit der Beförderung zum Offizier zu geben, lag einmal keine Notwendigkeit vor, da der Bedarf durch Offizieraspiranten voll gedeckt werden konnte, die wieder zum Teil zurückgesetzt worden wären, wenn die Stellen durch Unteroffiziere ohne wissenschaftliche Befähigung besetzt worden wären. Dann wäre aber durch eine Beförderung von Unteroffizieren, die doch nur in beschränkter Zahl erfolgen konnte, eine solche Flut von Klagen über

Zurücksetzungen, Protektion etc. gekommen, daß die Unzufriedenheit eher zu-, als abgenommen hätte.

Eine Forderung der O.H.L. auf Änderung der Bestimmungen über Beförderungen ist an mich niemals ergangen, ich muß dies ganz besonders gegenüber anderen in die Welt gesetzten Behauptungen betonen.

Wesentliche Erleichterungen der Beförderungsbestimmungen fanden für die Mannschaften mit der Berechtigung oder wissenschaftlichen Befähigung zum einjährig-freiwilligen Dienst statt. So konnten z. B. ehemalige Offizieraspiranten mobiler Truppen bei Geeignetheit Offiziere des Beurlaubtenstandes werden. Ferner wurden in den von mir bereits erwähnten Übungskursen felddienstfähige Mannschaften mit der Befähigung zum Einjährigen, die in der Front gestanden und sich als Gruppen- oder Patrouillenführer bewährt hatten, und deren persönliche und häusliche Verhältnisse geordnet waren, als Zugführer ausgebildet. Die Kursusleiter hatten die Befugnis, die Kommandierten bis zum Vizefeldwebel zu befördern. Der Einreichung des Beförderungsvorschlages zum Offizier, bei dem über kleinliche Bedenken hinweggesehen werden sollte, da sich oftmals erst im Felde der Wert der Persönlichkeit zeigte, mußte eine Offizier-Wahl vorangehen. Hieran habe ich stets festgehalten.

Als 1915 vom Militär-Kabinett die Anweisung kam, wegen großen Abgangs die Offiziersaspiranten sofort als Offiziere, — also ohne Wahl durch die Standesgenossen — von den Kursen aus den Truppenteilen zuzusenden, habe ich mich mit aller Macht dagegen gesträubt. Erst als das Telegramm kam: „Se. Majestät befiehlt . . .“ mußte ich meinen Widerstand schweren Herzens aufgeben. Ich sah die Folgen voraus, die leider nicht ausblieben. Viele Elemente kamen dadurch in den Offizierstand, die ihm geschadet haben. Man wollte wieder einmal draußen alles besser wissen.

Man hat Klage darüber geführt, daß die Offiziere zu jung und zu unerfahren gewesen seien, und daß sie daher mehr geschadet als genutzt hätten. Das trifft in mancher Beziehung zu. Aber auch hier darf man nicht verallgemeinern. Wohl mag den jungen Leuten manches gefehlt haben, besonders die Fähigkeit der Behandlung der meist älteren Untergebenen, *eine* Tatsache steht aber fest, nämlich, daß sie nach allen Berichten auf dem Schlachtfeld ihren Mann gestanden und durch ihr frisches jugendliches Drauflosgehen viel zum Erfolg beigetragen haben.

Die Beförderungsangelegenheiten waren eine schwierige Frage. Um so mehr ist die Arbeit der damit beauftragten Abteilung (C 1 a) unter ihrem Chef, dem Obersten Ahlers, anzuerkennen. Hierbei gedenke ich auch gern der Tätigkeit des Referenten Major Hartog.

Einem anderen Vorwurf, der allerdings fälschlich an die Adresse der Heeresverwaltung gerichtet ist, kann ich allerdings eine gewisse Berechtigung nicht versagen, nämlich dem, daß der Sold der Frontkämpfer nicht hoch genug gewesen sei. Besonders traf dies in den letzten Kriegsjahren zu.

Bekanntlich wurden die Gehälter der Offiziere schon nach dem ersten Kriegsjahre auf Drängen der linken Parteien des Reichstages erheblich herabgesetzt. Aber dies wurde von den Offizieren ohne Murren hingenommen. Man empfand es als selbstverständliche Pflicht, dem Staate Opfer zu bringen in einer Zeit, in der weite Volkskreise, auch Abgeordnete, sich dem einträglichen und gefahrlosen Berufe des Kriegsgewinnlers zuwandten.

Daß die Masse der Unteroffiziere und Mannschaften aber mit Bitterkeit ihre verhältnismäßig geringe Löhnung mit dem Einkommen der „Heimkrieger" verglich, konnte nicht wundernehmen, zumal, als die Begeisterung der ersten Kriegszeit geschwunden war und später leider auch das Bewußtsein, als Söhne des Volkes der allgemeinen Wehrpflicht und Schützer des heimatlichen Herdes, nicht aber für Entgelt, zu kämpfen.

Die Löhnungsfrage der Unteroffiziere und Mannschaften gehörte nicht zu meinem Arbeitsgebiet. Mein Departement war nur insoweit beteiligt, als diese Frage mit der Hebung der Stimmung im Heere und dadurch der Stärkung seiner Kampfkraft zusammenhing.

Ich vertrat stets den Standpunkt, daß eine Erhöhung der Löhnung nur wünschenswert sein konnte, im weiteren Verlauf des Krieges sogar geboten war.

Derselben Ansicht war auch der General v. Oven, in dessen Departement die Angelegenheit bearbeitet wurde, und dementsprechend waren auch seine Maßnahmen. Die Schwierigkeiten lagen aber beim Reichsschatzamt.

4.

Aus Deutschlands dunkelsten Tagen

Am 6. 9. des Jahres 1918 ließ mich der Kriegsminister, der vom Gr.H.Qu. zurückgekehrt war, kommen und sagte mir, daß man den Frieden noch in diesem Jahre wolle. Kaiser, Kanzler und O.H.L. wären dafür, Ludendorff habe auf Belgien verzichtet. Das sei wichtig, er habe es ihm geraten. Natürlich sei es schwierig, die Friedensvorschläge geschickt zu lancieren. Mit den Ostseestaaten „trete man kurz", da sich ihr zukünftiges Verhältnis zu Deutschland ändern könne. Unter diesen Umständen hielten O.H.L. und Zivilkabinett einen Wechsel in der Person des Kanzlers nicht für gut.

Am 14. 9. teilte Oberst v. Massow[1]) telegraphisch mit, daß der König von Bulgarien seinen Gesandten in Wien angewiesen habe, Österreich von dem beabsichtigten Friedensangebot abzuhalten. Jetzt sei der Zeitpunkt ungünstig. Gemeinsam müsse gehandelt werden. Der Kriegsminister hielt das Telegramm für eine falsche Orientierung, er war demnach nicht darüber unterrichtet worden, daß der österr. Botschafter in Berlin, Prinz Hohenlohe, schon am 30. 8. dem Kanzler von dem in der Friedensfrage beabsichtigten selbständigen Vorgehen des Grafen Burian Kenntnis gegeben hatte. Er nahm das Telegramm mit zum Reichskanzler.

Bereits am nächsten Tage brachten die Zeitungen die österreichische Friedensanregung. Der Kriegsminister bestätigte sie mir gegenüber. Die Mehrheitsparteien des Reichstages nahmen den Gedanken begierig auf. Der Kriegsminister hielt es für das beste, den Reichstag nach Hause zu schicken, bezweifelte aber, ob es der Kanzler fertig bringen würde. Jetzt war es die höchste Zeit, daß ein starker Mann das Ruder ergriff.

Am 25. 9. gab ich im Haushaltausschuß auf Wunsch seiner Mitglieder einen Überblick über die Lage. Die O.H.L. hatte mir die Unterlagen hierzu übermittelt. Meine Ausführungen fanden allseitige An-

[1]) Militär-Attachee in Sofia.

erkennung, die sich durch Bravorufe und spätere persönliche Bemerkungen von Abgeordneten, auch der Zentrumspartei, äußerte. Am nächsten Tage erklärte der Abg. Gröber meine Ausführungen für nicht ausreichend, er schlug vertrauliche Besprechung im kleinen Kreise vor. Wie sich bei dieser herausstellte, handelte es sich um Einzelfragen, deren Klärung, wenn überhaupt, allerdings nur im kleinen Kreise erfolgen konnte.

Herr Gröber griff den abwesenden Kriegsminister wegen seines Juli-Erlasses gegen das Treiben der Pazifisten heftig an, da er der Friedensresolution des Reichstages widerspräche.

Der Kriegsminister war, um sich einmal zu „verschnaufen", auf Urlaub gegangen, nachdem er sich vorher beim Reichskanzler erkundigt hatte, ob seine Anwesenheit im Reichstage notwendig sei. Dies war verneint worden. Ich habe das Gefühl — vielleicht hatte es auch der General v. Stein —, daß dem Reichskanzler die Abwesenheit des dem Reichstag nicht gerade angenehmen Ministers, von dem er Unbequemlichkeiten befürchtete, nicht unangenehm war.

Da der Reichskanzler eine sofortige Beantwortung wünschte, mußte ich einspringen. Ich erklärte, daß die Verfügung sich nicht auf die Resolution des Reichstages beziehe, sondern sich gegen Überschreitungen des durch sie gesteckten Rahmens wende, wie sie tatsächlich durch das Vorgehen der Pazifisten-Vereinigung erfolgt seien.

Der Reichskanzler hielt es nicht weiter für notwendig, das Wort zu ergreifen.

Am nächsten Tage verlas er eine Erklärung, in der er seine Absicht zu erkennen gab, die Handhabung der Zensur und des Versammlungsrechtes zu regeln. Unterstaatssekretär Lewald hatte mir am Abend vorher das Konzept gezeigt und sich dahin ausgesprochen, daß die vollziehende Gewalt in beiden Punkten auf die Zivilbehörde übergehen sollte. Ich warnte dringend, den Reichskanzler festzulegen. In diesem Punkte ginge es hart auf hart und nur Seine Majestät könnte entscheiden. Ich schlug eine unverbindliche Fassung vor. Man ging darauf ein.

An einem der nächsten Tage fand die vom Abg. Gröber gewünschte vertrauliche Besprechung statt. Was hier gefragt wurde, überstieg wirklich alle Erwartungen. So fragte der Abgeordnete Erzberger, welche Generalidee der Feldmarschall Hindenburg bei seiner letzten großen Offensive gehabt habe. Ich erwiderte: Den Feind zu schlagen, wo er

ihn fände. Diese Antwort genügte dem Abg. nicht, er wollte wissen, ob Paris oder Calais das Ziel gewesen sei. Ich mußte die Beantwortung natürlich ablehnen.

Die anderen Fragen erstreckten sich auf das Wirken der Nachrichtenabteilung im Gr.H.Qu., auf Verluste, Reserven u. a.

Plötzlich wurde ich hinausgerufen. Der Abteilungschef für die Angelegenheiten der Bundesstaaten, Major Duesterberg, teilte mir mit, daß nach einem Ferngespräch mit dem Oberst v. Merz von der O.H.L. die bulgarische Armee geschlagen zurückflute, der König demissioniert und Malinow einen Waffenstillstand angeboten habe. Eine Kommission sei behufs Aufnahme der Friedensverhandlungen unterwegs nach Saloniki. Er, Duesterberg, hege noch Zweifel an der ganzen Richtigkeit der Tatsachen.

Ich kehrte in die Besprechung zurück und beantwortete die an mich gestellten Fragen, so gut ich konnte. Aber welche Erregung herrschte in meinem Innern!

Die in den nächsten Tagen eintreffenden Nachrichten bestätigten leider die volle Wahrheit der Tatsachen.

Die Volksvertreter verlangten tägliche Orientierung im engeren Kreise. Dies geschah. Das A.A. war merkwürdig schlecht unterrichtet. Die Aufregung nahm zusehends zu. Im Reichstag sprach man vom Rücktritt des Kanzlers, der Prinz Max von Baden wurde als Nachfolger genannt. Ich hielt es für einen schlechten Scherz.

Am 30. 9. mittags kam der Abschied des Grafen Hertling und die Allerhöchste Order über Bildung einer parlamentarischen Regierung heraus. Die O.H.L. hatte ihr zugestimmt. Die Verlesung der bedeutsamen Order im Ausschuß rief lebhaftes Bravo hervor. Eine der Bedeutung des Ereignisses entsprechende Regierungskundgebung unterblieb leider (Vgl. „Der Weg zur Revolution", I. Band meiner „Erinnerungen", Seite 135).

Es hieß, daß Bulgarien den Waffenstillstand endgültig abgeschlossen habe. Ich stellte dem Minister vor, daß jetzt die Zeit zum Auftreten gekommen und dieserhalb mit der O.H.L. in Verbindung zu treten sei. Minister Graf Roedern habe schlechte Nachrichten aus dem Gr.H.Qu. gebracht. Hindenburg wie Ludendorff sähen nach Ansicht Roederns die Lage als sehr ernst an.

Ich bat den Kriegsminister, die Aufmerksamkeit der O.H.L. auf

General Gallwitz zu lenken. Ein kluger, tatkräftiger Militär müsse mit diktatorischer Gewalt an die Spitze kommen, es wäre die allerhöchste Zeit. Der Minister erwiderte mir, er hätte, als der Kanzler mit Hintze nach Spaa gefahren wäre, angefragt, ob er mitkommen sollte. Es wäre nicht für nötig erachtet worden. Ich wäre trotzdem hingefahren. Die Lage war so ernst, daß der Kriegsminister ein gewichtiges Wort dabei zu sprechen hatte, meiner Meinung nach das ausschlaggebende. Er kannte die heimatlichen Verhältnisse, auf sein militärisches Urteil durfte man nicht verzichten.

Tatsache war, daß die oberste militärische Stelle der Heimat bei den Besprechungen im Gr.H.Qu. nicht beteiligt wurde. Die verhängnisvollen Folgen dieses Mißgriffes habe ich schon weiter oben dargelegt.[1]) Es ist kein Zweifel, daß die Worte von dem „nur noch 24stündigen Halten der Front" gefallen sind. Daß die Äußerung, die in keiner Weise den Tatsachen entsprach, wie sich später herausstellte, eine schwere Wirkung haben mußte, ist klar.

Der Kriegsminister hätte so etwas nicht gesagt.

Am 1. 10 kam Major v. Heydekampf, der Vertreter des K.M. im Gr.H.Qu. Er brachte keine erfreuliche Kunde. Trotz alledem sah ich die Sache noch nicht als verloren an. Ich trug dem Minister meine dahin gehende Ansicht vor und verlangte von ihm, daß er ins Gr.H.Qu. fahre. Er stimmte meinen Ausführungen zu, setzte aber hinzu: „Kaiser, Hindenburg, Ludendorff, etc. kommen heute her. Es soll ein Friedensangebot an Wilson gemacht werden."

Die wildesten Gerüchte durchschwirrten die Stadt. Es war traurig, daß ihre Verbreiter meist den oberen Ständen angehörten. Die Beratungen über die neue Regierung dauerten inzwischen fort.

Der 5. Oktober war ein Schicksalstag für Deutschland. Der Reichskanzler, Prinz Max von Baden, war in die Wilhelmstraße eingezogen. Er war der ungeeignetste Mann für diese schwere Zeit. Sie forderte eine geschlossene Persönlichkeit, die größte Tatkraft und eisernen Willen mit reichen Erfahrungen und ungeheurer Arbeitsfähigkeit verband. Diese Eigenschaften fehlten dem Prinzen völlig. Er war von Anfang an der Lage nicht gewachsen.

Seine Antrittsrede enthielt die Ankündigung, daß die eingeführte parlamentarische Regierungsform auch nach dem Kriege bleiben werde,

[1]) S. S. 158.

und der Art. 21 der Reichsverfassung geändert werden solle. An Wilson sollte ein Friedensangebot ergehen.

Während der ruhig verlesenen Rede gab es wiederholten Beifall auf der Linken. Am Schluß lebhaftes Bravo bei den Mehrheitsparteien.

Als ich einige Tage später zum Kriegsminister kam, empfing mich dieser mit den Worten: „Nun ist die Sache erledigt, ich bin nicht mehr Ihr Kriegsminister." Die Worte trafen mich wie ein Blitzschlag. Wohl hatte ich geahnt, daß von gewissen Reichstagsabgeordneten heftig gegen den Minister gearbeitet wurde, daß der neue Kanzler sich aber so schnell diesen Leuten fügen würde, hatte ich nicht geglaubt.

Der Minister beklagte sich über das wenig ehrliche Verhalten des Kanzlers. Am Vormittag sei er noch bei ihm gewesen, der Prinz habe ihm nichts gesagt, und am Abend habe er seinen Rücktritt gefordert. —

Der Abschied von dem hervorragenden Soldaten und trefflichen Manne wurde mir sehr schwer.

Der neue Kriegsminister, General Scheüch, bisher, als Nachfolger Groeners, Chef des Kriegsamtes, der 4. Minister, den ich während des Krieges erlebte, war alter Kriegsministerieller, der die parlamentarischen Verhältnisse genau kannte, und der den maßgebenden Persönlichkeiten der Regierung und des Reichstages wohl bekannt war.

In einem der ersten Vorträge, die ich bei ihm hatte, mußte ich meine Stellungnahme zu den Friedensbedingungen Wilsons darlegen. Nach allem, was ich gehört hatte, schien die Regierung darauf eingehen zu wollen. Traute die O.H.L. dem Heer keine nachhaltige Widerstandskraft mehr zu, so mußte sie die Forderungen annehmen. Es war aber zu verlangen, daß das Zurückgehen nur bis hinter die Maas erfolge, der Gegner nicht nachrücke, sondern das Zwischengelände neutral bliebe.

Ich ging hierbei von der Ansicht aus, daß die deutsche Sache noch nicht verloren sei, wenn man hinter die Maas-Linie gelangte. Die schweren Kämpfe, die auch die Entente sehr mitgenommen hatten, würden auch dieser eine Ruhepause aufnötigen. Gelänge es, den Winter zu überstehen, so wäre es sehr wohl möglich, das Heer wieder kampfkräftig zu machen. Kriegsmaterial würde genügend vorhanden sein. Ersatz, den wichtigsten Faktor, gäbe es auch noch, man brauche nur als ultima ratio den heimischen Betrieben ½ Million Leute zu entziehen, was zwar eine Verminderung der Leistungen hervorrufen würde, bei der Lage aber in Kauf genommen werden müsse und könne. Die Entente sei dann vor

die schwere Frage gestellt, ob sie noch weiter Krieg führen wolle. Nach den eingezogenen Nachrichten war dies immerhin fraglich. Die Friedenssehnsucht war auch drüben groß, die Gelegenheit, einen günstigen Frieden zu bekommen, war gegeben, der Stand der Regierungen wäre ihren Völkern gegenüber nicht leicht gewesen, wenn sie das Unsichere dem Sicheren vorgezogen hätten.

Unterdes arbeitete der Reichskanzler weiter, d. h. er führte aus, was die Mehrheitsparteien verlangten. Ich las die Verabschiedung der stellvertretenden kommandierenden Generale des II. und IV. A.K. in der Zeitung. Der Minister bestätigte mir die Richtigkeit. Daß die demokratische Partei alles daran setzen würde, den vortrefflichen General v. Bietinghoff zu beseitigen, war mir klar. Der konservative, königstreue Mann war ihr stets ein Dorn im Auge gewesen. Daß der Kanzler den Wünschen seiner Mithelfer so bereitwillig nachgab, war ebenso bezeichnend, wie die Genehmigung durch die Allerhöchste Stelle. Hatte ich doch vor einigen Wochen darauf hingewiesen, daß der General unter allen Umständen bleiben müsse, sein Rücktritt würde in Pommern nicht verstanden werden und einen schweren Schlag besonders für die Kommandogewalt des Kaisers bedeuten.

Gewiß hatte der General Fehler begangen, was bei anderen Stellen auch vorkommen soll, es kann ihm aber das Verdienst nicht abgesprochen werden, daß er seinen Bezirk in mustergültiger Ordnung gehalten hat, und daß die größte Zahl seiner Untergebenen aller Kreise unbedingtes Vertrauen zu ihm hatte.

Mir sei es an dieser Stelle gestattet, dem hervorragenden General für seine Unterstützung zu danken. Wir haben treu für das Vaterland zusammen gearbeitet.

Am 12. Oktober wurde innerhalb der Regierung die Beantwortung der Wilsonschen Note besprochen. Ministerialdirektor Deutelmoser verlas die an die Bundesstaaten zu richtende vertrauliche Erklärung, Minister Erzberger die Richtlinien für die Presse. Es wurde betont, daß die Antwort durch die militärische Lage bedingt sei. Diese sei nach dem sorgsam erwogenen Urteil der O.H.L. so, daß die Weiterführung des Krieges dem Feinde mehr und mehr die Möglichkeit biete, seine Überlegenheit zur Geltung zu bringen. Die Gegner erhielten aus Amerika dauernd große Verstärkungen, mit denen unser Mannschafts- und Materialersatz nicht Schritt halten könne. Die Lage verändere sich

also, je länger wir insbesondere an der entscheidenden, weit ausgedehnten Westfront kämpfen müßten, zusehends zu unserem Nachteil. Dazu komme, daß einer von unseren Bundesgenossen schon völlig versagt habe, und daß es nur eine Frage der Zeit sei, wann auch den beiden anderen der Atem ausgehe.

Entspräche der Gang der Verhandlungen nicht den berechtigten Wünschen Deutschlands, so sei man jederzeit in der Lage, aufs neue zu den Waffen zu greifen und zwar mit einer inzwischen ausgeruhten und ergänzten Armee in verkürzter, besser verteidigungsfähiger Front. Die O.H.L. habe erklärt, daß die Kampfbedingungen, unter denen wir dann zu fechten hätten, ganz erheblich günstiger wären als jetzt, und daß wir dem feindlichen Ansturm dann bis auf weiteres sicher standhalten könnten.

In dieser Zeit wurde der Brief des Prinzen Max an den Prinzen Hohenlohe bekannt. Die Wirkung war, daß die Sozialdemokratie den Rücktritt des Prinzen binnen wenigen Stunden forderte. Es kam leider ein Kompromiß zustande. Danach sollte der Brief mit einer Erklärung des Reichskanzlers dazu veröffentlicht werden. Die Note an Wilson sollte der Staatssekretär des Auswärtigen Amts, Solff, unterschreiben.

Die neue Regierung bemühte sich in einer unglaublichen Hast, den Wünschen des Reichstages nachzukommen. Beschlüsse wurden gefaßt, die aus Mangel an Zeit nicht genau geprüft werden konnten. Die Mitglieder des Bundesrates beschwerten sich, daß sie nicht beteiligt würden. Es war geradezu ein Wettlaufen mit dem Reichstag, man wollte sich nicht dem Vorwurf aussetzen, von diesem zu irgendwelchen Maßnahmen gedrängt zu werden.

Die Wilsonsche Antwort war so ausgefallen, wie viele vermutet hatten. Unsere Antwort war ein Nachgeben auf der ganzen Linie.

Die O.H.L. hatte das darin enthaltene Zugeständnis, den U-Booten die Torpedierung von Passagier-Schiffen zu untersagen, aus militärischen Gründen beanstandet, aber ohne Erfolg.

Am 26. Oktober lief das Gerücht um, der General Ludendorff sei verabschiedet. General v. Marschall bestätigte es mir. Auf Wunsch des Feldmarschalls wurde General Groener Nachfolger.

Das verstanden viele nicht.

Im Reichstag wurden Gesetzentwürfe über Beschneidung der Kommandogewalt beraten, sie waren ganz im Sinne der parlamentarischen Regierung.

Als ich am 4. November von einer Dienstreise aus Leipzig zurückkehrte, fand ich die Mitteilung von den Unruhen in Kiel vor. Sie waren der Beginn der Revolution, die Deutschland vollends ins Unglück stürzte. Mit ihr war Deutschlands Schicksal besiegelt. Die Folgen kommen auf ihre Urheber.

Deutschland ist in dem Weltkriege unterlegen, weil das deutsche Volk den alten preußischen Wahlspruch: „Mit Gott für König und Vaterland" vergessen hatte.

Trotzdem werden aber die Taten des deutschen Heeres und des deutschdenkenden Teiles seines Volkes in der Heimat ewig ein Ruhmesblatt deutscher Geschichte bleiben.

Dies wird einst die ganze Welt anerkennen und anerkennen müssen, wenn erst Lug, Trug und Haß der Gerechtigkeit, Ehrlichkeit und dem Frieden gewichen sind.

Das Allgemeine Kriegsdepartement kann wahrlich mit gutem Gewissen sagen, daß es seine ganze Kraft eingesetzt hat, den Sieg zu erreichen. Es kann stolz sein auf die Worte des deutschen Heros, Generalfeldmarschalls v. Hindenburg, der am 15. 1. 1917 an mich schrieb:

„Euer Hochwohlgeboren haben mir die Übersicht der Neuformationen für die Monate Januar bis März 1917 und die Übersicht der für die Förderung der Ausbildung im Jahre 1917 getroffenen Maßnahmen übersandt. Das namentlich für die Aufstellung von Neuformationen Eingeleitete oder schon jetzt in der Ausführung Begriffene reiht sich würdig dem bisher im Kriege vom Allgemeinen Kriegsdepartement unter Ihrer Leitung nach dieser Richtung hin Geleisteten an. Die große Zahl der ins Feld gesandten und noch zu sendenden Divisionen und Batterien und sonstigen Formationen haben uns allein ermöglicht, den Krieg zu führen, wie er geführt ist.

Ganz besonders aber wird das, was seit dem 29. 8. 1916, dem Tage, an dem ich die Geschäfte des Chefs des Generalstabes des Feldheeres übernommen habe, geleistet worden ist, für immer ein Ruhmesblatt in der Geschichte des Allgemeinen Kriegs-Departements bilden.

Euer Hochwohlgeboren des Feldheeres und meinen Dank aussprechen zu können, gereicht mir zur besonderen Freude. L.[1])

v. Hindenburg."

[1]) Chiffre Ludendorff's.

Anhang

Kriegsministerium. Anlage 1
Nr. 689/1. 16. A. Z. (S).
Frühjahrsbestellung.

Berlin W. 66, den 16. 2. 1916
Leipziger Str. 5.

An sämtliche Königlichen stellvertretenden Generalkommandos.

Wie in der Sitzung vom 5. 1. 1916 mit den Herren Chefs der Stäbe der stellvertretenden Generalkommandos bereits ausführlich erörtert, ist die rechtzeitige und vollständige Durchführung der Frühjahrsbestellung eine der zurzeit wichtigsten Aufgaben, die den größten Einfluß auf den Gang des Krieges hat.

Die zum Ersatz fehlender Kräfte zunächst erforderlich erscheinenden organisatorischen Maßnahmen, die von den stellvertretenden Generalkommandos im Benehmen mit den zuständigen Zivilbehörden schleunigst zu treffen sind, werden wie folgt zusammengefaßt:

a) Für jeden größeren landwirtschaftlichen Betrieb und für je eine entsprechende Anzahl benachbarter kleinerer muß eine leitende Persönlichkeit, sowie — je nach Größe und Eigenart der betreffenden Betriebe — eine angemessene Anzahl von unterstützenden Beamten, Futtermeistern, Vorarbeitern usw. vorhanden sein, die in der Lage sind, die zweckdienliche Verteilung der vorhandenen und zu stellenden Arbeitskräfte vorzunehmen, wobei in Kleinbauerschaften nach Möglichkeit und Bedarf für benachbarte Betriebe der Grundsatz der Arbeitsgemeinschaft zu gelten hat. Dabei muß durch möglichste Anspannung der auf dem Lande noch vorhandenen militärfreien Kräfte die Heranziehung Wehrpflichtiger auf das unerläßliche Mindestmaß beschränkt werden. Die Schaffung der bezüglichen Organisation obliegt den Landräten und Gemeindevorstehern, die — von ihrer vorgesetzten Behörde entsprechend benachrichtigt — etwaige Anträge auf Zurückstellung und Zuweisung geeigneter, wenn irgend möglich nicht kriegsverwendungsfähiger Personen bei

den stellvertretenden Generalkommandos zur schleunigen Genehmigung einreichen.

b) Des weiteren sind notwendig für jeden Guts- bezw. Gemeindebezirk Stellmacher, Schmiede, Tischler und sonstige Handwerker, die zur Instandsetzung der Geräte und Maschinen möglichst schon vor Beginn der Landarbeiten zu bestimmen und, soweit nicht vorhanden, schon jetzt aus der Reihe der nicht kriegsverwendungsfähigen Militärpersonen zuzuteilen sind.

Als Mittel und Wege dazu empfiehlt das Kriegsministerium folgende:

1. Zunächst sind alle garnisonverwendungsfähigen und arbeitsverwendungsfähigen landwirtschaftlichen Arbeitskräfte den Betrieben zu belassen, auch kriegsverwendungsfähige, die nicht rechtzeitig durch andere Personen ersetzt werden können, sind wenigstens, soweit irgend militärisch entbehrlich, bis zum Ende der Bestellungszeit zurückzustellen.
2. Aus den Garnisonen, Genesungskompagnien, Lazaretten usw. sind alle irgend abkömmlichen garnisondienstfähigen und arbeitsverwendungsfähigen landwirtschaftlichen Arbeitskräfte zu entlassen und befristet zurückzustellen.
3. Die Zuteilung der erforderlichen Anzahl Kriegs- und internierter Zivilgefangener ist vorzubereiten, damit späterhin jede Verzögerung der Arbeiten vermieden wird. Als Aufsichtspersonal sind nach Möglichkeit gelernte Landwirte zu wählen, die in der Lage sind, die Arbeiten der Gefangenen sachgemäß zu regeln und zu beaufsichtigen. Bemerkt wird jedoch, daß die einzelnen Korpsbezirke nur mit den zur Zeit dort befindlichen Kriegsgefangenen rechnen können, aber außerdem zu gewärtigen haben, daß ihnen noch geringe Zahlen für unabweisbar wichtige Arbeiten im dringenden Heeresinteresse entzogen werden müssen. Hierfür kommen in erster Linie die Korpsbezirke in Frage, denen Serben zugewiesen sind. Es muß daher bei Gestellung von Arbeitskommandos für größere landwirtschaftliche Betriebe ein entsprechender Vorbehalt gemacht, und Ausfälle müssen gegebenenfalls durch Beurlaubungen (nach Ziffer 4) gedeckt werden. Das Kriegsministerium erinnert dabei an die zum 1. 3. 1916 fällige Rückführung der gemäß Erlaß Nr.

430/11 15. AZ (S) zur industriellen Arbeit zu beurlaubenden feindlichen Ausländer für die Landwirtschaft.

4. Im Notfall wird auch die Beurlaubung kriegsverwendungsfähiger Personen, in Sonderheit zur Anlernung und Beaufsichtigung von minder geübten Kräften und Gefangenen, äußerstenfalls auch aus der Front (gemäß Erlaß 640/7. 15. AZ (S) vom 7. 12. 15) nicht zu umgehen sein.

Im Interesse schneller Erledigung der Urlaubsgesuche empfiehlt das Kriegsministerium, die Ersatztruppenteile zur selbständigen Erteilung derartigen Urlaubs zu ermächtigen und stellt anheim, über diese Verfügungen jeweilig sofortige Meldung einzufordern.

Bei allen Maßnahmen ist engstes Zusammenwirken mit den Herren Oberpräsidenten bezw. den Landesregierungen und Landwirtschaftskammern anzustreben. Ratsam dürfte es sein, zu diesem Zweck eine der gemäß Erlaß Nr. 599/12. 15. AZ (S) vom 6. 1. 1916 genehmigten 10 Sachverständigenstellen, wenn nicht dauernd, so doch mindestens für die Frühjahrsbestellung und Erntezeit mit einem erfahrenen Landwirt zu besetzen. Im übrigen wären den Landräten nach dem Vorbild der Gewerbeinspektionen (Erlaß Nr. 530/9. 15. AZ (S) vom 2. 11. 15) Hilfskräfte nach Bedarf auf Antrag zur Verfügung zu stellen.

Angesichts der vorgerückten Zeit ist Eile geboten. Um Mitteilung vom Veranlaßten zum 29. Februar 1916 wird ersucht.

In Vertretung
v. Wandel.

Zu Nr. 441/5. 15. A. Z. (S). Anlage 2

Nur für den Dienstgebrauch militärischer Dienststellen.

Richtlinien für die Behandlung der Arbeiterfrage in den für Kriegsbedarf tätigen Gewerbezweigen.

A. Aufgabe für die Heeresverwaltung.

Die für Herstellung von Kriegsbedarf tätigen Gewerbezweige sind so arbeitsfähig zu erhalten, wie es zwecks rechtzeitiger Ausführung ihrer wichtigen Aufträge erforderlich ist, dabei sind aber möglichst wenig Leute der Erfüllung ihrer Wehrpflicht zu entziehen.

B. Mittel und Wege dazu.

I. Die Heeresverwaltung muß jederzeit einen vollständigen Überblick über den jeweiligen Umfang des Kriegsbedarfs haben. Um dies zu erreichen, wird das Kriegsministerium den stellvertretenden Generalkommandos fortlaufende Listen zusenden, die zweimal monatlich erscheinen und genaue Angaben enthalten werden, nach welchen Gegenständen des Kriegsbedarfes im fraglichen Zeitpunkt

1. ein besonders großes und dringendes,
2. ein geringeres Bedürfnis herrscht und
3. von welchen Gegenständen über den mutmaßlichen Bedarf hinaus Vorräte vorhanden sind.

II. Um in Zukunft die Lieferungen der Kriegsindustrie in den erforderlichen Einklang mit dem wirklichen Kriegsbedarf zu bringen, müssen Aufträge auf jede Art von Lieferungen für die Heeresverwaltung nach streng wirtschaftlichen Grundsätzen erteilt werden.

Dazu gehört in der Hauptsache

1. eine feste Begrenzung der zu liefernden Mengen nach oben hin,
2. das Bestreben nach möglichst kurzfristigen Verträgen; Vereinbarung eines kalendermäßig festliegenden Endpunktes für die Verbindlichkeit des Vertrages.

Eine Ausdehnung wie z. B. „für die Dauer des Krieges" oder gar „bis Ablauf eines Jahres nach Friedensschluß" entbehrt jeder Bestimmtheit und ist zu vermeiden. Da nicht alle bisher erteilten Kriegsaufträge diesen Anforderungen genügen, ist es erwünscht, von Verträgen Kenntnis zu erhalten, die für die Heeresverwaltung unvorteilhaft sind. So wird es möglich sein, Erfahrungen für neue Abschlüsse zu gewinnen, in einigen Fällen vielleicht auch noch eine Verbesserung der geltenden Abmachungen herbeizuführen. Zu diesem Zwecke empfiehlt es sich, die Hilfe der Gewerbeinspektionen in Anspruch zu nehmen, die bei ihren engen Beziehungen zur Industrie häufig Gelegenheit zu Einblicken in Verträge haben. In einzelnen Fällen dürften auch Handelskammern zur Mitarbeit geeignet und bereit sein.

III. Wenn auf diese Weise die Vertragsbeziehungen zwischen Heeresverwaltung und Industrie auf die Grundlage des wirklichen Kriegsbedarfs gestellt sind, dann gilt es, auch die Ausführung dieser Verträge

durch die Industrie in dasselbe Gleise zu bringen und darin zu überwachen.

Es muß darauf gehalten werden, daß Aufträge für Kriegsbedarf aller Art stets vor Privat-, insbesondere vor Ausfuhraufträgen, erledigt werden.

Die der Industrie überlassenen wehrpflichtigen Arbeitskräfte dürfen nur bei der Herstellung von Kriegsbedarf für das Deutsche Reich oder seine Verbündeten beschäftigt werden.

Aber auch für die militärfreien Angestellten eines Betriebes, dem Kriegslieferungen übertragen sind, muß gefordert werden, daß sie in erster Reihe nur zur Erledigung dieser Kriegsaufträge verwandt werden.

Firmen, die gegen diese Bestimmungen verstoßen, sind die wehrpflichtigen Arbeiter zu entziehen. Es wird ergebenst ersucht, von derartigen Fällen dem Kriegsministerium Mitteilung zu machen.

IV. Nach Ausschaltung aller unzulässigen Nebenbeschäftigungen der Industrie muß es die vornehmste Sorge der Heeresverwaltung sein, daß deren im Interesse der Landesverteidigung notwendigen Arbeiten ohne Störung ihren Fortgang nehmen. Dies wird erreicht werden, wenn zwischen den Organen der Heeresverwaltung, den Unternehmern und den Arbeitern stets Übereinstimmung über die Gemeinsamkeit dieses Zieles herrscht. Die Heeresverwaltung muß mit den ihr zu Gebote stehenden Mitteln darauf hinwirken, daß die Arbeitsbedingungen in den für Kriegsbedarf tätigen Betrieben den berechtigten Wünschen der Unternehmer und der Arbeiter als gleichwertiger und gleichberechtigter Schöpfer der Arbeit gerecht werden.

Hierzu ist erforderlich:

1. dem Arbeiterwechsel zwischen den einzelnen Betrieben nach Kräften zu steuern, wie bereits durch Erlaß Nr. 2590/3. 15. B. 5. (S) angeregt wurde. Wehrpflichtige Arbeiter, die für eine bestimmte Arbeitsstelle zurückgestellt sind, müssen, wenn ihr Austritt aus diesem Betriebe gemeldet wird, wesentlich schneller als bisher eingezogen werden. Jedoch ist dabei folgendes zu beachten:
   a) Die Arbeiterschaft darf keinesfalls den Eindruck gewinnen, als handle es sich dabei um eine Aufhebung der Freizügigkeit.

Es muß vielmehr daran festgehalten und gegebenenfalls auch zum Ausdruck gebracht werden, daß diese Maßnahme in der Notwendigkeit jederzeitiger militärischer Kontrolle über alle zurückgestellten Militärpersonen begründet ist. Aus demselben Grunde muß es

b) grundsätzlich abgelehnt werden, auf Ersuchen einer Firma Leute, über die sie sich aus irgendeinem Anlaß beschweren zu müssen glaubt, von der Arbeitsstelle weg einzuziehen.

Der militärische Eingriff der Einziehung darf immer nur aus militärischen Gründen erfolgen, niemals aber als Disziplinarmaßregel im Interesse einer Firma Anwendung finden.

2. Gleiche Beachtung wie Arbeitseinstellungen einzelner verdienen etwa auftauchende Möglichkeiten von Streiks. Um ihnen vorzubeugen, empfiehlt es sich nach mehrfachen Erfahrungen des Kriegsministeriums, Verhandlungen der Parteien anzuregen und zu ihnen einen dafür geeigneten Vertreter der Militärbehörde zu entsenden. Dessen Mitwirkung soll nicht schiedsrichterlichen Charakter tragen, sondern zunächst der Militärbehörde ein aus Anhörung beider Teile zu gewinnendes Bild von den Ursachen des Streiks, der Berechtigung der beiderseitigen Ansprüche und der Möglichkeit einer Einigung verschaffen. Die hierüber empfangenen Eindrücke werden dem Vertreter der Heeresverwaltung die Wege weisen, in geeigneter Form auf beide Teile einzuwirken und namentlich durch Hinweis auf die in Frage stehenden gemeinsamen vaterländischen Interessen die Verhandlungen über kleinliche und einseitige Parteikämpfe hinweg einer Klärung entgegenzuführen. Mit dem Teile, dessen Verhalten einer friedlichen Lösung unberechtigterweise die größten Hindernisse bereitet, haben sich getrennt geführte Zwischenverhandlungen vor der Hauptentscheidung als nützlich ergeben.

Immer jedoch müssen Arbeiter und Unternehmer den Eindruck haben, daß die Militärbehörde sich um ein objektives Urteil bemühe und beide Teile anhöre. Es kann nicht gutgeheißen werden, daß ein stellvertretendes Generalkommando auf die Beschwerde von Arbeitern über eine Firma eine Äußerung der Beschuldigten eingeholt hat und diese Auskunft dann den Be-

schwerdeführern als ihren Bescheid hat zugehen lassen. Für alle Ermittlungen, die als Grundlage zu einer Stellungnahme in gewerblichen Streitfällen dienen sollen, werden als zuverlässigste Stellen die Gewerbeinspektionen empfohlen. Zur Beurteilung von strittigen Lohn- und anderen das Arbeitsverhältnis betreffenden Fragen ist die Einholung eines Gutachtens des Gewerbegerichtes ratsam. Die Mitwirkung der Handelskammer wird sich auf die Beurteilung rein kaufmännischer Angelegenheiten beschränken müssen. Immer aber wird es sich empfehlen, an Verhandlungen zwecks Verhütung eines Streiks außer den Arbeitsausschüssen der beteiligten Firmen, wenn es sich um Angehörige eines Arbeiterverbandes (z. B. Deutscher Metall-, Holz-, Bauarbeiterverband, Christliche Arbeitergewerkschaften usw.) handelt, Vertreter dieser Organisationen hinzuzuziehen. Eine unter deren Mitwirkung getroffene Vereinbarung bindet dann nicht nur die Arbeiter des einzelnen Werkes, sondern als Bürgen für deren Vertragserfüllung auch den Verband, wenn auch nicht rechtlich, da er keine Rechtspersönlichkeit hat, so doch moralisch in meist ausreichender Stärke. Damit wird den Arbeitern der beteiligten Firma die Aussicht genommen, im Falle eines Bruches der getroffenen Abmachung von ihrem Verbande Streikunterstützungen zu erhalten, und so Gewähr für einen dauerhaften Ruhestand und ungestörten Fortgang der Arbeit geschaffen.

Die Beteiligung von Vertretern der Unternehmervereinigungen an dergleichen Besprechungen ist erwünscht; sollte sie sich nicht immer erreichen lassen, so würde es doch erstrebenswert bleiben, mit den Arbeitgebervereinigungen in wichtigeren Fragen Fühlung zu nehmen.

V. Durch eine gerechte Vermittlung zwischen Unternehmer- und Arbeiterstandpunkt wird es auch gelingen, die Leistungen der Arbeiterschaft so zu steigern, wie es die Landesverteidigung und das berechtigte Interesse der Arbeitgeber einerseits erfordern, die billige Rücksichtnahme auf das Leistungsvermögen der Arbeiter andererseits zuläßt. Nach wie vor wird daran festgehalten, daß erste Vorbedingung jeder Höchstleistung auf diesem Gebiete, dem Werte wie der Menge nach gemessen, Freiwilligkeit der Arbeitsübernahme ist. Von einer „Kommandierung"

zur Arbeit muß daher auch weiterhin abgesehen werden. Daß auch „Beurlaubungen" zu unerwünschten Folgen Anlaß geben können, ist im Erlaß J. Nr. 337/4. 15. B. 5 (S) ausgeführt, auf den verwiesen wird. Die dort genannten Gründe sprechen auch dagegen, die Leute in Uniform zur Arbeitsstelle zu entlassen. Militärischer Zwang zur Arbeit ist entbehrlich, da unsere Arbeiterschaft im allgemeinen bereits durch andere Beweggründe zur Tätigkeit im Interesse der Landesverteidigung veranlaßt wird:

1. Zunächst sind gegenwärtig unleugbar die Löhne in den meisten Betrieben der Kriegsindustrie hoch, zum größten Teil erheblich höher, als in anderen Gewerbezweigen. Diese Tatsache findet ihre wirtschaftliche Erklärung außer in der verteuerten Lebenshaltung gerade der ärmeren Schichten, noch in dem besonderen Mangel an den von dieser Industrie gebrauchten Facharbeitern und in der erhöhten Dringlichkeit der Aufträge. Ihren Ausgleich findet die Höhe der Arbeitslöhne fast ausnahmslos in den mindestens im gleichen Verhältnis gestiegenen Kriegsgewinnen der Unternehmer. Im Rahmen dieser Voraussetzungen muß die Steigerung der Lohnsätze also im allgemeinen als gerechtfertigt angesehen werden; die Forderungen der Arbeiter haben sich auch, soweit sie von ihren Organisationen vertreten wurden, bisher zumeist in diesen Grenzen bewegt.

2. Der innere Grund, der die deutsche Arbeiterschaft zur Mitwirkung am Werke der Vaterlandsverteidigung, sowohl mit der Waffe, als auch an ihren Arbeitsplätzen bewogen hat, ist die Einsicht, daß ihr Dasein als Einzelwesen, als Bürger und Parteigenossen unlöslich mit dem Bestande des Deutschen Reiches verknüpft ist. Die Haltung der deutschen Arbeiterschaft als Ergebnis dieser Erkenntnis wird im anliegenden Schreiben einer höheren Verwaltungsbehörde gewürdigt. In diesem Gedanken suchen die Gewerkschaften aller Richtungen (die freien, Hirsch-Dunckerschen, christlichen, polnischen und die Werkvereine, sogenannten „gelben Gewerkschaften") ihre Mitglieder zu erziehen; eine durchgreifende Beeinflussung der Arbeiter in dieser wie in den meisten anderen Beziehungen wird am wirksamsten auf dem Wege gelingen, erst ihre Führer für eine Sache zu ge-

winnen und dann diesen die Verbreitung des Gedankens unter den Verbandsmitgliedern zu überlassen.

3. Eine weitere Möglichkeit, die Arbeiter durch wirksamen Appell zur Mitarbeit im Dienste der Landesverteidigung zu gewinnen, ist in die Hände der Kommandobehörden gelegt.

Wenn Militärpersonen auch nur auf Grund freiwilliger Meldung für Arbeitszwecke zurückgestellt werden, so fassen sie dies gleichwohl im Grunde als Erfüllung einer militärischen Pflicht auf. Diese Empfindung enthält den sehr richtigen Kern, daß die Tätigkeit des Mannes in der Fabrik ebenso erheblich für die Landesverteidigung ist, wie im Dienste mit der Waffe. An dieses Gefühl muß bei Entlassung von Arbeitern im höheren Grade als bisher angeknüpft und ihnen ans Herz gelegt werden, ihre Berufsarbeit mit gleichem Ernst zu tun und als vaterländisch gleich wichtige Pflichterfüllung anzusehen, wie ihren Dienst bei der Truppe. Mit dieser allgemeinen Belehrung wird zweckmäßig gleichzeitig eine Mahnung zu verbinden sein, die Leistungen der Kameraden im Felde sich als Ansporn dienen zu lassen, nun auch in der Berufsarbeit alle Kräfte anzuspannen und über das Maß des im Frieden gewohnten hinaus zu arbeiten, wenn es für dringende Kriegslieferungen nötig sei. Dieser Standpunkt wird zwar auch grundsätzlich beizubehalten sein, wenn Klagen der Unternehmer darüber eingehen, daß die Arbeiter Überstunden verweigern, jedoch ist dabei eine Prüfung am Platze, ob es sich um eine im Interesse von Kriegslieferungen erforderliche Mehrarbeit handelt, für die Überstunden verlangt werden, oder ob nicht lediglich Privataufträge in Frage stehen. Auch muß festgestellt werden, welche Zeitverlängerung der Arbeitgeber wünscht, und wie die Pausen bemessen sind. Auch gegenteilige Fälle werden zuweilen eintreten. So kommt es vor, daß Arbeiter zu Überstunden gern bereit sind, sogar danach verlangen, aber lediglich, weil sie sich vertraglich zu nur kurzer, regulärer Arbeitszeit verpflichtet haben, in der Erwartung, auf diese Weise desto häufiger Überstunden zu den dafür vereinbarten erhöhten Lohnsätzen machen zu können. Anderseits sucht der Unternehmer sich hier und da gegen dieses Bestreben der Arbeiter durch Einführung von drei Arbeitsschichten zu schützen. Es sind dann drei Arbeiterkolonnen je acht Stunden tätig, so daß Überstunden und die damit verbundenen Lohnzuschläge vermieden werden. Dazu ist zu bemerken, daß, so

wünschenswert in Friedenszeiten eine dreischichtige Arbeitsweise ist, den Anforderungen der Gegenwart nur ein Arbeiten in zwei Schichten, mit Einschluß ausreichender Ruhezeiten, gerecht werden kann. Alle darauf bezüglichen Nachforschungen, sowie auch die Vermittlung zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer werden am besten in die Hände der Gewerbeinspektoren gelegt, denen an besonders wichtigen Plätzen der Kriegsindustrie zweckmäßigerweise noch ein dafür geeigneter Offizier an die Seite zu stellen ist.

In der Überstundenfrage haben die Gewerbeaufsichtsbehörden die Vorschriften der Gewerbeordnung in Würdigung der gegenwärtigen Bedürfnisse meist außerordentlich milde gehandhabt. Es empfiehlt sich daher, vor einer erheblich ins Gewicht fallenden Maßnahme in dieser Hinsicht mit diesen Behörden — in Preußen den Regierungspräsidenten — Fühlung zu nehmen. In keinem Falle ist es nach den gemachten Erfahrungen ratsam, einem Unternehmer ohne eingehende Kenntnis der Verhältnisse das Einverständnis der Militärbehörde mit einer von ihm als nötig vorgeschlagenen Regelung der Arbeitszeit zu erklären. Derartige Meinungsäußerungen sind mehrfach unliebsam ausgebeutet und in Bekanntmachungen der Firmen an ihre Arbeiter verwertet worden, in der eine unverbindlich gedachte Ansicht als Befehl der Militärbehörde womöglich in einer über das Gesagte weit hinausgehenden Fassung wiedergegeben war.

Es ist also zweckmäßig, Verkehr jeder Art mit Arbeitgebern oder Arbeitnehmern nur mit diesen unmittelbar zu führen, nicht auf dem Wege über die Gegenpartei, um unerwünschten Entstellungen der wahren Absichten zu entgehen.

Als ein Mißbrauch militärischer Gewalt durch unberufene Außenstehende muß es gleichfalls zurückgewiesen werden, wenn, wie leider oft geschehen, Arbeitgeber oder deren Werkmeister die Vereinbarung von Überstunden oder eine Lohnverkürzung mit der Drohung zu erzwingen suchten, anderenfalls werde die Reklamation zurückgezogen werden, oft sogar in der Alternativform „entweder hier zu unseren Bedingungen arbeiten, oder in den Schützengraben". Diese Auslegung des Militärdienstes, besonders des Felddienstes als einer Strafe, statt der höchsten Ehre jedes wehrfähigen Deutschen, ist auch von einsichtigen Unternehmern als eine durchaus unangemessene Herabsetzung verurteilt worden.

VI. Nächst der Aufgabe, die Arbeit der Kriegsinduſtrie vor Störungen durch Unfrieden zwiſchen Arbeitgebern und Arbeitnehmern zu bewahren, beanſprucht die Frage, nach welchem Geſichtspunkt der Arbeiterbedarf zu beſchaffen ſei, die Hauptaufmerkſamkeit. In erſter Reihe muß gefordert werden, daß alle Möglichkeiten, militärfreie Kräfte heranzuziehen, erſchöpft werden, ehe ein Mann der Erfüllung ſeiner Wehrpflicht, wenn auch nur auf beſchränkte Zeit, entzogen wird. Innerhalb des großen Bereiches der Militärfreien ergibt die gegenwärtige Wirtſchaftslage Deutſchlands dabei für die Reihenfolge der zu treffenden Auswahl den zwingenden Grundſatz, zunächſt alle Arbeitskräfte einzuſtellen, deren Ernährung dem Reiche an ſich bereits obliegt, danach erſt darf an die Verwendung von Ausländern gedacht werden, deren Beſchäftigung zu einer unerwünſchten Verminderung der Nahrungsmittelvorräte des Reiches führen würde.

1. Unter den militärfreien Männern gilt es zunächſt, die immer noch vorhandenen Arbeitsloſen der Arbeit zuzuführen. Die häufig vertretene Anſicht, es gebe keine wirklichen Arbeitsloſen mehr, iſt zu weitgehend. Von Firmen, die ſich um Überlaſſung Wehrpflichtiger bemühen, iſt zu verlangen, daß ſie zuvor ernſtlich verſucht haben, durch die Arbeitsnachweiſe Arbeitsloſe zu erhalten. Dabei verdienen die öffentlichen Nachweiſe, inſonderheit die der Städte, als unparteiiſche den Vorzug vor den Privatnachweiſen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer, jedoch darf auch deren Benutzung nicht verſäumt werden, um keine Möglichkeit zur Erlangung von Arbeitsloſen außer acht zu laſſen. Gerade in dieſer Hinſicht bedarf es oft eines gewiſſen Druckes, um alteingewurzelte Widerſtände der Firmen gegen eine Nachfrage bei Arbeitnehmernachweiſen zu überwinden. Neben den eigentlichen Arbeitsnachweiſen verdienen die Armenbezirksvereine der politiſchen und kirchlichen Gemeinden Beachtung, dieſen ſind nicht ſelten Leute erreichbar, deren Namen aus irgendeinem Grunde in den Liſten der großen Nachweiſe fehlen.

Von den Arbeitsloſenziffern der Nachweiſe ſind indes gewiſſe Abſtriche für die praktiſche Verwertung ihrer Ergebniſſe zu machen. Einmal muß mit einer bedeutenden Zahl Arbeitsunfähiger (älterer und kränklicher Perſonen) und Arbeitsunwilliger gerechnet werden. Sodann iſt in dieſen Verzeichniſſen eine Reihe

von Leuten als arbeitslos aufgeführt, die dies in ihrem eigentlichen Fach, z. B. als Bauarbeiter, wohl sind, dafür aber eine andere Beschäftigung gefunden haben, z. B. als Metallarbeiter, ohne daß dies in der Liste ihres Verbandes zum Ausdruck käme. Darauf ist in der Beurteilung des statistischen Bildes Rücksicht zu nehmen, um naheliegende Trugschlüsse zu vermeiden. An sich ist ein derartiger Berufswechsel durchaus zu begrüßen, da der Kriegsindustrie durch Abwanderung und Umlernung schon viele sehr brauchbare Kräfte aus andern, z. B. nicht oder minder beschäftigten Gewerbezweigen zugeführt worden sind. Die Organisationen der Arbeitgeber wie der Arbeiter haben sich bemüht, ihre Mitglieder einer Förderung dieses Vorgehens geneigt zu machen, so in der Metallindustrie, die zahlreiche Holzarbeiter aufgenommen hat. Jedoch kann hierin noch weiterer Fortschritt durch Einwirkung auf beide Teile erzielt werden. Neben der Arbeitslosigkeit im eigentlichen Sinne muß der Beschäftigungslosigkeit weiter Kreise des Handwerks durch Vergebung geeigneter Aufträge an die Handwerkskammern als zentrale Vermittlungsstellen abgeholfen werden.

2. Um eine Anlernung zu neuer Arbeit handelt es sich vielfach auch bei den Bemühungen, den Kriegsbeschädigten, die nicht mehr felddienstfähig, aber zu gewissen Arbeiten imstande sind, eine ihrem derzeitigen Können angemessene und zugleich für die Allgemeinheit nützliche Tätigkeit zu verschaffen. Hierüber gibt nähere Anweisungen der Erlaß J. Nr. 7936/3. 15. B. 5. (S). Diesem Streben nach Beschäftigung muß in der Industrie möglichst bald Boden bereitet werden. Als Ansatz dazu kann ein Rundschreiben des Gesamtverbandes der Metallindustriellen an seine Mitglieder gelten, das kürzlich durch die Zeitungen ging; nur ist die dort vertretene Auffassung irrig, daß die Industrie mit der Verwendung dieser Kräfte ein Opfer bringe.

3. Neben erwachsenen männlichen Arbeitern sind Jugendliche im weiten Umfange heranzuziehen. Die entgegenstehenden Vorschriften der Gewerbeordnung sind durch verständnisvolles Verhalten der Verwaltungsbehörden erheblich eingeschränkt worden. Auch hier ist als oberster Grundsatz, wie bei erwachsenen Arbeitern, festzuhalten, daß unterschieden werden muß zwischen Be-

freiungen von Gesetzesvorschriften, die mit Rücksicht auf dringende Kriegslieferungen erbeten werden, und solchen, die nur privaten Gewinninteressen Vorschub leisten sollen. Nachtarbeit von Jugendlichen muß, wenn irgend angängig, vermieden werden; oft kann dies durch Veränderung der Tagesschichten für die erwachsenen Arbeiter ohne große Schwierigkeit geschehen. Auch an dem Verbot der Beschäftigung von Kindern unter 12 Jahren muß festgehalten werden. Jugendliche von 14 bis 18 Jahren sind dagegen mehr als unter gewöhnlichen Umständen heranzuziehen, doch ist Gewährung größerer Ruhepausen angezeigt. Sonntagsarbeit wird nicht zu umgehen sein, jedoch unter Belassung angemessener Freizeit, die dann auch durch Veranstaltungen der militärischen Jugendvorbereitung, so wichtig und unterstützungswürdig ihre Ziele an sich sind, nicht verkürzt werden sollte (vgl. Erlaß J. Nr. 2645/4. 15. C. 1). Auch auf den Kirchenbesuch ist Rücksicht zu nehmen.

Befreiung vom Unterricht in Fortbildungs- und Gewerbeschulen ist im Rahmen der mit dem Herrn Handelsminister getroffenen Abmachungen unerläßlich. Sie ist nicht nur dann zu gewähren, wenn die jugendlichen Arbeiter selbst an Kriegslieferungen beschäftigt und ihrer Arbeit durch den Schulbesuch entzogen werden, sondern auch, wenn sie selbst zwar nur an Privataufträgen arbeiten, dafür aber erwachsene wehrpflichtige Angestellte an Kriegsarbeiten beschäftigt sind; in diesem Falle würde die durch Ausfall des Unterrichts ermöglichte Mehrarbeit der Lehrlinge die Tätigkeit der Wehrpflichtigen entbehrlich machen; in einigen Fällen haben Schuldirektoren sich bemüht, den Unterricht so zu gestalten, daß die Lehrlinge dadurch der gewerblichen Arbeit nicht entzogen würden. Um den örtlichen Verhältnissen Rechnung zu tragen und auch Mißbräuchen der Befreiungsmöglichkeit durch die Lehrherren entgegen zu wirken, wird den Königlichen stellvertretenden Generalkommandos die Einsetzung von Prüfungsstellen nach näherer Angabe des Anschreibens zu diesen Ausführungen J. Nr. 441/5 15. A. Z. (S) empfohlen.

4. Frauen können in vielen Zweigen der Kriegsindustrie nützliche Dienste leisten und zahlreiche männliche Kräfte ersetzen,

so in Waffenfabriken als Fräserinnen, ferner bei der Zünderanfertigung, in Geschoßfabriken usw. Vor allem aber muß im kaufmännischen Personal ein weit umfassenderer Auswechsel männlicher gegen weibliche Kräfte vor sich gehen. Auf Zurückstellung wehrpflichtiger kaufmännischer Angestellter können die Firmen in Zukunft im allgemeinen nicht mehr rechnen. — Bezüglich der Handhabung des Gewerberechts gilt grundsätzlich dasselbe wie für die jugendlichen Arbeiter. Zwar müssen auch hier Schranken des für den Frieden geschaffenen Rechts fallen, doch dürfen damit die in der Volkskraft beruhenden Grundlagen der Volkswehrfähigkeit, um dereutwillen das Gewerberecht geschaffen wurde, nicht gefährdet werden.

5. Für die Beschäftigung der Kriegsgefangenen gelten die vom U. D[1]) des Kriegsministeriums aufgestellten Grundsätze. Allgemein ist zu bemerken, daß die mit der Gefangenenarbeit gemachten, überwiegend günstigen Erfahrungen durchaus zu weiterer Ausdehnung ihrer Heranziehung ermutigen. Es wird gut sein, daß die Heeresverwaltung selbst den Anstoß zu vermehrter Gefangenenarbeit in Industrie und Landwirtschaft gibt, statt stets auf Wünsche dieser Kreise zu warten.

   Die Bedingungen der Gefangenenbeschäftigung müssen durchweg so gehalten sein, daß sie die Unternehmer nicht von ihrer Verwendung abschrecken. Um so leichter wird dann die Entziehung wehrpflichtiger Arbeiter vor sich gehen, besonders, da die Gefangenen nach den geltenden Grundsätzen nur mit ihrer Zustimmung beschäftigt werden, also ihre Verwendungsmöglichkeit den Beschränkungen des Artikels 6 der Haager Landkriegsordnung nicht unterliegt.

6. Bei der Beschäftigung von Ausländern verdienen die Einwohner der besetzten feindlichen Landesteile, die bereits jetzt von der deutschen Verwaltung erhalten werden, den Vorzug vor neutralen Ausländern. Die Aussichten, aus Russisch-Polen Arbeiter heranziehen zu können, sind zur Zeit nicht beträchtlich, da die meisten der im bisher besetzten Gebiet vorhandenen Arbeits-

[1]) Unterkunfts-Departement. Ihm lag die Bearbeitung der Kriegsgefangenenangelegenheiten ob.

losen bereits Beschäftigung gefunden haben. Unter ihnen befinden sich in der Hauptsache Textil-, sodann Bergarbeiter. Die Vermittlungsstelle ist das Arbeitsamt beim Polizeipräsidium in Lodz in Gemeinschaft mit der deutschen Arbeiterzentrale in Berlin. Die von diesen Stellen nachgewiesenen Arbeiter sind auf ihre Brauchbarkeit in politischer wie sanitärer Beziehung eingehend untersucht, so daß empfohlen werden kann, ihre Verwendung im Korpsbezirk nach Möglichkeit zu unterstützen. Aus Belgien haben bisher nur wenig Arbeiter der deutschen Industrie zugeführt werden können. Soweit die belgischen Arbeitslosen nicht wieder im Lande selber Beschäftigung gefunden haben, zeigt nur ein geringer Teil von ihnen Neigung, nach Deutschland abzuwandern. Am ehesten scheint dies noch unter den Arbeitern der belgischen Glas- und optischen Industrie der Fall zu sein. Auskunft erteilt die Zivilverwaltung des Gouvernements Brüssel. Aus dem neutralen Auslande sind Arbeiter am besten durch Vermittlung der deutschen Arbeiterzentrale, Berlin, Hafenplatz 4, zu erhalten. Auf Mitbringen von Lebensmitteln ist möglichst hinzuwirken, wie dies zum Teil an der holländischen Grenze geschieht.

VII. Erst wenn auf alle diese Arten Arbeitskräfte nicht in ausreichendem Maße zu beschaffen sind, darf künftig die Zurückstellung Wehrpflichtiger in Frage kommen.

Über die künftige Verteilung der Zuständigkeiten im Zurückstellungsverfahren unterrichtet das Anschreiben J. Nr. 441/5. 15. A. Z. (S). Die Grundsätze, nach denen allein in Zukunft zurückgestellt werden darf, sind in J. Nr. 7956/3. 15. B. 5. (S) dargelegt. Danach können in Zukunft für eine Befreiung vom Dienst mit der Waffe nur Leute in Betracht kommen, die

a) nicht kriegsverwendungsfähig *),
b) zwar kriegsverwendungsfähig sind, aber der Jahresklasse 1896 oder einer älteren angehören.

*) Wenn in der Anlage 3, J.-Nr. 7956/3. 15. B. 5 (S) noch die Ausdrücke felddienstfähig" und „garnisondienstfähig" gebraucht werden, so erklärt sich dies aus dem Datum dieser abschriftlich beiliegenden Verfügung.

Weiter ist noch folgendes zu bemerken:

1. Die mit Kriegslieferungen beschäftigte Industrie hat mit der großen Zahl ihr bisher überlassener Arbeitskräfte ihren anfänglich besonders großen Verpflichtungen im allgemeinen gerecht zu werden vermocht, in einzelnen Bedarfsgegenständen sogar darüber hinaus bereits Vorräte hergestellt. Es besteht daher die gerechtfertigte Aussicht, daß die Kriegsindustrie nunmehr ihren laufenden Verpflichtungen auch mit weniger Arbeitskräften als bisher nachzukommen in der Lage ist. Zurückstellungsanträge können und müssen daher fortan schärfer auf ihre Berechtigung geprüft werden als bisher. Auch wenn die unter III genannte Prüfung auf unnötige Privat- und Ausfuhrarbeiten nichts Unzulässiges ergeben hat, und das Vorliegen wichtiger Heeresaufträge dargetan ist, bedürfen Befreiungsanträge noch genauer Untersuchung, z. B. hinsichtlich der Zahl der beantragten Zurückstellungen. Auch ist zu erwägen, ob in Anbetracht der bei der Firma bestehenden Arbeiterverhältnisse der Verdacht begründet erscheint, daß die Reklamation zu unbilliger Lohndrückerei ausgenutzt werden solle. Die etwa beigebrachten Befürwortungen sind eingehend auf ihre Zuverlässigkeit hin zu prüfen. Selbst amtliche Gutachten sind hierin nicht immer einwandfrei, sondern zuweilen durch ein besonderes Interesse an der in Rede stehenden Lieferung oder der zu befreienden Person gefärbt. In einigen Fällen sind dabei von Antragstellern persönliche Beziehungen zu unteren Beamten mißbraucht worden. Besonders geringen Wert pflegen die meist schematisch abgegebenen Befürwortungen sogenannter Vertrauenskommissionen der Unternehmerverbände zu besitzen, auch Handelskammerzeugnisse haben nicht immer den Vorzug völliger Unparteilichkeit. Zudem wird der Wert ihrer Ermittlungen dadurch gemindert, daß ihnen als einer meist aus Konkurrenten des Antragstellers gebildeten Körperschaft der Einblick in viele wissenswerte Umstände abgeht. Am besten bewährt haben sich auch hierin die Gewerbeinspektoren, deren Urteile sachlich, unparteiisch und in den meisten Fällen auch erschöpfend sind. Die oben bereits erwähnte Notwendigkeit, neben diesen Beamten auch Offiziere zu bestimmen, die zur Kontrolle besonders wich-

tiger Betriebe und zur Vornahme des Zurückstellungsgeschäftes für diese befähigt erscheinen, ist von verschiedenen Stellen betont worden und anzuerkennen.

2. In der Form der Befreiungsgesuche und ihrer Begründung wie in ihrer Unterstützung durch zahllose Erinnerungen und Beschwerden treten Anmaßungen zutage, die Zurückweisung verdienen. Die daneben noch häufig zu beklagende Unübersichtlichkeit der Gesuche wird durch Einführung von Formularen zu beheben sein, deren alleinige Benutzung zur Einreichung von Anträgen das Königliche stellvertretende Generalkommando vorschreiben könnte.

3. Bei der Zurückstellung *selbst* kann dagegen einigen Wünschen der Industrie, deren Erfüllung zugleich auch im Interesse der Arbeiter gelegen ist, mehr als bisher Rechnung getragen werden.

   a) So ist noch mehr Gewicht darauf zu legen, daß möglichst jeder zurückzustellende Mann wieder *der* Arbeitsstelle zugeführt wird, an der er im Frieden tätig war, um zu verhindern, daß Leute *einem* Kriegslieferanten zugunsten eines *anderen*, vielleicht seines Konkurrenten, entzogen werden. Dies spielt besonders dann eine bedeutende Rolle, wenn die Verhältnisse an dem altgewohnten Platze eine wesentlich andere Arbeitsweise verlangen, als die des neu in Frage kommenden, so im Verhältnis zwischen lothringischem und westfälischem Bergbau.

   b) Auch muß ein stärkerer Schutz dagegen geschaffen werden, daß Leute sich zu einer Arbeit melden, in der sie gar nicht ausgebildet sind, während andererseits die Firmen manchmal ungelernte Arbeiter als Facharbeiter ausgeben, um ihre Reklamierung zu begründen. Hierin wird größere Klarheit geschaffen werden können durch Übertragung einer bei der Gefangenenbeschäftigung erprobten Einrichtung, sogenannter „Auswähler", mit deren Hilfe die Eignung des Zurückzustellenden für die fragliche Arbeit festgestellt werden kann.

   c) Um Zeitverlust für Fertigstellung von Kriegslieferungen zu vermeiden, wäre es angebracht, alle Ermittlungen und Prüfungen, die der Zurückstellung vorangehen, wenn es sich um

Firmen mit großem Arbeiterbestand handelt, in den Räumen des Werkes selbst vorzunehmen, statt die Arbeiter zum Bezirkskommando zu bestellen.

d) Falls das Königliche stellvertretende Generalkommando eine Überweisung von Arbeitskräften nicht vornehmen kann, da die gewünschten Arbeiter in den Beständen des Korps nicht vorhanden sind, wäre möglichst umgehende Fühlungnahme mit den Nachbarkorps angezeigt. Sind auch diese zur Gestellung der Arbeiter nicht imstande, so wird ergebenst ersucht, den Antrag sofort dem Kriegsministerium, Abteilung A.Z.(S), zu unterbreiten.

e) Den Pionierformationen sollen nach Möglichkeit keine Bergleute und den Maschinen-Gewehrformationen, soweit angängig, keine Metallarbeiter entzogen werden. Bevor aus Eisenbahnformationen Metall- oder Bauarbeiter entnommen werden, ist jedesmal eine Verständigung mit der Inspektion der Eisenbahntruppen erforderlich.

VIII. Die vorstehenden Ausführungen sollen den Königlichen stellvertretenden Generalkommandos Anhaltspunkte zur Behandlung der Arbeiterfrage in der Kriegsindustrie geben. Als die zur Zeit dringlichste Aufgabe erscheint die unverzügliche Inangriffnahme eines möglichst allmählichen **Austausches der in der Industrie gegenwärtig noch tätigen kriegsverwendungsfähigen Leute jüngerer Jahrgänge** gegen garnison- und ältere kriegsverwendungsfähige Mannschaften. Um der Industrie diesen Wechsel zu erleichtern, empfiehlt es sich, sie möglichst ohne Aufschub in geeigneter Weise, vielleicht durch Vermittlung der Handelskammern oder der Unternehmerverbände, rechtzeitig darauf vorzubereiten. Es muß bei diesem Austausch vermieden werden, den Werften, dem Bergbau und den anderen für Heer und Marine wichtigen Betrieben unentbehrliche Arbeitskräfte zu entziehen, ohne daß für Ersatzgestellung Sorge getragen wäre. Eine Bekanntgabe der bevorstehenden Einziehung etwa vier Wochen vor dem Termin würde zum Anlernen neuer Kräfte verwertet werden können und wird darum empfohlen.

Von allen wichtigen Vorfällen wird ersucht, dem Kriegsministerium Mitteilung zu machen.

Sollten in den Richtlinien sich Unklarheiten ergeben, oder bei der Durchführung ihrer Bestimmungen Fälle auftreten, die besonderer Aufklärung bedürfen, so legt das Kriegsministerium Wert darauf, in jedem Falle zu Rate gezogen zu werden. Alle Schwierigkeiten werden am raschesten und gründlichsten durch persönliche Rücksprachen beseitigt werden. Das Königliche stellvertretende Generalkommando wird ergebenst ersucht, in derartigen Fällen nach vorheriger telephonischer Anmeldung beim Kriegsministerium, Abteilung A. Z. (S), einen Vertreter hierher zu senden.

Im Auftrage
v. Wrisberg.

Anlage 3

Kriegsministerium.
Nr. 153/g. 15. A. Z. (S.)
Geheim.

Berlin, W. 66, den 31. 7. 1915
Leipziger Straße 5.

An den Herrn Kriegsminister im Großen Hauptquartier.

Die im Schreiben vom 19. 6. 1915 — Nr. 9010 Stab.K.M. — geschilderten Verhältnisse vermögen nach dem Ermessen des Kriegsministeriums keinen Grund zur Änderung des Kriegsleistungsgesetzes in dem dort gedachten Sinne darzustellen.

Wenn die Rüstungsfirmen über Arbeitermangel klagen, so ist die Ursache nicht darin zu erblicken, daß eine nennenswerte Zahl von Arbeitern sich der Rüstungsindustrie aus eigenem Willen fernhält, sondern im wesentlichen darin, daß die große Mehrzahl der brauchbarsten deutschen Facharbeiter zurzeit zum Heeresdienst eingezogen ist. Bei vielen Industriezweigen ist im besonderen noch zu bedenken, daß sie ihre Erzeugung von Kriegsmaterial in ungeahnter Weise gesteigert haben und daher jetzt das Vielfache der Friedensarbeiterzahl benötigen, und zwar gerade Arbeiter solcher Art, die auch bei fast allen anderen Rüstungsfirmen in vermehrtem Umfange gebraucht werden, die aber in einer dem jetzigen Bedarf genügenden Anzahl in Deutschland überhaupt nicht vorhanden sind.

Das Kriegsministerium hat in Würdigung der Aufgaben, die von den Rüstungsfirmen zu bewältigen sind, alle Maßnahmen getroffen, um der Industrie bei der Beschaffung von Arbeitskräften behilflich zu sein. Es sind ständig Ermittelungen über die Zahl der bei den Ersatz-Truppenteilen, in Lazaretten, Armierungs-Bataillonen usw. vorhandenen Fach-

arbeiter jeder Art vorgenommen worden und Überweisungen solcher Leute an die Stellen, wo Arbeitermangel herrschte, erfolgt. Den Zurückstellungsgesuchen der Firmen ist stets in weitgehendstem Maße entsprochen worden. Das Kriegsministerium hat auch bei Streitigkeiten zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern durch Anbahnung geeigneter Verhandlungen Betriebsstockungen hintanhalten können. Trotz der immer einschneidender wirkenden Einberufungen sind Störungen dadurch vermieden worden, daß die Einziehung sogar junger, kriegsverwendungsfähiger Arbeiter von der vorherigen Stellung technisch gleichwertigen Ersatzes abhängig gemacht worden ist. Dabei ist der Begriff „Kriegslieferant" keineswegs eng, sondern denkbar weit gefaßt worden, so daß wohl kaum ein Betrieb, dessen Lieferungen irgend einen Zusammenhang mit der Kriegswirtschaft haben, von den Vergünstigungen ausgeschlossen ist, die das Kriegsministerium den Rüstungsfirmen in Arbeiterfragen zuteil werden läßt. Keinesfalls ist es also berechtigt, wenn aus diesen Kreisen über rücksichtslose Heranziehung zurückgestellter Arbeiter durch das Allgemeine Kriegs-Departement geklagt wird.

Wenn des weiteren Beschwerden laut geworden sind über mangelnde Stetigkeit der Arbeiterschaft, so mag es hier und da vorkommen, daß Wehrpflichtige, die für eine Fabrik der Kriegsindustrie zurückgestellt sind, dort die Arbeit aufgeben und aus Gründen, denen die Berechtigung vielleicht nicht immer zu versagen ist, anderswo Arbeit suchen. Es ist aber ausgeschlossen, daß dies in einem Grade sich ereignet habe, unter dem die Arbeiterversorgung der Rüstungsfirmen nachhaltig gelitten haben könnte. Das Kriegsministerium hat die Industrie im Erlaß Nr. 2590/3.15 zur Behebung dieser Schwierigkeiten, die nicht selten ihre Wurzel in rücksichtsloser Konkurrenz der Unternehmer auf dem Gebiete der Arbeiteranwerbung haben, auf den Weg der Selbsthilfe gewiesen. Außerdem verpflichtet der Erlaß vom 19.12.1914 Nr. 2679. 12. 14 A 5 die Arbeitgeber, jeden Mann, der die Arbeit niederlegt, sofort dem zuständigen Bezirkskommando zur Wiedereinziehung zu melden. Der kriegsministerielle Erlaß vom 15.6. 1915 Nr. 441/5.15 A. Z. (S) macht den Bezirkskommandos schnellste Durchführung dieser Wiedereinstellung zur Pflicht. Dadurch ist es ausgeschlossen, daß zurückgestellte wehrpflichtige Arbeiter aus der Rüstungsindustrie in Firmen der Friedensindustrie übertreten.

In diesem Rahmen hat das Kriegsministerium bisher vermocht, allen ihm bekannt gewordenen, berechtigten Wünschen der Kriegsindustrie gerecht zu werden. Freilich konnte nicht allen gestellten Zurückstellungsanträgen entsprochen werden, auch das weiteste Entgegenkommen mußte hierbei des öfteren seine Schranke an zwingenden militärischen Erfordernissen finden. Es war nicht selten der Anschauung vieler Unternehmer entgegenzutreten, als sei die Reklamierung der altgewohnten, jetzt wehrpflichtigen Leute der normale Weg der Arbeiterbeschaffung. Dieser allzu bequemen und vom Verständnis der zurzeit wichtigsten Aufgabe wenig berührten Auffassung gegenüber hat das Kriegsministerium stets auf die Pflicht jedes Arbeitgebers hingewiesen, mit allen Mitteln die Heranziehung militärfreier Arbeitskräfte zu versuchen, ehe er zu dem äußersten Notmittel der Reklamierung Wehrpflichtiger greifen dürfe. Wenn es trotzdem den Unternehmern, die sich ernstlich darum bemühten, im großen und ganzen gelungen ist, ihre Belegschaften (Arbeiterbestände) auf die erforderliche Höhe zu bringen, so ist unter den dafür bestimmend gewesenen Ursachen an erster Stelle die aus freiem Willen angenommene Haltung der deutschen Arbeiterschaft zu nennen, wie sie bereits im Erlaß vom 15. 6. 1915 Nr. 441/5. 15. A. Z. (S) zu schildern versucht wurde.

Daß dessenungeachtet die Beschaffung der von der Industrie heute gebrauchten Arbeitermengen nicht unerheblichen Schwierigkeiten unterliegt, ist bereits oben zugegeben; ihr Vorhandensein kann nicht wundernehmen angesichts des Umfanges der von der Industrie notwendigerweise zu fordernden Leistungen und deren Verteilung auf die vorhandenen Firmen, die im allgemeinen nicht genötigt waren, die zu übernehmenden Aufträge nach Maßgabe der ihnen zu Gebote stehenden Arbeitskräfte einzurichten, sondern durch eine oft unzweckmäßige Auftragsvergebung instand gesetzt wurden, umgekehrt zu verfahren, d. h. zunächst möglichst umfangreiche und gewinnbringende Lieferungsverpflichtungen einzugehen und erst dann die Reklamierung der dafür nötigen Arbeiter mit allen Mitteln zu betreiben. Die Auftragserteilung auf eine Grundlage zu stellen, die einer rationellen Verwendung der Menschen-Arbeitskräfte in höherem Grade Rechnung trägt als bisher, ist Gegenstand fortgesetzter Bemühungen. Der Gedanke, allen aus dieser Lage entstehenden Schwierigkeiten dadurch ein Ende zu machen, daß man mit Hilfe des Auftragvergebers (Kriegsministeriums) eine

Kommandierung der erforderlichen Kräfte im Wege allgemeinen Arbeitszwanges durchführt, ist vom Standpunkt des Unternehmers aus ohne weiteres einleuchtend, er mag auch, wie nicht bestritten werden soll, für eine objektive Beurteilung einige zunächst bestechende Seiten für sich haben. Nähere Überlegung ergibt aber, wie schwere Bedenken ihm entgegenstehen.

Ein Zwang könnte nach zweierlei Richtung ausgeübt werden:

1. könnten diejenigen Arbeiter, die jetzt noch nicht in der Kriegsindustrie tätig sind, dorthin kommandiert werden,
2. könnten Maßregeln getroffen werden, um die bereits in der Kriegsindustrie tätigen Leute zu vermehrten Leistungen zu zwingen.

Zu 1 wäre zu bemerken, daß die noch vorhandenen Arbeitslosen, von geringfügigen Ausnahmen abgesehen, entweder aus gesundheitlichen oder anderen Rücksichten nicht fähig sind, eine Kriegsarbeit zu übernehmen, oder an und für sich arbeitsunwillig sind. In letzterem Falle handelt es sich fast ausschließlich um geistig oder seelisch „Minderwertige", um Willensschwache, Entartete, Epileptiker, geborene Vagabunden usw. Mit Arbeitskräften dieser beiden Arten wäre der Kriegsindustrie wenig gedient; die auf die Anlernung verwandte Zeit und Mühe, sowie die Zeit und die Kosten der Nachprüfung mangelhafter Arbeiten würden den Nutzen übersteigen, den die Betriebe aus solchen Arbeitskräften ziehen könnten. Was aber diejenigen vollwertigen Arbeiter anbetrifft, die jetzt noch in Friedensindustrien tätig sind, so hat die Erfahrung während der Kriegszeit gelehrt, daß diese Arbeitskräfte durch zwei Ursachen von selbst der Kriegsindustrie zugeführt werden, einmal durch den immer mehr um sich greifenden Beschäftigungsrückgang der Friedensindustriezweige, so z. B. der Silberwaren-, Tapeten-, graphischen und Luxuswaren-Industrie, dann aber auch vermöge der in der Kriegsindustrie vorherrschenden höheren Gunst der Arbeitsbedingungen, besonders der Löhne, so daß sich in dieser Hinsicht ein Zwang erübrigt.

Zu 2. Gegen die Einführung eines Arbeitszwanges würden außerdem mehrere Gründe sprechen, die ernster Beachtung würdig sind:

Die Arbeiterschaft würde eine solche Maßnahme als unverdiente Antwort auf die bisher von ihr eingenommene Haltung empfinden. Wohl sind in einzelnen Fällen Versuche gemacht worden, die Gunst der

Verhältnisse zur Erlangung ungerechtfertigter Vorteile zu benutzen. Derartige Übergriffe sind aber Ausnahmeerscheinungen geblieben. Im allgemeinen hat sich die deutsche Arbeiterschaft unter Führung ihrer Organisationen aller Richtungen im Gegensatz zu der anderer Länder von Anbeginn des Krieges an spontan und geschlossen für Kriegsarbeiten zur Verfügung gestellt. Sie hat dann Leistungen übernommen und durchgeführt, die das Friedensmaß weit hinter sich lassen. Angesichts dieses Verhaltens würde die Arbeiterschaft die Frage aufwerfen können, weshalb jetzt erzwungen werden soll, was sie bisher freiwillig geleistet hat. Bei den ausgeprägten Anschauungen von Pflichten und Rechten, die den Arbeiter zufolge seiner staatsbürgerlichen und Standeserziehung erfüllen, kann nur freie Arbeit ihn zur vollen Hingabe seiner Kräfte bewegen. Jeder Versuch eines Zwanges würde im höchsten Maße hemmend und zerstörend wirken.

Die Erfahrung lehrt, daß erzwungene Arbeit an Ergiebigkeit weit hinter freiwillig geleisteter zurückbleibt, ja, daß Arbeit hoher Qualität, und um solche handelt es sich hier vorwiegend, im allgemeinen nicht erzwingbar ist. Um die Arbeitsleistung nicht nur der Menge, sondern auch dem Werte nach auf den höchsten Grad zu steigern, gibt es keinen anderen Weg, als die Erweckung des guten Willens der Arbeiter, während der Gesamtdauer der Arbeitsschicht mit der äußersten Anspannung aller körperlichen und geistigen Kräfte am Werk zu sein. Jedem Versuch eines Zwanges muß als durchaus untauglichem Mittel entschieden widerraten werden. Um jenen guten Willen nicht nur zur quantitativen, sondern auch zur qualitativen Höchstleistung anzuspornen, gibt es zwei Mittel:

1. Das eine ist der staatliche Appell an das Gefühl des Arbeiters für die Solidarität seiner Interessen mit denen der Gesamtheit, an seine Vaterlandsliebe.

Dieses Mittel hat sich während des Krieges durchaus bewährt, die Arbeiter haben begriffen, was Sieg oder Untergehen des Deutschen Reiches für ihr eigenes Schicksal zu bedeuten hat.[1]) Sie sind sich dessen bewußt, daß der Ausgang des Krieges von der rechtzeitigen Herstellung alles Kriegsbedarfes in höchster Vollendung ebenso abhängt, wie von

[1]) Leider hat sich diese Anschauung des Kriegsministeriums später als zu optimistisch erwiesen. Wir hielten die Arbeiterschaft für politisch reifer, als sie im Durchschnitt auch heute noch ist.

der Verwendung dieſer Güter auf dem Schlachtfelde ſelber, und daß dazu die beſte Arbeit der beſten Kräfte nötig iſt. In dieſem Geiſte werden die Arbeiter von ihren Verbänden gegenwärtig geleitet. Vor kurzem hat z. B. der ſozialdemokratiſche Deutſche Bauarbeiterverband ein Rundſchreiben an ſeine Ortsgruppen erlaſſen, in dem er die Kreisleiter auffordert, zur Arbeit an ſtaatlichen Bauten, wie Pulverfabriken uſw. nur die brauchbarſten und wichtigſten Leute auszuwählen, da nur dann dieſe wichtigen Werke rechtzeitig vollendet werden könnten und mangelhafte Leiſtungen das Anſehen des Verbandes ſchädigen müßten. Durch derartige Aufforderungen werden weit größere Wirkungen erreicht, als auf dem Wege eines Zwanges möglich wäre.

Nicht genügend gewarnt werden kann namentlich vor dem Gedanken, die Arbeit zwangsweiſe verlängern zu wollen. Mit faſt mathematiſcher Sicherheit kann vorausgeſagt werden, daß ein ſolcher Verſuch das Gegenteil des gewünſchten Erfolges herbeiführen würde. Bisher hat ſich noch nahezu immer gezeigt, daß eine Verlängerung der Arbeitszeit nur bis zu einem beſtimmten Zeitpunkt auch ein Wachſen der Arbeitsleiſtung im ſelben Verhältnis zur Folge hat. Auf dieſe Beobachtung und die Einlegung zahlreicher Ruhepauſen in die Arbeitszeit gründet ſich u. a. das bekannte Taylorſche Verfahren, durch das jene außerordentlichen Ertragsſteigerungen in der amerikaniſchen Induſtrie, z. B. bei den Bethlehem-Stahlwerken, erreicht worden ſind.

2. Ähnliche Erfahrungen liegen für die Wirkſamkeit des zweiten hier zu empfehlenden Mittels vor, der Gewährung auskömmlicher Löhne. Der Erfolg iſt auch hierbei außer in der durch beſſere Lebenshaltung vermehrten Arbeitskraft in der geſteigerten Freudigkeit des Arbeiters zu ſuchen. Die unerläßliche Bedingung alles induſtriellen Erfolges liegt im freien, auf gegenſeitigem Vertrauen beruhenden Zuſammenwirken von Arbeitgeber und Arbeiter als gleich wichtiger Faktoren der Produktion. Wollte man in dieſen Organismus an Stelle der Freiheit den Zwang als leitenden Grundſatz einführen, ſo würde man Gefahr laufen, das Intereſſe des Arbeiters am Arbeitsverlauf lahmzulegen und an ſeiner Stelle mindeſtens Gleichgültigkeit, vielfach auch paſſiven, wenn nicht gar tätigen Widerſtand hervorzurufen, Umſtände, die ſich in bedeutender Verringerung des Arbeitsvertrages und, da der Ausweg des Streiks abgeſchnitten wäre, vielleicht ſogar in Sabotage

äußern würden. Das Mittel, das bei Freiheit des Arbeitsvertrages zur Zeit voraussichtlich der Regierung zu Gebote steht, um derartigen Gefahren, sowie sie an einer Stelle drohen, zu begegnen, nämlich die erzieherische Vermittelung der Arbeitergewerkschaften, müßte dann auch versagen, da mit Aufhebung der Arbeitsfreiheit der Regierung jede Möglichkeit verloren gehen würde, die Hilfe dieser Verbände zur Leitung der Arbeitermassen zu erhalten. In welche Lage ein Land geraten kann, das zu derart äußersten Maßnahmen seine Zuflucht nehmen zu müssen glaubt, lehrt nicht nur in schlagendster Weise das Beispiel Englands, sondern auch die kürzlich überreichte Verbalnote der k. und k. österreichisch-ungarischen Regierung, in der unter Hinweis auf die bei Anwendung des Arbeitszwanges dort entstandenen Schwierigkeiten die Frage gestellt wird, wie es komme, daß in Deutschland ein so friedliches und zufriedenes Zusammenwirken von Arbeitgebern und Arbeitnehmern zu finden sei. Ein Staat, der die Arbeitsverhältnisse zwangsweise organisieren will, muß für alle Folgen die Verantwortung übernehmen, so z. B. für eine befriedigende Regelung der Arbeitsbedingungen, für die Sicherstellung des Einkommens von Arbeitgebern und Arbeitnehmern, sowie letzten Endes für das Arbeits-Ergebnis.

Eine Übernahme derart weittragender Verbindlichkeiten würde die deutsche Reichsregierung aus ihrer verfassungs- und vernunftgemäßen Stellung über den Interessenten in deren Existenzkämpfe hineinziehen. Diese Stellung könnte sie in besondere Schwierigkeiten bringen, wenn sie hervorginge aus einer plötzlichen und unvermittelt erfolgenden Umkehrung der zurzeit bestehenden Freiheit des Arbeitsvertrages in das System des Arbeitszwanges.

Von all diesen Erwägungen ausgehend, kann das Kriegsministerium der angeregten Erweiterung des Kriegsleistungsgesetzes nicht näher treten. Denselben Standpunkt hat es bereits vielfachen Wünschen industrieller Verbände wie einzelner Unternehmer gegenüber eingenommen. Wie aus der abschriftlich beigefügten Meinungsäußerung des Reichsamts des Innern hervorgeht, befindet das Kriegsministerium sich dabei in vollem Einklang mit dieser Behörde.

In Vertretung.

v. Wandel.

Kriegsministerium
J. Nr. 493/2. 16. A. Z. (S.)
v. m. 419/12. 15. A. Z.

Anlage 4

Berlin W 66, den . . . /3. 16.

Die Leistung der deutschen Kriegswirtschaft übersteigt alle Erwartungen. Aber ihre Kraft ist jetzt auch auf das Äußerste angespannt, und die sehr wünschenswerte Erweiterung ihrer Leistung, ja sogar die Erhaltung bei ihrem gegenwärtigen Stande ist nur unter der Bedingung möglich, daß alle verfügbaren Menschen und Materialien ohne Ausnahme in ihren Dienst gestellt und von einer einzigen alles überschauenden Stelle aus disponiert werden.

Diese Stelle kann nur die oberste Verwaltungsstelle, das Kriegsministerium sein. Leider unterstehen zwei wichtige Stellen seinem Einfluß nicht, nämlich die beiden Generalgouvernements. Soweit es sich um rein militärische Fragen handelt, mag das unbedenklich sein: aber es ist schwer bedenklich, soweit es sich um wirtschaftliche Fragen handelt. K.M. kann die Verantwortung dafür nicht länger übernehmen, daß die deutsche Kriegswirtschaft ihren Aufgaben nachkommt, wenn nicht unter Ausschluß jedes anderen Gesichtspunktes auch diejenigen wirtschaftlichen Kräfte an Menschen und Materialien in den Dienst der deutschen Kriegswirtschaft gestellt werden, die sich unter deutscher Verwaltung befinden.

Das ist heute leider nicht der Fall. Die Generalgouverneure, namentlich das Generalgouvernement in Belgien und die für die benachbarten Gebiete verantwortlichen Etappen-Inspektionen, haben das an sich durchaus verständliche Bestreben, die Wirtschaft und Wohlfahrt der ihnen unterstellten Gebiete als ihre erste und eigentliche Aufgabe anzusehen. Das ist nicht länger möglich. Der Bedarf an Menschen und Materialien für die unmittelbare und mittelbare Kriegsführung hat eine solche dringende Höhe erreicht, daß die Bedürfnisse der deutschen Kriegswirtschaft unbedingt an die erste Stelle rücken müssen, d. h.: daß die belgische und polnische Wirtschaft dahinter zurücktreten müssen.

Um zuerst von dem weniger bedeutsamen, an sich aber immer noch überaus wichtigen Gegenstande zu sprechen, so sind Materialien in

großem Umfang ins neutrale Ausland ausgeführt worden, deren die heimische Wirtschaft selbst sehr dringend bedarf. So z. B. sind aus dem ostfranzösischen Etappengebiet der IV. Armee ca. 1000 Tonnen Flachs nach Holland exportiert worden, ohne daß das K.M. etwas von diesem Vorhaben gewußt hätte. Dabei haben wir den empfindlichsten Mangel an Flachs.

Noch ärger ist die Ausfuhr von Eisenbahnschienen aus Belgien.

Nach einer Statistik „von dem In-Uit en Doorvier" vom 16. 10. 1915 sind nach Holland ausgeführt worden:

1. Jan. bis 1. Sept. 1913	1. Jan. bis 1. Sept. 1914	1. Jan. bis 1. Sept. 1915
29 800 t	36 000 t	22 500 t
Hiervon stammten aus Deutschland:		
28 400 t	32 200 t	10 100 t
aus Belgien:		
1 300 t	3 300 t	12 400 t

Demnach hat sich die Schienenausfuhr

1. aus Deutschland nach Holland gegen die Friedenszeit auf $^1/_3$ verringert;
2. aus Belgien nach Holland aber fast verzehnfacht, und das bei der in Deutschland herrschenden Knappheit in Eisen und Mangan-Erzen. (Die Kontrolle der Ausfuhr aus Belgien liegt in den Händen belgischer Zollbeamten.)

Das ist aber nur eine besonders auffällige Einzeltatsache. Ganz allgemein wurde in den Sitzungen vom 3. 2. 16 im Kriegsministerium und vom 5. 2. 16 im Auswärtigen Amt festgestellt, daß die von allen Seiten als notwendig anerkannte enge Fühlung in Handelsfragen zwischen dem Generalgouvernement in Belgien und den Heimatsbehörden nicht besteht. Mein Referent hob in seiner einleitenden Ansprache der erstgenannten Sitzung laut Protokoll folgendes hervor: „Bereits im vorigen Jahre hat eine Besprechung zwischen Vertretern der Generalgouvernements und des Kriegsministeriums stattgefunden mit dem Ergebnis, bei Erlaß von Ausfuhrverboten usw. eine gegenseitige Verständigung herbeizuführen. Leider ist es in der Praxis nicht zu dieser engen

Fühlungnahme gekommen, und es sind verschiedene Auffassungen in der Ausfuhrfrage entstanden."

In der zweitangeführten Sitzung traten ebenfalls recht starke Meinungsverschiedenheiten zutage. Die Heimatsbehörden mußten sich gegen die vom Generalgouvernement betriebene und weiter beabsichtigte, vorwiegend vom belgischen Standpunkt orientierte Handelspolitik wenden. Namentlich gab die Frage zu Debatten Veranlassung, ob die noch in Nordfrankreich und Belgien lagernden, ziemlich bedeutenden Rohstoffe der Textilindustrie für die Zwecke der deutschen Kriegswirtschaft beschlagnahmt und verarbeitet werden sollten, da es nicht für angängig gehalten werden konnte, sie für den Bedarf der belgischen Bevölkerung oder gar für Ausfuhrzwecke zu verwerten. Eine Einigung wurde trotz wiederholter Versicherung von allen Seiten, daß einheitliches Vorgehen durchaus nötig sei, nicht erzielt und einer späteren Besprechung in Brüssel vorbehalten.

Viel wichtiger aber als diese aus der Selbständigkeit der Handelspolitik hervorgehenden Probleme sind diejenigen der Arbeiterbeschaffung, die für die deutsche Kriegswirtschaft geradezu bedrohlich geworden sind.

K.M. hat in den letzten 12 Monaten nicht weniger als 2 Millionen Wehrpflichtige aus der deutschen Kriegswirtschaft herausgezogen und dem Heere zugeführt. Dieses Reservoir ist fast vollkommen erschöpft. Von den etwa 500 000 kv. Wehrpflichtigen, über die die Kriegswirtschaft kürzlich noch verfügte, kann schätzungsweise kaum die Hälfte noch herausgezogen werden, ohne die Produktion vollkommen zu lähmen. Namentlich Facharbeiter, vor allem Bergleute und Metallarbeiter, sind auf dem freien Markt überhaupt nicht mehr zu erlangen, sondern nur noch durch Herausnahme aus der Front. Dabei wächst die Nachfrage von Tag zu Tag, trotzdem aus der Zahl der garnison- und arbeitsverwendungsfähigen Mannschaften, der Kriegsgefangenen, der Kriegsbeschädigten, aus dem okkupierten Feindesgebiet und dem neutralen Auslande herangezogen wird, was nur irgend erreichbar ist. Das K.M. hat alle, auch die kleinsten Mittel bereits erschöpft und sieht seine wichtigste Aufgabe bis zur Unlösbarkeit erschwert: die Ansprüche der Front auf Ersatz und die Ansprüche der Kriegswirtschaft auf Arbeiterbeschaffung zusammen zu befriedigen.

Im Einflußbereich des K.M. besteht also Arbeits n o t und Arbeiter m a n g e l. In Belgien aber umgekehrt Arbeits m a n g e l und Arbei-

ter not. Der Ausgleich wäre für beide Seiten so vorteilhaft wie nur möglich, aber es fehlt dem K.M. die Möglichkeit, ihn herbeizuführen.

In Deutschland werden Bergleute in großer Zahl gebraucht, auf der anderen Seite steht es fest, daß die belgischen Bergleute teilweise nur 3 bis 4 Tage der Woche, sowie in 5 bis 6 Arbeitsschichten (!) fördern, um möglichst vielen Leuten eine — wenn auch beschränkte — Verdienstmöglichkeit zu geben. Nach weiteren hierher gelangten zuverlässigen Meldungen werden in der Garnison Antwerpen garnisonverwendungsfähige Bergleute zurückgehalten, trotzdem das K.M. bereits mehrfach um Entlassung aller irgend entbehrlichen Bergarbeiter ersucht hat.

Das gleiche gilt für andere Arbeitergattungen. In Löwen wird durch öffentliche Bekanntmachung für überschüssige Arbeiter Arbeitsgelegenheit gesucht, während in Deutschland um jeden Facharbeiter die lebhaftesten Bemühungen angestellt werden müssen. Im ganzen sind nach Exzellenz von Sandt[1]) in Belgien ca. 700 000 Arbeitslose vorhanden. (Protokoll der Sitzung im Reichsamt des Innern vom 5. 2. 1916.)

Besonders arg ist es, daß diese Arbeitslosen nicht nur der deutschen Kriegswirtschaft verloren gehen, sondern auch noch der feindlichen zugute kommen. Offenbar findet aus Belgien eine Auswanderung von Arbeitern, namentlich auch von Facharbeitern, über Holland statt. Sie sind notorisch in größerer Zahl nach Großbritannien, neuerdings auch nach der Schweiz gelangt. Die belgische Verwaltung schreibt freilich für die Tatsache, daß, entgegen dem Wunsche, belgische Arbeiter nur in sehr geringer Zahl nach Deutschland kommen, den deutschen Behörden die Schuld zu. In dem „Verwaltungsbericht des Verwaltungschefs bei dem Generalgouvernement in Belgien für die Zeit vom Mai bis Juli 1915" heißt es Seite 18, daß die Bemühungen scheitern an den „für Abtransport, Unterbringung und Behandlung der angeworbenen Leute erlassenen Vorschriften der deutschen Behörden" und Seite 19: „bleiben die erschwerenden Verordnungen der deutschen Behörden in Kraft, so ist das Unternehmen, der deutschen Industrie Arbeiter in einigermaßen erheblichem Umfang zuzuführen, schon heute als gescheitert anzusehen".

Diese Hemmnisse sind aber inzwischen grundsätzlich durch Erlaß Nr. 43/8. 15. A. Z. (S) beseitigt worden und gewiß auch in der An-

[1]) damals Chef der Zivilverwaltung in Belgien.

wendung zu allergrößtem Teile verschwunden, wenn auch noch hier und da Schwierigkeiten zu überwinden sein mögen, die aus militärischen und landespolizeilichen Bedenken entstehen. Vielleicht ließe sich eine höhere Zahl von Arbeitern zur Abwanderung gewinnen, die der gesamten deutschen Kriegsindustrie nach gleichmäßigem Verteilungsmaßstab zugute kommen könnte, wenn das Generalgouvernement vom Anerbieten des Verbandes deutscher Arbeitsnachweise Gebrauch gemacht und diese unparteiische Stelle mit der Anwerbung betraut hätte. Das Generalgouvernement hat dem Verbande aber eine entschiedene Absage erteilt und statt seiner das deutsche Industriebüro in Brüssel als alleinige Vermittelungsstelle zugelassen, eine von der nordwestlichen Gruppe des Vereins deutscher Eisen- und Stahlindustrieller gegründete Einrichtung, die naturgemäß in der Hauptsache die Interessen dieses Teiles der Schwerindustrie vertritt.

Ich übersehe nicht, daß völkerrechtliche Schwierigkeiten und internationale Rücksichten bestehen, denen Rechnung getragen werden muß. Aber wenn auch nicht alle belgischen Arbeitskräfte restlos in den Dienst der deutschen Kriegswirtschaft werden gestellt werden können, so sollte doch wenigstens das irgend Erreichbare angestrebt werden. Will man nicht alle Arbeiter nach Deutschland überführen, so soll man sie zum wenigsten in Belgien selbst mit Produktionen beschäftigen, die unserer Kriegswirtschaft dienen.

Entsprechend heißt es in dem „Tätigkeitsbericht der politischen Abteilung bei dem Generalgouvernement in Belgien von Anfang Mai bis Ende Juli 1915" auf Seite 7: „Als eine recht wichtige Frage .... ist die Art der Arbeitslosen-Unterstützung zu erwähnen. Es werden nicht nur gewisse Bevölkerungsschichten der Arbeit fern gehalten, sondern die Unterstützungen tragen dazu bei, der Arbeiterschaft solche Arbeiten zu entziehen, die im Interesse der deutschen Heeresleitung oder der deutschen Volkswirtschaft gefordert werden." Angesichts dieser schwierigen Lage ist es besonders bedauerlich, daß sicherem Vernehmen nach das Generalgouvernement die Anregung des K.M., zwecks engeren Zusammenarbeitens in der Arbeiterfrage einen Vertreter nach Brüssel zu kommandieren, anzunehmen nicht geneigt ist.

Was nun das Generalgouvernement Warschau anlangt, so bestehen zwei wichtige Gründe, aus denen Unstimmigkeiten von solcher Bedeutung wie gegenüber Belgien hier nicht entstehen könnten: Das

Land ist ein Jahr später in deutsche Zivilverwaltung genommen worden und ist unendlich viel weniger industriell entwickelt. Dazu kommt, daß es keine Grenze mit einem neutralen Lande hat, eine eigene Handelspolitik also unmöglich ist.

Dennoch hat sich auch hier bereits gezeigt, daß die natürliche und verständliche Tendenz zu einer spezifisch polnischen Politik namentlich in der Arbeiter- und Arbeitsfrage besteht. Beim Generalgouvernement Warschau wurde ein eigener Wirtschaftsausschuß unter der Leitung des Majors von Oechelhäuser begründet, der durch die von ihm gutgläubig erregten, aber übertriebenen Hoffnungen auf schnelle Wiederbelebung der polnischen Industrie die dortigen Industriellen eine Zeitlang dazu veranlaßte, ihren Arbeitsstamm unter vielen Opfern zu halten, d. h.: die dringend wünschenswerte Abwanderung polnischer Facharbeiter nach Deutschland empfindlich zu verzögern. Der Ausschuß ist auf meine Beschwerde hin aufgelöst worden, aber der Geist, aus dem er geboren war, lebt doch fort. Erst kürzlich kam die dringende Bitte, große Mengen aufgefundenes grobes Garn in Polen verarbeiten zu lassen, während die deutsche Textil-Industrie und ihre Arbeiterschaft aus Mangel an Rohstoffen sich in der peinlichsten Lage befinden. Und wir stehen vor der täglich erneuten Tatsache, daß das Generalgouvernement deutsche Militärpersonen und Zivilarbeiter für allerlei Arbeiten anfordert, die, wie Straßenbauten und Ackerwirtschaft usw. ebenso gut von dortigen Arbeitslosen ausgeführt werden können.

Es ergibt sich daraus die Schwierigkeit, daß das K.M. zwar für das Heimatsgebiet die Stellung einer obersten Verwaltungsbehörde inne hat und in Verbindung mit dem Generalquartiermeister und dem Generalintendanten des Feldheeres auch einen entsprechenden Einfluß auf das Etappengebiet auszuüben vermag, auf die dazwischen liegenden, dem Generalgouvernement unterstellten Landesteile hingegen — wenigstens den tatsächlichen Verhältnissen nach — keinen Einfluß hat. Dieser Zustand führt zur fortgesetzten Unmöglichkeit, Absichten und Grundsätze, die allein an der Zentralstelle richtig übersehen werden können, durchzusetzen und die besetzten Gebiete Russisch-Polens und Belgiens in die gesamte deutsche Kriegswirtschaft als Glieder einzubeziehen.

Dem Herrn Chef des Generalstabes des Feldheeres.

Anlage 5

Besprechung

im K.M. am 15. 5. 1915 betr. belgische Arbeiterfrage.

Ergebnis.

A. Anwerbung belgischer Arbeitskräfte für die deutsche Kriegswirtschaft.

Die Vertreter des Generalgouvernements, des Handelsministeriums und des Kriegsministeriums sind darüber einig, daß als Weg zur Gewinnung weiterer belgischer Arbeitskräfte für die deutsche Kriegswirtschaft der eines unmittelbaren Zwanges nicht in Betracht kommen kann, daß daher das ganze Gewicht der Bemühungen auf die Durchbildung und Verbesserung des Anwerbeverfahrens zu legen ist. In der Beurteilung der bisherigen Organisation der Anwerbung einigten sich die Anwesenden dahin, daß es weder geraten sei, das Industriebüro Brüssel in seiner bisherigen Zusammenstellung weiter arbeiten zu lassen, noch es durch einen behördlichen Arbeitsnachweis, etwa nach dem Muster der deutschen öffentlichen Arbeitsnachweise zu ersetzen. Vielmehr wurde beschlossen, das bisher überwiegend von der westdeutschen Schwerindustrie beherrschte Industriebüro auf eine breitere Interessen- und Arbeitsgrundlage zu stellen und ihm ständige Mitarbeiter aus den Kreisen sämtlicher in Betracht kommender Gewerbezweige zuzustellen. Die Auswahl dieser Vertreter wird das Reichsamt des Innern im Benehmen mit dem Kriegsministerium veranlassen. Durch die Einsetzung eines Regierungskommissars beim Industriebüro erhofft das Generalgouvernement dies Büro in einen festeren Zusammenhang mit der Abteilung für Handel und Gewerbe zu bringen. Ferner empfiehlt das Kriegsministerium ein Zusammenarbeiten des Industriebüros mit den öffentlichen deutschen Arbeitsnachweisen derart, daß die Nachweisverbände ihren Bedarf an Arbeitskräften dem Industriebüro melden und außerdem mitteilen, für welche Betriebe belgische Arbeiter wegen unerwünschter Konkurrenz mit deutschen Arbeitern nicht in Frage kommen.

Um den Bemühungen des Industriebüros auch nach untenhin den nötigen Nachdruck zu verleihen, wird das Generalgouvernement die Zivilkommissare der einzelnen Bezirke für eine Förderung der Arbeiten interessieren. Erwogen wird die allmähliche Schaffung eines Unter-

baues durch Angliederung örtlicher gleichfalls privater Industriebüros an die Zivilkommissare. — In der Zurückstellung des für das Industriebüro unentbehrlichen Personals wird das Kriegsministerium, soweit militärisch irgend möglich, entgegenkommen.

Über die Unterbringung der anzuwerbenden Belgier in deutschen Betrieben war man einig dahin, daß sie nicht mehr abhängig gemacht werden dürfte von einer Zustimmung des Kriegsausschusses der deutschen Industrie, daß dafür vielmehr außer der obenerwähnten Mitteilung der öffentlichen Arbeitsnachweise die allgemein vorgeschriebene Genehmigung des zuständigen stellv. Generalkommandos und Regierungspräsidenten genüge.

Da es dem Kriegsministerium nicht auf die Gewinnung einer bestimmten Anzahl von belgischen Arbeitern für deutsche Betriebe ankommt, sondern auf die Erreichung einer gewissen Leistung belgischer Arbeiter für die deutsche Kriegswirtschaft, ist das Kriegsministerium grundsätzlich mit einer vermehrten Beschäftigung belgischer Werke einverstanden, die zu einer Entlastung der deutschen Kriegsindustrie führt. Grenzen dürften dieser Heranziehung belgischer Firmen hauptsächlich durch Transportmöglichkeiten und Rohstoffmangel gesetzt sein.

In der Frage des Bergbaues legten die Vertreter des Ministeriums für Handel und Gewerbe eingehend dar, daß die deutschen Gesamtinteressen dafür sprächen, die bisher für Ausfuhrzwecke erfolgte belgische Kohlenförderung in Höhe von etwa 4 Millionen Tonnen jährlich einzustellen oder doch stark einzuschränken und auf die deutschen Zechen zu übertragen, denen dann auch die dadurch freiwerdenden rund 20 000 bis 25 000 belg. Bergleute zuwachsen könnten. Die Vertreter des Generalgouvernements sagten Erwägung dieses Vorschlages zu.

Zusammenfassend waren sämtliche Anwesenden der übereinstimmenden Meinung, daß das deutsche Reich zurzeit nur an solchen Arbeitern der belgischen Industrie ein Interesse haben könne, die für die Kriegführung unentbehrlich seien und von der deutschen Industrie ohne Heranziehung Kriegsverwendungsfähiger nicht ausgeführt werden könnten. Der Forderung des Kriegsministeriums, alle anderen belgischen Betriebe allmählich zum Erliegen zu bringen, um durch die entstehende Arbeitslosigkeit die Bedingungen einer Abwanderung von Belgiern in die deutsche Industrie zu verbessern, erklärten die Vertreter des General-

gouvernements nicht ohne weiteres zustimmen zu können. Sie stellen in Aussicht, daß eine Unterstützung solcher belgischen Firmen, die für die Kriegsführung entbehrlich seien, nicht mehr stattfinden werde.

gez. von Braun.

Aufzeichnung über die Besprechung am 16. Mai 1916 im Reichsamt des Innern.

I. Vermittlung belgischer Arbeiter nach Deutschland.

Es wurde folgendes vereinbart:

1. Der Kriegsausschuß der deutschen Industrie wird bei der Vermittlung belgischer Arbeiter nach Deutschland nicht weiter beteiligt.
2. Die Vermittlung für sämtliche Industriezweige übernimmt das Deutsche Industriebüro in Brüssel, das auf breiterer Grundlage ausgebaut wird. Ihm werden Vertreter anderer Industriezweige und ein Regierungskommissar beigegeben.
3. Das Industriebüro setzt sich wegen des Arbeiterbedarfes direkt mit den deutschen Arbeitsnachweisverbänden in Verbindung.
4. Soweit Mehrkosten dem Industriebüro entstehen, werden zunächst aus Fonds des Herrn Generalgouverneurs Mittel bereitgestellt.

   Sobald nennenswerte Vermittlungen an bestimmte Industriezweige erfolgen, wird mit den betreffenden Verbänden wegen Beteiligung an den Kosten zu verhandeln sein.
5. Die Zivilkommissare in Belgien sind für die erweiterte Tätigkeit des Industriebüros zu interessieren.
6. Die Reichszentrale der Arbeitsnachweise verzichtet auf eine Mitwirkung, solange der große Bedarf an Arbeitern anhält. Erwünscht ist der Reichszentrale eine monatliche Mitteilung über die Zahl der nach Deutschland vermittelten Arbeiter.

II. Heranziehung der belgischen Industrie zur Ergänzung der deutschen Industrie.

Es bestand Einigkeit darüber, daß die Frage, ob die belgische Industrie zum Ersatz der deutschen herangezogen werden sollte, oder ob es zweckmäßig sei, die belgischen Arbeiter nach Deutschland zu schaffen,

nicht einheitlich beantwortet werden kann, sondern daß die Frage für jeden Industriezweig besonders geprüft werden muß.

1. Kohlenbergbau: Es wurde auf die Besprechung im Kriegsministerium am 15. Mai Bezug genommen.
2. Erzbergbau: Förderung erschien erwünscht, es wurde indessen von einer eingehenden Erörterung mit Rücksicht darauf Abstand genommen, daß sich zurzeit Herr Heckel in Belgien mit der Prüfung der Frage befaßt.
3. Hüttenindustrie, insbesondere Metallhütten: wie zu 2.
4. Eisen- und Maschinenindustrie, Wagenbau, Lokomotivbau.
   a) Feinblechwalzwerke: Wegen des ungewöhnlich großen Bedarfs an Feinblech erschien es erwägenswert, die belgischen Feinblechwalzwerke heranzuziehen.
   b) Lokomotiv- und Wagenbau: Die Herstellung von Ersatzteilen von Lokomotiven, Automobilen und Waggons erscheint erwünscht, als besonders wichtig wurde bezeichnet, daß die Reparatur der im Westen befindlichen Lokomotiven, Eisenbahnwagen, Automobile in Belgien selbst erfolgen könne. Die Herstellung von Ersatzteilen wurde sogar als dringend erforderlich bezeichnet. Als erwünscht, aber voraussichtlich schwer durchführbar wegen fehlender Rohstoffe erschien es, auch die Herstellung von Eisenbahnwaggons in Belgien zu fördern.
   c) Die Beurteilung der Frage, in welchem Umfange die Waffenindustrie in Belgien beschäftigt werden kann, muß im wesentlichen der Feldzeugmeisterei überlassen werden.
5. Elektrische Industrie.

   Eine Entlastung der deutschen elektrischen Industrie durch die belgische ist nicht erforderlich, dagegen besteht das dringendste Interesse, alle in der belgischen elektrischen Industrie beschäftigten Facharbeiter (Schlosser, Monteure) für Deutschland anzuwerben, und zwar nicht für die elektrische Industrie, sondern für die Kriegsmetallherstellung.
6. Zement-Industrie.

   In der deutschen Zementindustrie werden kriegsverwendungsfähige Arbeiter nicht beschäftigt. Die Industrie liegt sehr darnieder und kann den Heeresbedarf an Zement ohne weiteres befriedigen. Die Förderung der belgischen Zementindustrie er-

ſcheint wegen der Wettbewerbsverhältniſſe vom deutſchen Standpunkt aus als höchſt erwünſcht. Sehr zweckmäßig iſt es, die belgiſchen Zementarbeiter nach Deutſchland heranzuziehen, um ſie im Kalibergbau an Stelle von noch einzuziehenden kriegsverwendungsfähigen Kalibergarbeitern zu verwenden. Die Weiterverwendung der etwa drei Werke, die in Belgien bereits jetzt für den Bedarf der Weſtarmee Zement herſtellen, iſt indeſſen zur Entlaſtung der Werke erwünſcht.

7. Chemiſche Induſtrie.
   a) Förderung der Sodainduſtrie dringend erwünſcht, das erforderliche Kochſalz iſt in Deutſchland vorhanden.
   b) Düngemittel-Induſtrie.
   Förderung iſt in der bisherigen Weiſe dringend erwünſcht.
   c) Sprengſtoffe uſw. Von einer eingehenden Erörterung wurde abgeſehen, die Weiterbeſchäftigung der beſtehenden Betriebe erſchien zweckmäßig.
8. Glasinduſtrie.
   a) Optiſches Glas und Laboratoriums-Glas kann nur in Deutſchland hergeſtellt werden.
   b) Von dem Flachglas iſt Trockenplattenglas Kriegsbedarfsartikel. Seine Herſtellung kann in genügendem Umfange in Deutſchland erfolgen. Wegen der Wettbewerbsverhältniſſe wurde es von den Vertretern der Berliner Reſſorts als unerwünſcht bezeichnet, daß belgiſches Flachglas (Spiegelglas, Fenſterglas, Trockenplattenglas uſw.) nach Deutſchland ausgeführt wird.
   c) Hohlglas.
   Bei dem großen Bedarf Deutſchlands an Hohlglas zu Einmachezwecken, für die chemiſche Induſtrie uſw., wurde die Heranziehung der belgiſchen Induſtrie als ſehr erwägenswert bezeichnet.
9. Papierinduſtrie.
   Die Herſtellung von Zeitungspapier wurde als ſehr erwünſcht bezeichnet, indeſſen kann Deutſchland keine Zelluloſe liefern. In Deutſchland beſteht dringender Bedarf an Papierarbeiten.
10. Fabrikation feuerfeſter Steine (Chamotte). Heranziehung der belgiſchen Induſtrie erſchien zweckmäßig.

III. Das Reichsamt des Innern wird die Frage, welche belgiſchen Induſtriezweige zur Ergänzung der deutſchen Induſtrie heranzuziehen ſind, unter Zuziehung von Induſtriellen, ſowie Vertretern der beteiligten Reſſorts und der belgiſchen Verwaltung erörtern.

---

87 Anlage 6

Zu Nr. 34. 16 g. A. Z. (S).

Geheim.

Sichler:

Gegenſtand der Tagesordnung iſt die Frage:

„Auf welche Weiſe iſt es zu ermöglichen, der Induſtrie Arbeitskräfte in ausreichender Zahl als Erſatz für die abzugebenden kriegsverwendungsfähigen Leute zuzuführen?"

Die Heeresverwaltung hat zwei Aufgaben, die als gleich wichtig für die Durchführung des Krieges anzuſehen ſind:

1. Das Feldheer,
2. Die für Kriegsbedarf tätigen Gewerbezweige voll leiſtungsfähig zu erhalten.

Jedem dieſer Ziele allein zu dienen, wäre einfach, aus ihrer unvermeidlichen Verknüpfung erſt erwächſt die Schwierigkeit!

Die Erreichung der zwei Aufgaben hängt im weſentlichen von der richtigen Verteilung der zur Verfügung ſtehenden Menſchenkräfte ab. Für beide Aufgaben müſſen einmal der Zahl nach genügend Menſchen vorhanden ſein, und es muß außerdem jede Kraft auf den Platz geſtellt werden, an dem ſie das meiſte zur Löſung der Geſamtaufgabe beitragen kann.

Das Kriegsminiſterium hat es deshalb für notwendig gehalten, dieſe beiden, innerlich ſo untrennbar verknüpften Aufgaben mit den Stellen zu beſprechen, bei denen ihre Bearbeitung zuſammenläuft, d. h. mit den Herren Chefs des Stabes der ſtellvertretenden Generalkommandos.

An kv. Heeres-Erſatz ſtanden nach Ermittelungen vom 1. Januar 1916 in ſämtlichen Erſatz-Truppenteilen 749 729 Mannſchaften zur Verfügung. Es muß trotz der abſoluten Höhe dieſer Ziffer geſagt werden, daß mit Hilfe dieſes Beſtandes den von der Oberſten Heeresleitung an

das Kriegsministerium gestellten und noch zu erwartenden Anforderungen an Ersatz und Neuaufstellungen bei einer längeren Dauer des Krieges nicht wird entsprochen werden können.

Ein rechtzeitiges Zurückgreifen auf die zurzeit nicht eingezogenen Kriegsverwendungsfähigen ist daher schon jetzt unvermeidlich.

Nach dem Stande vom 1. Dezember 1915 waren als nicht eingezogene Wehrpflichtige vorhanden:

1. nicht zurückgestellt:		673 998 Mann
davon sind kv.	205 897	
„ „ gv. u. av.	468 101	
	673 998	
Auch durch Zuhilfenahme dieser Ersatzquelle ist der Bedarf an kv. noch nicht zu decken, als Ergänzung müssen daher vorsorglich diejenigen kv. in Betracht gezogen werden, die zurzeit vom Waffendienste zurückgestellt sind.		
2. Zurückgestellt:		976 069 Mann
Von diesen sind	567 000 kv.,	
der Rest	409 069 gv. u. av.	
Von diesen „nicht eingezogenen" = sind demnach rund	773 000 kv.	1 650 067 Mann

Der Rest 877 000 Mann ist gv. u. av., in der Hauptsache in der Kriegsindustrie tätig und kann aus der weiteren Berechnung ausscheiden. Diese gv. und av. Leute sind das feste Gerippe der Kriegsbetriebe, die z. T. erst auf Drängen von A. Z. (S) eingestellt wurden und auf die die Industrie rechnet und auch nicht verzichten kann; sie sind ferner die Organe zur Anlernung der ungelernten Ersatzkräfte, durch die die kv. frei gemacht werden sollen. Die rund 877 000 nicht eingezogenen gv. und av. dürfen also im Interesse der Leistungsfähigkeit der Kriegsindustrie überhaupt nicht angerührt werden.

Die Gesamtziffer der nicht eingezogenen 773 000 kv. ist nach den Gründen der Zurückstellung — soweit sie überhaupt zurückgestellt wurden — zu unterscheiden in

1. Zurückgestellte aus häuslichen und privaten Gründen,
2. Zurückgestellte für Eisenbahn,
3. Zurückgestellte für Kriegsindustrie in weitestem Sinne des Wortes.

Die Heranziehung dieser kv. zum Heeresdienst ist je nach dem Grunde der Zurückstellung in verschiedenem Grade möglich. Dabei muß in Würdigung der gegenwärtigen Lage und ihrer Bedürfnisse billigerweise der Standpunkt eingenommen werden, daß

1. eine aus lediglich privaten Verhältnissen bewilligte Zurückstellung in Zukunft nur noch dann eine Berechtigung hat, wenn ein Ersatz des zurückgestellten Kv. in keiner Weise möglich ist, d. h. wenn eine Aufhebung oder Verweigerung der Zurückstellung einen Notstand erzeugen müßte. Mit diesem Moment würde die Zurückstellung nicht im privaten Interesse beantragt oder bewilligt, die Zurückstellung wäre vielmehr in öffentlichem Interesse notwendig. Welche Zahl von Kv. auf diese Weise für den Felddienst gewonnen werden könnte, wenn dieser verschärfte Maßstab angelegt würde, wird schwer in verläßlichem Grade für die Gesamtzahl zutreffend zu erfassen sein.

   Für August, September und Oktober 1915 sind für häusliche und private Zwecke insgesamt nur rund 1250 Mann aus dem Heer entlassen worden.

2. Die Eisenbahn hat von dem zu ihren Gunsten zurückgestellten kv. Personal vom 15. September 1915 bis 15. Oktober 1915 rund 52 000 Mann abgegeben. Da dieses Ergebnis die Frucht eingehender Verhandlungen zwischen der Heeresverwaltung und dem Ministerium der öffentlichen Arbeiten gewesen ist, in denen der Eisenbahnverwaltung der volle Ernst der gegenwärtigen Lage und die daraus sich herleitenden militärischen Forderungen bekanntgegeben worden sind, muß es zweifelhaft erscheinen, ob weitere Zugeständnisse der Eisenbahnverwaltung in einer erheblich ins Gewicht fallenden Stärke möglich sein werden.
3. Je weniger festzustellen ist, in welchem Umfange die beiden vorgenannten Gruppen Zurückgestellter in Betracht kommen, desto mehr gewinnt die Frage an Bedeutung, wie es mit der vorhin unter 3. genannten Zahl Kv. bestellt ist, die zurzeit in der Kriegsindustrie im weitesten Sinne des Wortes tätig sind.

Vorweg sei bemerkt, daß die rund 1 650 000 nicht eingezogener Wehrpflichtiger — ohne dabei der aus häuslichen Gründen zurückgestellten und eines Teiles der zurückgestellten Beamten zu gedenken — an Stellen beschäftigt sind, die für die Kriegsbedarfs-Herstellung eine besondere Wichtigkeit in Anspruch nehmen dürfen. A. Z. kann daher der Kriegsindustrie nicht einfach einen Verzicht auf diese Kräfte zumuten, wenn nicht für angemessenen Ersatz Sorge getragen ist. Diese Verantwortung könnte — nicht etwa im wirtschaftlichen Privat-Interesse der Industrie, sondern aus vaterländischer Besorgnis — von A. Z. um so weniger übernommen werden, als am 15. Februar 1915 der Kriegsindustrie insgesamt — einschließlich der damals „d. u.", inzwischen aber kriegsbrauchbar gewordenen 470 000 Mann — rund 3 500 000 Mann zur Verfügung standen, während — hauptsächlich durch die gemeinschaftlichen Bemühungen von A. Z. (S) und der stellvertr. Generalkommandos — diese Zahl allmählich um rund 1 850 000 Mann verringert worden (!!) also auf 1 650 000 zusammengeschmolzen ist. Wenn jetzt von den 1 650 000 Mann niemand mehr eingezogen zu werden brauchte, dann wären auch keine neuen Zurückstellungen nötig. Mit anderen Worten: die Zahl der künftigen Zurückstellungen wird sich nach der Zahl der Einziehungen richten. Wenn also z. B. 200 000 Leute eingezogen werden, dann wird zunächst eine Produktions-Verringerung eintreten, und dann werden innerhalb kurzer Zeit 200 000 Soldaten dem Heere wieder entzogen werden müssen, deren Einziehung, Teilausbildung oder Ausbildung zwecklos war.

Ich komme nun zu dem Arbeiter-Ersatz für die Kriegsindustrie.

Im Interesse der Aufrechterhaltung einer leistungsfähigen Kriegsindustrie sind von der Abteilung im Verlaufe der seit 12 Monaten durchgeführten Arbeit folgende Mittel angewendet worden:

1. A. Z. (S) hat auf die Beschäftigung aller im deutschen Reiche vorhandenen Arbeitslosen hingewirkt. Um sicher zu gehen, daß dabei kein wirklich Arbeitsfähiger und Arbeitswilliger ungenutzt bleibe, ist den stellvertretenden Generalkommandos der Weg zu engster Zusammenarbeit mit sämtlichen Arbeitsnachweisen an die Hand gegeben und bestimmt worden, daß künftig kein Zu-

rückstellungs-Gesuch für einen Wehrpflichtigen genehmigt werden darf, ehe nicht der örtlich zuständige öffentliche Arbeitsnachweis bescheinigt hat, daß es militärfreie Arbeitskräfte für die in Betracht kommende Arbeit nicht gibt.

Nachdem dieses Verfahren allenthalben streng durchgeführt ist, muß man annehmen, daß das auf diese Weise Erreichbare erreicht ist, und daß auf Anwendung dieses Mittels keine gar zu große Hoffnung mehr gesetzt werden kann. Zuflüsse an Arbeitslosen könnten nur durch eine Wiederholung des Mittels herbeigeführt werden, das im Sommer 1915 den Arbeitsmarkt in gewissem Umfange beeinflußt hat: Durch Stillegung bestimmter Gewerbezweige, wie es mit einem großen Teil der Textilindustrie geschehen ist. Hierfür war aber lediglich die Rohstoff-Frage maßgeblich, und es wäre schwierig, eine Industrie zu nennen, bei der es gegenwärtig aus gleichem Grunde nötig und möglich werden könnte, und die einen für die Kriegsindustrie brauchbaren Überschuß von Arbeitern abzugeben hätte.

2. A. Z. hat von jeher in besonderem Maße auf Beschäftigung von Frauen in der Kriegsindustrie hingewirkt und damit Ergebnisse erzielt, die alle Erfahrungen und Erwartungen weit hinter sich gelassen haben.

A. Z. ist auch weiterhin bemüht, diese Art der Arbeiter-Beschaffung zu fördern und ist mit allen daran beteiligten und sachverständigen Stellen (Handelsministerium, Gewerkschaften, Industrie-Verbänden) in Verbindung getreten. Als übereinstimmendes Ergebnis dieser Besprechungen muß festgestellt werden, daß die Bemühungen auf diesem Gebiete noch zweifellos einen nicht unbeträchtlichen Erfolg haben werden, da die Industrie noch keineswegs an allen Stellen mit gleichem Ernst und mit gleicher Vollständigkeit die Anstellung von weiblichen Arbeitskräften durchgeführt hat.

A. Z. gedenkt nicht dabei stehenzubleiben, auf die Möglichkeit der Frauenheranziehung nur hinzuweisen, sondern bringt auch den Bestrebungen der Industrie jede mögliche Förderung entgegen, eine Anlernung von Frauen und eine Ordnung ihrer Arbeitsbedingungen, insbesondere ihrer Arbeitszeit durchzufüh-

ren, die als Vorbedingungen nutzbringender Verwendung der Frauen in der Kriegsindustrie gelten müssen.

Hierunter fällt auch die Heimarbeit. Durch Anweisung sämtlicher Beschaffungsstellen und stellvertretenden Generalkommandos ist gewährleistet, daß keine Möglichkeit, Heimarbeit zu Kriegslieferungen heranzuziehen, ungenutzt bleiben kann.

Immerhin ist dabei zu bedenken, daß der Arbeit der Frauen Grenzen gezogen sind, die einmal aus derr Natur ihres physischen und geistigen Könnens, sodann aus denjenigen Rücksichten sich ergeben, die der Staat ihnen gegenüber im Interesse der Volkswohlfahrt und Volksgesundheit auf hygienischem und sittlichem Gebiet zu nehmen hat.

3. Ähnlich ist die Lage bei der Verwendung jugendlicher Arbeitskräfte. Auch hier hat A. Z. alle zu Gebote stehenden Mittel der Einwirkung annähernd erschöpft. Die Industrie weiß, daß es gegenwärtig in der Hauptsache darauf ankommen muß, die Leistung der Jugendlichen im Betriebe zu erhöhen, daß die Rücksicht auf ihre Fortbildung im Gewerbeschulunterricht dahinter zurückzutreten hat. Auch die Gewerbeschulen und die Gewerbe-Aufsichtsbehörden haben sich nach anfänglichen Widerständen verständnisvoll diesem Standpunkt der Heeresverwaltung angeschlossen.

Handelsministerium und Kriegsministerium sind dabei darüber einig, daß der gewerbliche Fortbildungs-Unterricht der Gegenwart weniger die technischen und wirtschaftlichen Seiten seines Lehrplanes in den Vordergrund stellen darf, sondern daß er im wesentlichen als ein Mittel angesehen werden muß, die Gesinnung und den Willen der Jugendlichen zu beeinflussen und ihnen den Geist ernster Pflichterfüllung anzuerziehen, der heute auf jedem Platze des vaterländischen Dienstes vorhanden sein muß, sowie die Erkenntnis zu fördern, daß auch ihre Arbeit im Dienst der Landesverteidigung steht. Hierbei mitzuwirken, ist die militärische Jugendvorbereitung besonders in der Lage, da die Autorität, die sie vermöge ihres gegenwärtig besonders populären militärischen Zuschnitts hat, den jungen Leuten noch eindringlichere Belehrung zu erteilen vermag, als der altgewohnte Zivil-Unterricht. Im Gesamt-Ergebnis muß auch hier davor

gewarnt werden, von der Arbeit der Jugendlichen mehr zu erwarten, als sie bisher geleistet haben. Eine Überschreitung dieses Maßes würde einen Raubbau mit den Kräften bedeuten, die das Vaterland von den Jugendlichen als den kommenden Soldaten-Generationen fordern muß.

4. Danach kommen die Kriegsgefangenen.
Es erscheint angebracht, dem weit verbreiteten Irrtum zu begegnen, als geschehe in der Ausnutzung der Arbeitskräfte unserer Kriegsgefangenen bei weitem nicht das Maß des Erreichbaren.

Von den insgesamt etwa 1 150 000 Kriegsgefangenen, die in preußischen Gefangenenlagern untergebracht sind, sind rund 800 000 in Industrie, Landwirtschaft und Forstwirtschaft und rund 200 000 in der Etappe beschäftigt!! Ein weiterer Teil muß für die notwendigen Lagerarbeiten zurückgehalten werden, obwohl nicht verkannt wird, daß vielleicht hier noch geringe Ersparungen durch Einwirkung auf die Inspektionen der Gefangenenlager möglich wären. Der Rest ist durch Verwundung, Krankheit, durch seine Berufsart (Friseure, Künstler, Journalisten) an einer wirklich fruchtbaren Arbeit in der Kriegsindustrie verhindert. Auch die Beschäftigung der obenerwähnten 800 000 + 200 000 Kriegsgefangenen ist eingeengt durch mannigfache Schwierigkeiten, von denen nur erinnert sei an die Schranken des Völkerrechts, sowie an die neuerdings nicht selten auftretende und verständliche Unlust der Gefangenen. Diese kurze Darstellung dürfte genügen, um die Begrenztheit dieses Hilfsmittels darzulegen.

5. Was die Beschäftigung verbündeter Ausländer anlangt, so hat A. Z. wiederholt versucht, eine vermehrte Überweisung österreichisch-ungarischer Facharbeiter herbeizuführen, ist aber dabei auf den vorläufig anscheinend unüberwindlichen Widerstand der österreichisch-ungarischen Regierung gestoßen, die eine Abgabe derartiger Arbeitskräfte angesichts des eigenen Bedarfs als unmöglich erklärt hat.

Anders und günstiger schienen die Verhältnisse in der Türkei zu liegen, die einem Bericht des Herrn Feldzeugmeisters zufolge vielleicht imstande ist, eine recht erhebliche Anzahl brauch-

barer jüngerer Arbeiter abzugeben. Auch hier aber dürften noch manche Vorarbeiten zu leisten sein, ehe ein klares Bild über den wirklich für die Kriegsindustrie zu erwartenden Vorteil gewonnen werden kann.

Bulgarien hat seine Volkskraft in einem so hohen Maße militärisch anspannen müssen, daß für unsere industriellen Zwecke kaum etwas übrigbleiben dürfte.

6. Unter den übrigen Ausländern müssen naturgemäß die Angehörigen der von uns besetzten feindlichen Gebiete den Vorrang haben, weil durch ihre Beschäftigung kein Mehr an Belastung unserer Lebensmittel-Versorgung eintritt. Sowohl das belgische als auch das russisch-polnische Verwaltungsgebiet werden dauernd daraufhin bearbeitet und haben bereits eine gewisse Zahl brauchbarer Arbeitskräfte an die deutsche Kriegsindustrie abgegeben. A. Z. ist dauernd bemüht, im Einverständnis mit den General-Gouverneuren die Heranziehung dieser Kräfte zu fördern, bei den Belgiern kann man auch noch sagen: Die Abwanderung nach Amerika bzw. England zu verhindern. Außer den obengenannten völkerrechtlichen und psychischen Hemmungen steht aber der Verwendung namentlich der Polen häufig die Ungunst der Arbeits- und Aufenthaltsbedingungen entgegen.

Im ganzen ist zu sagen, daß die Frage, inwieweit hier eine zahlenmäßig und dem Werte nach befriedigende weitere Ausnutzung der besetzten Gebiete zu ermöglichen ist, gegenwärtig noch nicht genügend geklärt ist, als daß sichere Erwartungen daran geknüpft werden könnten.

7. Für die neutralen Ausländer hat A. Z. in der Deutschen Arbeiter-Zentrale Berlin ein eifriges Organ, dessen Bemühungen aber vielfach durchkreuzt wurden, einerseits vom direkten Wettbewerb der mit uns im Kriege befindlichen Nationen (England wirbt z. B. Norweger), andererseits von den Wirkungen, die dieser Wettbewerb auf die Politik der neutralen Regierungen in Gestalt von Auswanderungsverboten, Kontroll-Erschwerungen usw. auslöst. Die Aussichten sind also nicht die besten und jedenfalls ungemein schwankend und schwer berechenbar.

8. Das einzige Mittel, das demnach in seiner Bedeutung mit voller Zuverlässigkeit eingeschätzt werden kann, ist die Heranziehung

derjenigen Militärpersonen, die zurzeit in den Verbänden des Besatzungsheeres stehen und dort entbehrt werden können.

Die Zahl, um die es sich dabei handelt, festzustellen, ist eine der Hauptaufgaben der heutigen Besprechung.

Ehe ich weiter auf dieses letzte Mittel, auf diese Hauptaufgabe der heutigen Besprechung eingehe, darf ich der Vollständigkeit wegen erwähnen, daß die Abteilung auch Einrichtungen vorzuschlagen beabsichtigt, bzw. zu schaffen im Begriff ist:

1. um die Zahl der für Österreich-Ungarn zurückgestellten und zurückzustellenden kv. Leute herabzumindern,
2. um die Zahl der für die besetzten belgischen und polnischen Gebiete zurückgestellten bzw. dahin kommandierten Leute auf das unbedingt nötige Maß einzuschränken,
3. um die noch im neutralen Auslande befindlichen und dort belassenen gv. und av. deutschen Wehrpflichtigen heranzuziehen. Dazu wird man aber aus politischen Gründen nur die Unverheirateten und höchstens noch einen Teil der gut situierten Verheirateten nehmen können,
4. um dem Drückebergertum in der freiwilligen Krankenpflege energisch zu Leibe zu gehen.

Ich komme nun zurück auf die Militärpersonen, die z. Zt. in den Verbänden des Besatzungsheeres stehen und dort entbehrt werden können.

In dieser Ziffer sind zweifellos viele Mannschaften enthalten, die nach ärztlichem Urteil nicht oder doch in einer für den gegenwärtigen Krieg in Betracht kommenden Zeit nicht wieder kriegsverwendungsfähig werden, also in erster Linie Kriegsbeschädigte. Soweit diese Leute Facharbeiter sind, werden sie ja bereits in den allmonatlich einzureichenden Listen der Abteilung A. Z. gemeldet und mit tunlichster Beschleunigung an die Arbeit geführt. Aber auch die übrigen Kriegsbeschädigten, die nicht Facharbeiter, wenigstens nicht für die Kriegswirtschaft geschulte Arbeiter sind, müssen für die Kriegsarbeit frei gemacht werden, soweit ihre Fähigkeiten und ihre Arbeitswilligkeit eine Anlernung gestatten und soweit sie nicht aus besonderen Gründen für den Dienst bei ihrem Truppenteil unentbehrlich sind.

Erwünscht wäre eine Mitteilung der Herren Chefs des Stabes,

wieviel Kriegsbeschädigte hiernach von jedem Korps für die Kriegsindustrie zur Verfügung gestellt werden können.

Außer diesen Kriegsbeschädigten enthalten die immobilen Verbände eine erhebliche Zahl dauernd nur garnison- oder arbeitsverwendungsfähiger Leute. Von diesen gilt, was ihre Verwendungsmöglichkeit für die Kriegsindustrie anbelangt, dasselbe, was vorhin von den Kriegsbeschädigten gesagt wurde. Auch diese werden, soweit es sich um Facharbeiter handelt, der A. Z. allmonatlich aufgegeben und mit tunlichster Beschleunigung an die Arbeit geführt.

Es ist nach allen bisher von A. Z. erlassenen Verfügungen eigentlich nicht als richtig anzusehen, wenn bei den monatlichen Berichten der stellvertretenden Generalkommandos immer wieder eine erhebliche Zahl von Facharbeitern gemeldet wird, es müßte vielmehr erwartet werden, daß diese Facharbeiter (Kriegsbeschädigte) sobald wie irgend möglich ihrer Berufsarbeit und der Kriegsindustrie zugeführt würden. (Nach der letzten Aufstellung waren 14172 Mann nicht kriegsverwendungsfähige Facharbeiter in den immobilen Verbänden vorhanden.)

Aber auch eine erhebliche Zahl ungelernter Arbeitskräfte ist unter diesen dauernd nur gv. oder av. Mannschaften vorhanden, die für die Kriegsindustrie angelernt werden könnten, wenn nicht zwingende dienstliche Bedürfnisse dagegen sprechen. Für A. Z. wäre es wertvoll, eine große Anzahl derartiger ungelernter Kräfte aus den immobilen Verbänden zu gewinnen, weil damit der Plan von A. Z., ungelernte Arbeitskräfte sowohl in den Betrieben der Fabriken selber, wie auch, wenn nötig, in besonderen Lehrwerkstätten für die Kriegsindustrie anzulernen, eine ganz bedeutende und einschneidende Förderung erführe. Die Absicht der Anlernung besteht für die Massenfabrikation, d. h. für stark zerlegte Arbeit, in der der einzelne Arbeiter nur immer ein und denselben Handgriff ausführt. A. Z. bittet daher die Herren Chefs des Stabes, unter Berücksichtigung dieses besonderen Bedürfnisses, sich äußern zu wollen, wieviel nur garnison- und arbeitsverwendungsfähige Mannschaften aus den Verbänden jedes Korps für die Kriegsindustrie abgegeben werden könnten, wenn der Garnisondienst nach den in der Tagesordnung genannten Gesichtspunkten im Interesse der Landesverteidigung umgestaltet würde.

Laut Mitteilung der Abteilung A 1 sind nach einer Meldunng vom 25. November 1915 an gv. und av. Leuten nur rund 24500 Mann

entbehrlich, wovon jedoch ein großer Teil anderweitig (z. B. in Armierungs-Bataillonen) verwendet werden soll. Daß mit der dann etwa verbleibenden geringen Zahl noch nennenswerter Austausch Kv. stattfinden kann, ist natürlich ausgeschlossen.

Ehe ich zu den Fragen der Tagesordnung komme, fasse ich kurz zusammen:

1. es ist alles — wenn auch noch nicht restlos — geschehen, um die militärfreien Arbeitskräfte aller Art im Interesse der Landesverteidigung anzuspannen.
2. An den im Felde befindlichen Kv. einschließlich der immobilen Truppenteilen angehörigen Kv. will A. Z. (S) nicht rütteln. Das ist aber nur möglich, wenn der Kriegsindustrie kein Gv. und Av. mehr entzogen wird. Und ferner, wenn Kv. in Zukunft nur noch gegen Ersatz-Gestellung eingezogen werden. Das gilt auch für den Jahrgang 1917!!
3. In der Industrie usw. befinden sich, d. h. nicht eingezogen sind ausschließlich Eisenbahn und einschließlich der D.U.-Nachmusterung, nur noch rund 1 650 000 Wehrpflichtige als Rest aller deutschen Wehrpflichtigen, davon sind rund 877 000 gv. und av., von denen also der Industrie keiner mehr entzogen werden darf. Der Rest aller nicht eingezogenen Kv. beträgt demnach rund 773 000 Mann, von denen schätzungsweise rund die Hälfte — 350 000 — für den Frontdienst freizumachen, den angestrengtesten Bemühungen der Abteilung wohl noch gelingen dürfte. Die andere Hälfte Kv. ist und muß während des Krieges bleiben: unantastbar! Die restlichen letzten 350 000 für den Frontdienst nach und nach freizumachenden Kv. können der Industrie und dem Wirtschaftsleben einschl. Behörden gegen vorherige Gestellung mindestens der gleichen Zahl brauchbarer Arbeitskräfte entzogen werden.

Es wäre demnach jetzt die Frage zu beantworten: Welche Zahl von Ersatzkräften läßt sich für die Industrie gewinnen

1. durch Kriegsbeschädigte, die von den Korps für die Kriegsindustrie zur Verfügung gestellt werden könnten?

und dann gemäß Tagesordnung

2. durch Verminderung der Stärken der Landsturm- und Armierungs-Bataillone im Inlande (Bahnschutz, Gefangenen-Bewachung usw.),
3. durch Verminderung der im Garnison-, Wacht- und Arbeitsdienst verwendeten Leute,
4. Verminderung der Burschenzahl gegen Gewährung der Abfindung,
5. Verringerung des Geschäftszimmerpersonals durch Frauen,
6. Ersatz der in den Lazaretten usw. befindlichen männlichen Kräfte durch Frauen?

Im Verlauf der Besprechung äußerten sich die Vertreter der stellv. Generalkommandos zu den einzelnen Punkten. Als Ergebnis konnte festgestellt werden, daß es gelungen war, Klarheit über die Absichten des Kriegsministeriums und Einheitlichkeit bei der Durchführung der zu treffenden Maßnahmen zu schaffen.

Derartige „Chefbesprechungen" wurden des öfteren wiederholt.

Ein im Frühjahr 1922 erscheinender dritter Band der
„Erinnerungen
an die Kriegsjahre im Kgl. Preuß. Kriegsministerium"
vom gleichen Verfasser wird eingehend die

Waffen- und Munitionsbeschaffung

behandeln und hierbei die Verdienste der Industrie und Wissenschaft besonders hervorheben.

Vorbestellungen nimmt jede Buchhandlung entgegen.

*

Der erste Band der
Erinnerungen an die Kriegsjahre
im Kgl. Preuß. Kriegsministerium
erschien unter dem Titel:

Der Weg zur Revolution

1914/18

Von

Ernst v. Wrisberg

Generalmajor a. D.

Preis gebunden 40 Mark

*

Aus dem amtlichen Material des Kgl. Preuß. Kriegsministeriums, das in einer Sonderabteilung die politischen Verhältnisse in der Heimat während des Krieges bearbeitete, enthüllt General v. Wrisberg schonungslos die Wühlarbeit der Linksparteien, die schon im August 1914 begann und die systematisch auf den Zusammenbruch hinarbeitete. Dieser aktiven Tätigkeit der Vaterlandsfeinde stand das passive Verhalten der Regierung gegenüber. Aus dem im Werk enthaltenen Beweismaterial, einer Sammlung von Flugblättern, Pressestimmen und revolutionären Bekenntnissen, tritt die Richtigkeit der „angeblichen Dolchstoßlegende" klar zutage. Damit erhält das Buch auch für die Gegenwart besondere Bedeutung, denn es zeigt die Riesengefahr linksradikaler Wühlarbeit.

*

K. F. Koehler / Verlag / Leipzig

Erinnerungswerke über den Weltkrieg
aus dem Verlage von K. F. Koehler, Leipzig

*

Großadmiral von Tirpitz / Erinnerungen
Preis gebunden 50 Mark

General von Lettow-Vorbeck
Meine Erinnerungen aus Ostafrika
Halbleinenband 50 Mark

Generaloberst Freiherr von Hausen
Erinnerungen an den Marnefeldzug 1914
Preis gebunden 30 Mark

Gen. d. Art. u. Kriegsminister von Stein
Erlebnisse und Betrachtungen aus der Zeit des Weltkrieges
Preis gebunden 30 Mark

Fregattenkapitän von Hase / Die zwei weißen Völker!
Deutsch-Englische Erinnerungen eines deutschen Seeoffiziers
Preis gebunden 32.50 Mark

General Graf von der Goltz
Meine Sendung in Finnland und im Baltikum
Preis gebunden 50 Mark

Kapitänleutnant Graf von Luckner / Seeteufel!
Volksausgabe gebunden 32.50 Mark, Vorzugsausgabe 75 Mark

Admiral v. Reuter / Scapa Flow
Das Grab der Deutschen Flotte
Halbleinenband 40 Mark

Kritik des Weltkrieges
Das Erbe Moltkes und Schlieffens im großen Kriege
Von einem Generalstäbler
Halbleinenband 40 Mark

General Maercker / Vom Kaiserheer zur Reichswehr
Halbleinenband 40 Mark

*

Die Preise erhöhen sich nur um den ortsüblichen Sortimentszuschlag

Weitere Neuerscheinungen
aus dem Verlage von K. F. Koehler, Leipzig

*

Rudolf Eucken / Lebenserinnerungen
Ein Stück deutschen Lebens
Halbleinenband 32.50 Mark

Ernst Haeckel / Entwicklungsgeschichte einer Jugend
Briefe an die Eltern 1852/1856
Halbleinenband 45 Mark

Ernst Haeckel / Italienfahrt
Briefe an die Braut 1859/60
Halbleinenband 40 Mark

Karl von Hase / Dein Alter sei wie Deine Jugend
Briefe an eine Freundin
Halbleinenband 32.50 Mark

Carnegie / Geschichte meines Lebens
Halbleinenband 40 Mark

J. A. Sauter / Mein Indien
Erinnerungen aus 15 glücklichen Jahren
Preis gebunden 32.50 Mark

H. M. Hyndman / Der Aufstieg des Morgenlandes
(The Awakening of Asia)
Übersetzt von Dr. W. O. v. Hentig
Preis gebunden 40 Mark

Das Problem Japans
Von einem Gesandtschaftsrat im fernen Osten
Übersetzt von Prof. Joh. Sauter
Preis gebunden 32 Mark

*

Die Preise erhöhen sich nur um den ortsüblichen Sortimentszuschlag

Erinnerungen

Von

Alfred von Tirpitz

Großadmiral

Mit Namen- und Sachverzeichnis und Bild des Verfassers

Preis gebunden 50 Mark

*

Die Erinnerungen des Schöpfers der deutschen Flotte und stärksten deutschen Politikers der Kriegszeit werden ein Werk von dauernder Bedeutung bleiben und neben Bismarcks Gedanken und Erinnerungen einen unentbehrlichen Band jeder Hausbücherei bilden.

Inhalts-Verzeichnis:

In der preußischen Marine / Aera Stosch Aera Caprivi / In der Technik / Der neue Kurs Taktische Arbeit / Flottenpläne / Tsingtau Im Reichsmarineamt / Bei Bismarck / Die Flottengesetze / Beim Flottenbau / Unter dem Kaiser / Reichsmarineamt und Auswärtige Politik / England und die deutsche Flotte Der Ausbruch des Krieges / Hauptfragen des Krieges / Der Seekrieg / Der U-Boot-Krieg / Schlußwort / Anhang: Kriegstagebuch

*

K. F. Koehler / Verlag / Leipzig

Seeteufel

Abenteuer aus meinem Leben

Von

Graf Felix von Luckner

Kapitänleutnant in der Reichskriegsmarine
ehem. Kommandant des Hilfskreuzers „Seeadler"

Mit über 125 Abbildungen
Preis gebunden 32.50 Mark / Bessere Ausgabe
auf Kunstdruckpapier gedruckt
in Schutzkarton 75 Mark

*

Ein beispiellos abenteuerliches Leben hat Graf Luckner für seine schwere Aufgabe, als Kommandant eines Segelschiffes monatelang der Schrecken der Meere zu werden, gereift. Dem Gymnasium als Quartaner entlaufen, brachte er es vom Schiffsjungen eines russischen Seglers nach jahrelangen Irrfahrten zu Wasser und zu Lande, von denen er mit unerschöpflichem Humor erzählt, zum Marineoffizier, dem es vergönnt war, das letzte Segelschiff der Kriegsmarine auf seiner Piratenfahrt zu führen.

*

K. F. Koehler / Verlag / Leipzig

Die zwei weißen Völker

(The Two White Nations!)

Deutsch-Englische Erinnerungen eines deutschen Seeoffiziers

Von

Georg von Hase

Fregattenkapitän a. D.

Mit 23 Abbildungen und 2 Gefechtsskizzen

Preis gebunden 32.50 Mark

*

Das Buch, dessen Titel dem Trinkspruch eines englischen Admirals entnommen wurde, schildert zwei Begegnungen der beiden Flotten, den Besuch des britischen Geschwaders in Kiel im Juli 1914 und den Kampf vor dem Skagerrak. Die plastische, hinreißende, auch für den Laien verständliche Schilderung der Seeschlacht hat die Aufmerksamkeit des In- und Auslandes auf sich gezogen, so daß schon nach wenigen Monaten die Neuauflage und französische und englische Übersetzungen erscheinen konnten. — Das Buch wird auch der reiferen Jugend große Freude bereiten.

*

K. F. Koehler / Verlag / Leipzig

UNIVERSITY OF MICHIGAN